

Grethe für Ausstieg aus Direktzahlungen - Beirat fordert Orientierung am Gemeinwohl

Enttäuscht über die EU-Vorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 äußert sich der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Prof. Harald Grethe. Im Interview wirft er der Brüsseler Administration fehlenden Mut vor, aus den pauschalen Flächensubventionen auszusteigen. Positiv wertet Grethe eine stärkere Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Gestaltung und Kontrolle von Maßnahmen und empfiehlt, die Kürzungssätze in der Ersten und der Zweiten Säule anzupassen. In seiner Stellungnahme plädiert der Beirat für eine Orientierung der GAP an Gemeinwohlzielen im Umwelt-, Klima- und Tierschutz sowie der ländlichen Entwicklung. Länderberichte 32

EU-Vergeltungszölle auf US-Agrarprodukte ab Juli - Agrarexporte der EU weiter gestiegen

Die Europäische Kommission hat im Streit um die von Washington erhobenen Strafzölle auf Stahl und Aluminium aus der EU Vergeltungszölle auf US-Agrarprodukte ab Juli in Aussicht gestellt. Die Brüsseler Behörde betonte, dass es sich dabei um eine Maßnahme handle, die konform mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) sei. Die Zusatzzölle liegen bei 25 % und betreffen unter anderem Saatmais und Cranberries sowie Whiskey und Tabakprodukte. Mexikos Regierung kündigte sofortige Strafzölle auf US-Agrarprodukte an. Derweil ist die EU beim Agraraußenhandel weiterhin weltweit Spitze; die Exporte des Agrar- und Lebensmittelsektors erhöhten sich 2017 um gut 5 %. EU-Nachrichten 6 und Markt+Meinung 11

USDA prognostiziert engere Versorgung der EU mit Zucker - Export dürfte deutlich sinken

In der Europäischen Union zeichnet sich für die im Oktober beginnende Vermarktungssaison 2018/19 eine knappere Zuckerversorgung ab. So erwartet das amerikanische Landwirtschaftsministerium (USDA) aktuell, dass die Zuckerbestände in der EU-28 im Verlauf der kommenden Saison um 100 000 t oder 5,0 % auf 1,89 Mio t abgebaut werden. Dem liegt eine Erzeugungsprognose von 20,30 Mio t Zucker zugrunde; das wären 850 000 t oder 4,0 % weniger als im noch laufenden Vermarktungsjahr. Die Experten begründen ihre Einschätzung mit der Rückkehr zu durchschnittlichen Erträgen. Als Folge des kleineren Angebots sollen die EU-Zuckerausfuhren um 700 000 t oder 18,9 % auf 3,00 Mio t sinken. Markt+Meinung 1

Widerstand gegen Kappung und Degression

In Deutschland formiert sich der Widerstand gegen die Pläne der Europäischen Kommission für eine Degression und Kappung der Direktzahlungen. „Für uns ist das absolut inakzeptabel“, sagte der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), Franz-Josef Holzenkamp. Er sprach angesichts der Brüsseler Legislativvorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 von völligem Unverständnis bei den Agrargenossenschaften, die sich als Mehrfamilienbetriebe seit der Wiedervereinigung erfolgreich entwickelt hätten und denen jetzt schmerzhaft Einschnitte drohten. Auch der Deutsche Bauernverband (DBV) lehnt eine Deckelung der Direktzahlungen und eine größenabhängige Staffelung ab. Stattdessen setze man auf eine stärkere Förderung der ersten Hektare, bekräftigte DBV-Präsident Joachim Rukwied bei der DRV-Mitgliederversammlung. Ähnlich äußerte sich Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner. Sie erteilte ebenfalls auf dem Raiffeisentag einer „rigiden Kappung“ eine Absage und sprach sich dafür aus, bei der Gestaltung der GAP den unterschiedlichen Strukturen in Deutschland Rechnung zu tragen. Gleichzeitig müsse gewährleistet sein, „dass das Geld bei den Landwirten ankomme und nicht bei den Hedgefonds, so die CDU-Politikerin. Scharfe Kritik an den Brüsseler Kappungsplänen kam aus Ostdeutschland. Der Präsident des Sächsischen Landesbauernverbandes (SLB), Wolfgang Vogel, warf der Kommission vor, sie wolle die ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe zerschlagen. In einer aktuellen Stunde im Bundestag traten indes erhebliche Meinungsunterschiede zwischen dem Agrarressort und dem SPD-geführten Umweltministerium zur Weiterentwicklung der Europäischen Agrarpolitik offen zutage. Länderberichte 1 und 32

Impressum

HERAUSGEBER UND VERLAG

AGRA-EUROPE
Presse- und Informationsdienst GmbH
Kessenicher Straße 221
53129 Bonn
Geschäftsführer: Dr. Andreas Johaentges

Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 20 082 913 (BLZ 370 501 98)
IBAN DE32 3705 0198 0020 0829 13, BIC COLSDE33

Postbank Köln, Konto-Nr. 195 416 505 (BLZ 370 100 50)
IBAN DE22 3701 0050 0195 4165 05, BIC PBNKDEFF

REDAKTIONSTEAM

Büro Bonn

Thomas Rickli (Chefredakteur)
Dr. Andreas Johaentges (Stv. Chefredakteur)
Klaus Knippertz
Sebastian Krings
Paul Krusche
Dr. Andrea Ludwig
Friederike Lupberger
Dr. Dietmar Weiß

Kessenicher Straße 221
53129 Bonn
Telefon +49 (0)2 28 - 9 17 66-0
Telefax +49 (0)2 28 - 23 13 20
info@agra.de
www.agra.de

Büro Berlin

Rainer Münch (Büroleiter)
Patricia Steinborn
Marko Stelzer

Haus der Bundespressekonferenz
Büro 4301
Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 - 7 26 22 59-0

Büro Brüssel

Dr. Simon Friedrich Klatt

Rue d' Arlon 53
1040 Brüssel
Telefon +32 (0)2 - 2 30-84 18
Telefax +32 (0)2 - 2 30-63 33

Büro Wien

Bernhard Weber

Florianigasse 7/14
1080 Wien
Telefon +43 (0)1 - 5 81 28 90-17
Telefax +43 (0)1 - 5 81 28 90-23

Kennen Sie schon das digitale Angebot von AGRA-EUROPE?

Sie möchten noch aktueller über die wichtigsten Entwicklungen im Agrarbereich informiert werden - auch unterwegs?
In unserem Premiumbereich versorgen wir Sie täglich zeitnah mit den neuesten Informationen und halten Sie auf dem Laufenden.
Für die Nutzer von Smartphones und Tablets bieten wir eine App, die das Abrufen unserer Nachrichten noch bequemer macht.

Den Premiumbereich finden Sie auf unserer Homepage unter www.agra.de. Fragen zur Freischaltung und den Bezugskonditionen beantworten wir gerne unter info@agra.de oder Telefon 0228 - 917 66 0. Für Abonnenten unseres Pressedienstes gibt es dieses zusätzliche Angebot zu einem moderaten Aufpreis.

Deutschland: Kappung und Degression stoßen auf Ablehnung	1
Schweiz: Parlament weist Regierungspläne zur Zukunft der Agrarpolitik zurück.	3
Deutschland: Erschwernisausgleich in Niedersachsen bleibt erhalten	3
Deutschland: Otte-Kinast fördert den Dialog mit den Verbrauchern.	3
Deutschland: UFOP begrüßt dena-Feststellung zur Bedeutung nachhaltiger Biokraftstoffe	3
Deutschland: Biogasbranche behauptet sich	4
Deutschland: Fördersätze für Windanlagen sinken erneut	4
Deutschland: Interministerieller Arbeitskreis Nachhaltige Nutztierhaltung wieder eingerichtet	4
Deutschland: Lob und Tadel für Entwurf zum neuen Jagdgesetz in Nordrhein-Westfalen.	5
Deutschland: Gut 6 Millionen Euro für investive Naturschutzmaßnahmen in Niedersachsen	5
Deutschland: Merkel sieht Handlungsbedarf bei Artenvielfalt und Flächenverbrauch	6
Deutschland: Backhaus: Digitalisierung birgt mehr Chancen als Risiken für die Landwirtschaft	6
Deutschland: QS-Betriebe senkten 2017 ihren Antibiotikaverbrauch	7
Dänemark: Kopenhagen verschärft Anstrengungen zur Antibiotikareduzierung bei Schweinen.	7
Deutschland: ITW-Geschäftsführer Hinrichs sieht keinen „Label-Dschungel“	7
Deutschland: Klöckner will staatliches Tierwohllabel mit anspruchsvollen Kriterien	8
Deutschland: BRS bittet um Unterstützung für neues SchweineMobil	8
Deutschland: Grupe: Organisationen bei Gesetzesverstößen Gemeinnützigkeit entziehen	9
Deutschland: Bundesregierung verstärkt Vorkehrungen gegen Afrikanische Schweinepest	9
Dänemark/Deutschland: Plan für ASP-Wildzaun an der deutschen Grenze passiert dänisches Parlament	9
Deutschland: Lebensmittel mit „Ohne GenTechnik“-Siegel im Aufwind	10
Schweiz: Neuer Aktionsplan für einen gesunden Genuss	10
Österreich: Saatgut Austria unterstreicht Bedeutung der Pflanzenzüchtung	10
Deutschland: IVA wirft Umweltbundesamt Statistik-Schwindel vor	11
Frankreich: Einfuhrgenehmigung für türkische Kirschen stößt auf Kritik	12
Frankreich: Neonikotinoide teilweise kaum zu ersetzen	12
Deutschland: Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser: Düngeverordnung nachschärfen	13
Deutschland/EU: Umstrukturierung hagelgeschädigter Rebflächen noch möglich	13
Österreich: Starkniederschläge mit Hagel verursachen schwere Schäden	13
Frankreich: Parlament soll Glyphosatausstieg begleiten	13
Deutschland/USA: Übernahme von Monsanto abgeschlossen	14
Welt: Weltumwelttag lenkt blick auf den Ressourcenschutz	15
Schweiz: SBV für Aufbau eines Kompetenzzentrums Boden	15
Deutschland: Niedersächsisches Dorfentwicklungsprogramm mit 14 neuen Regionen	16
Deutschland: Haushaltsausschuss drängt auf besseren Mittelabfluss bei der GAK.	16
Deutschland/EU: Saarländische Gemeinde Mettlach als „benachteiligtes Gebiet“ anerkannt	17
Deutschland: Innovationen schaffen Perspektiven für die ländlichen Räume Afrikas	17
Deutschland: LandFrauenverband fordert Kurswechsel in der Rentenpolitik.	17
Deutschland: Bundesrat gibt grünes Licht für höhere Renten	18
Deutschland/EU: Neue Runde für EU-Schulprogramm in Niedersachsen	18
Deutschland: Raiffeisenverband warnt vor politischen Eingriffen in die Milchlieferbeziehungen	18
Deutschland: BVA fordert stabile Rahmenbedingungen für wettbewerbsfähigen Agrarhandel	18
Deutschland/Niederlande: Niedersächsische Behörden finden Fipronil in Eiern aus den Niederlanden.	19
Österreich/EU/Kanada: Handelsabkommen CETA nimmt erste parlamentarische Hürde	19
Deutschland: Agrarhandel braucht neue Geschäftsmodelle	19
Deutschland: Klöckner steckt 60 Millionen Euro in die Digitalisierung ländlicher Räume	20
Deutschland/Welt: Investitionsbereitschaft der Landwirte international uneinheitlich.	20
Ukraine: Investitionen in die Landwirtschaft gestiegen	21
Deutschland: Betriebe empfangen Besucher zum „Tag des offenen Hofes“	21
Deutschland: Landwirtschaft kann Herausforderungen nicht allein meistern	22
Deutschland: Klöckner drängt auf Grundgesetzänderung für erweiterte GAK	23
Spanien/EU: Land- und Umweltministerium jetzt getrennt.	23
Deutschland: Erhöhte Waldbrandgefahr im Norden.	24
Deutschland/EU: Kompetenzzentrum für Wald und Holz wird FNR-Organisationseinheit	24
Österreich/Russland: Österreich und Russland kooperieren in der Forstwirtschaft	24
Deutschland: Kaniber stellt Maßnahmen gegen den Borkenkäfer vor	25
Deutschland: Artenschutz in der Bundeswildschutzverordnung konkretisiert	25

Deutschland: Verbände fordern effektiveres Wolfsmanagement	25
Deutschland: „Stunde der Gartenvögel“ bringt unterdurchschnittliche Zahl an Sichtungen	27
Deutschland: Gute Ergebnisse im Mischanbau von Energiepflanzen und Leguminosen	27
Deutschland: Forschungsprojekte zur Produktion von Algen und Cyanobakterien gesucht	27
Deutschland: Beirat NAP fordert weitere Studien zum Insektenrückgang	28
Deutschland/EU: Umweltminister wollen Zulassungsverfahren für Insektizide verbessern	28
Deutschland: BBE fordert bessere Rahmenbedingungen für Energie aus Biomasse	29
Italien/EU: Südtirols Vorschlag zur Lebensmittelpolitik könnte EU-Pilotprojekt werden	29
Deutschland: Umweltminister fordern Ende des Schredderns verpackter Lebensmittelabfälle	30
Frankreich: Lactalis sieht kein eigenes Verschulden bei Salmonellenkontamination	30
Polen: Afrikanische Schweinepest in großem Bestand bestätigt	31
Deutschland: Immer mehr Deutsche sind „Flexitarier“	31
Deutschland: Startschuss für „Zentrum Ernährung und Hauswirtschaft Niedersachsens“	31
Deutschland: Bayern sichert Gartenbau Unterstützung zu	31
Deutschland/EU: Keine einheitliche GAP-Position von Landwirtschafts- und Umweltministerium	32
Deutschland/EU: Grethe beklagt fehlenden Mut in der Agrarpolitik.	32

DEUTSCHLAND

AGRARPOLITIK

Kappung und Degression stoßen auf Ablehnung

Holzenkamp warnt vor schmerzhaften Einschnitten für die Agrargenossenschaften und befürchtet Strukturbrüche - Rukwied setzt auf stärkere Förderung der ersten Hektare - Klöckner gegen „rigide Kappung“ - Unterschiedlichen Strukturen Rechnung tragen - Intensive Diskussionen auf dem Raiffeisentag - Scharfe Kritik aus Ostdeutschland an den Kommissionsplänen

BERLIN. In Deutschland formiert sich der Widerstand gegen die Pläne der Europäischen Kommission für eine Degression und Kappung der Direktzahlungen. „Für uns ist das absolut inakzeptabel“, sagte der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), **Franz-Josef Holzenkamp**, am vergangenen Mittwoch (6.6.) vor Journalisten in Berlin. Holzenkamp sprach angesichts der Brüsseler Legislativvorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 von völligem Unverständnis bei den Agrargenossenschaften, die sich als Mehrfamilienbetriebe seit der Wiedervereinigung erfolgreich entwickelt hätten und denen jetzt schmerzhaft Einschnitte drohten. Auch der Deutsche Bauernverband (DBV) lehnt eine Deckelung der Direktzahlungen und eine größenabhängige Staffelung ab. Stattdessen setze man auf eine stärkere Förderung der ersten Hektare, bekräftigte DBV-Präsident **Joachim Rukwied** bei der DRV-Mitgliederversammlung. Ähnlich äußerte sich Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klöckner**. Sie erteilte ebenfalls auf dem Raiffeisentag einer „rigiden Kappung“ eine Absage und sprach sich dafür aus, bei der Gestaltung der GAP den unterschiedlichen Strukturen in Deutschland Rechnung zu tragen. Gleichzeitig müsse gewährleistet sein, „dass das Geld bei den Landwirten ankommt und nicht bei den Hedgefonds“. Scharfe Kritik an den Brüsseler Kappungsplänen kam aus Ostdeutschland. Der Präsident des Sächsischen Landesbauernverbandes (SLB), **Wolfgang Vogel**, warf der Kommission vor, sie wolle die ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe zerschlagen. Vogel sprach von einer „heuchlerischen Inszenierung unter dem Deckmantel einer ‚gerechteren Verteilung‘“.

Faktisch wirkungslos und überaus bürokratisch

In einem „Liebe Freunde-Brief“ an die Bundestagsabgeordneten der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD wies Klöckner darauf hin, dass eine Kappung bei Anrechnung der Lohnkosten in Deutschland kaum Betriebe erfassen würde. Die Kappung wäre der Ministerin zufolge damit „faktisch wirkungslos“, würde jedoch „gewaltigen Verwaltungsaufwand“ hervorrufen. „Ich kann mir daher kaum vorstellen, dass wir hier ohne Änderungen mitgehen können“, heißt es in dem Schreiben. Prüfen werde man hingegen, „ob eine Degression der Direktzahlungen ein geeignetes Mittel ist“. Schließlich hätten große Unternehmen im Vergleich zu kleineren Unternehmen Kostenvorteile bei der Produktion. Nicht einverstanden ist Klöckner mit der von der Kommission vorgeschlagenen Angleichung der Direktzahlungen zwischen den Mitgliedstaaten. Gründe für eine Beibehaltung unterschiedlicher Niveaus seien unter anderem starke Unterschiede bei den Boden- und Pachtpreisen sowie bei den Löhnen. Einsetzen will sich die CDU-Politikerin in den Verhandlungen für eine deutliche Rückführung gekoppelter Zahlungen vor allem im Ackerbau. Dies sei notwendig, um Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt entgegenzuwirken. Kritisch sieht Klöckner auch die geplante Verpflichtung für die Mitgliedstaaten, künftig in der Zweiten Säule Risikomanagementmaßnahmen wie Versicherungssysteme oder Einkommensstabilisierungsfonds anzubieten. Derartige Entscheidungen müssten den Mitgliedstaaten überlassen bleiben.

Brüsseler Widersprüchliche

DRV-Präsident Holzenkamp warnte auf dem Raiffeisentag eindringlich vor einem Strukturbruch in der ostdeutschen Landwirtschaft und tiefgreifenden Folgen für ländliche Räume, sollten die Brüsseler Kappungspläne Realität werden. Der EU-Kommission warf Holzenkamp Widersprüchlichkeit vor. Zum einen stelle sie den Mitgliedstaaten mehr Gestaltungsspielraum in der Agrarpolitik in Aussicht, zum anderen mache sie detaillierte Vorgaben für die Ausgestaltung der Direktzahlungen. „Das passt nicht zusammen“, stellte der Verbandspräsident fest. Die Mitgliedstaaten benötigten hinreichend Spielraum, sollte es zu einer politisch gewollten Umverteilung zugunsten kleinerer Betriebe kommen. Nur so könne den historisch gewachsenen Betriebsstrukturen gebührend Rechnung getragen werden. Die im Zusammenhang mit der Kappung vorgesehene Berücksichtigung der Arbeitskosten würde Holzenkamp zufolge zwar die finanziellen Folgen für die Betriebe abmildern. Sie berge aber erhebliche Risiken für einen hohen zusätzlichen bürokratischen Aufwand. Bei dem von der Kommission vorgeschlagenen neuen Umsetzungsmodell komme es entscheidend darauf an, das gemeinsame Element der EU-Agrarpolitik ausreichend abzusichern, um Wettbewerbsverzerrungen auf dem Binnenmarkt zu vermeiden.

Einkommenscharakter der Direktzahlungen erhalten

Grundsätzliche Kritik an den Brüsseler Reformvorschlägen übte Bauernpräsident Rukwied. Auch er warnte vor der Gefahr, dass es mit dem angekündigten Umsetzungsmodell zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedstaaten kommen könnte. Dies müsse ebenso verhindert werden wie eine Umwidmung der Direktzahlungen für Umweltzwecke. „Mit einer vollständigen Bindung der Direktzahlungen an Umweltauflagen geht der bisherige Einkommenscharakter verloren“, warnte Rukwied. Dies sei ebenso wenig akzeptabel wie eine erneute Mittelumschichtung von bis zu 15 % von der Ersten in die Zweite Säule. Der DBV-Präsident bekräftigte zugleich seine Forderung nach einem stabilen EU-Budget. Die von Haushaltskommissar **Günther Oettinger** vorgeschlagene Erhöhung der Beiträge der Mitgliedstaaten auf 1,14 % des nationalen Bruttoinlandsprodukts reiche nicht aus, um Kürzungen im Agrarhaushalt zu verhindern. Rukwied sprach sich dafür aus, den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 noch vor der Europawahl im nächsten Jahr zu beschließen.

„Schlag ins Gesicht“

SLB-Präsident Vogel erteilte Kappung und Degression „sowie jeder Umverteilung innerhalb der Ersten Säule“ eine Absage. Sie stellten die Umsetzung gesellschaftlicher Ansprüche und die Einkommen der ostdeutschen Landwirte in Frage. Das sei nicht hinnehmbar. Einen „Schlag ins Gesicht der ostdeutschen Landwirtschaft“ nannte der Präsident des Thüringer Bauernverbandes (TBV), **Dr. Klaus Wagner**, die Gesetzesvorschläge der Kommission. „Wenn die Vorschläge Wirklichkeit werden, verlieren die Direktzahlungen ihre bisherige Funktion als plan-

bare einkommensstützende Zahlungen für die meisten Thüringer Landwirte“, so der TBV-Präsident. Seinen Angaben zufolge wären von einer Kappung der Direktzahlungen bei 100 000 Euro pro Betrieb in Thüringen insgesamt 375 Betriebe betroffen, die zusammen rund 500 000 ha und damit fast zwei Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Freistaat bewirtschaften. Das Kappungsvolumen läge laut Wagner ohne Berücksichtigung des Faktors Arbeit bei rund 45 Mio Euro pro Jahr.

Wichtige Branche

„Eine Deckelung der Direkthilfen würde uns härter treffen als alle anderen“, erklärte der Präsident des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern, **Detlef Kurreck**. Eine verpflichtende betriebliche Kappung sei der falsche Weg. In Mecklenburg-Vorpommern sei die Landwirtschaft mit dem Tourismus die wichtigste Branche im Land, „mit dem Unterschied, dass unsere Betriebe auch noch in den kleinsten Dörfern Arbeitsplätze schaffen, während sich der Tourismus bisher noch an Küsten- und Wasserregionen konzentriert“. Außerdem seien die meisten der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft ganzjährig und nicht saisonal, sagt Kurreck. Viele Betriebe im Land verfügten über mehr als 500 ha Fläche. An etwa dieser Marke würden laut Kurreck die Direktzahlungen gekappt werden. Es gehe um die Existenzsicherung von Bauernfamilien, um die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern und um die Zukunft des gesamten ländlichen Raumes, so der Verbandspräsident.

Gegen einseitige Belastung

Auch für Thüringens Landwirtschaftsministerin **Birgit Keller** sind die Kommissionsvorschläge nicht akzeptabel. „Für den ländlichen Raum sind massive Kürzungen vorgesehen, und die landwirtschaftlichen Betriebe in Thüringen werden nach den jetzigen Plänen strukturell benachteiligt“, kritisierte die Linken-Politikerin. Sie warnte mit Nachdruck vor einer Umverteilung der Direktzahlungen zu Lasten der Betriebe in den neuen Ländern und einem massiven Mittelabfluss. „Diese einseitige Belastung lehnen wir ab“, betonte Keller. Besonders gravierend sei die vorgesehene Kürzung der Mittel für die Zweite Säule um 15 %. Damit würden die für Thüringen besonders wichtigen Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, die integrierte ländliche Entwicklung und die Forstmaßnahmen in Frage gestellt, warnte Keller.

„Altbekannte Groß-Klein-Diskussion“

Brandenburgs Landwirtschaftsminister **Jörg Vogelsänger** nannte es bedauerlich, dass die Kommission wie bei jedem Wechsel der Förderperiode seit 1990 erneut „die altbekannte Groß-Klein-Diskussion“ aufmache, diesmal allerdings in einer Dimension, die dem SPD-Politiker zufolge auch größere Familienbetriebe treffen würde. Brandenburg teile das Anliegen, außerlandwirtschaftlichen Großinvestoren Fördermittel zu kürzen. Allerdings zielten die von der Kommission vorgelegten Pläne eindeutig auf eine Benachteiligung der in den neuen Ländern gewachsenen Agrarstruktur. In der Konsequenz würde das dem Minister zufolge bedeuten, „dass Arbeitsplätze in der ostdeutschen Landwirtschaft und Betriebe, die seit 1990 auch mit Mitteln der EU mühselig konsolidiert werden konnten, verloren gehen“. Das eigentliche Kriterium für eine nachhaltig wirtschaftende, umweltgerechte, flächendeckende und multifunktionale Landwirtschaft seien regional verankerte Agrarbetriebe. Diesem Anspruch können Mehrfamilienbetriebe genauso gerecht werden wie bäuerliche Familienbe-

triebe. Vogelsänger appellierte an seine Amtskollegen, möglichst schnell zwischen den Bundesländern zu einer einheitlichen Position zu kommen, um so der Bundesregierung ein starkes Verhandlungsmandat in Brüssel zu geben. In dieser Woche wollen sich die ostdeutschen Ressortchefs und Präsidenten der Landesbauernverbände dazu in Sachsen treffen.

„Gefährlicher Weg“

Der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband (WLV) bekräftigte seine Forderung, kleine und mittlere Höfe durch einen Zuschlag auf die ersten Hektare künftig stärker als bisher zu fördern. Insgesamt sei der Branche vor allem durch ein stabiles Agrarbudget, eine wirksame Vereinfachung der Förderpolitik und einen durchgreifenden Bürokratieabbau geholfen, erklärten die Delegierten der Kreisverbände bei einer Zusammenkunft in Münster. Sie übten zugleich grundsätzliche Kritik an den Legislativvorschlägen. Die geplante Kombination von höheren Umweltauflagen, niedrigeren Direktzahlungen und mehr nationalen Freiräumen in der Agrarförderung werde absehbar zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation auf den Betrieben und zu noch mehr Verzerrungen im Wettbewerb zwischen den EU-Staaten führen. Der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau (BWV), **Michael Horper**, hielt der Kommission vor, sie schlage mit Kürzungen von Agrarfördergeldern einen gefährlichen Weg ein. Die in Aussicht gestellte größere Flexibilität der Mitgliedstaaten führt nach Einschätzung des BWV-Präsidenten zu weiteren Wettbewerbsverzerrungen und Benachteiligungen von landwirtschaftlichen Regionen. „Mittelkürzungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Auflagen werden den Strukturwandel weiter beschleunigen“, warnt Horper. Ziel der Agrarpolitik müsse stattdessen sein, die ohnehin schon stark vom Strukturwandel geprägte Landwirtschaft zu erhalten und wirtschaftliche Perspektiven aufzuzeigen.

Wichtiges Signal für Waldbesitzer

Auf einem guten Weg sieht hingegen der Präsident Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW) - Die Waldeigentümer, **Philipp zu Guttenberg**, die GAP. „Die zentralen Anliegen der Waldeigentümer haben Eingang in die Reform der europäischen Agrarpolitik gefunden“, so zu Guttenberg. Dies sei „ein wichtiges Signal, um die Herausforderungen insbesondere für den Kleinprivatwald bewältigen zu können“. Der AGDW-Präsident bezog sich dabei auf den unter Federführung des Südtiroler Abgeordneten **Herbert Dorfmann** entstandenen und vom Europäischen Parlament verabschiedeten Bericht „Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft“. Dieser betont die tragende Rolle der Waldbesitzerverbände bei der Umsetzung der multifunktionalen Forstwirtschaft, beim Innovationstransfer und für die Aus- und Weiterbildung von Kleinprivatwaldbesitzern. Er fordere die Kommission auf, Innovation, Forschung und Modernisierung in der Forstwirtschaft zu gewährleisten. Dafür müssten Beratungen und Weiterbildungen auf die Bedürfnisse der Waldbewirtschaftler zugeschnitten werden. „Aus deutscher Perspektive ist dieser Punkt von enormer Bedeutung, da gerade der Kleinprivatwald vor großen Strukturveränderungen steht“, hob zu Guttenberg hervor. Die entsprechenden Fördertatbestände müssten jetzt in den staatlichen Beihilferahmen Eingang finden. Dazu zählten Aufstockungen bei der De-minimis-Regelung sowie Änderungen bei den Bereichsausnahmeregelungen. AgE

SCHWEIZ

AGRARPOLITIK

Parlament weist Regierungspläne zur Zukunft der Agrarpolitik zurück

BERN. Der Schweizer Nationalrat - das Parlament des Landes - hat die im November 2017 von der Regierung vorgelegte Gesamtschau zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab dem Jahr 2022 (AP22+) zurückgewiesen. Ein Schwerpunkt des Berichts sind künftige Freihandelsabkommen und deren Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Die Parlamentarier verlangen von der Regierung, die Themen Agrarpolitik und Freihandel separat zu behandeln. Ihrer Ansicht nach ist der Bericht als Grundlage für die Weiterentwicklung der nationalen Agrarpolitik nicht geeignet. Die Regierung wolle die heimische Landwirtschaft durch einen voreiligen und unnötigen Grenzschutzbau enorm schwächen, ohne das klare Abstimmungsresultat des Volksentscheids vom 24. September 2017 zu berücksichtigen, bei dem sich mehr als 78 % der Bevölkerung für eine Verstärkung der Ernährungssicherheit ausgesprochen hätten. Mit dieser Entscheidung folgte das Parlament den Vorschlägen seiner vorbereitenden Kommission. Der Schweizer Bauernverband (SBV) zeigte sich sehr erleichtert. Der Nationalrat habe nun den Weg für einen Neuanfang geebnet, bei dem die Agrar- und die Handelspolitik entflechtet würden. Der

landwirtschaftliche Berufsstand bot sich an, bei der Weiterbearbeitung beider Themen aktiv und konstruktiv mitzuarbeiten. Der SBV hält außerdem die vom Parlament beschlossene Analyse der Agrarpolitik 2014 bis 2017 für richtig und nötig. Im Moment seien zahlreiche und weitreichende Initiativen rund um die Landwirtschaft anhängig; deshalb sollten die nötigen Korrekturen zunächst weiter auf der Verordnungsebene vorgenommen werden. Dass sich große Anpassungen derzeit nicht aufdrängten, belege die unlängst vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) vorgelegte erste Beurteilung zur laufenden Agrarpolitik, so der SBV. Darin zögen die Behörden eine positive Bilanz und sähen diese auf Kurs. Aus diesem Grund bestehe keine Dringlichkeit, das Gesetzespaket zu öffnen. Mit dem Aktionsplan Pflanzenschutz und Biodiversität sowie der nationalen Antibiotikastrategie kämen ohnehin zahlreiche neue und wichtige Maßnahmen auf die Landwirtschaft zu, erklärte der Verband. Daher sollten jetzt Zeit, Geld und Energie dafür aufgewendet werden, diese Herausforderungen anzupacken und wirksam umzusetzen. Die Landwirtschaft sei sich ihrer Verantwortung bewusst und bereit, ihren Beitrag zu leisten. AgE

DEUTSCHLAND

NATURSCHUTZ

Erschwernisausgleich in Niedersachsen bleibt erhalten

HANNOVER. In Niedersachsen soll den Bewirtschaftern von Grünlandflächen in besonders geschützten Gebieten weiterhin ein finanzieller Erschwernisausgleich gezahlt werden. Wie die Staatskanzlei in Hannover am Dienstag vergangener Woche (5.6.) mitteilte, wurde der Entwurf einer entsprechenden Verordnung zur Verbandsbeteiligung freigegeben. Gegenstand sei der Erschwernisausgleich für das laufende Jahr in Naturschutzgebieten, Nationalparks sowie in gesetzlich geschützten Biotopen und dem Gebietsteil C des Biosphärenreservats „Niedersächsische Elbtalau“. Zudem gehe es um umweltspezifische

Einschränkungen, die sich aus der Umsetzung der europäischen Vogelschutzrichtlinie sowie der Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Richtlinie ergeben könnten. Laut Staatskanzlei wird der Erschwernisausgleich für Grünland nicht mehr durch die Europäische Union kofinanziert, daher seien für 2018 Haushaltsmittel des Landes in Höhe von 2,6 Mio Euro eingeplant. Im Anschluss an die bis zum 31. Dezember befristete Verordnung sei zum 1. Januar 2019 eine neue Erschwernisausgleichsverordnung Grünland mit einer Befristung auf vier Jahre vorgesehen. AgE

DEUTSCHLAND

FÖRDERPROGRAMME

Otte-Kinast fördert den Dialog mit den Verbrauchern

HANNOVER. Einen verbesserten Dialog mit den Verbrauchern sowie Beratungsthemen rund um eine nachhaltige Landwirtschaft will Niedersachsens Landwirtschaftsministerin **Barbara Otte-Kinast** verstärkt fördern. Dazu schreibt das Landwirtschaftsministerium ein Fördervolumen von 5 Mio Euro für Beratungsdienstleistungen rund um die Landwirtschaft und den Gartenbau aus. An der Ausschreibung könnten grundsätzlich alle Beratungsunternehmen teilnehmen, erklärte Otte-Kinast am Dienstag vergangener Woche (5.6.) in Hannover. Mit dem Verfahren würden Gelder bis weit ins Jahr 2022 hinein vergeben. Die besten Angebote würden herausgefiltert; danach erfolge die Zuteilung der Gelder aus dem ländlichen Entwicklungsprogramm (PFEIL). „Ziel der Förderung ist ein verbesserter Wissenstransfer bei Themen, die oft erst auf den zweiten Blick einen Vorteil für die landwirtschaftlichen Betriebe haben“, erläuterte die Ministerin. Gefördert werden ihr zufolge unter ande-

rem Beratungen zum nachhaltigen Pflanzenbau, zur Verbesserung der Biodiversität, zum Tierschutz, zu Klimaanpassungen sowie zu Fragen rund um den ökologischen Landbau. Darüber hinaus würden die Themen „Weidemanagement“ und „Verbesserung des Verbraucherdialogs“ zukünftig bezuschusst. „Mit der Ausschreibung wollen wir innovative Beratungsanbieter gewinnen, die Freude daran haben, wichtige Themen der Landwirtschaft auf den Höfen anzusprechen“, so Otte-Kinast. Das maximale Budget je Bieter sei auf 400 000 Euro begrenzt, so dass viele Unternehmen zum Zuge kommen und die Landwirte darunter auswählen könnten. Die Ausschreibung stellt der CDU-Politikerin zufolge hohe Anforderungen an die Qualifikation und Eignung der Beratungsanbieter. Die Bieterunterlagen seien ab sofort auf der Homepage des Logistik Zentrums Niedersachsen (LZN) abrufbar, das auch nähere Auskünfte zum Verfahren erteile. (<https://www.lzn.niedersachsen.de>) AgE

DEUTSCHLAND

BIOKRAFTSTOFFE

UFOP begrüßt dena-Feststellung zur Bedeutung nachhaltiger Biokraftstoffe

BERLIN. Die Feststellung der Deutschen Energie-Agentur (dena) zur kurz- und mittelfristigen Bedeutung nachhaltiger Biokraftstoffe ist von der Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen

(UFOP) nachdrücklich begrüßt worden. In einer Anfang voriger Woche vorgestellten Leitstudie unterstreiche die dena, dass für den Ersatz fossiler Energieträger zunächst vorwiegend nachhaltige Bio-

kraftstoffe zur Verfügung stünden, hob die UFOP am vergangenen Mittwoch (6.6.) in Berlin hervor. Die Förderorganisation betonte dazu, dass sich Biokraftstoffe aus heimischen Rohstoffen wie Rapsöl, Getreide und Zucker infolge der hierzulande eingeführten Treibhausgas-(THG)-Minderungspflicht in einem Effizienzwettbewerb behaupten müssten. Dieser habe dazu geführt, dass mit weniger physischem Einsatz von Biokraftstoffen ein gleich hoher Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden könne. Die jetzige Regelung zur THG-Quotenregelung in Höhe von 4 % versperre aber die Mobilisierung des verfügbaren nachhaltigen Rohstoff-beziehungsweise Biokraftstoffpotentials, kritisierte die UFOP. Stattdessen müssten Rapsöl und Biodiesel zu Niedrigpreisen exportiert werden. Zudem seien in Deutschland zurzeit Anlagen für die Biodieselproduktion im Umfang von mehreren hunderttausend Tonnen stillgelegt oder deren Produktionsauslastung sei halbiert worden. Mit Blick auf die Sicherung der globalen Versorgung der Agrarmärkte

und der zunehmenden Bedeutung der Biomasse zur stofflichen Nutzung für die Realisierung der Bioökonomiestrategie kommt den herkömmlichen Biokraftstoffen nach Einschätzung der UFOP eine wichtige Brückenfunktion zu. Der Biokraftstoffmarkt sei zugleich das gesetzlich vorgegebene „level-playing-field“ für die Weiterentwicklung der Zertifizierungs- und Nachweisanforderung für nachhaltig angebaute Biomasse nicht nur in der EU, sondern auch in Drittstaaten. Die Förderorganisation unterstrich, dass mit Blick auf die Klimaschutzziele 2030 und 2050 das Zeitbudget umso schneller ablaufe, wenn sogar das 1,5-Grad-Ziel erreicht werden solle. Es müsse hinterfragt werden, ob angesichts des Zeitvorlaufs für Planung und Genehmigungen sowie der anschließenden baulichen Umsetzung der erforderlichen Stromtrassen und der Ladeinfrastruktur die Zielerfüllung noch zu schaffen sei. Verlierer sei die Landwirtschaft, für die der Klimawandel bereits spürbar angekommen sei. AgE

DEUTSCHLAND

BIOENERGIE

Biogasbranche behauptet sich

BERLIN/FREISING. Die Biogasbranche wird 2018 voraussichtlich weiter wachsen und ihre flexible Leistung steigern. Ihre tatsächliche Stromproduktion wird dagegen eher stabil bleiben. Das geht aus einer Erhebung des Fachverbandes Biogas (FvB) zum Status quo und zur Entwicklung der Branche hervor, die am Dienstag vergangener Woche (5.6.) in Berlin veröffentlicht wurde. Die für die tatsächliche Stromproduktion maßgebliche arbeitsrelevante Leistung der Biogasanlagen in Deutschland wird demnach höchstwahrscheinlich nur marginal steigen: Vorausgesetzt wird eine Zunahme um 20 MW auf 3 789 MW. Hinsichtlich des Zubaus an flexibler Leistung rechnet der Fachverband indes mit einer deutlichen Steigerung um fast 300 MW auf 4 843 MW. Die Zahl der Biogasanlagen wird sich laut der FvB-Prognose gegenüber 2017 um 1,7 % auf annähernd 9 500 erhöhen. Mit einer Brutto-Stromproduktion von rund 33 Mrd kWh versorgen Deutschlands Biogasanlagen in diesem Jahr dem Verband

zufolge rund 9,5 Millionen Haushalte. Hinzu komme eine außerhalb der Anlagen genutzte Wärmemenge von mehr als 12 Mrd kWh, mit der sich rechnerisch der Heizbedarf von mehr als einer Million Haushalte decken lasse. FvB-Hauptgeschäftsführer **Dr. Claudius da Costa Gomez** beklagte, dass ein großes Potential an Biogas für die Energiewende unter den aktuellen Rahmenbedingungen weitgehend brach liege. Damit die Anlagen „ihre Stärken auf den Energiemärkten ausspielen können“, fordert da Costa Gomez Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Ohne sinnvolle EEG-Anpassungen sieht er die klimafreundliche Kopplung von Strom- und Wärmeproduktion mittelfristig in Gefahr. Reformen „mit Augenmaß“ fordert der FvB auch mit Blick auf Anlagen, die Gülle vergären und nicht unter das EEG-Ausschreibungsverfahren fallen. Kritik übte da Costa Gomez auch an der Förderdeckelung für Investitionen in Blockheizkraftwerke (BHKW) durch die Flexibilitätsprämie. AgE

DEUTSCHLAND

ERNEUERBARE ENERGIEN

Fördersätze für Windanlagen sinken erneut

BONN. Die Fördersätze für Windenergieanlagen an Land werden ab Herbst 2018 erneut nach unten gesetzt. Wie die Bundesnetzagentur vorvergangenen Freitag (1.6.) bekanntgab, sinken die Zahlungsansprüche nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für Anlagen, die nicht an Ausschreibungen teilnehmen müssen und von Oktober bis Dezember 2018 den Betrieb aufnehmen, um die maximal möglichen 2,4 %. Seit Anfang 2017 ergibt sich damit eine Kürzung der Förderhöhe um insgesamt rund 17 %. Betroffen sind insbesondere Anlagen, die noch unter den Bestandsschutz fallen. Für die Berechnung der Fördersätze ist der Brutto-Zubau von Windenergieanlagen an Land zwischen Mai 2017 und Ende April 2018 maßgeblich. Mit etwa 5 308 MW lag dieser oberhalb des gesetzlich festgelegten Ausbaupfads. Würde der Zubau nahe daran liegen, fiel die Absenkung

der Vergütungssätze kleiner aus. Der Abschlag verstärkt sich, je mehr der Zubau den am gesetzlich festgelegten Ausbaupfad überschreitet. Eine merkliche Unterschreitung desselben würde dagegen dazu führen, dass die anzulegenden Werte konstant bleiben oder sogar angehoben würden. Ab 2019 berechnet sich die Vergütungshöhe für Anlagen, die nicht an den Ausschreibungen teilnehmen müssen, nicht mehr anhand der Zubauzahlen, sondern aus den Zuschlagswerten der vorangegangenen Ausschreibungen. Betroffen sind davon Kleinanlagen bis 750 kW und Pilotanlagen. Im kommenden Jahr wird hierfür ein Durchschnitt aus den jeweils höchsten bezuschlagten Geboten gebildet, die 2017 ausgeschrieben wurden. Damit liegt der Vergütungssatz für Anlagen, die nach dieser Sonderregelung 2019 in Betrieb gehen, bei 4,63 Ct/kWh. AgE

DEUTSCHLAND

TIERSCHUTZ

Interministerieller Arbeitskreis Nachhaltige Nutztierhaltung wieder eingerichtet

HANNOVER. Die niedersächsische Landesregierung hat beschlossen, den Interministeriellen Arbeitskreis (IMAK) Nachhaltige Nutztierhaltung wieder einzurichten. Ziel sei es, mögliche

Hemmnisse für Landwirte, die ihre Tierhaltung zugunsten einer Verbesserung des Tierwohls umstellen wollten, abzubauen, teilte die Staatskanzlei am Dienstag vergangener Woche (5.6.) in

Hannover mit. Unter Federführung des Landwirtschaftsministeriums würden auch das Umwelt- und das Sozialressort mitarbeiten; daneben seien die kommunalen Spitzenverbände, das Landvolk Niedersachsen, die Landwirtschaftskammer, die Landgesellschaft, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), das Agrar- und Ernährungsforum Oldenburger Münsterland (aef), das Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen (KÖN) und der Deutsche Tierschutzbund vertreten. Der breit gefächerte Teilnehmerkreis habe sich bewährt und werde auch für die künftige Arbeit nicht verändert, so die Staatskanzlei. In den anstehenden Sitzungen des IMAK sollten die Ergebnisse aus der vergangenen Legislaturperiode aufgegriffen und Kon-

flikte, die nicht auf Landesebene gelöst werden könnten, benannt werden. Niedersachsen plane, sich mit der bisherigen Arbeit des IMAK an der Diskussion um die Nutztierstrategie des Bundes zu beteiligen und Impulse in Sachen Nachhaltigkeit bei der Anpassung bundesgesetzlicher Regelungen zu geben. Diese Strategie soll laut Staatskanzlei im Arbeitskreis besprochen werden; zudem müssten noch offene Fragestellungen deutlich benannt werden, um diese auf Bundesebene einpeisen zu können. Der IMAK Nachhaltige Nutztierhaltung war der Staatskanzlei zufolge von der vorherigen Regierung auf eine Legislaturperiode begrenzt worden; die bisher erfolgreiche Arbeit solle nun fortgesetzt und abgeschlossen werden. AgE

DEUTSCHLAND

JAGD

Lob und Tadel für Entwurf zum neuen Jagdgesetz in Nordrhein-Westfalen

Jäger sehen „wesentliche Elemente eines vernünftigen Landesjagdgesetzes“ - Für den NABU ist der Text „überwiegend ideologisch geprägt“ - Schwarz-gelbe Landesregierung bemüht um Ausgleich zwischen den verschiedenen Bedürfnissen in der Kulturlandschaft

DÜSSELDORF. Der aktuelle Entwurf für ein neues nordrhein-westfälisches Jagdgesetz wird von der Jägerschaft positiv, von Umweltschützern dagegen kritisch gewertet. Nach Einschätzung des Präsidenten vom Landesjagdverband (LJV) Nordrhein-Westfalen, **Ralph Müller-Schallenberg**, finden in dem Entwurf die Leistungen der Jägerschaft „wieder die gebotene politische Anerkennung“. Jetzt könne das nordrhein-westfälische Jagdrecht durch mehr bundeseinheitliche Regelungen und mehr Praxisorientierung wieder „vom Kopf auf die Füße gestellt“ werden, erklärte Müller-Schallenberg am vergangenen Mittwoch (6.6.) vor Journalisten in Düsseldorf. Der Entwurf enthalte „wesentliche Elemente eines vernünftigen Landesjagdgesetzes“, unter anderem die Ausweitung der Liste jagdbarer Arten entsprechend dem Bundesjagdgesetz, Änderungen bei den Jagd- und Schonzeiten sowie die Erweiterung der zulässigen Kirmmenge auf 1 l. Allerdings müsse über einige Themen noch im Detail gesprochen werden. Jetzt komme es auf eine zügige Beratung und Verabschiedung durch den Landtag an. Der Landesverband vom Naturschutzbund Deutschland (NABU) beurteilte den Entwurf als „vorwiegend ideologisch geprägt“. Eine Aussöhnung von Interessen des Natur- sowie des Tierschutzes und der Jagd werde es mit dem Text nicht geben. Als besonders kritisch werteten die Umweltschützer die geplante Wiederaufnahme von Säugetierarten wie Wildkatze und Fischotter ins Jagdrecht. Nach einem Gutachten des Bundesumweltministeriums sei eine Aufnahme solcher Arten, die im Anhang 4 der Flora-Fauna-Habitat-(FFH)-Richtlinie geschützt seien und zudem unter dem Schutz

des Bundesnaturschutzgesetzes stünden, sowohl verfassungsrechtlich als auch nach den Vorgaben der Europäischen Union nicht zulässig. Die CDU-Landtagsfraktion ging auf die Bewertung durch den Landjagdverband ein und wertete diese als „Bestätigung“ ihres eingeschlagenen Kurses.

In einem zentralen Wunsch entgegen

„Wir machen fachlich begründete und ideologiefreie Politik, die im Dialog einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Bedürfnissen in unserer Kulturlandschaft sucht“, betonte die umweltpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, **Bianca Winkelmann**. Als Neuerung im Gesetzentwurf nannte sie die Ausweitung der Hegepflicht. Dabei gehe es um den gesetzlichen Auftrag der Jäger, sich aktiv für den Artenschutz einzusetzen. Mit diesem Ziel werde auch die Ausbildung von Jägern verbessert. Daneben komme die Landesregierung mit der Absenkung der Jagdabgabe der Jägerschaft in einem zentralen Wunsch entgegen. Das nordrhein-westfälische Kabinett hatte Anfang Mai die Eckpunkte für eine Novelle des Landesjagdgesetzes verabschiedet; damit wurde der Weg frei gemacht für die Verbändeanhörung und das parlamentarische Verfahren (AgE 20/18, Länderberichte 18). Das von der rot-grünen Vorgängerregierung beschlossene Ökologische Jagdgesetz (ÖJG) war bei den Betroffenen auf scharfe Kritik gestoßen. Gegen die im April 2015 von SPD und Grünen verabschiedete Novelle hatte eine „Volksinitiative für ein ideologiefreies, praxisgerechtes Jagdgesetz“ insgesamt 117 601 Unterschriften gesammelt. AgE

DEUTSCHLAND

NATURSCHUTZ

Gut 6 Millionen Euro für investive Naturschutzmaßnahmen in Niedersachsen

HANNOVER. Nach dem aus seiner Sicht erfolgreichen Start der Fördermaßnahme „Investiver Naturschutz“ im Jahr 2017 wird das niedersächsische Umweltministerium auch in diesem Jahr Naturschutzprojekte fördern, und zwar mit insgesamt 6,1 Mio Euro. Über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) stelle der Bund dafür 3,66 Mio Euro bereit; das Land Niedersachsen stocke diesen Betrag um 2,44 Mio Euro auf, teilte das Ministerium am vergangenen Donnerstag (7.6.) in Hannover mit. Der weitaus überwiegende Teil der Fördermittel fließe in den Grunderwerb naturschutzfachlich wertvoller Flächen. Damit würden die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen,

um Biotopentwicklungsmaßnahmen wie beispielsweise die Wiedervernässung von Mooren durchführen zu können, erläuterte das Umweltressort. „Die niedersächsischen Moore haben eine hohe Bedeutung für die biologische Vielfalt in Niedersachsen. Auf Grundlage der durch die GAK geförderten Maßnahmen können in weiteren Mooren die Wasserstände optimiert und damit die Lebensräume der moortypischen Tier- und Pflanzenarten verbessert werden“, erklärte Umweltminister **Olaf Lies**. Auch der Klimaschutz profitiere, indem die Treibhausgasemissionen aus Mooren reduziert würden. Mit den Fördermitteln sollen laut Lies Lebensräume und Lebensstätten wildlebender Tier- und Pflanzenarten in der Agrarland-

schaft geschaffen, wiederhergestellt und entwickelt werden. Beim Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) seien 47 Anträge mit einem Förderbedarf von 10,9 Mio Euro eingegangen, von denen nun 25 bewilligt worden seien. Der Umweltminister betonte in

dem Zusammenhang, dass die GAK das wichtigste nationale Förderinstrument für eine leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete und wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft, den Küstenschutz sowie vitale ländliche Räume sei. AgE

DEUTSCHLAND

NATURSCHUTZ

Merkel sieht Handlungsbedarf bei Artenvielfalt und Flächenverbrauch

Deutschland hier aber auf einem guten Weg - Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) in Berlin - Thieme kritisiert Lücken in der bisherigen deutschen Nachhaltigkeitspolitik - Internationale Experten mahnen größere Anstrengungen an

BERLIN. Großen Handlungsbedarf hinsichtlich des Erhalts der Artenvielfalt sowie in der Tierhaltung und im Ackerbau hat Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel** eingeräumt. Gleichzeitig machte sie bei der Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) am Montag vergangener Woche (4.6.) in Berlin auf die dazu laufenden und geplanten Anstrengungen der Bundespolitik aufmerksam. Neben dem Aktionsprogramm Insektenschutz nannte sie die Ackerbaustrategie und die Tierwohldebatte als Beispiele. Beim Flächenverbrauch räumte die Regierungschefin ein, dass man noch nicht beim Zielwert angekommen sei. Immerhin sei der Verbrauch aber deutlich runtergegangen. Es werde immer Kritiker geben, denen man nicht schnell genug handle, betonte Merkel. Ihrer Einschätzung nach befindet sich Deutschland aber auf einem guten Weg. Die Bundeskanzlerin kündigte zudem ein Strategie-Update für die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie im Jahr 2020 an, bei dem unter anderem die bisherigen Indikatoren hinterfragt und gegebenenfalls erweitert werden sollen. Zuvor hatte die RNE-Vorsitzende **Marlehn Thieme** auf Lücken in der deutschen Nachhaltigkeitspolitik hingewiesen. Die Einbrüche bei der biologischen Vielfalt seien erschreckend, sagte Thieme. Wer Bienen und Böden vernichte, handle gegen die Interessen nachfolgender Generationen. Thieme warnte auch davor, das Klimaziel für 2020 zu verfehlen oder gar aufzugeben. So ein Politikverzicht beschädige die freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Grundordnung und gebe populistischen Parolen Auftrieb. Die ehemalige neuseeländische Premierministerin und frühere Leiterin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), **Helen Clark**, übergab der Kanzlerin einen Peer Review, den eine Gruppe internationaler Experten unter ihrer Leitung als Gutachten für die Deutsche Nachhaltigkeitspolitik erstellt hatten.

Leistungsfähigere Ausschüsse

Clark bescheinigte Deutschland bei der Review-Übergabe gute Voraussetzungen, um die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) der Vereinten Nationen zu erreichen. Besorgniserregend sei jedoch, dass 29 der 63 Indikatoren für die nachhaltige Entwicklung in Deutschland nicht im Zielbereich lägen. Hier seien deutlich größere Anstrengungen erforderlich, sagte Clark. Es sei wichtig, Fehlentwicklungen oder Verlangsamungen rechtzeitig zu erkennen und engagiert anzugehen. Insbesondere werden im Bericht dazu die Flächen-degradierung und die schwindende biologische Vielfalt genannt. Mehr Ambitionen werden aber auch bei den Themen erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft gefordert. Nachhaltige Entwicklung werde bisher zu einseitig auf Umweltbelange reduziert, so die Experten. Zivilgesellschaftliche Akteure im sozialen und wirtschaftlichen Bereich sollten künftig stärker einbezogen werden. Zudem schlägt die Gruppe um Clark eine Kommunikationsoffensive und öffentliche Debatte darüber vor, warum eine nachhaltige Entwicklung für Deutschland und die restliche Welt von so entscheidender Bedeutung sei und wie Unternehmen und Gesellschaft diese Bemühungen unterstützen könnten. Grundsätzlich sei das Konzept der Nachhaltigkeit und der sozialen Marktwirtschaft tief in der deutschen Gesellschaft verwurzelt; das sollte genutzt werden. Die Anbindung der Strategie an das Kanzleramt wird positiv gewertet; gleichzeitig wird aber auch ein leistungsfähigerer Ausschuss der Staatssekretäre und parlamentarischer Ausschuss angemahnt. Zudem sollten die statistischen Ämter und Datenverarbeiter mehr Geld erhalten, um angemessene Daten für die Bewertung der Fortschritte vorlegen zu können. AgE

DEUTSCHLAND

DIGITALISIERUNG

Backhaus: Digitalisierung birgt mehr Chancen als Risiken für die Landwirtschaft

DUMMERSTORF. Das Potential digitaler Anwendungen für die Agrarwirtschaft hat Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** hervorgehoben. Zu Beginn des 7. Wilhelm-Stahl-Symposiums erklärte Backhaus am vergangenen Mittwoch (6.6.) in Dummerstorf, dass aus seiner Sicht trotz der unbestreitbaren Risiken bei der Digitalisierung und der Nutzung von „Big Data“ klar die Chancen für die Landwirtschaft überwiegen. Dem SPD-Politiker zufolge sind digitale Lösungen heute schon bei mehr als der Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland bereits Teil der täglichen Arbeit. In erster Linie gehe es den landwirtschaftlichen Nutzern dabei um die klaren Vorteile der Digitalisierung. Dazu zählt der Minister insbesondere eine höhere Produktivität durch optimierte Haltungssysteme, Zeit- und Kostenersparnisse sowie eine Verbesserung der Produktqualität. Aber auch eine körperliche Entlastung

sowie die Schonung der Ressourcen, eine tierartgerechtere Haltung und geringere Umweltbelastungen seien Effekte der technischen Entwicklung, betonte Backhaus. Damit „Big Data“ im Stall tatsächlich zu einem Erfolgsmodell wird, müssen nach seiner Überzeugung jedoch die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Notwendig sei beispielsweise ein massiver Ausbau der digitalen Infrastruktur. Auch müsse der gesetzliche Datenschutz über personenbezogene Daten hinaus auf Betriebs-, Maschinen- und Geschäftsdaten ausgedehnt werden, so dass die Landwirte die Hoheit über ihre Daten behielten. Sei dies gewährleistet, könne die Digitalisierung dazu genutzt werden, Landwirtschaft und Verbraucher näher zusammenzubringen, sagte Backhaus. So ermögliche die moderne Technik ein Mehr an Transparenz und Rückverfolgbarkeit, was Vertrauen schaffe und die Wertschätzung für die Landwirtschaft erhöhe. AgE

DEUTSCHLAND

VETERINÄRFRAGEN

QS-Betriebe senkten 2017 ihren Antibiotikaverbrauch

BONN. Die schweine- und geflügelhaltenden Betriebe im System der QS Qualität und Sicherheit GmbH haben den Antibiotikaeinsatz im vergangenen Jahr weiter gesenkt. Wie die QS GmbH am Montag vergangener Woche (4.6.) mitteilte, haben die teilnehmenden Tierhalter 2017 etwa 3 % weniger an Antibiotikamengen verwendet als im Jahr davor. Im Vergleich zu 2014, dem Beginn des Monitorings, sei die Menge damit um mehr als 32 % reduziert worden, hob die Gesellschaft hervor. Zudem habe man anhand der vorliegenden QS-Daten auch einen Rückgang der Therapiehäufigkeit festgestellt. Laut **Thomas May**, bei QS verantwortlich für das Antibiotikamonitoring, scheinen sich die meisten Werte auf einem niedrigen Niveau einzupendeln. Er geht davon aus, dass der Spielraum für eine weitere Absenkung des Antibiotikaeinsatzes „überschaubar“ ist, da die Tiergesundheit ansonsten ins Hintertreffen geraten könnte. Grundsätzlich bleibe aber festzu-

stellen, dass die Teilnahme an einem Qualitätssicherungssystem wie QS dazu beitrage, diese Betriebe für das Thema Antibiotikaeinsatz und für die Vermeidung von Resistenzen über die regelmäßigen Rückmeldungen zusätzlich zu sensibilisieren, betonte May. QS weist in Bezug auf die Antibiotikakennzahlen darauf hin, dass die Ergebnisse für das zweite Halbjahr 2017 bei den eigenen Erhebungen und denen des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) auseinandergehen. So seien die BVL-Verbrauchswerte bei Mastschweinen, Masthühnern, Puten und Mastkälbern im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 2017 leicht gestiegen, während die Auswertungen der QS-Antibiotikadatenbank für alle Tierarten hier einen geringfügigen Rückgang ergeben hätten. Die Diskrepanz ergebe sich dabei aus einer unterschiedlichen Datenbasis, sei jedoch in der Vergangenheit den gleichen Trends gefolgt. AgE

DÄNEMARK

VETERINÄRFRAGEN

Kopenhagen verschärft Anstrengungen zur Antibiotikareduzierung bei Schweinen

KOPENHAGEN. Obwohl die dänischen Tierhalter den Einsatz von Antibiotika in ihren Ställen in den vergangenen drei Jahren schon deutlich eingeschränkt haben, setzt Landwirtschaftsminister **Jakob Ellemann-Jensen** die Messlatte noch höher. Der Minister verwies in der vorletzten Woche auf die zuletzt kaum noch rückläufigen Einsatzmengen und forderte insbesondere die dänischen Schweinehalter zu größeren Anstrengungen auf. „Antibiotikaresistenzen sind ein Problem, das wir ernst nehmen müssen“, betonte Ellemann-Jensen, der die Landwirte ausdrücklich für ihre bisherigen Erfolge bei der Senkung des Medikamenteneinsatzes lobte. Ihm zufolge ist jedoch wegen der aktuell geringen Fort-

schritte der 2015 im Kopenhagener Parlament verabschiedete „MRSA-Aktionsplan“ gefährdet. Dieser sieht bis Ende 2018 eine Senkung des Antibiotikaeinsatzes in der Schweinehaltung um 15 % im Vergleich zu 2014 vor. Um das angepeilte Ziel doch noch zu erreichen, ordnete Ellemann-Jensen in der vorletzten Woche Verschärfungen beim sogenannten Gelbe-Karten-System an. Demnach werden nun ab einer noch kleineren Einsatzmenge als bisher automatisch obligatorische Prüfungen und Beratungsmaßnahmen für die jeweiligen Schweinehaltungen angeordnet. Die dänische Lebensmittelaufsicht geht davon aus, dass insgesamt 400 Betriebe von dieser neuen Regelung betroffen sind. AgE

DEUTSCHLAND

TIERSCHUTZ

ITW-Geschäftsführer Hinrichs sieht keinen „Label-Dschungel“

Kein Thema für die meisten Verbraucher - Nur Initiative Tierwohl und Bio-Zeichen im Lebensmittelhandel relevant - Produktsiegel geben Hinweise auf unterschiedliche Produkteigenschaften - Beitrag zur Verbraucherorientierung

BERLIN. Nicht gerechtfertigt ist nach Auffassung des Geschäftsführers der Initiative Tierwohl (ITW), **Dr. Alexander Hinrichs**, die verbreitete Kritik an einem vermeintlichen „Label-Dschungel“ bei tierischen Erzeugnissen. „Für die allermeisten Verbraucher existiert ein Label-Dschungel beim Tierwohl ebenso wenig wie ein Märchenwald“, schreibt Hinrichs in einem Beitrag für AGRA-EUROPE. Relevant für die Verbraucher seien nur solche Zeichen, die sie beim Lebensmittelhändler im Regal fänden. Das gelte neben der Initiative Tierwohl, die allein eine marktrelevante Verbreitung aufweise, lediglich noch für das Bio-Zeichen. Die Vielfalt an Produktsiegeln hält Hinrichs generell für unproblematisch. Sie gäben Verbrauchern Hinweise auf

unterschiedliche Produkteigenschaften, die für sie kaufentscheidend seien. Dabei gehe es um Informationen über umweltfreundliche Produktionsweisen, nachhaltige Verpackungen, Lebensmittelsicherheit, Regionalität oder Tierwohl. In einer freien Marktwirtschaft sei es „nicht nur legitim, sondern wünschenswert“, dass sich die Herausgeber von Siegeln auf solche Produkteigenschaften konzentrierten, für die eine Expertise vorhanden sei. „Wenn unterschiedliche Label unterschiedliche Produkteigenschaften hervorheben, trägt das zur Orientierung der Verbraucher bei“, schlussfolgert Hinrichs. Auf diese Weise werde den jeweiligen Bedürfnissen der Verbraucher durch Transparenz Rechnung getragen. AgE

Das Märchen vom Label-Dschungel

Ein Beitrag von Dr. Alexander Hinrichs, Geschäftsführer der Initiative Tierwohl

„Folgt man der öffentlichen Debatte zum Tierwohl in der Nutztierhaltung, dann sind die Klagen über einen so genannten Label-Dschungel nicht zu überhören. Verbraucher, so lautet die

These dahinter, finden sich beim Fleischkauf mit so vielen verschiedenen Labels konfrontiert, dass sie durch die Labels eher desorientiert oder verwirrt als aufgeklärt werden. Aus dieser These werden diverse politische Forderungen abgeleitet. Doch ist diese These überhaupt gerechtfertigt? Zunächst einmal sei vorweggeschickt, dass die Vielfalt des Labelangebotes nicht bezweifelt werden soll. Von staatlicher Seite sollte sie jedoch auch nicht unterbunden werden. Wir leben in einer freien Markt-

wirtschaft. Dazu gehört auch, dass Prüfsiegel von privaten Unternehmen herausgegeben werden können, die miteinander im Wettbewerb stehen. Allein das muss nicht notwendigerweise einen Label-Dschungel nach sich ziehen.

Bei Lichte besehen sind für unterschiedliche Verbraucher unterschiedliche Facetten am Produkt Fleisch kaufentscheidend. Neben den Produkteigenschaften im engeren Sinn sind das Dinge wie umweltfreundliche Produktionsweise, nachhaltige Verpackung, Lebensmittelsicherheit, Regionalität oder Tierwohl. In einer freien Marktwirtschaft ist es nicht nur legitim, sondern auch wünschenswert, dass sich die Herausgeber von Siegeln auf diejenigen Produkteigenschaften konzentrieren, wo eine Expertise vorhanden ist.

So kann die Situation entstehen, dass auf einem Produkt mehrere Siegel zu finden sind, die für unterschiedliche Produkteigenschaften stehen. Verbraucher erkennen beispielsweise am blauen QS-Siegel die geprüfte Lebensmittelsicherheit des Produkts, am Grünen Punkt den Beitrag des Herstellers zur Recyclingwirtschaft und können dann entscheiden, was wichtig für sie ist. Hier von einem Label-Dschungel zu sprechen, trägt der Tatsache nicht Rechnung, dass unterschiedliche Siegel auf einem Produkt auch unterschiedliche Produkteigenschaften hervorheben und so den unterschiedlichen Bedürfnissen der Verbraucher durch Transparenz gerecht werden. Wenn unterschiedliche Label unterschiedliche Produkteigenschaften hervorheben, trägt das also zur Orientierung der Verbraucher bei.

Bleibt noch zu klären, ob der beklagte Label-Dschungel den Verbraucher verwirrt, indem es zu viele Siegel zu ein und derselben Produkteigenschaft gibt. Als prominentes Beispiel sei

hier das Tierwohl herangezogen. Gibt es einen Label-Dschungel beim Tierwohl? Bioland, Neuland, Demeter, Bio, Für mehr Tierschutz, Tierschutz-kontrolliert, Initiative Tierwohl - die Reihe ließe sich fortsetzen. Die bloße Anzahl der herausgegebenen Labels spricht für die These vom Label-Dschungel. Allein diese Schlussfolgerung übersieht den entscheidenden Aspekt. Dieser liegt in der Frage begründet, mit welchen Labels kommen Verbraucher überhaupt in Kontakt? Denn wenn es auch eine ganze Armada an Labels gibt: Finden die Verbraucher sie nicht auf den Produkten, dann können sie die Verbraucher auch nicht verwirren. Der Label-Dschungel wäre ein rein theoretisches Konstrukt.

De facto trifft das beim Thema Tierwohl zu, wie unlängst die Studie „Tierwohl in der Nutztierhaltung“ der Verbraucher Initiative festgestellt hat. Laut dieser kann allein die Initiative Tierwohl auf eine marktrelevante Verbreitung setzen. Für Verbraucher relevant ist darüber hinaus durch hohe Bekanntheit und Vertrauenswürdigkeit einzig noch das Bio-Zeichen. Bei zwei Bäumen von einem Dschungel zu sprechen, ist indessen etwas übertrieben. Zumal Bio eine etwas anders gelagerte Aussage - hier geht es auch um umweltfreundliche Produktion - als die Initiative Tierwohl trifft und bei Fleisch eine Verbreitung unter 2 % aufweist. Dagegen stammen inzwischen über 60 % der in Deutschland geschlachteten Hähnchen von nach Kriterien der Initiative Tierwohl haltenden Betrieben. Der Label-Dschungel beim Tierwohl ist also ein Konstrukt von Experten, die all die verschiedenen Labels kennen. Für die allermeisten Verbraucher existiert der Label-Dschungel ebenso wenig wie ein Märchenwald. Für sie ist nur das relevant, was sie auch im Regal der Lebensmittelhändler vorfinden. Und das ist jedenfalls beim Thema Tierwohl alles andere als ein Label-Dschungel.“

DEUTSCHLAND

TIERSCHUTZ

Klößner will staatliches Tierwohllabel mit anspruchsvollen Kriterien

BERLIN. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hält an seinem Vorhaben fest, für das geplante staatliche Tierwohllabel anspruchsvolle Kriterien zu entwickeln. Zwar sagte Ressortchefin **Julia Klößner** bei der Mitgliederversammlung des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV) am vergangenen Donnerstag (7.6.) in Berlin zu, man werde das Label der Initiative Tierwohl (ITW) in das staatliche Zeichen integrieren. Die Anforderungen an die erste Stufe des Tierwohllabels würden jedoch über die Einstiegsstufe der Tierwohlnitiative hinausgehen. „ITW plus“ sei unter anderem notwendig, um eine Förderung mit öffentlichen Mitteln zu gewährleisten, argumentierte die Ministerin. DRV-Präsident **Franz-Josef Holzenkamp** warnte vor zu hohen Anforderungen an das staatliche Label. „Man darf die Wurst nicht so hoch hängen, dass kein Hund mehr dran kommt“, sagte Holzenkamp. Keinesfalls dürfe die Breitenwirkung des neuen

Labels in Frage gestellt werden. Eine weitere Nische helfe niemandem. Der Einstieg in das staatliche Label müsse pragmatisch erfolgen und „auf ITW aufbauen“. Zudem müsse sichergestellt werden, dass die Finanzierung der durch die zusätzlichen Anforderungen entstehenden Mehrkosten in Produktion und Verarbeitung am Point of Sale erfolge. Einer „dauerhaften Alimentierung aus Steuermitteln“ räumt der Raiffeisenpräsident keine Chancen ein. Klößner kündigte an, die gesetzlichen Grundlagen für das geplante Label zügig anzugehen. Ein Referentenentwurf befinde sich gegenwärtig in der regierungsinternen Abstimmung. Ein Kabinettsbeschluss soll den Angaben zufolge noch vor der Sommerpause erfolgen. Details des Labels sollen allerdings erst anschließend in Verordnungen geregelt werden. Über deren Konfliktpotential macht sich die Ministerin keine Illusionen: „Die Musik spielt in den Verordnungen.“ AgE

DEUTSCHLAND

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

BRS bittet um Unterstützung für neues SchweineMobil

BONN. Eines der beiden SchweineMobile, das der Bundesverband Rind und Schwein (BRS) gemeinsam mit dem Forum Moderne Landwirtschaft (FORUM) als Element der praxisnahen Öffentlichkeitsarbeit nutzt, ist durch einen Autobahnunfall so sehr beschädigt worden, dass eine Neuanschaffung notwendig ist. Diesen Neubau wollen der BRS und das FORUM nutzen, um das Fahrzeug hinsichtlich aktueller Haltungsanforderungen neu zu konzipieren und im Layout zu überarbeiten. Laut Bun-

desverband wurden alle bisherigen SchweineMobile aus der Branche finanziert, und das solle auch so bleiben. Bislang seien bereits 15 000 Euro gesammelt worden, doch es fehlten noch 20 000 Euro. Aus diesem Grund startete der BRS jetzt einen „Spendenaufruf“ zur Unterstützung dieses Vorhabens. Der Verband hob hervor, dass das SchweineMobil die moderne Schweinehaltung wirklichkeitsnah zeige. Es sei der Mittelpunkt jeder Ausstellung und werde stark nachgefragt. Das Schweine-

Mobil habe eine Signalwirkung und deutlich positive Effekte für eine praxisnahe Information über die moderne Schweinehaltung. In den vergangenen drei Jahren seien die SchweineMobile an mehr als 400 Tagen auf Veranstaltungen präsent gewesen und

hätten somit für den Verbraucherdialo g im Einsatz gesorgt, erklärte der BRS. An diesem Prozess wolle die Branche mit einem neu gebauten Mobil festhalten und den Dialog auf Augenhöhe in möglichst vielen Einsätzen sicherstellen. AgE

DEUTSCHLAND

TIERSCHUTZ

Grupe: Organisationen bei Gesetzesverstößen Gemeinnützigkeit entziehen

HANNOVER. Organisationen, die Gesetzesverstöße wie Stalleinbrüche fördern oder erfüllen, muss nach Einschätzung der niedersächsischen FDP-Landtagsfraktion die Gemeinnützigkeit entzogen werden. Ein entsprechender Antrag der Fraktion beschäftigt derzeit den Landwirtschaftsausschuss des Landtages. „Das Thema muss gründlich beleuchtet werden, denn einerseits ist es wichtig, den Tierschutz zu gewährleisten, andererseits kann es nicht sein, dass selbsternannte Tierrechtsorganisationen dank ihrer Gemeinnützigkeit staatliche Förderung erhalten, gleichzeitig aber teilweise massiv gegen Recht und Gesetz verstoßen“, erklärte FDP-Agrarsprecher **Hermann Grupe**. Man müsse daher einen Überblick erhalten, wie die Situation in Niedersachsen aussehe. Konkret gehe es darum, welche gemeinnützigen Organisationen oder Personen bereits Straftaten wie Stalleinbrüche begangen hätten. Beleuchtet werden müsse auch, wie oft die Organisationen Anzeigen gegen Höfe oder Behörden erstattet hätten, ob Videomaterial Grundlage für die Anzeigen gewesen sei und wie viel Zeit zwischen dem Erstellen der Aufnahmen und den Anzeigen verstrichen sei. Gleichzeitig müsse geklärt werden, ob die Rahmenbedingungen für Kontrollbehör-

den verbessert werden müssten. Die Forderung, hinter Stalleinbrüchen stehenden Organisationen die Gemeinnützigkeit zu entziehen, ging am Montag vergangener Woche (4.6.) auch vom Landesverbandsausschuss des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes (WLV) aus. Rechtsbrecher dürften keine Gemeinnützigkeit genießen, heißt es in einer Resolution des Ausschusses. Für eine Überprüfung der Gemeinnützigkeit von Organisationen wie PETA hatte sich kürzlich Niedersachsens Landwirtschaftsministerin **Barbara Otte-Kinast** ausgesprochen. Prompt geriet sie ins Visier von PETA. Anlässlich des Rücktrittes von Nordrhein-Westfalens früherer Agrarministerin **Christina Schulze Föcking** hatte PETA eine „Abschussliste“ präsentiert, die unter dem Titel „Tierquälernerprofiteure raus aus der Politik“ neben Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klöckner** auch Otte-Kinast zeigte. Sie wurde außerdem aufgefordert, PETA 24 Stunden täglich Einlass in die Ställe des Milchviehbetriebes ihrer Familie zu gewähren. Ansonsten werde man wie „jüngst bei Christina Schulze Föcking selbst Ermittlungen“ vornehmen, so die Tierschutzaktivistin. (AgE 21/18, Länderberichte 26) AgE

DEUTSCHLAND

VETERINÄRFRAGEN

Bundesregierung verstärkt Vorkehrungen gegen Afrikanische Schweinepest

BERLIN. Die Bundesregierung verstärkt angesichts der anhaltenden Bedrohung durch die Afrikanische Schweinepest (ASP) ihre Maßnahmen zur Tierseuchenbekämpfung. Der am vergangenen Mittwoch (6.6.) vom Kabinett beschlossene Entwurf zur Änderung des Tiergesundheitsgesetzes und des Bundesjagdgesetzes soll die Voraussetzungen schaffen, im Falle eines Seuchenausbruchs schneller und effektiver als bislang möglich zu reagieren. Mit der Neuregelung ist eine Erweiterung der Ermächtigungsgrundlagen des Tiergesundheitsgesetzes geplant, um weitergehende, zur Tierseuchenbekämpfung erforderliche Maßnahmen vornehmen zu können. Dazu zählen Maßnahmen zur Absperrung eines von der zuständigen Behörde zu bestimmenden Gebietes, etwa durch Umzäunung, ferner die Beschränkung des Personen- oder Fahrzeugverkehrs für betroffene Gebiete sowie Beschränkungen und Verbote der Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen, beispielsweise ein Ernteverbot mit dem Ziel, eine Aus-

wanderung von Wildschweinen zu vermeiden. Zudem geht es um die Anordnung einer vermehrten Fallwildsuche, um die Infektionsmöglichkeiten gesunder Wildschweine zu minimieren und um die Durchführung einer verstärkten Bejagung durch andere Personen als den Jagdausübungsberechtigten. Mit der Änderung des Bundesjagdgesetzes sollen die Länder die Möglichkeit erhalten, Ausnahmen für die Jagd in Setz- und Brutzeiten auch aus Gründen der Tierseuchenbekämpfung bestimmen zu können. Ziel der Gesetzesnovelle sei es, im Fall eines Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest, schnell Maßnahmen ergreifen zu können, um eine Verbreitung zu verhindern, erklärte Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klöckner**. Im Vordergrund stehe aber nach wie vor die Prävention. Hier sei insbesondere Aufklärung gefragt, etwa um zu verhindern, dass Speisereste mit ASP-kontaminierten Schweinefleischerzeugnissen unachtsam entsorgt würden und eine Infektionsquelle für Wildschweine bildeten. AgE

DÄNEMARK/DEUTSCHLAND

VETERINÄRFRAGEN

Plan für ASP-Wildzaun an der deutschen Grenze passiert dänisches Parlament

KOPENHAGEN. Der von der dänischen Regierung angekündigte Wildzaun an der deutsch-dänischen Grenze wird gebaut. Das Parlament in Kopenhagen stimmte am Montag vergangener Woche (4.6.) mit großer Mehrheit für ein Maßnahmenpaket gegen die Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest (ASP), das unter anderem die Errichtung eines rund 70 km langen Zauns entlang der dänischen Grenze zur Bundesrepublik vorsieht. Der Bau soll im Herbst beginnen und wird voraussichtlich umgerechnet 10,7 Mio Euro kosten. Darüber hinaus sieht der Maß-

nahmenkatalog eine stärkere Regulierung des dänischen Wildschweinbestandes, höhere Strafen beim Verstoß gegen die Hygienevorschriften beim Grenzübertritt und eine intensivere Informationskampagne zur Verringerung des ASP-Einschleppungsrisikos vor. Das Budget für das gesamte Programm soll bei 16,6 Mio Euro liegen. Landwirtschaftsminister **Jakob Ellemann-Jensen** begrüßte das Votum des Parlaments und erinnerte an das enorme wirtschaftliche Risiko im Falle eines ASP-Ausbruchs im Land. Nach seinen Angaben wären jährliche Exportwerte von

umgerechnet 1,5 Mrd Euro sowie die damit verbundenen Arbeitsplätze gefährdet, da dann die Drittlandsausfuhren schlagartig eingestellt würden. Der Minister ist aber überzeugt, dass die Gefahr einer Seucheneinschleppung mit der nun verabschiedeten breiten Palette an Vorsichtsmaßnahmen wesentlich verringert wird. Obwohl das Votum des dänischen Parlaments eindeutig war, ist insbesondere der Wildzaun nicht unumstritten. Sowohl der World Wide Fund for Nature (WWF) Dänemark als auch die Europäische Kommission befürchten, dass der Zaun Nachteile für die Tierwelt mit sich bringen könnte. Die Kommis-

sion forderte deshalb die dänische Regierung auf, mögliche Effekte der Barriere auf die natürlichen Wanderungsbewegungen in der Grenzregion zu untersuchen. Auch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Kieler Landtag kann einem Wildzaun an der nördlichen Grenze Schleswig-Holsteins nichts abgewinnen. Der agrarpolitische Sprecher der Fraktion, Bernd Voß, rief die dänische Regierung stattdessen auf, bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest die europäische Zusammenarbeit zu intensivieren. Einheitliche Hygienevorschriften seien sinnvoller als Wildzäune. AgE

DEUTSCHLAND

SITUATIONSBERICHTE

Lebensmittel mit „Ohne GenTechnik“-Siegel im Aufwind

BERLIN. Auf insgesamt rund 7 Mrd Euro schätzt der Verband Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG) den Wert der Waren mit dem „Ohne GenTechnik“-Siegel, die Lebensmittelhersteller in diesem Jahr an den Lebensmittelhandel verkaufen dürften. Gegenüber 2017 würde das eine Steigerung um 27 % bedeuten. VLOG-Geschäftsführer **Alexander Hissting** wertete die Entwicklung als „Zeichen des großen Vertrauens der Verbraucher und des Lebensmitteleinzelhandels in das Qualitätssiegel“. Im vergangenen Jahr belief sich der Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes mit „Ohne GenTechnik“-Lebensmitteln den Verbandsangaben zufolge auf 5,44 Mrd Euro. Mit 56 % entfiel dabei der Löwenanteil auf Milch und Milchprodukte, gefolgt von Geflügelfleischwaren mit 25 % und Eiern mit 14 %. Die Umsatzangaben beruhen auf Auskünften der Lizenznehmer des „Ohne GenTechnik“-Siegels. Auch der Prognose für 2018 liegen laut VLOG Angaben der Hersteller zu-

grunde. Bei den Ausgaben der Endverbraucher für Lebensmittel mit „Ohne Gentechnik“-Siegel erwartet der Verband in diesem Jahr einen Zuwachs um etwa 20 %. Hissting geht auch für die kommenden Jahre von einem „wachsenden Zuspruch zum ‘Ohne GenTechnik’-Siegel und weiter deutlich steigenden Umsätzen“ aus. Die rechtliche Basis für das Siegel bildet das vor zehn Jahren in Kraft getretene EG-Gentechnik-Durchführungsgesetz (EGGenTDurchfG). Ein Jahr später ließ die damalige Bundeslandwirtschaftsministerin **Ilse Aigner** das einheitliche „Ohne GenTechnik“-Siegel entwerfen. 2010 wurde die Verantwortung für die Lizenzierung und Kontrolle des Siegels exklusiv an den Verband Lebensmittel ohne Gentechnik übertragen. Aktuell vertritt der VLOG nach eigenen Angaben mehr als 650 Mitglieder und Lizenznehmer. Die Zahl der Lebensmittel mit dem „Ohne Gentechnik“-Siegel liegt ihm zufolge bei über 8 000. AgE

SCHWEIZ

ERNÄHRUNGSFRAGEN

Neuer Aktionsplan für einen gesunden Genuss

BERN. Verschiedene Maßnahmen, mit denen die Verbraucher in der Schweiz bei der Wahl eines gesunden Lebensstils und einer ausgewogenen Ernährung unterstützt werden können, enthält ein neuer Aktionsplan zur Ernährungsstrategie 2017 bis 2024, der am Dienstag vergangener Woche (5.6.) vorgelegt worden ist. Verschiedene Akteure aus der Lebensmittelwirtschaft, aus Nichtregierungs- und Konsumentenorganisationen, Bundesämtern, Kantonen sowie aus Bildungs- und Forschungsinstitutionen wollen nun gemeinsam an der Umsetzung arbeiten. Die Akteure hatten im Rahmen einer Konsultation im Herbst 2017 über 70 Aktivitäten eingereicht, die

jetzt vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) geprüft werden. Mit Hilfe dieser Aktivitäten sollten die Ernährungskompetenzen der Bevölkerung gestärkt werden, so dass jeder in eigener Verantwortung einen gesunden Lebensstil pflegen könne, erklärte das BLV in Bern. Den Verbrauchern müsse es aber auch leichter gemacht werden, diesen gesunden Lebensstil führen zu können. Die Verbesserung des Lebensmittel- und Mahlzeitenangebots sei deshalb ein Schwerpunkt des Aktionsplans und erfolge in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Dies geschehe auf freiwilliger Basis. AgE

ÖSTERREICH

PFLANZENZUCHT

Saatgut Austria unterstreicht Bedeutung der Pflanzenzüchtung

WIEN. Auf den wichtigen Beitrag der Pflanzenzüchtung zum Schutz der Umwelt hat Saatgut Austria, die Vereinigung der Pflanzenzüchter, Saatgutproduzenten und Saatgutkaufleute Österreichs, zum Welttag für Umwelt hingewiesen, der am Dienstag vergangener Woche (5.6.) begangen wurde. Aufgrund des erreichten Mehrertrages würden CO₂-Emissionen und der Wasserverbrauch im Ackerbau reduziert, und mit der Züchtung von Toleranzen und Resistenzen werden die eingesetzte Menge an Pflanzenschutzmitteln minimiert, erklärte der Obmann des Verbandes, **Michael Gohn**. Eine große Bedeutung komme der Pflanzenzüchtung aber auch in der Biolandwirtschaft zu, denn neben der Fruchtfolge, der Bodenbe-

arbeitung und der Feldhygiene hätten Sorten mit Toleranzen und Resistenzen eine Schlüsselstellung. Da Resistenzen in der Regel keine unveränderliche Eigenschaft seien, seien die Landwirte immer wieder auf neue und resistente Sorten angewiesen, hob Gohn hervor. Um dafür die Innovationskraft zu erhalten, seien die Pflanzenzüchter wiederum auf eine entsprechende Abgeltung durch den Kauf von zertifiziertem Saatgut angewiesen. Nicht zuletzt trage die Pflanzenzüchtung zur Erhaltung von Biodiversität bei, denn höhere Erträge verhinderten eine Umwandlung von Naturräumen in Ackerland, erläuterte der Obmann. Einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Landwirtschaft leiste vor allem die Reduzierung

der eingesetzten Pflanzenschutzmittel. Das mache Sorten mit bestimmten Merkmalen wie Toleranzen und Resistenzen zu einer kostengünstigen und umweltschonenden Maßnahme des integrierten Pflanzenschutzes, denn die Einsparung an fungiziden Wirkstoffen trage wirkungsvoll zur Verminderung

von Umweltbelastungen bei. Eine praktische Bedeutung habe hier beispielsweise die Züchtung gegen Viruskrankheiten, Pilzkrankheiten und Nematoden sowie zunehmend auch die Insektenresistenz, die das Risiko einer Übertragung von Krankheiten senke. AgE

DEUTSCHLAND

PFLANZENSCHUTZ

IVA wirft Umweltbundesamt Statistik-Schwindel vor

Der Industrieverband kritisiert fragwürdige Kunstgriffe zur Darstellung eines steigenden Absatzes von Pflanzenschutzmitteln in aktuellem Bericht - Statistischer Ausreißer als Referenzjahr gewählt und reaktionsträge Gase im Vorratsschutz nicht herausgerechnet - Empörung auch beim Landvolk Niedersachsen - „Propaganda gegen die Landwirtschaft“

FRANKFURT. Deutliche Kritik an der vom Umweltbundesamt (UBA) vorgelegten Veröffentlichung „Daten zur Umwelt 2018. Umwelt und Landwirtschaft“ hat der Industrieverband Agrar (IVA) geübt. Für seine Feststellung, es gebe einen steigenden Absatz von Pflanzenschutzmitteln, greife das Amt auf zwei fragwürdige statistische Kunstgriffe zurück, monierte der IVA am Montag vergangener Woche (4.6.) in Frankfurt. Zum einen werde ein statistischer Ausreißer als Referenzjahr gewählt, und zum anderen würden die „inerten Gase im Vorratsschutz“ nicht herausgerechnet. Laut Industrieverband weist das Bundesamt einen Anstieg des Pflanzenschutzmittelabsatzes in Deutschland zwischen 1994 und 2015 von jährlich knapp 30 000 t auf mehr als 40 000 t aus. Hier stelle sich die Frage, warum die aktuellsten Zahlen fehlten. Offenbar handele es sich um einen „selbstgemachten Trend“, der generiert werde, indem man bewusst ein Referenzjahr herausgreife. Denn 1994 sei das Jahr mit dem historisch niedrigsten Absatz an Pflanzenschutzmitteln gewesen, weil zum einen viele Flächenstilllegungen gegriffen hätten und zum anderen Aufbrauchfristen für DDR-Altprodukte ausgelaufen seien. Nicht weniger fragwürdig ist für den IVA die Einrechnung der inerten, also reaktionsträgen Gase. Zwar müssten diese dem zuständigen Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) gemeldet werden. Es handele sich aber nicht um Mittel, die der Landwirt einsetze, sondern in aller Regel um Kohlendioxid, mit dem Vorräte vor Schädlingen geschützt würden. Der Einsatz von Kohlendioxid sei in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen, da kaum noch andere Wirkstoffe zum Vorratsschutz zur Verfügung stünden. Der Industrieverband empfiehlt, für genaue Zahlen die Absatzstatistik für Pflanzenschutzmittel direkt auf den Seiten des dafür zuständigen BVL einzusehen.

Gezielte Desinformation

Scharfe Kritik an den vom UBA vorgelegten Zahlen kam auch vom Landvolk Niedersachsen. „Lüge, grobe Lüge, Statistik - nach diesem bewährten Muster betreibt das Umweltbundesamt aktuell wieder einmal Propaganda gegen die Landwirtschaft“, monierte der Vorsitzende im Umweltausschuss des Verbandes, **Dr. Holger Hennies**. Eine derart missbräuchliche Nutzung statistischer Daten müsse als grob fahrlässig bezeichnet werden und sei als gezielte Desinformation zu bezeichnen, empörte sich Hennies, der auf ähnliche Veröffentlichungen des UBA verwies, so zum Beispiel „eine höchst unseriöse Berechnung potentiell steigender Trinkwasserpreise“, die jüngst von den Grünen aufgegriffen wurde und ebenfalls zu Irritationen geführt habe. Der Ausschussvorsitzende stellte klar, dass die Landwirte die Herausforderungen des Umwelt- und Naturschutzes annähmen und Pflanzenschutzmittel sowie Dünger so verantwortungs-

voll wie möglich einsetzen wollten. „Wir Bauern wollen uns aber nicht ständig pauschal als Umweltfrevler beschimpfen lassen“, so Hennies. Letztlich sei es der UBA-Präsidentin **Maria Krautzberger** allein darum gegangen, Veränderungen bei den EU-Direktzahlungen herbeizuführen.

Einsatz von Herbiziden reduzieren

Das Umweltbundesamt spricht in seinem Bericht mit Blick auf die von ihm ausgewiesene Steigerung des Absatzes von Pflanzenschutzmitteln von einem „intensiven Einsatz von Pestiziden auf Äckern und Feldern“, der nicht folgenlos für die Umwelt bleibe. Pro Jahr würden auf einem Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche durchschnittlich 8,8 kg Pflanzenschutzmittel beziehungsweise 2,8 kg Wirkstoffe eingesetzt. Zahlreiche Studien belegten, dass das Insektensterben im Zusammenhang mit Pflanzenschutzmitteln stehe. Selbst im Grundwasser würden regelmäßig Rückstände von Pflanzenschutzmitteln nachgewiesen. Das UBA plädiert dafür, insbesondere den Einsatz von Herbiziden deutlich zu reduzieren, auch zugunsten nichtchemischer Alternativen. Um die schädlichen Auswirkungen der Herbizide zu kompensieren, brauche es mehr Flächen in der Landschaft, auf denen keine Pflanzenschutzmittel eingesetzt würden, etwa Brachen und Blühstreifen, um bedrohten Vogel- und Insektenarten den Lebensraum und die Nahrungsgrundlage zu erhalten.

Noch zu hohe Stickstoffüberschüsse

Das Umweltbundesamt thematisiert in seinem Bericht auch den Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft. Vor allem in Regionen mit intensiver Tierhaltung komme es teils zu massiven Überschüssen an Stickstoff. Über die Gülle gelange dieser als Nitrat in das Grundwasser sowie in Seen und Flüsse. Zwar seien die Stickstoffeinträge der Landwirtschaft von 118 kg/ha im Jahr 1993 auf 97 kg/ha im Jahr 2013 zurückgegangen, so das UBA. Dieser Trend habe sich jedoch in den vergangenen zehn Jahren deutlich verlangsamt. Deutschland sei daher noch weit von dem selbst gesetzten Ziel entfernt, im fünfjährigen Mittel der Jahre 2028 bis 2032 den Stickstoffüberschuss auf 70 kg/ha zu verringern. UBA-Präsidentin Krautzberger ging anlässlich der Vorlage des Berichts auch auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ein. „Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik muss es endlich schaffen, dass nicht mehr die Betriebe das meiste Geld bekommen, die die meisten Flächen bewirtschaften, sondern diejenigen, die am meisten für die Umwelt tun, zum Beispiel gezielter düngen, weniger Pestizide einsetzen oder Blühstreifen und Ausgleichsflächen für Insekten schaffen“, erklärte die Behördenchefin. Mehr Ökologie dürfe kein Nischenthema sein. Gebraucht werde mehr Umweltschutz auch in den konventionell arbeitenden Betrieben. AgE

FRANKREICH

PFLANZENSCHUTZ

Einfuhrgenehmigung für türkische Kirschen stößt auf Kritik

PARIS. In Frankreich ist die von der Regierung erteilte Einfuhrgenehmigung für Kirschen aus der Türkei auf Kritik der Erzeuger gestoßen. Hintergrund ist das kürzlich von Paris erneuerte Importverbot für Kirschen, die mit Pflanzenschutzmitteln auf Basis des Wirkstoffs Dimethoat behandelt wurden. Der Landwirtschaftsverband Coordination Rurale (CR) kritisierte am Montag vergangener Woche (4.6.), die Anwendung des Insektizids sei in der Türkei noch zugelassen. Die Einfuhr von türkischer Ware sei daher besorgniserregend und beunruhigend. Die Handelspolitik der Regierung liberalisiere den Außenhandel zu Lasten der heimischen Landwirtschaft und auf Kosten der Gesundheit der Verbraucher. Kritik kam auch vom Verband

der Obsterzeuger (FNPF). Es gebe keine Beweise dafür, dass die türkischen Kirschen nicht mit Dimethoat behandelt würden. Laut CR produziert die Türkei mehr als 800 000 t Kirschen pro Jahr und damit mehr als 20 Mal so viel wie die französischen Erzeuger. Frankreich hatte 2016 erstmals die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Basis von Dimethoat unterbunden und keine Sondererlaubnis mehr für die Bekämpfung der Kirschessigfliege erteilt (AgE 16/16, Länderberichte 7). Zugleich wurde eine nationale Schutzklausel eingeführt, wonach die Vermarktung von Kirschen aus Ländern, in denen die Früchte mit dimethoathaltigen Pflanzenschutzmitteln behandelt werden, untersagt werden kann. AgE

FRANKREICH

PFLANZENSCHUTZ

Neonikotinoide teilweise kaum zu ersetzen

Bericht des zuständigen Amtes identifiziert Alternativen für die meisten Anwendungen - Risikoprofil der chemischen Ausweichmöglichkeiten aber nicht besser - Auswirkungen eines Verbots schwer zu beziffern - Warnung vor vermehrter Resistenzbildung - Verzicht auf Neonikotinoide erfordert Umgestaltung der Anbausysteme - Zuckerbranche sieht „große sozioökonomische Bedrohung“

MAISONS-ALFORT. Pflanzenschutzmittel auf der Basis von neonikotinoiden Wirkstoffen sind nicht ohne weiteres zu ersetzen, obwohl für die meisten Anwendungen ausreichend wirksame Alternativen existieren. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht des französischen Amtes für Gesundheitsschutz in Ernährung, Umwelt und Arbeit (ANSES), der Risiken und Nutzen von neonikotinoiden Pflanzenschutzmitteln sowie die verfügbaren Alternativen bewertet. Demnach existieren für den Großteil der 130 untersuchten zugelassenen Anwendungen ausreichend wirksame Ausweichmöglichkeiten; allerdings seien keine Substanzen oder Wirkstoffgruppen gefunden worden, deren Gesamtrisikoprofil positiver als das der Neonikotinoide zu bewerten sei, heißt es in dem Ende Mai veröffentlichten Bericht. Zudem seien die Auswirkungen eines Verbots auf die Landwirtschaft schwer vorherzusehen; daher sei es notwendig, die Suche nach Alternativen zu beschleunigen. In den meisten Anwendungsbereichen sei damit zu rechnen, dass es im Zuge der geringeren Auswahl an Wirkstoffen zu vermehrten Resistenzbildungen kommen werde, und zwar insbesondere bei den Pyrethroiden. Laut ANSES bestehen die chemischen Alternativen zu den Neonikotinoiden in 39 % der Fälle in nur einer Wirkstoffgruppe oder sogar nur einem Wirkstoff. Zugleich gebe es für 78 % der Anwendungsmöglichkeiten nicht-chemische Alternativen; zu den aussichtsreichsten gehörten physikalische Ansätze, etwa das Aufbringen einer Schutzschicht, sowie der Einsatz von Pheromonen. Bei insgesamt sechs Anwendungen konnte das ANSES keine geeigneten Alternativen identifizieren; dazu gehört neben der Bekämpfung von Blattläusen im Rübenaubau auch der Einsatz gegen Fliegen in Mais und Himbeeren.

Einsatz von Nützlingen vielversprechend

Insgesamt müssen für einen Verzicht auf Neonikotinoide laut ANSES sehr unterschiedliche Methoden der Schädlingskontrolle kombiniert werden, was eine tiefgreifende Umgestaltung der Anbausysteme erfordere. Neben einer

Diversifizierung des Anbaus nennt die Behörde in diesem Zusammenhang die Umsetzung von Strategien, die sowohl benachbarte Flurstücke als auch die regionale Ebene miteinbeziehen, und den verstärkten Anbau von „Servicepflanzen“, die als Multiplikatoren von Ökosystemdienstleistungen dienen sollten. Sehr vielversprechend sei zudem sowohl der Einsatz von pflanzeigenen Abwehrstoffen, beispielsweise als Repellent, als auch der von Nützlingen, der sich bei gut einem Fünftel der untersuchten Anwendungsgebiete als tragfähige Alternative erweisen könne, und zwar insbesondere im geschützten Anbau.

Zuckerbranche pocht auf Ausnahmeregelung

Die Interprofession für Zuckerrüben und Zucker (AIBS) nahm den Bericht des ANSES zum Anlass, ihre Forderung nach einer Ausnahmeregelung für die Saatgutbeize mit Neonikotinoiden zu erneuern (AgE 19/18, Länderberichte 11). Die Regierung müsse dem zustimmen; anderenfalls stelle das Verbot eine „große sozioökonomische Bedrohung“ für die gesamte Branche dar. Regional sei mit Ertragseinbußen von bis zu 50 % zu rechnen, so die AIBS. Laut ihren Angaben gibt es zum Einsatz von Neonikotinoiden im Rübenaubau zur Bekämpfung des wichtigsten Vektors von Vergilbungsviren, der Grünen Pfirsichblattlaus, nur eine einzige Alternative. Diese basiere auf Pyrethroiden und Carbamaten, für beide Wirkstoffgruppen seien aber bereits Resistenzen bei den Blattläusen nachgewiesen. Der Verband der Rübenerzeuger (CGB) kündigte eine „Sensibilisierungskampagne“ in allen Anbaugebieten an. CGB-Präsident **Eric Lainé** appellierte ebenfalls an die Regierung, eine Ausnahmeregelung für den Rübenaubau zu schaffen. Es sei ein echter Rückschritt, wieder auf das Sprühen zu setzen. In Frankreich ist zum 1. September im Rahmen des Biodiversitätsgesetzes ein generelles Verbot von Neonikotinoiden vorgesehen. Ausnahmegenehmigungen können bis 2020 noch für einzelne Anwendungen erteilt werden, müssen jedoch von Agrar-, Umwelt- und Gesundheitsressort gemeinsam auf den Weg gebracht werden. AgE

DEUTSCHLAND

DÜNGUNG

Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser: Düngeverordnung nachschärfen

BERLIN. Die Diskussion um weitere Verschärfungen im Düngerecht bekommt neue Nahrung. In einem Papier für die Umweltministerkonferenz (UMK) vergangene Woche in Bremen spricht sich die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) für weitergehende Schritte zur Reduzierung der Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft aus. Unter anderem wird vorgeschlagen, die im vergangenen Jahr beschlossene Novelle der Düngeverordnung in einer Reihe von Punkten weiterzuentwickeln. In ihrem 15-seitigen Papier empfiehlt die LAWA eine stufenweise Erhöhung der betrieblichen Lagerkapazität für Gülle und Gärreste, und zwar in Abhängigkeit von den betrieblichen Gegebenheiten. Begründet wird dies mit der Notwendigkeit, einen ausreichenden Puffer zu den derzeit geltenden Mindestanforderungen von sechs Monaten Lagerkapazität zu schaffen. Kritisch überprüft werden müssten der Arbeitsgruppe zufolge die in der Verordnung festgelegten Verlustfaktoren beim Nährstoffvergleich. Insbesondere seien die derzeit anrechenbaren Verluste aus der Tierhaltung zwi-

schen 15 % und 25 % für Betriebe mit Grobfutterflächen nicht zu rechtfertigen und auf maximal 10 % zu reduzieren. Strengere Vorgaben fordert die LAWA für hoch und sehr hoch mit Phosphor versorgte Böden. Auf denen sei eine Phosphatabreicherung anzustreben. Laut Papier sollte auf Böden mit sehr hoher Phosphorversorgung eine Phosphordüngung gar nicht, auf Böden mit hoher Versorgung nur noch in Höhe der halben Abfuhr und bei mittlerer Versorgung eine Düngung entsprechend der Abfuhr zugelassen werden. Für die in der novellierten Düngeverordnung vorgeschriebenen Ausweisung von besonders mit Nährstoffen aus der Landwirtschaft belasteten Gebieten schlägt die LAWA einen Abgleich der Kriterien zu deren Abgrenzung mit den Maßnahmenkatalogen nach der Wasserrahmenrichtlinie vor. Die Minderung von Phosphoreinträgen in eutrophierte Fließgewässer sei lediglich an die Überschreitung der Phosphorwerte der Oberflächengewässerverordnung zu koppeln. Entfallen solle hingegen die Kopplung an langsam fließende Gewässer. AgE

DEUTSCHLAND/EU

WEIN

Umstrukturierung hagelgeschädigter Rebflächen noch möglich

MAINZ. Die Winzer in Rheinland-Pfalz haben im Rahmen des EU-Umstrukturierungsprogramms für Rebplantagen noch bis zum 2. Juli 2018 Zeit, für hagelgeschädigte Rebflächen einen Antrag auf Teil 1 dieser Maßnahme und damit auf eine Teilnahme im Jahr 2019 zu stellen. Darauf hat das rheinland-pfälzische Landwirtschaftsministerium am vergangenen Donnerstag (7.6.) in Mainz hingewiesen. Im Teil 1 des Antragsverfahrens müssen alle Flächen beantragt werden, wenn sie im Herbst 2018 oder im Frühjahr 2019 gerodet werden sollen und eine Förderung durch die Umstrukturierung geplant ist. Dies

könnte laut Ministerium insbesondere für hagelgeschädigte Rebflächen von Bedeutung sein. Sollte bei solchen Flächen derzeit noch unklar sein, ob es sinnvoll sei, die Anlagen weiter zu bewirtschaften, rät das Agrarressort den Winzern, diese sicherheitshalber im Antrag Teil 1 zu beantragen. Dann könnten die Weinberge im Rahmen der Vor-Ort-Kontrolle besichtigt und eine Rodungserlaubnis erteilt werden. Die Teilnahme am Förderverfahren wäre dann im Jahr 2019 möglich. Das Ministerium stellte klar, dass mit dem Antrag kein Zwang zur Rodung der betreffenden Rebflächen entstehe. AgE

ÖSTERREICH

WITTERUNGSSCHÄDEN

Starkniederschläge mit Hagel verursachen schwere Schäden

WIEN. Österreichs Landwirtschaft ist in der vergangenen Woche von schweren Unwettern getroffen worden. Nach Angaben der Österreichischen Hagelversicherung (ÖHV) kam es im Osten und Süden des Landes teils zu sinnflutartigen Regenfällen. Schwer betroffen sei die Landwirtschaft in der Steiermark, wo Starkniederschläge mit Hagel zu schweren Schäden geführt hätten. Dabei sei eine Fläche von rund 3 000 ha teilweise regelrecht zerstört worden. Allein am Montag (4.6.) und Dienstag vergangener Woche (5.6.) sei in Österreich ein Gesamtschaden an landwirtschaftlichen Kulturen in Höhe von mehr als 4 Mio Euro

entstanden, berichtete die Hagelversicherung. Fast 10 000 ha an Ackerkulturen, Grünland, sowie Wein- und Obstkulturen seien schwer geschädigt worden. „Wieder einmal wird uns deutlich vor Augen geführt, dass die Landwirtschaft von Unwetterextremen, welche durch klimatische Veränderungen mittlerweile verstärkt auftreten, stets als erste und auch am stärksten betroffen ist. Zudem ist durch die zunehmende Verbauung immer weniger Boden als natürlicher Wasserspeicher vorhanden“, erklärte der zuständige Landesleiter in der Steiermark, **Josef Kurz**. Dies führe insgesamt zu einer Steigerung der Schäden. AgE

FRANKREICH

PFLANZENSCHUTZ

Parlament soll Glyphosatausstieg begleiten

LREM-Fraktionsvorsitzender Ferrand will Suche nach Alternativen zu dem Herbizid von den Abgeordneten überwachen lassen - Anwendung auf Ausnahmen reduzieren - Regierungsmitglieder für Verbot, sollten binnen drei Jahren keine Fortschritte erzielt werden - Pflanzenschutzmittelaufwand kann laut INRA ohne Einbußen um ein Drittel verringert werden - Kabinett signalisiert Kompromissbereitschaft beim Gesetz zur Stärkung der Erzeuger

PARIS. Nachdem der Glyphosatausstieg aus dem in der vergangenen Woche von der Nationalversammlung verabschiedeten Gesetz zur Stärkung der Erzeuger herausgenommen wurde,

mehren sich die Rufe nach einem Engagement des Parlaments. Der Vorsitzende der La République en marche (LREM)-Fraktion in der Nationalversammlung, **Richard Ferrand**, setzte sich am

Montag vergangener Woche (4.6.) dafür ein, den Fortschritt bei der Suche nach Alternativen durch das Parlament überwachen zu lassen. Die Debatte um den umstrittenen Wirkstoff sei von Fehlinformationen geprägt, beklagte Ferrand. Die fehlende Verbindlichkeit beim Glyphosatausstieg bezeichnete der LREM-Fraktionsvorsitzende als „konsequent“. Es sei zweckmäßig, bei der Umsetzung von EU-Recht keine nationalen Alleingänge zu vollziehen. Ziel müsse es sein, die Anwendung von Glyphosat innerhalb von drei Jahren auf wenige Ausnahmen zu reduzieren. Nach Staatspräsident **Emmanuel Macron** kündigte auch der LREM-Parteivorsitzende und mit den Beziehungen zum Parlament betraute Staatssekretär **Christophe Castaner** an, ein Verbot des Totalherbizids ab 2021 zu unterstützen, wenn die Pläne der Regierung zu einer weniger vom chemischen Pflanzenschutz abhängigen Landwirtschaft bis dahin keine Wirkung gezeigt hätten (AgE 23/18, Länderberichte 16). Auch Landwirtschaftsminister **Stéphane Travert**, der in der vorvergangenen Woche einen fraktionsübergreifenden Ausschuss zum Glyphosatausstieg angeregt hatte, erklärte im Parlamentsfernsehen „Public Sénat“, dass dies die Route der Regierung sein werde. Zunächst gelte es jedoch sicherzustellen, dass den Landwirten Alternativen zur Verfügung stünden; momentan fehlten diese bei 15 % der Anwendungen noch. Das nationale Agrarforschungsinstitut (INRA) werde daher die Suche nach Alternativen intensivieren.

Warnung vor überzogenen Erwartungen

Der Leiter der Forschungseinrichtung, **Philippe Mauguin**, warnte indes bei einem Runden Tisch zum Thema Pflanzenschutzmittel im Oberhaus des Parlaments vor überzogenen Erwartungen. Es gebe „Lösungen, aber keine Wunder“. Alternativen existierten, allerdings müsse der Umgang damit noch erlernt werden. Die Frage sei, wie und zu welchem Preis dies geschehen werde, so der INRA-Präsident. Er verwies außerdem auf die

Ergebnisse der im sogenannten Dephy-Netz zusammengeschlossenen Betriebe, die Verfahren zur Reduzierung des Pflanzenschutzzeinsatzes testen. Demnach konnten die Landwirte den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln um 30 % reduzieren, ohne Einbußen bei Rentabilität und Produktivität hinnehmen zu müssen. Das bedeute nicht, dass es einfach werde, zeige aber Perspektiven auf, erklärte Mauguin.

Kammern drängen auf zügige Verabschiedung

Derweil hat die französische Staatsführung vor der Ersten Lesung des Gesetzes zur Stärkung der Erzeuger im Oberhaus des Parlaments offenbar bereits Kompromissbereitschaft bezüglich möglicher Änderungen erkennen lassen. Die für den zweiten Artikel zuständige Berichterstatterin des Senats, **Anne-Catherine Loisier** von der Union der Demokraten und Unabhängigen (UDI), erklärte nach einem Treffen mit Travert, die Regierung sei bereit, sich bezüglich der geplanten Neuregelungen im Pflanzenschutz, die bislang unter anderem die Trennung von Beratung und Verkauf vorsehen würden, zu bewegen. Loisier erwartet allerdings, dass sich die Debatten im Senat vornehmlich auf den mit der Verbesserung der Handelsbeziehungen befassten Artikel des Gesetzes konzentrieren werden. Der Dachverband der Landwirtschaftskammern (APCA) drängte derweil die Politik, die Gesetzgebung zu beschleunigen. Vor den nächsten jährlichen Lieferverhandlungen zwischen der Agrar- und Ernährungswirtschaft und dem Lebensmitteleinzelhandel bestehe „dringender Handlungsbedarf“. Von dem mit der Entwicklung der Landwirtschaft befassten Teil des Gesetzesvorhabens zeigten sich die Kammern allerdings enttäuscht. Es sei nicht gelungen, die Erwartungen der Bürger und die Bedürfnisse der Landwirte zusammenzubringen. Vielmehr würde das Gesetz in seiner gegenwärtigen Form die heimische Branche durch einen „Haufen schwer verständlicher und kostspieliger Vorschriften“ schwächen. AgE

DEUTSCHLAND/USA

WETTBEWERBSRECHT

Übernahme von Monsanto abgeschlossen

Ausgliederungen an BASF vermutlich in zwei Monaten beendet - Vorstandschef Baumann kündigt Gleichrangigkeit von Nachhaltigkeit und Finanzzielen an - Kombinierte Crop-Science-Division unter Leitung von Vorstandsmitglied Condon - Firmierung unter Bayer - Politiker und Verbände erneuern ihre Kritik - Warnungen vor Marktkonzentration

LEVERKUSEN. Die Bayer AG hat die Übernahme von Monsanto abgeschlossen. Der Leverkusener Konzern ist eigenen Angaben zufolge seit dem vergangenen Donnerstag (7.6.) der alleinige Eigentümer von Monsanto. Gemäß den Auflagen des US-Justizministeriums (DOJ) könne die Integration der neuen Unternehmensteile erfolgen, sobald BASF den Erwerb der auszugliedernden Geschäftsbereiche abgeschlossen habe, teilte Bayer mit. Damit werde in etwa zwei Monaten gerechnet. Vorstandsvorsitzender **Werner Baumann** sprach von einem „guten Tag“ für Kunden, Aktionäre sowie „die Verbraucher und die Gesellschaft insgesamt“. Bayer werde künftig noch besser dazu beitragen, dass mehr gesunde und bezahlbare Lebensmittel auf nachhaltige Weise produziert würden. Dabei seien die Finanzziele genauso wichtig wie die Nachhaltigkeitsziele; als führendes Agrarunternehmen wolle man „der gestiegenen Verantwortung gerecht werden und den Dialog mit der Gesellschaft vertiefen“. Der Geschäftsführer der Bayer CropScience Deutschland GmbH, **Dr. Helmut Schramm**, betonte ebenfalls die Bedeutung der Nachhaltigkeit. Bayer wolle Landwirten aller Betriebsgrößen helfen, höhere Erträge bei gleichzeitiger Erhöhung der Produktivität zu erzielen. Dabei lege das Unternehmen „größten Wert“ auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise und fühle sich den „höchsten Standards für Ethik und Verantwortung ver-

pflichtet“. Der scheidende Vorstandschef von Monsanto, **Hugh Grant**, bezeichnete den Zusammenschluss als „wichtigen Meilenstein“. „Ich bin stolz auf den Weg, den wir als Monsanto gebahnt haben und freue mich darauf, dass das kombinierte Unternehmen dabei helfen wird, die moderne Landwirtschaft voranzubringen“, erklärte Grant.

Globaler Fußabdruck

Monsanto verwies auf die Vorteile des Zusammenschlusses. Das neue Unternehmen werde einen „globalen Fußabdruck“ hinterlassen und den Ansprüchen aller Akteure gerecht werden können. Bis die Auflagen der Kartellbehörden erfüllt seien, werde es keine Änderungen im Tagesgeschäft geben. Die Leitung der kombinierten Crop-Science-Division wird nach Angaben von Bayer das Vorstandsmitglied **Liam Condon** übernehmen; bis dahin werde Monsanto seine Geschäfte unabhängig führen. Firmieren wird das Unternehmen nach dem Zusammenschluss unter Bayer; der Name Monsanto wird den Leverkusenern zufolge nicht fortgeführt. Die zugekauften Produkte würden dagegen ihre Bezeichnungen behalten und in das Portfolio von Bayer integriert. Durch den Erwerb von Monsanto rechnet der Konzern ab 2019 mit einem positiven Beitrag zum bereinigten Ergebnis je Aktie; ab 2021 soll dieser im zweistelligen Prozentbereich liegen. Darüber hin-

aus sei durch Synergien von 2022 an mit jährlichen Beiträgen zum Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBIT-DA) und vor Sondereinflüssen in Höhe von 1,2 Mrd \$ (1,0 Mrd Euro) zu rechnen. Die Anteilseigner von Monsanto wurden laut Bayer mit 128 \$ (109 Euro) pro Aktie ausbezahlt.

Risiken für Umwelt und Artenvielfalt

Zum Abschluss der Übernahme bekräftigten zahlreiche Politiker und Verbände ihre Kritik und erneuerten ihre Warnungen. Der Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Dr. Anton Hofreiter**, und die wettbewerbspolitische Sprecherin **Katharina Dröge** konstatierten „enorme Risiken“ für Umwelt, Artenvielfalt und Lebensmittelsicherheit durch die Entstehung eines „weiteren Agrogiganten“. Angesichts des zu erwartenden finanziellen Drucks sei kaum zu erwarten, dass Bayer seine Versprechen zu ethischen, ökologischen und sozialen Standards einhalten werde. Die Bundesregierung müsse eine Klage gegen die Zulassung des Zusammenschlusses prüfen. Die grüne Europaabgeordnete **Maria Heubuch** verwies auf die Marktmacht des neuen Konzerns. Die Entstehung des „weltgrößten Players“ auf dem Saatgut- und Pflanzenschutzmarkt werde die Landwirte noch stärker in Abhängigkeiten treiben. Die Genehmigung der Übernahme demonstriere, dass für eine Agrarwende zunächst eine Reform des Wettbewerbsrechts nötig sei. Scharfe Kritik an dem Zusammenschluss übte auch der industriepolitische Sprecher der Linken-Fraktion im Bundestag, **Alexander Ulrich**. Die Linke sei entschieden dagegen, das „Wohl von Mensch und Umwelt für

Profite zu opfern“. Der neue Weltmarktführer für Pflanzenschutzmittel und Saatgut verkaufe „alten Dreck in neuem Gewand“.

Unabhängiges Saatgut erhalten

Der Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), **Georg Janßen**, forderte Bauern und Verbraucher auf, „konzernunabhängiges Saatgut zu erhalten und zu stärken“. Landwirtschaft sei auch ohne Bayer möglich. Die Auswirkungen der Übernahme beurteilte Janßen pessimistisch. Es drohten Preisdiktate, eine weitere Einengung bei der Sortenauswahl, mehr Abhängigkeiten und eine Verschärfung der Patentsituation. Zudem konzentrierte sich auf den neuen Bayer-Konzern ein Großteil der digitalen Agrartechnik. An die Bundesregierung richtete die AbL die Forderung, einen staatlichen Saatgutfonds einzurichten, um die Züchtung von samenfestem, nachbaufähigem, gentechnikfreiem und widerstandsfähigem Saatgut zu fördern. Das Forum Umwelt und Entwicklung und die Organisationen Aktion Agrar und Goliathwatch warnten in einer gemeinsamen Erklärung vor den Folgen des Zusammenschlusses. Die Konzentration im Agrarsektor sei dramatisch und gefährde zunehmend die Ernährungssouveränität, wobei insbesondere die Übernahmen entlang der Wertschöpfungskette immer bedrohlicher würden. Die Bundesregierung müsse in Brüssel für eine Verschärfung der europäischen Fusionskontrolle eintreten und vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen die Genehmigung klagen.

AgE

Umrechnungskurs: 1 \$ = 0,852 Euro

WELT

UMWELTSCHUTZ

Weltumweltag lenkt Blick auf den Ressourcenschutz

BONN. Auf unterschiedliche Ansätze zum Ressourcenschutz ist am diesjährigen Weltumweltag aufmerksam gemacht worden, der am Dienstag vergangener Woche (5.6.) begangen wurde. Der Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO), **Roberto Azevêdo**, betonte die Rolle des Handels bei der Förderung einer nachhaltigen Weltwirtschaft. Ein offenes und transparentes Handelssystem, das auf eine solide Umweltpolitik ausgerichtet sei, wirke als „Katalysator für den Schutz und das Wohlergehen des Planeten“. Beispielsweise hätten WTO-Mitglieder ein Abkommen ausgehandelt, um schädliche Fischereisubventionen zu verbieten sowie Möglichkeiten zur Erleichterung des Handels mit Umweltgütern und -dienstleistungen zu prüfen. Nordrhein-Westfalens neue Landwirtschaftsministerin **Ursula Heinen-Esser** konzentrierte sich auf die Verringerung des Plastikmülls. Es müsse hinterfragt werden, wie Plastik im Alltag - etwa als Verpackung von Obst und Gemüse - bewusst vermieden werden könne. Verbote einzelner Produkte oder Strafzahlungen bei nicht eingehaltenen Recyclingquoten hält die Ministerin nicht für das geeignete

Mittel. Sie bezweifelt, dass dadurch Verhaltensänderungen bewirkt werden können. Wichtiger sei es, Abfälle auch durch plastikfreie Alternativen zu vermeiden und das Recycling zu stärken. Die Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller (AöL) erneuerte anlässlich des Aktionstages ihre Forderung nach einem systematischen Einpreisen der Umweltkosten bei Lebensmitteln. Die Preise müssten die „ökologische Wahrheit sagen“, so AöL-Vorstand **Dr. Alexander Beck**. In der Marktwirtschaft sei der Preis ein sehr effektives Steuerungsinstrument zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele. Die internationale Vereinigung ökologischer Landbaubewegungen (IFOAM) unterstrich die Bedeutung der Artenvielfalt für die Sicherung der Welternährung, etwa für die Anpassung an den Klimawandel. Die moderne Landwirtschaft sei aber arm an Arten von Nutztieren und -pflanzen. Das sei in Bewirtschaftungssystemen früherer Zeiten anders gewesen. Der Aktionstag wurde von den Vereinten Nationen (UN) in Erinnerung an die Eröffnung der UN-Konferenz zum Schutz der Umwelt am 5. Juni 1972 in Stockholm eingerichtet.

AgE

SCHWEIZ

BODENSCHUTZ

SBV für Aufbau eines Kompetenzzentrums Boden

BERN. Für den Aufbau eines nationalen Kompetenzzentrums Boden (KoBo), angegliedert an eine der bestehenden Forschungsinstitutionen, hat sich der Schweizer Bauernverband (SBV) ausgesprochen. Mit einem solchen Kompetenzzentrum würden die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, die noch vorhandenen Landwirtschaftsflächen in ihrer Quantität und Qualität zu erhalten und zu schützen, heißt es in einem Positionspapier, das Ende Mai den Bundesämtern für Umwelt,

Landwirtschaft und Raumentwicklung sowie den bestehenden Forschungseinrichtungen zugestellt wurde. Der Fokus liege dabei auf der Erhaltung fruchtbarer Böden für eine produzierende Landwirtschaft. Dazu sollte das Kompetenzzentrum die notwendigen Grundlagen und Daten liefern. Eine derartige Einrichtung ermögliche es, die Erhebung von Bodeninformationen über die Kantone hinweg zu vereinheitlichen, betont der Verband. Damit würden einerseits das Monitoring verbessert

und Vergleiche ermöglicht, während andererseits durch die Bereitstellung von nationalen standardisierten Vorgaben für die kantonalen Stellen die Effizienz gesteigert werde. Ein Kompetenzzentrum Boden könnte nach Ansicht des SBV auch als zentrale Stelle unter anderem Informationen zu verschiedenen laufenden Projekten sowie die Effekte von anderen agrarpolitischen Maßnahmen für die Praxis zur Verfügung stellen. Generell sollte eine solche Einrichtung als Plattform für den Wissens- und Know-how-Transfer von der Wissenschaft zur

Praxis und umgekehrt sowie über die geografischen Ebenen hinweg fungieren. Der SBV wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Boden auch in der Schweiz gefährdet sei. Seit Beginn der Erfassung im Jahr 1979 seien pro Jahr im Schnitt 2 400 ha bebaut worden; das entspreche 6,6 ha pro Tag. Durch diese Bebauung und auch die Aufforstung verliere die Landwirtschaft jährlich eine Fläche von mehr als 3 500 ha. Gleichzeitig sei die Landwirtschaft mehr denn je gefordert, die Qualität ihrer Böden zu erhalten. AgE

DEUTSCHLAND

FÖRDERPROGRAMME

Niedersächsisches Dorfentwicklungsprogramm mit 14 neuen Regionen

HANNOVER. Niedersachsen hat weitere Dorfregionen in sein Programm zur Förderung der Dorferneuerung aufgenommen, wodurch die Zahl der daran teilnehmenden Dörfer mit nun 800 einen neuen Höchstwert erreicht hat. Wie das Landwirtschaftsministerium am vergangenen Mittwoch (6.6.) weiter mitteilte, wurden aus insgesamt 41 im Rahmen eines Wettbewerbs eingereichten Anträgen 14 Dorfregionen mit zusammen 58 Dörfern ausgewählt und neu in das Programm aufgenommen. Diese Regionen verteilten sich quer über ganz Niedersachsen, von Aurich im Norden bis Rosdorf im Süden. Landesweit befänden sich nun 285 Dorfentwicklungsverfahren in der Förderung. Nach gegenwärtigen Planungen werde Niedersachsen 2019 rund 40 Mio Euro für die Vorhaben der Dorfentwicklung zur Verfügung stellen. „Dorfentwicklung ist wegweisend für ein lebendiges Leben auf dem Land“, erklärte Ressortchefin **Barbara Otte-Kinast**. Nicht nur der Strukturwandel in der

Landwirtschaft, sondern auch die demografischen Veränderungen wirkten sich direkt auf die kleinen Orte aus. Leere Häuser sowie das Fehlen von Einkaufsmöglichkeiten und Begegnungsstätten seien oft die Folge. Deshalb gelte die Aufmerksamkeit der Innenentwicklung der Dörfer, betonte die Ministerin. Zehn der 14 Dorfregionen nutzten den Modellansatz „Soziale Dorfentwicklung“. Die Aufmerksamkeit der Akteure werde durch geeignete Prozess- und Moderationsmethoden auf das Dorf als sozialer Ort gelenkt. Sie freue sich über das große Interesse am jüngsten Wettbewerb zur Programmqualifikation, so Otte-Kinast. Die Dörfer hätten sich bereits durch die Antragstellung auf den Weg gemacht, um sich weiter zu entwickeln. Diejenigen, die in das Programm aufgenommen wurden, werden laut Ressortangaben jetzt von den vier niedersächsischen Ämtern für regionale Landentwicklung (ArL) fachlich bei der Umsetzung der Projekte unterstützt. AgE

DEUTSCHLAND

HAUSHALT

Haushaltsausschuss drängt auf besseren Mittelabfluss bei der GAK

Bundeslandwirtschaftsministerium soll Bericht mit Vorschlägen über Möglichkeiten für eine flexiblere Inanspruchnahme der Bundesmittel vorlegen - BULE-Verpflichtungsermächtigungen auf drei Jahre ausgedehnt - Haushaltsausschuss beschließt Änderungen zum Agrarhaushalt - Abschließende Bereinigungssitzung am 27. Juni

BERLIN. Der Haushaltsausschuss des Bundestages will dem schlechten Mittelabfluss bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) nicht länger tatenlos zusehen. In seiner Sitzung am vergangenen Donnerstag (7.6.) fasste der Ausschuss einen Maßgabebeschluss zur GAK. Danach soll das Bundeslandwirtschaftsministerium bis zum 3. September 2018 einen Bericht mit Vorschlägen über Möglichkeiten für eine flexiblere Inanspruchnahme der Bundesmittel vorlegen. Einen solchen Bericht haben bereits die Länderagrarminister bei ihrer Frühjahrskonferenz in Münster vom Bund angefordert. Der Hauptberichterstatter für den Einzelplan 10 im Ausschuss, **Christian Haase**, betonte anlässlich der Sitzung zudem den Stellenwert des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) für die ländlichen Räume und verwies auf die Vielzahl guter Förderanträge. Um auch Projekte mit längerer Laufzeit bewilligen zu können, sollen nach dem Willen des Ausschusses die im Haushaltsentwurf vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 40 Mio Euro auf drei Jahre anstatt wie bislang geplant auf zwei Jahre verteilt werden. Darüber hinaus beschloss der Haushaltsausschuss eine Aufstockung der Verpflichtungsermächtigungen für die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR), um die deutsche Präsentation auf der Internationalen Gartenbauausstellung 2019 in Peking zu finanzieren. Angehoben werden sollen die Mittel für den Titel „Internationale nachhaltige Waldbewirtschaftung“. Im Rahmen der Verbraucherinformation soll unter anderem Geld für einen

Schwerpunkt auf der Ernährung älterer Menschen sowie zur Finanzierung einer Studie zu den Auswirkungen von Energydrinks auf den Herzmuskel bereitgestellt werden.

Agretat bei gut 6 Milliarden Euro

Die abschließende Bereinigungssitzung der Haushälter ist für den 27. Juni vorgesehen. Bei dieser Gelegenheit sind noch letzte Änderungen im Etat möglich. In der ersten Juliwoche wird der Bundestag den Haushalt 2018 in Zweiter und Dritter Lesung beschließen. Am 4. Juli wird die Bundesregierung aller Voraussicht den Entwurf für den Haushalt 2019 verabschieden. Insgesamt umfasst das Budget des Bundeslandwirtschaftsministeriums in diesem Jahr rund 6 Mrd Euro. Zwei Drittel davon entfallen auf die landwirtschaftliche Sozialpolitik. Für die Landwirtschaftliche Unfallversicherung (LUV) sind 178 Mio Euro vorgesehen. Für die GAK belaufen sich die Bundesmittel auf 765 Mio Euro. Davon sind allerdings 25 Mio Euro für den Küstenschutz und 100 Mio Euro für den präventiven Hochwasserschutz vorbehalten. Mit zunächst 10 Mio Euro soll der neue Sonderrahmenplan „Förderung der ländlichen Entwicklung“ ausgestattet werden. Für BULE sind erneut 55 Mio Euro vorgesehen. Zusätzliche Mittel sind im Etatentwurf für die Tierhaltung eingeplant. So sollen 15 Mio Euro in ein „Bundesprogramm Nutztierhaltung“ fließen. Mit 7 Mio Euro soll noch in diesem Jahr das angekündigte staatliche Tierwohllabel unterlegt werden. Der neue Bereich „Digitalisierung der Landwirtschaft“

wird dem Entwurf zufolge mit 10 Mio Euro ausgestattet. Aufgestockt werden soll das Bundesprogramm Ökolandbau, und zwar um 10 Mio Euro auf 30 Mio Euro. Die Zuwendungen für die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe sollen auf 66 Mio Euro

steigen. Für die Innovationsförderung sind knapp 58 Mio Euro eingeplant. Insgesamt rund 180 Mio Euro entfallen im Regierungsentwurf auf den Bereich „gesundheitlicher Verbraucherschutz und Ernährung“.

AgE

DEUTSCHLAND/EU

AGRARPOLITIK

Saarländische Gemeinde Mettlach als „benachteiligtes Gebiet“ anerkannt

SAARBRÜCKEN. Die saarländische Gemeinde Mettlach wird in die Kulissee der benachteiligten Gebiete aufgenommen; damit sind nun insgesamt rund 96 % der Äcker und Wiesen in dem Bundesland als förderfähige benachteiligte Gebiete eingestuft. Das hat der auch für die Landwirtschaft zuständige Umweltminister **Reinhold Jost** am vergangenen Donnerstag (7.6.) mitgeteilt. Zugleich betonte er die Wichtigkeit einer Förderung aus Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in Gebieten mit naturbedingten Nachteilen. Aufgrund der erhöhten Ertragsrisiken sei

Landwirtschaft ohne Förderung dort kaum zu realisieren. Das treffe auch auf große Teile der Gemeinde Mettlach zu. Der Erhalt der Flächenbewirtschaftung sei aber gerade für diese touristisch geprägte Gemeinde von sehr großer Bedeutung für die Bewahrung des Landschaftsbildes. „Unser hartnäckiges Engagement auf Ebene der Europäischen Union hat sich gelohnt“, so Jost. Alle Landwirte in der Gemeinde Mettlach könnten nun über die Ausgleichszulage von maximal 2 500 Euro pro Jahr gefördert werden. Damit leiste man einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der landwirtschaftlich geprägten Kulturlandschaft dort.

AgE

DEUTSCHLAND

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Innovationen schaffen Perspektiven für die ländlichen Räume Afrikas

BONN. Die Bedeutung des Agrarsektors für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas hat das Bundesentwicklungsministerium unterstrichen. „Eine dynamisch wachsende Agrar- und Ernährungswirtschaft in Afrika schafft mehr produktive Beschäftigung als jeder andere Wirtschaftssektor“, sagte der Abteilungsleiter im Entwicklungsressort, **Gunther Beger**, beim Netzwerktreffen der deutschen Partner der Grünen Innovationszentren vergangene Woche in Bonn. Nach den Worten Begers wird nur ein wettbewerbsfähiger Agrarsektor in der Lage sein, einen großen Teil der mehr als 10 Millionen jungen Leute aufzunehmen, die jedes Jahr zusätzlich auf die afrikanischen Arbeitsmärkte drängen. Ein Schlüssel zur Schaffung von Einkommen und Beschäftigung in den ländlichen Räumen Afrikas seien Wissen und Innovationen. Deshalb habe das Ministerium im Rahmen seiner Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ in 14 afrikanischen Ländern Grüne Innovationszentren aufgebaut, berichtete der Ministerialbeamte. Jährlich investiere das Ressort 1,5 Mrd Euro in den Kampf gegen den Hunger in der Welt. An dem zweitägigen Netzwerktreffen nahmen mehr als 40 deutsche Partner teil, darunter die Welthungerhilfe, der

Deutsche Bauernverband (DBV), der Deutsche LandFrauenverband (dlv), die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tierzüchter (ADT) sowie der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV). Thema der Zusammenkunft ist die Zukunft der Grünen Innovationszentren. Beger bezeichnete das breite Partnernetzwerk als eine der Erfolgsvoraussetzungen der Zentren. Das Netzwerk garantiere die Einbindung des breiten deutschen Erfahrungswissens bei der Entwicklung ländlicher Räume Afrikas. Der Abteilungsleiter zog eine erfolgreiche Zwischenbilanz der Innovationszentren. Durch die Verbreitung von Innovationen wie modernen Ausbildungsmethoden, angepassten Technologien oder neuen Organisationsformen, in Verbindung mit Beratung und angewandter Forschung, würden kleinbäuerliche Strukturen gestärkt und nachhaltige Strategien entwickelt. Mehr als 500 000 kleinbäuerliche Betriebe hätten Trainings- und Beratungsdienstleistungen erhalten. Tausende Arbeitsplätze seien geschaffen worden. Bis 2022 würden mehr als 900 000 Kleinbauern Einkommenssteigerungen in einem voraussichtlichen Gesamtumfang von jährlich 400 Mio Euro erzielen.

AgE

DEUTSCHLAND

AGRARSOZIALPOLITIK

LandFrauenverband fordert Kurswechsel in der Rentenpolitik

BERLIN. Vorschläge für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik erwartet der Deutsche LandFrauenverband (dlv) von der Rentenkommission der Bundesregierung, die in der vergangenen Woche ihre Arbeit aufgenommen hat. „Das aktuelle Rentenkonzept geht an den Lebensrealitäten vieler Frauen vorbei“, erklärte dlv-Präsidentin **Brigitte Scherb**. Sie müssten es künftig leichter haben, eine eigene Alterssicherung aufzubauen. Dafür reiche eine Reform des Rentensystems nicht aus. Auch das soziale Sicherungssystem und das Lohnsystem seien auf den Prüfstand zu stellen und im Kontext mit der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik neu zu überdenken. „Die Rentenkommission muss nun zeigen, dass sie ihren Auftrag ernst nimmt“, betonte Scherb. Ihren Angaben zufolge erhalten Frauen in Deutschland insgesamt 50 % weniger Rente als Männer. Vor allem

in ländlichen Regionen blickten deshalb viele Frauen sorgenvoll in Richtung Ruhestand. „Wenn man ein Leben lang gearbeitet, unbezahlte Sorgearbeit geleistet oder sich ehrenamtlich engagiert hat, ist das ein schlechter Zustand“, so die dlv-Präsidentin. Ziel der Rentenkommission ist es, das bestehende Rentensystem und die damit verbundenen drei Säulen der gesetzlichen, privaten und betrieblichen Rente weiterzuentwickeln, um so einen verlässlichen und nachhaltigen Generationenvertrag zu gewährleisten. Der dlv unterstützt nach eigener Darstellung dieses Ziel und fordert die Kommissionsmitglieder auf, die unterschiedlichen Erwerbsbiografien von Frauen und Männern stärker zu berücksichtigen sowie familienbedingte Erwerbsunterbrechungen wie Kindererziehung und Pflege von Angehörigen rentenrechtlich besser zu bewerten.

AgE

DEUTSCHLAND

AGRARSOZIALPOLITIK

Bundesrat gibt grünes Licht für höhere Renten

BERLIN. Die annähernd 600 000 Rentnerinnen und Rentner in der Alterssicherung der Landwirte (AdL) erwartet ein spürbarer Anstieg ihrer Altersbezüge. Der Bundesrat hat am vergangenen Freitag (8.6.) grünes Licht für die von der Bundesregierung vorgelegte Rentenwertbestimmungsverordnung

2018 und die darin geregelte Rentenerhöhung gegeben. Danach steigen die Renten zum 1. Juli dieses Jahres in Westdeutschland um 3,2 % und in Ostdeutschland um 3,4 %. Die Sätze gelten für die gesetzlichen Renten ebenso wie für die Renten in der AdL. AgE

DEUTSCHLAND/EU

ERNÄHRUNGSFRAGEN

Neue Runde für EU-Schulprogramm in Niedersachsen

HANNOVER. Niedersachsen geht mit dem beliebten EU-Schulprogramm in die nächste Runde. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums in Hannover werden im kommenden Schuljahr wieder weit mehr als 800 Schulen und 400 Kindertageseinrichtungen an dem Programm teilnehmen. Damit die Kinder frisches Obst, Gemüse und Milch genießen könnten, würden 4 Mio Euro aus EU-Mitteln sowie Geld aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt. „Das Geld ist sinnvoll investiert. Das Fundament für eine gesunde Ernährung wird so bei den Jüngsten gelegt“, erklärte Landwirtschaftsministerin **Barbara Otte-Kinast** am vergangenen Freitag (8.6.) in Hannover. Sie wies darauf hin, dass die Schulen und Kin-

dertagesstätten im Land neben Obst und Gemüse zum zweiten Mal auch kostenlos Milch aus dem Förderprogramm beziehen könnten. Während Schüler wöchentlich drei Portionen von bis zu 100 g Obst und Gemüse erhielten, bekämen teilnehmende Einrichtungen bei der Schulmilch wöchentlich eine Portion von maximal einem Viertelliter Milch für jedes Kind. Der Ministerin zufolge schreibt die Europäische Union vor, dass alle teilnehmenden Schulen ernährungspädagogische Begleitmaßnahmen anbieten. Dies könnten die Einrichtung einer Koch-AG, gemeinsame gesunde Schulfrühstücke, der Besuch eines Obst-, Gemüse- und Milchbauern oder eines anderen außerschulischen Lernortes sein. AgE

DEUTSCHLAND

MILCH

Raiffeisenverband warnt vor politischen Eingriffen in die Milchlieferbeziehungen

Holzenkamp: Finger weg von der Vertragsfreiheit - Molkereien auf gutem Weg - Umsetzung von Artikel 148 würde einen massiven Eingriff bedeuten - Ehlers warnt vor falschen Erwartungen an Änderung der Lieferbeziehungen

BERLIN. Der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) wehrt sich gegen mögliche staatliche Vorgaben für das Verhältnis von Molkereien und Milcherzeugern. „Lassen sie die Finger von der Vertragsfreiheit“, so Raiffeisenpräsident **Franz-Josef Holzenkamp** bei der DRV-Mitgliederversammlung am vergangenen Donnerstag (7.6.) in Berlin an die Adresse der Politik. Die Molkereien seien auf einem guten Weg, konzeptionell mit den Herausforderungen des Marktes umzugehen. Nach Einschätzung von DRV-Generalsekretär **Dr. Henning Ehlers** droht bei einer Umsetzung des geänderten Artikels 148 der Gemeinsamen Marktorganisation (GMO) „ein massiver Eingriff“ in die Lieferbeziehungen und eine Einschränkung der bestehenden Satzungsautonomie. „Über die Ausgestaltung der Lieferbeziehungen entscheiden die Mitglieder der Genossenschaften“, stellte Ehlers in der Mitgliederversammlung klar. Für ihn ist es ein „Irrglaube“ zu meinen, mit Modifikationen der Lieferbeziehungen den Gesamtmarkt beeinflussen zu können. Die Vorstellung, „auf einem globalen Milchmarkt mit einem festen Preis-Mengenverhältnis für Teile der einzelbetrieblichen Milch-

lieferung Marktkrisen vorzubeugen“, ist aus Sicht des Generalsekretärs illusorisch. Vielmehr müsse es darum gehen, „mit geeigneten Änderungen an den geeigneten Stellschrauben den Umgang mit der Volatilität zu verbessern“.

Preisabsicherung über Terminmärkte forcieren

Auch Ehlers wies mit Nachdruck Vorwürfe zurück, die Genossenschaften seien trotz veränderter Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahren untätig geblieben. Als Beispiele nannte er gemeinsame Mengenplanungen, die Verkürzung von Kündigungsfristen, das Angebot von Festpreismodellen sowie die zunehmende Nutzung der Warenterminbörse zur Risikoabsicherung. Eine wichtige Voraussetzung dafür schaffe die Schulung von Milcherzeugern und Molkereivertretern zur Milchpreisabsicherung über Warenterminmärkte, die man fortführen werde. Schließlich verwies Ehlers auf das Zusammen mit der Interessengemeinschaft Genossenschaftliche Milcherzeugung (IGM) entwickelte „IGMilchbarometer“, das als Indikator den Erzeugern frühzeitige Marktsignale gebe. AgE

DEUTSCHLAND

AGRARHANDEL

BVA fordert stabile Rahmenbedingungen für wettbewerbsfähigen Agrarhandel

Mittlerfunktion des Landhandels für Beratung und Verbrauchernähe nutzen - Abläufe beim Transport vereinfachen - Schnelle Breitbandversorgung und stabile Mobilfunkanbindung unabdingbar - Mängel in der digitalen Infrastruktur beseitigen - Bürokratieabbau voranbringen

BERLIN. Für leistungsstarke Breitbandnetze und flächendeckende Mobilfunknetze hat sich der Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA) ausgesprochen. Mängel in der digitalen Infrastruktur und Lücken in der Mobilfunkabdeckung bedeuteten einen unmittelba-

ren und unheilbaren Wettbewerbsnachteil für den Agrarhandel, heißt es in einem Papier, das am vergangenen Mittwoch (6.6.) anlässlich der Mitgliederversammlung in Berlin vorgelegt wurde. Darin fordert der BVA stabile Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen

Agrarhandel und listet auf, was seiner Ansicht nach dafür nötig ist. Dringend notwendig sind nach Ansicht des Verbandes sowohl eine zeitgemäße Glasfaserinfrastruktur als auch eine flächendeckende und stabile Mobilfunkanbindung, auch in nutzerschwachen Regionen. Des Weiteren spricht sich der BVA für eine Gleichbehandlung von teilbarer und unteilbarer Ladung im sogenannten „kombinierten Verkehr“ aus. Dadurch könnten Transporte und somit auch klimarelevante Schadstoffemissionen maßgeblich verringert werden. Nötig sei dafür eine Verordnungsänderung der 53. Ausnahmerechnung zur Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO). In einem weiteren Punkt fordert der BVA die konsequente und schnelle Umsetzung des laut Koalitionsvertrag geplanten Bürokratieabbaus. Weitere Aspekte sind die Vereinfachung der Antragstellung für Förderprogramme bei geringen Fördersummen sowie des Planungs- und Genehmigungsrechts durch Zentralisierung in einer Behörde.

Gezielte Investitionsförderungen

Der BVA ist davon überzeugt, dass die Agrarhandelsbranche bei passenden Rahmenbedingungen einen wesentlichen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten könnte. Dafür seien aber gezielte Investitionsförderungen nötig. Der Agrarhandel habe zudem eine wichtige Service- und Beratungsfunktion für die Landwirtschaft. Im Rahmen dieser Beratung könnte der Agrarhandel beispielsweise über Möglichkeiten zur Reduzierung von Emissionen informieren. Dafür wären Formate für einen regelmäßigen Austausch zwischen Agrarhandel und Officialberatung sowie eine Öffnung der relevanten Bund-Länder-Arbeitsgruppen für Wirtschaftsteilnehmer für den gemeinsamen Erfahrungsaustausch von Nutzen. Der BVA ist ferner davon überzeugt, dass der Agrarhandel durch seine Mittlerfunktion in der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette daran mitwirken könnte, das Spannungsfeld zwischen Verbrauchern und Landwirten zu überbrücken. AgE

DEUTSCHLAND/NIEDERLANDE

VERBRAUCHERSCHUTZ

Niedersächsische Behörden finden Fipronil in Eiern aus den Niederlanden

HANNOVER. Die niedersächsischen Behörden haben in Eiern aus den Niederlanden Spuren des Insektizids Fipronil gefunden. Wie das Landwirtschaftsministerium in Hannover am vergangenen Freitag (8.6.) mitteilte, wurde die Substanz bei amtlichen Untersuchungen vom Niedersächsischen Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz (LAVES) in Eiern eines niederländischen Bio-Legehennenbetriebes festgestellt, die in einer Packstelle im Landkreis Vechta beprobt wurden. Die gemessenen Werte liegen laut Agrarressort zwischen 0,007 Milligramm und 0,019 Milligramm pro Kilogramm und damit über dem zulässigen Höchstgehalt von 0,005 mg/kg. Auf Grund der nachgewiesenen Höchstgehaltsüberschreitung seien die Eier nicht verkehrsfähig und würden daher vom Markt genommen, erklärte das Ministerium.

Zudem seien die niederländischen Behörden unterrichtet worden. Das Agrarressort stellt gleichwohl fest, dass bei den ermittelten Werten kein gesundheitliches Risiko bestehe. Im vergangenen Jahr war nach dem Nachweis von Fipronilrückständen in Eiern aus Betrieben in den Niederlanden bekanntgeworden, dass das Insektizid Fipronil unter anderem dort und auch in Belgien illegal von Legehennenhaltern zur Parasitenbekämpfung angewendet wurde. Daraufhin war es in erheblichem Umfang zum Rückruf von Eiern und Eiprodukten gekommen (AgE 32/17, EU-Nachrichten 8). In Reaktion auf das damalige Geschehen wurde Fipronil in den Nationalen Rückstandskontrollplan (NRKP) aufgenommen. Nach Angaben des Ministeriums wurde die nun gemeldete Belastung im Zuge dieser Untersuchungen nachgewiesen. AgE

ÖSTERREICH/EU/KANADA

AGRARHANDEL

Handelsabkommen CETA nimmt erste parlamentarische Hürde

WIEN. Nachdem von der österreichischen Regierung Mitte Mai grünes Licht für eine Ratifizierung des von der Europäischen Union mit Kanada ausgehandelten Freihandelsabkommens (CETA) gegeben worden ist, hat dieses nun die erste Hürde im Wiener Parlament genommen. Am Dienstag vergangener Woche (5.6.) stimmten im Wirtschaftsausschuss des Nationalrats neben den Regierungsparteien ÖVP und FPÖ auch die NEOS für eine Genehmigung des Vertrages. Weiterhin skeptisch sind hingegen die SPÖ und die Liste Pilz. Sie warfen den Koalitionspartnern vor, das Abkommen überstürzt zu ratifizieren und forderten erneut eine Volksabstimmung. Vor der Abstimmung hatte der Wirtschaftsausschuss ein mehr als dreistündiges Hearing abgehalten, bei dem die Meinungen der Experten genauso auseinandergingen wie jene der Abgeordneten. Während etwa der Chef des Instituts für Höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (IHS), **Martin Kocher**, Bedenken gegen CETA zu zerstreuen versuchte und auf zu erwartende Vorteile für die Verbraucher hinwies, warnten Greenpeace und Attac Österreich vor negativen Auswirkungen

gen des Abkommens auf Umwelt- und Sozialstandards. Vor allem die in CETA enthaltenen Sonderklagerechte für Investoren sind den beiden Nichtregierungsorganisationen ein Dorn im Auge. Wirtschaftsministerin **Margarete Schramböck** von der ÖVP warb für das Freihandelsabkommen; sie rechnet mit rund 15 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Österreich. Weite Teile von CETA sind bereits am 21. September 2017 vorläufig in Kraft getreten. Das betrifft etwa den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen. Insgesamt werden beide Seiten nach vollständiger Umsetzung die Zölle für mehr als 99 % aller Zolltarifpositionen beseitigen. Bei sensiblen Agrarprodukten wurden allerdings Marktzugangsquoten für Kanada vereinbart. Da CETA als sogenanntes gemischtes Abkommen die Kompetenzen sowohl der Europäischen Union als auch der Mitgliedstaaten berührt, bedarf es für ein endgültiges Inkrafttreten auch der Genehmigung durch sämtliche EU-Länder. Insbesondere die im Abkommen enthaltenen Sonderklagerechte für Investoren werden erst nach Abschluss des Ratifizierungsprozesses in allen EU-Staaten wirksam. AgE

DEUTSCHLAND

DIGITALISIERUNG

Agrarhandel braucht neue Geschäftsmodelle

BERLIN. Der Agrarhandel ist mit Blick auf die Digitalisierung der Wirtschaft gefordert, bei den bisherigen Geschäftsprozessen umzudenken. Das ist beim fachlichen Teil der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Agrargewerblichen Wirt-

schaft (BVA) deutlich geworden, die am vergangenen Mittwoch (6.6.) in Berlin stattfand. **Prof. Karin Schnitker** von der Hochschule Osnabrück erläuterte die veränderten Wettbewerbsbedingungen und zeigte mögliche neue Geschäftsmodelle auf. So

seien der Wettbewerb und die Umwelt volatiler geworden; bisherige regelmäßige Mitbewerberanalysen griffen nicht mehr, sagte Schnitker. Allerdings seien die grüne Branche und ihre Märkte zunehmend auch für Tech-Startups interessant. Gleichzeitig sinke jedoch die traditionelle Kundenbindung, und die Wechselkosten seien gering. Schnitker empfahl der Branche, die Geschäftsmodelle der neuen, erfolgreichen digital agierenden Unternehmen wie Amazon, airbnb oder uber genau zu analysieren. Als mögliche neue Modelle nannte sie Plattformen zur direkten Pflege von Kundenkontakten, den Auftritt als Dienstleister für kleinere Händler und die Einrichtung einer automatisierten Beratung, um für die Kunden länger ansprechbar zu sein. Die

Hochschulprofessorin ermutigte die Unternehmen des Agrarhandels, stärker auf Absolventen zu setzen, die vielleicht noch keine große Branchenerfahrung besäßen, aber den nötigen Blick von außen und neue technische Ideen hätten. Marketingberater **Christian Dietz** machte deutlich, dass sich das Kommunikationsverhalten der Landwirte längst geändert habe. Wer sich hingegen nicht bewege, seien die Agrarindustrie und der Agrarhandel, so der Marketingberater. Dietz mahte ein gutes „Relation-Management“ mit Hilfe der Kundendaten an, außerdem einen „ansprechenden digitalen Auftritt“. Die Landwirte wollten sich ernstgenommen fühlen; ein „wahlloses Verschicken von Prospekten“ bewirke das Gegenteil. AgE

DEUTSCHLAND

DIGITALISIERUNG

Klößner steckt 60 Millionen Euro in die Digitalisierung ländlicher Räume

Mittel sollen aus dem BULE und der GAK bereitgestellt werden - Unterstützung von Forschungsvorhaben mit Schwerpunkt Digitalisierung in ländlichen Räumen - Bessere Vernetzung fördern - Innovationen im Praxistest - Gründung eines Kompetenzzentrums Digitalisierung geplant - Schnittstelle für die Landwirtschaft - Landkreise ziehen mit

BERLIN. Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klößner** will in den kommenden Jahren mit einer Summe von 60 Mio Euro die Digitalisierung der ländlichen Räume voranbringen. Wie die Ministerin am vergangenen Freitag (8.6.) auf einer Digital-Konferenz in Berlin ausführte, sollen damit die Vernetzung gefördert, Modellprojekte entwickelt und die angewandte Forschung vertieft werden. Das Geld soll teilweise aus dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) und aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) zur Verfügung gestellt werden. Im neuen Modellvorhaben „Smarte Landregionen“ sollen laut Klößner die Akteure, Strukturen und die Verwaltung sowie die Wirtschaft und das Wissen besser miteinander verbunden werden. Das Förderprogramm Land.Digital habe beispielsweise zum Ziel, „innovative, modellhafte Ideen für’s Land“ zu entwickeln und zu verwirklichen. Die anwendungsbezogene Forschung will die Ministerin unter dem Stichwort „Ländliche Räume in Zeiten der Digitalisierung“ fördern. Da sich die Digitalisierung in ländlichen Räumen stets anders entwickle und auswirke als in Städten und Gemeinden, werde man Forschungsvorhaben unterstützen, die sich auf Themen der Digitalisierung in ländlichen Räumen konzentrierten. Digitalisierung bedeute auch Bildung und Kompetenz, betonte die Ressortchefin. Sie will außerdem eine digitale Bildungsoffensive für ältere Menschen starten, damit digitale Anwendungen wie Apps von denjenigen genutzt werden, die diese besonders brauchen. Notwendig sei außerdem ein Dialog über die Chancen der Digitalisierung für die Verwaltung, unter Einbeziehung des Datenschutzes und datenschutzrechtlicher Fragen. Weitere Fragen sollten in einem noch zu gründenden Kompetenzzentrum Digitalisierung geklärt werden. Der Präsident des

Deutschen Landkreistages (DLT), **Reinhard Sager**, begrüßte ausdrücklich die Initiative Klößners und zeigte sich zuversichtlich, damit die ländlichen Räume voranzubringen. Die Staatsministerin für Digitales im Kanzleramt, **Dorothee Bär**, gestand dem Bundeslandwirtschaftsministerium bei der Digitalisierung eine Vorreiterrolle zu. Das Agrarressort sei das erste Ministerium, das mit dem Thema auf sie zugegangen sei.

Standortnachteile ausgleichen

Nach Ansicht von Klößner geht es darum, die Digitalisierung mit ihren Umwälzungen zu begleiten und mitgestalten und nicht passiv geschehen zu lassen. Von den Wirtschaftsbeteiligten und der Gesellschaft fordert sie dafür eine Änderungsbereitschaft. Gestaltungsbedarf sieht Klößner auch bei der Landwirtschaft selbst und den dort bereits etablierten technischen Ansätzen. So müssten Standards festgelegt und Schnittstellen zwischen unterschiedlichen Datensystemen geschaffen werden. Als einen der nächsten Schritte kündigte die Ministerin Modellregionen an, die unter „anderen Bedingungen arbeiten“ dürften, um mögliche Praxislösungen zu erarbeiten und auszuprobieren. Sager warb für einen erweiterten „Smart-City-Begriff“. Neue Produktions- und Vertriebsmodelle könnten helfen, Standortnachteile auszugleichen. Diese Entwicklung werde von den Landkreisen als große Chance begriffen. Digitale Angebote erforderten aber zuallererst ein leistungsfähiges Breitband. An dieser Stelle müsse Deutschland besser werden, betonte Sager. Er verwies auf eine aktuelle Umfrage des DLT in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering (IESE) zu den Chancen, Hemmnissen und ersten Erfolgen bei der Digitalisierung der Landkreise. An dieser Stelle könne man ansetzen. AgE

DEUTSCHLAND/WELT

SITUATIONSBERICHTE

Investitionsbereitschaft der Landwirte international uneinheitlich

FRANKFURT. Die Investitionsbereitschaft der Landwirte in Deutschland, Brasilien, Südafrika und Russland ist in Hinblick auf die nächsten zwölf Monate im Ländervergleich und auch in den verschiedenen Betriebszweigen sehr unterschiedlich. Das haben nach Angaben der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) Befragungen ergeben, die im Rahmen der Plattform „DLG-Agrifuture Insights“ in den vergangenen Monaten durchgeführt wurden. Demnach planten fast 60 % der in Deutschland befragten Milchviehhalter, aufgeschobene Investi-

tionen nachzuholen. Auf dem „zweiten Platz“ rangierten die russischen Ackerbauern, von denen gut die Hälfte Investitionsabsichten äußerte, berichtete die DLG am vergangenen Donnerstag (7.6.) in Frankfurt. Sie profitierten vor allem von der dort steigenden Tierhaltung und den rasant wachsenden Getreideexporten. Dagegen sei die Stimmung der Landwirte in Brasilien und Südafrika zuletzt verhaltener gewesen. Allerdings seien die Geflügelhalter in Brasilien im Vergleich zu den anderen Betriebszweigen in dem südamerikanischen Land mit einem Anteil

von etwa 45 % überdurchschnittlich investitionsbereit. Die Nachfrage nach Geflügelfleisch steige nämlich im In- und Ausland kontinuierlich, erklärte die DLG. In Südafrika Sorge zwar eine Initiative für eine Landreform mit möglichen Enteignungen von Farmern für Unsicherheit; jedoch hätten sich dort die Ackerbauern am optimistischsten gezeigt. Allerdings wollte nur etwa

ein Drittel von ihnen investieren. Für die DLG belegen die Umfrageergebnisse, dass die Landwirte in den Schwellenländern trotz des dort erschwerten Zugangs zu Fremdkapital und hoher Kapitalkosten ihre Betriebe modernisieren, um ihre Produktivität zu steigern und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. AgE

UKRAINE

INVESTITIONEN

Investitionen in die Landwirtschaft gestiegen

KIEW. In der Ukraine sind die Investitionen in die Landwirtschaft zum Jahresbeginn deutlich gestiegen, bewegen sich aber weiterhin auf einem relativ niedrigen Niveau. Wie das Landwirtschaftsministerium in Kiew Ende Mai berichtete, wurden von Januar bis März 2018 insgesamt rund 10,5 Mrd UAH (343 Mio Euro) in die Bereiche Landwirtschaft und Jagd investiert; das waren 9,5 % mehr als in der entsprechenden Vorjahresperiode. Gut drei Viertel davon wurden durch Eigenmittel der Unternehmen finanziert. Die Investitionen in den Pflanzenbau und die Tierhaltung erhöhten sich um 31 % auf 890,5 Mio UAH (29,1 Mio Euro). Zum Markt

für Agrarversicherungen stellte das Ministerium fest, dass 2017 insgesamt 5 230 oder etwa 49 % mehr Versicherungsverträge im Agrarbereich geschlossen worden seien als im Jahr zuvor. Der Wert der Versicherungsbeiträge belief sich auf 271,2 Mio UAH (8,9 Mio Euro); dies entsprach einem Plus von 21,4 %. Der Gesamtwert der Versicherungspolicen im Agrarbereich lag mit rund 7,7 Mrd UAH (294 Mio UAH) um gut 9 % höher als 2016. Zum Ausgleich von Schadensfällen wurden 2017 insgesamt 95,4 Mio UAH (3,1 Mio Euro) ausgezahlt. AgE
Umrechnungskurs: 1 UAH = 0,0327 Euro

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Betriebe empfangen Besucher zum „Tag des offenen Hofes“

Rund 500 Veranstaltungen in ganz Deutschland - Beitrag zum Erzeuger-Verbraucher-Dialog und damit zu mehr Vertrauen und Wertschätzung - Startschuss von Bayerns Ministerpräsident Söder - Auftaktveranstaltungen in mehreren Bundesländern

BONN. Zum „Tag des offenen Hofes“ haben Bauern in ganz Deutschland am vergangenen Wochenende wieder Besucher empfangen und mit insgesamt rund 500 Veranstaltungen Einblicke in ihre Arbeit gegeben. Den Startschuss zu der Aktion gab Bayerns Ministerpräsident **Dr. Markus Söder** am Freitag (7.6.) auf der offiziellen Auftaktveranstaltung im Landkreis Eichstätt. Dabei hob er die wichtige Rolle der Landwirte hervor. „Sie erhalten und pflegen unsere einzigartige Kulturlandschaft und versorgen die Menschen mit besten bayerischen Lebensmitteln“, betonte Söder. Bei ihrer Arbeit komme immer mehr High-Tech zum Einsatz, etwa Melkroboter und satellitengestützte sowie vollautomatische Erntemaschinen. Staatssekretär **Dr. Hermann Onko Aeikens** vom Bundeslandwirtschaftsministerium unterstrich, dass Landwirte für ihre harte Arbeit „höchsten Respekt und Wertschätzung“ verdienen. Das Bundesagrarrressort werde weiter mit aller Kraft daran arbeiten, die gesellschaftliche Akzeptanz der Landwirtschaft zu stärken. Bayerns Landwirtschaftsministerin **Michaela Kaniber** beurteilte den „Tag des offenen Hofes“ als gute Gelegenheit für Landwirte und Verbraucher, im Gespräch gegenseitiges Verständnis und Wertschätzung aufzubauen. Ähnlich äußerte sich der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes (BBV), **Walter Heidl**. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), **Joachim Rukwied**, richtete sich direkt an die Verbraucher und lud sie dazu ein, „sich persönlich ein Bild von der Landwirtschaft zu machen und von den Menschen, die Ihre Lebensmittel produzieren“. Dass Landwirte nicht nur am „Tag des offenen Hofes“, sondern jeden Tag im Erzeuger-Verbraucher-Dialog aktiv sind, betonte **Petra Bentkämper** aus dem Präsidium des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv). Die Bundesvorsitzende des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL), **Nina Sehne**, wertete es als „selbstverständlich“, Verbraucher und den Berufsstand zusammenzubringen, um zu zeigen, wie Bauern „ihre Verantwortung gegenüber Tieren, Menschen, Natur und Umwelt wahrnehmen“.

Städter im Blick

Regional gab es am vergangenen Wochenende weitere Auftaktveranstaltungen. In Sachsen-Anhalt eröffneten der Präsident des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt, **Olaf Feuerborn**, und der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, **Dr. Ralf-Peter Weber**, am Samstag in der Agrargenossenschaft Hamersleben die Veranstaltung. Einen Tag später gaben der Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, **Werner Schwarz**, und Staatssekretärin **Anke Erdmann** vom Kieler Landwirtschaftsministerium in Neukirchen den Startschuss für die Aktionen im nördlichsten Bundesland. In Thüringen fand ebenfalls am Sonntag in Förzitz eine Auftaktveranstaltung des Landesbauernverbandes und der Landesvereinigung Thüringer Milch (LVTM) statt. Auch in Mecklenburg-Vorpommern begann die Veranstaltung am Sonntag. Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** rief aus diesem Anlass neben Landwirten und Familien vom Land auch speziell Städter dazu auf, Höfe zu besuchen. Zudem wies er darauf hin, dass in dem Bundesland erstmals auch Aktionen in Stadtzentren durchgeführt würden. So richteten in Paserow und Teterow jeweils mehrere Höfe zusammen einen „Tag der Landwirtschaft“ aus.

Lob für die Arbeit der Bauern

Für den Präsidenten des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes (WLV), **Johannes Röring**, sind die Hofstage, die auch in dieser Region am Sonntag eingeläutet wurden, ein „Beleg für die Dialogbereitschaft der Landwirtschaft“. Einen besonderen thematischen Schwerpunkt legt der Berufsstand in Westfalen-Lippe Röring zufolge in diesem Jahr auf die Aktivitäten der Landwirte im Rahmen der Offensive Nachhaltigkeit. Deren Ziel sei es, vor dem Hintergrund anhaltender öffentlicher Kritik an einzelnen landwirtschaftlichen Produktionsweisen wieder eine breite Akzeptanz für die landwirtschaftliche Praxis auf den heimischen Höfen zu erreichen. In Sachsen startete der „Tag des offenen Hofes“ bereits am vorvergangenen Wochenen-

de mit einer Eröffnung durch den Präsidenten des Landesbauernverbandes, **Wolfgang Vogel**, und Landwirtschaftsminister **Thomas Schmidt** in Bahretal. Schmidt lobte die Landwirte für ihre Arbeit. Sie leisteten „viel für unser tägliches Wohl“. Dabei seien ihre Aufgaben vielfältig. Das mache den Beruf „auch für unseren Nachwuchs attraktiv“. In Niedersachsen wird der „Tag des offenen Hofes“ am kommenden Sonntag eingeläutet.

Chancen auf Information nutzen

Der Verein information.medien.agrar (i.m.a) wies darauf hin, dass Landwirte auch außerhalb des „Tages des offenen Hofes“ aktive Verbraucheraufklärung betrieben; dafür stelle man ihnen Medien zur Verfügung. Die Bauern wünschten sich nämlich einen fairen

Dialog mit den Verbrauchern, insbesondere vor dem Hintergrund der anhaltenden Kritik an der Landwirtschaft. In der Art, wie die Kritik vorgebracht werde, gebe es Ähnlichkeiten zum Fußball, wagte i.m.a-Geschäftsführer **Patrik Simon** einen Vergleich. So, wie es in Deutschland 82 Millionen Bundestrainer gebe, wüssten auch 82 Millionen Verbraucher genau, wie Landwirtschaft zu funktionieren habe. Das Interesse der Verbraucher sei zu begrüßen, unterstrich Simon. Doch sollten sie Chancen auf Information nutzen. Im Rahmen des „Tages des offenen Hofes“ werden sich diese auch in den kommenden Wochen bieten. Viele Betriebe laden auch dann noch zu Veranstaltungen auf ihre Betriebe ein. Der „Tag des offenen Hofes“ wird seit 1992 alle zwei Jahre durchgeführt. Initiiert wurde er vom DBV, dem dlV und dem BDL. AgE

DEUTSCHLAND

AGRARPOLITIK

Landwirtschaft kann Herausforderungen nicht allein meistern

Klößner: Konventionelle und Ökobetriebe müssen voneinander lernen - Gerig: Chancen der Digitalisierung nutzen - Bedingungen der Landwirtschaft vermitteln - Wissenschaftler mahnen mehr kritische Nachfragen an - Zukunftsdialog in Berlin

BERLIN. Um die Herausforderungen der künftigen Nahrungsmittelproduktion anzugehen, müssen sowohl die Landwirtschaft und die Umweltorganisationen als auch die Wissenschaft, die Wirtschaft und die Gesellschaft an einem Strang ziehen und bisherige Befindlichkeiten überwinden. Das ist auf diesjährigen Zukunftsdialog der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ und der „Agrarzeitung“ deutlich geworden, der am Dienstag vergangener Woche (5.6.) in Berlin veranstaltet wurde. Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klößner** fordert erneut ein Ende der ideologischen Grabenkämpfe beim Thema Landwirtschaft und mahnte eine bessere Debattenkultur an. Die Ministerin zeigte sich davon überzeugt, dass sich die konventionelle und ökologische Landwirtschaft zukünftig stärker annähern werden; beide Seiten müssten „voneinander lernen“. Nach Einschätzung der Ministerin stehen auch die Ökobetriebe unter Druck, effizienter und moderner zu werden und stärker auf Technologien zu setzen. Die konventionellen Betriebe könnten im Gegenzug alternative Instrumente und Ansätze übernehmen. In dem Zusammenhang stellte die Ressortchefin jedoch klar, dass auf Pflanzenschutzmittel nicht verzichtet werden könne. Die CDU-Politikerin erinnerte daran, dass die Wirkstoffe entwickelt worden seien, um Ernten zu sichern. Diese Notwendigkeit bleibe bestehen; gleichwohl sei eine Weiterentwicklung von Alternativen erforderlich. Bei den nötigen Entscheidungen dürfe man sich nicht von Stimmungen oder „der Quantität von Unterschriften“ leiten lassen, sondern von den wissenschaftlichen Erkenntnissen. Klößner erteilte „unzulässigen“ Vereinfachungen eine Absage und sprach sich für eine mehrschichtige Betrachtung von Problemen wie dem Insektenschwund aus. Die Landwirtschaft sei „nicht an allem Schuld“ und werde auch nicht allein die Lösung liefern können, so die Ministerin. Staatssekretärin **Rita Schwarzelühr-Sutter** vom Bundesumweltministerium kündigte noch für diesen Monat einen Aktionsplan für Insektenschutz an, der sich derzeit in Ressortabstimmung befinde. Sie mahnte korrekte Maßnahmen an; es reiche nicht mehr aus, nur betroffen zu sein. Gleichzeitig stellte sie klar, dass sich die Maßnahmen für Landwirte auch auszahlen müssten, entweder mit einem Anreizsystem oder mit Kompensationsleistungen.

Besitz der Daten klären

Enttäuscht zeigte sich Schwarzelühr-Sutter über die bisherigen Vorschläge von EU-Agrarkommissar **Phil Hogan** zur künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Die Kommission habe ihr Versprechen nicht gehalten, denn die Direktzahlungen seien weiterhin die größte Position. Die Staatssekretärin erneuerte die

Forderung nach mehr EU-Geldern für den Naturschutz und kündigte eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium an. Klößner sprach sich ebenfalls erneut für eine enge Zusammenarbeit von Umwelt und Landwirtschaft, aber auch von Landwirtschaft und Verbrauchern aus. Mit Blick auf die GAP-Vorschläge warnte die Ministerin vor einer gleichbleibenden oder sogar steigenden Bürokratiebelastung für die Landwirte. Der Vorsitzende des Bundestagsernährungsausschusses, **Alois Gerig**, sieht die Digitalisierung als Chance für die Landwirtschaft, ihre Betriebe zu öffnen und dem Verbraucher die Produktionsbedingungen zu vermitteln und somit „das Vertrauen der Konsumenten“ zurückzugewinnen. Letztlich entscheide der Verbraucher, welche Mehrkosten er bereit sei, mitzutragen. Nach Ansicht des Vizepräsidenten vom Deutschen Bauernverband (DBV), **Wolfgang Vogel**, wäre „schon viel erreicht“, wenn mit Hilfe der Digitalisierung die Verbraucher mehr Verständnis für die Landwirte entwickelten. Man müsse jedoch „Herr der eigenen Daten“ bleiben. Dies sei eine Chance, die man derzeit gar nicht habe.

Handel nutzen

Der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), **Franz-Josef Holzenkamp**, warb unter anderem für einen grundsätzlich positiven Blick auf Handel und Handelsabkommen; Nachhaltigkeitskomponenten seien wichtig und müssten dabei eingebaut werden. Unterstützung in der Argumentation bekam er von **Prof. Matin Quaim** von der Universität Göttingen. Handel und die globale Arbeitsteilung sieht dieser ebenfalls grundsätzlich positiv. Vieles, was benötigt werde, ließe sich auch im heimischen Anbau erzeugen, räumte Quaim ein. Diese wäre aber in Anbetracht der Kosten und des Ressourcenverbrauchs nicht nachhaltig. Der Wissenschaftler lenkte den Blick auch auf die steigende Bedeutung der Technik in der Landwirtschaft als wichtige Lösungshilfe; das müsse die Gesellschaft akzeptieren. **Dr. Wolfgang Schneider** vom Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) in Bad Kreuznach warnte davor, nur die Vorteile der Digitalisierung „vor sich herzutragen“. Man müsse auch die einhergehenden Probleme sehen und angehen, beispielsweise, wem die Daten gehörten und welche Infrastruktur nötig sei. Es müsse weiterhin Technik geben, die auch offline funktioniere, so Schneider. Letztlich müsse der Landwirt von den Entwicklungen profitieren. Mehr Skepsis mahnte auch **Prof. Albert Sundrum** von der Universität Kassel an. Die Qualität der Lebensmittelherzeugung und der Lebensmittel stehe zu wenig im Fokus der Entwicklung, so seine Einschätzung.

Fürstenhof ausgezeichnet

Im Rahmen des Zukunftsdialogs fand auch die Preisverleihung des diesjährigen „Ideenwettbewerbs Agrar- und Ernährung“ statt. Dieser wurde von der Wochenzeitschrift „Die Zeit“, der „Agrarzeitung“, der BASF und der Rabobank ausgelobt und ging an **Annalina** und **Leonie Behrens** sowie **Lisa Hiddemann** und **Marleen Benkwitz** vom Erzeugerzusammenschluss Fürstenhof in Mecklenburg-Vorpommern für die dortige sogenannte Bruderhahnlinie. Die Bruderhähne von Legehennen werden dort nach Ökokriterien aufgezogen

und das Fleisch anschließend über den Einzel- und Naturkosthandel unter der Marke „haehnlein“ vermarktet. In der Begründung der Jury wird vor allem die „konsequente Umsetzung“ des haehnlein-Konzepts hervorgehoben. Mit ihrer Lösung für ein gesellschaftlich umstrittenes Thema wie das Küekentöten setzten die Preisträgerinnen „ein Zeichen für eine nachhaltige Erzeugung und zukunftsgerichtete Vermarktung“, die sich an den Verbraucherwünschen orientiere und zugleich marktfähig sei. Der Preis, der mit 25 000 Euro dotiert ist, wurde 2017 zum ersten Mal vergeben. AgE

DEUTSCHLAND

GEMEINSCHAFTSAUFGABE

Klößner drängt auf Grundgesetzänderung für erweiterte GAK

BERLIN. Ihr Ziel einer Grundgesetzänderung als Voraussetzung für eine Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) hat Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klößner** bekräftigt. „Wir brauchen jetzt die Grundgesetzänderung, um die GAK den aktuellen Bedürfnissen anzupassen“, sagte die Ministerin bei der Digitalisierungskonferenz, die ihr Haus gemeinsam mit dem Deutschen Landkreistag (DLT) am vergangenen Freitag (8.6.) in Berlin veranstaltete. Es gehe darum, die GAK um die ländliche Entwicklung zu erweitern. Konkret soll dafür das laufende Ver-

fahren zur Grundgesetzänderung im Hinblick auf die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der Gemeindeverkehrsfinanzierung genutzt werden. Der entsprechende Regierungsentwurf zur Änderung des Grundgesetzes stand am vergangenen Freitag (8.6.) erstmals auf der Tagesordnung des Bundesrates und wurde zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen. Darunter ist auch der Agrarausschuss. Es wird damit gerechnet, dass die Weiterentwicklung der GAK in den Beratungen eine Rolle spielen wird. Einen entsprechenden Antrag hat Sachsen-Anhalt im Agrarausschuss bereits eingebracht. AgE

SPANIEN/EU

BEHÖRDEN

Land- und Umweltministerium jetzt getrennt

Damit will Spaniens neuer Ministerpräsident Sánchez der Bedeutung des Klimaschutzes Rechnung tragen - Agrarressort nun unter der Leitung des bisherigen EWSA-Generalsekretärs Planas - An der Spitze des Umweltministeriums steht Klimaexpertin Ribera - Positives Echo aus dem landwirtschaftlichen Berufsstand

MADRID. In der Regierung unter dem neuen spanischen Ministerpräsidenten **Pedro Sánchez** (46) sind die Zuständigkeiten für die Bereiche Landwirtschaft und Umweltschutz erstmals seit zehn Jahren wieder voneinander getrennt worden. Wie Sánchez anlässlich der Bekanntgabe der Kabinettsmitglieder am vergangenen Mittwoch (6.6.) in Madrid erläuterte, soll damit der großen Bedeutung insbesondere des Klimaschutzes Rechnung getragen werden. Die Zuständigkeiten für die Bereiche Landwirtschaft und Umweltschutz waren 2008 vom damaligen Ministerpräsidenten **José Luis Rodríguez Zapatero** (57), einem Parteikollegen des Sozialisten Sánchez, unter einem Dach zusammengefasst worden. Geführt wird das neue Ministerium für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung von dem bereits am vergangenen Donnerstag vereidigten **Luis Planas** (65), der zuvor seit 2014 Generalsekretär des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA). Im Rahmen seiner beruflichen Laufbahn war er außerdem Mitglied des Europaparlaments sowie spanischer Botschafter in der Europäischen Union und in Marokko. Auf nationaler Ebene schaut Planas auf Tätigkeiten als Mitglied des spanischen Abgeordnetenhauses zurück, auf regionaler Ebene auf mehrere Jahre als Landwirtschaftsminister der Autonomen Region Andalusien. An der Spitze des neuen Ministeriums für Energie, Wasser, Umwelt und Klimawandel steht **Teresa Ribera** (49). Die Juristin war davor Direktorin des Instituts für nachhaltige Entwicklung und internationale Beziehungen (Institute of Sustainable Development and International Relations - IDDRI) in Paris, zu dessen Forschungsschwerpunkten der Klimawandel gehört. Zuvor war sie in unterschiedlichen Ministerien in Madrid tätig, unter anderem von 2008 bis 2011 als Staatssekretärin für Klimaschutz im Agrarressort. In ersten Reaktionen äußerte sich der landwirtschaftliche Berufsstand ausschließlich zur Nominierung von Planas. Dieser richtete in seiner Antrittsrede den Blick auf die nun anstehenden agrarpolitischen Herausforderungen.

Dialog wichtig

Planas kündigte an, sich bei den derzeit laufenden Verhandlungen zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Interessen der heimischen Landwirte einzusetzen. Es gehe ihm darum, in Spanien eine „moderne, produktive und wettbewerbsfähige“ Landwirtschaft zu fördern. Daneben müssten für die Nahrungsmittelwirtschaft neue Märkte geöffnet und die Digitalisierung in der Branche vorangebracht werden. Schließlich betonte Planas, dass ihm der Dialog mit der Branche sehr wichtig sei. Im Gespräch wolle er „Übereinstimmungen vergrößern und Differenzen verkleinern“.

Aufatmen nach langem Warten

Alle großen Bauernverbände - darunter Asaja, COAG und UPA - begrüßten die Entscheidung für Planas als neuen Landwirtschaftsminister. Er kenne sich sowohl im Agrarsektor als auch auf dem europäischen Parkett perfekt aus. Zu spüren war im Berufsstand außerdem große Erleichterung darüber, dass in der neuen Regierung überhaupt ein Landwirtschaftsministerium eingerichtet wurde. Es waren nämlich Sorgen aufgekommen, dass die Zuständigkeit für den Agrarbereich und die Fischerei einer Abteilung des Umweltressorts zugewiesen werden könnte. Genährt wurde das Gerücht dadurch, dass auch kurz vor dem angesetzten Termin zur Bekanntgabe der Kabinettsmitglieder noch kein Name für den Leiter eines möglichen Agrarressorts durchgesickert war, während zehn andere Kabinettsmitglieder - darunter Ribera - bereits bekannt waren.

Neuwahlen wahrscheinlich

Das neue, ausschließlich aus Vertretern der sozialistischen Partei Partido Socialista Obrero Español (PSOE) bestehende Kabinett könnte bis zum regulären Ende der aktuellen Legislaturperiode im

Jahr 2020 in der Verantwortung bleiben. Allerdings bräuchte die Minderheitsregierung mit nur 85 von insgesamt 350 Parlamentariern dafür die Unterstützung anderer Parteien. Beobachter rechnen mit Neuwahlen noch in diesem Jahr. Sánchez war am vorvergangenen Wochenende als neuer Regierungschef vereidigt worden, nachdem er

am Donnerstag davor mit einem Misstrauensvotum gegen seinen Amtsvorgänger **Mariano Rajoy** (63) Erfolg gehabt hatte. Grund für das Votum waren Korruptionsvorwürfe gegen Führungskräfte von Rajoys konservativer Partei Partido Popular (PP), die Ende Mai gerichtlich bestätigt worden waren. AgE

DEUTSCHLAND

WITTERUNGSSCHÄDEN

Erhöhte Waldbrandgefahr im Norden

BONN. Vor allem in den nördlichen Teilen Deutschlands haben die anhaltende Hitze und Trockenheit die Gefahr von Waldbränden wieder deutlich erhöht. Sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in Schleswig-Holstein wurden in einigen Gebieten die Waldbrandgefahrenstufen heraufgesetzt. Besonders angespannt war die Situation zuletzt in den Bereichen der Leitforstämter Torgelow im Landkreis Vorpommern-Greifswald sowie in Mirow im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Dort galt die höchste Waldbrandgefahrenstufe 5. In allen übrigen Forstgebieten Mecklenburg-Vorpommerns wurde mindestens die Waldbrandgefahrenstufe 4 ausgerufen. In Schleswig-Holstein und Hamburg herrschte eine mittlere Waldbrandgefahr der Stufe 3, während im Herzogtum Lauenburg

sowie in Teilen Dithmarschens und Pinnebergs örtlich eine hohe Waldbrandgefahr der Stufe 4 bestand. Das Kieler Landwirtschaftsministerium rief zu erhöhter Achtsamkeit auf und appellierte an die Bevölkerung, der erhöhten Gefährdung durch umsichtiges Verhalten Rechnung zu tragen. Insbesondere das Rauchen, Feuermachen und Grillen im Wald sowie auf trockenen Wiesen und landwirtschaftlich genutzten Flächen sollte weiterhin unbedingt unterbleiben. Außerdem sollten Glasgefäße beispielsweise nach einem Picknick nicht nur allgemein aus Umweltschutzgründen, sondern auch wegen der Gefahr der Entzündung von Pflanzen durch den „Brennglaseffekt“ unbedingt wieder mitgenommen werden. Gleiches gelte für Glasscherben. AgE

DEUTSCHLAND/EU

BEHÖRDEN

Kompetenzzentrum für Wald und Holz wird FNR-Organisationseinheit

Durch die Ansiedlung in Gülzow-Prüzen sollen hochqualifizierte Arbeitsplätze im ländlichen Raum Ostdeutschlands geschaffen werden - Bündelung der Kompetenzen im Bereich Wald und Holz - Information stärken - Vertragsgesetz zum Bonner EFI-Büro passiert Bundesrat

BERLIN. Das neue Kompetenz- und Informationszentrum für Wald und Holz wird als eigenständige Organisationseinheit innerhalb der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) am Standort Gülzow-Prüzen in Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet. Das hat das Bundeslandwirtschaftsministerium am vergangenen Donnerstag (7.6.) entschieden. So, „schaffen wir hochqualifizierte Arbeitsplätze im ländlichen Raum bewusst in Ostdeutschland und setzen damit die im Koalitionsvertrag vereinbarte Dezentralisierungsstrategie um“, erklärte Ressortchefin **Julia Klöckner**. Mit dem Kompetenzzentrum Wald und Holz würden die wichtigsten Aufgaben und Kompetenzen in diesem Bereich, darunter Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des Bundes, gebündelt. So werde der hohe Stellenwert des Waldes noch deutlicher. Dazu trage auch der Waldbeauftragte bei, der demnächst ernannt werde. Zudem werde mit dem Zentrum dem in der Waldstrategie 2020 und im Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung benannten Erfordernis nach verstärkter Information und Kommunikation zu Fragen nachhaltiger Waldbewirtschaftung und intelligenter Holzverwendung Rechnung getragen. Klöckner hob die vielfältigen Funktionen des Waldes hervor. So sei dieser neben den Weltmeeren der wichtigste Speicher für Kohlenstoffdioxid. Ferner sichere er Arbeitsplätze in der Forst und Holzwirtschaft. Gleichzeitig sei der Wald prägend für das Landschaftsbild sowie „Teil unserer kulturellen Identität“. Schließlich biete er Tieren und Pflanzen eine Heimat und sei für den Menschen ein wichtiger Erholungsraum. Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** freute sich über die Entscheidung für Gülzow-Prüzen als Standort für das neue Zentrum.

Bis zu 30 neue Stellen

Nach den Worten von Backhaus wird damit die Bedeutung des Bundeslandes als ein ernstzunehmender Wissenschafts- und Forschungsstandort unterstrichen. Zudem sei die Entscheidung eine besondere Anerkennung für die Arbeit der Fachagentur, die seit 25 Jahren die bundesweite Forschungsförderung zu nachwachsenden Rohstoffen koordiniere. Aktuell arbeiteten 90 Mitarbeiter am Standort Gülzow-Prüzen. Es sei zu erwarten dass durch die Einrichtung des neuen Kompetenzzentrums weitere 20 bis 30 Stellen hinzukämen, erklärte der Minister.

Besserer Zugang zu Wissen

Auch hinsichtlich des Büros vom Europäischen Forstinstitut (EFI) in Bonn gab es in der vorigen Woche eine Entscheidung. Der Bundesrat stimmte dem Vertragsgesetz zu, mit dem die bereits 2017 abgeschlossene Ansiedlung des Regionalbüros auf eine gesicherte rechtliche Grundlage gestellt wird. Geregelt werden unter anderem Fragen der Rechtsfähigkeit und akademischen Freiheit, ebenso wie der Räumlichkeiten und der Sozialversicherung. Das EFI, das seinen Hauptsitz in Helsinki hat, forscht zu allen Aspekten von Wäldern - von den ökologischen Grundlagen bis zur wirtschaftlichen Nutzung. Daneben unterstützt das Institut die Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis und sorgt dafür, dass politische Entscheidungsträger einen erleichterten Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen erhalten. Getragen wird es von 26 europäischen Zeichenstaaten. AgE

ÖSTERREICH/RUSSLAND

FORSTWIRTSCHAFT

Österreich und Russland kooperieren in der Forstwirtschaft

WIEN. Österreich und Russland wollen künftig in der Forstwirtschaft enger zusammenarbeiten. Dazu haben die Wiener Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** und der russi-

sche Minister für natürliche Ressourcen und Ökologie, **Dmitrij Nikolayevich Kobylkin**, ein „Memorandum of Understanding“ unterzeichnet. Die Vereinbarung wurde am Dienstag vergange-

ner Woche (5.6.) im Rahmen des Staatsbesuchs von Russlands Präsident **Wladimir Putin** in Österreich getroffen. Köstinger hob hervor, dass österreichisches Know-how in vielen Länder sehr gefragt sei. Insbesondere Russland zeige ein großes Interesse an der Forstwirtschaft. Um die Zusammenarbeit besser zu koordinieren, wird der Ministerin zufolge eine gemeinsame Arbeitsgruppe für Forstwirtschaft gegründet, der Vertreter der russischen Bundesforstagentur (Rosleskhoz) und des Wiener Landwirtschaftsministeriums angehören sollen. Im Fokus dieser Arbeitsgruppe stünden der Austausch von statistischen Daten sowie wissenschaftlichen und technischen Informationen, aber

auch die wissenschaftliche Forschung und Bildungsaktivitäten im Bereich der Forstwirtschaft „Eine nachhaltige und effiziente Bewirtschaftung unserer Wälder ist schon allein wegen der Rolle, die sie für das Klima spielen, von globaler Bedeutung“ betonte Köstinger. Das werde auch für Russland immer wichtiger. Die Ressortchefin hob hervor, dass in Österreich nur 85 % des jährlich nachwachsenden Holzes entnommen würden; die Wälder wüchsen also um rund 5 500 ha oder 4,5 Mio Fm pro Jahr. Russland verfüge hingegen über 20 % der weltweiten Waldfläche. Österreich sei demgegenüber zwar klein, aber punkto Forst- und Holzwirtschaft ein Player am Weltmarkt. AgE

DEUTSCHLAND

FORSTWIRTSCHAFT

Kaniber stellt Maßnahmen gegen den Borkenkäfer vor

MÜNCHEN. Mit einer ganzen Palette von Maßnahmen will die bayerische Landwirtschaftsministerin **Michaela Kaniber** den Waldbesitzern im Freistaat bei der Bekämpfung des Borkenkäfers unter die Arme greifen. In diesem Jahr müsse mit einer besonders starken Vermehrung und Ausbreitung des Käfers gerechnet werden, erklärte die CSU-Politikerin am vergangenen Freitag (8.6.) in München. Die Wälder in Bayern seien vielerorts durch Trockenheit und Stürme geschwächt; zudem habe das warme Wetter der vergangenen Wochen die Entwicklung des Schädlings stark beschleunigt. Eine Bekämpfung in den nächsten Monaten sei unverzichtbar, weil die Borkenkäfer bei einer Massenvermehrung ganze Waldbestände zum Absterben bringen könnten. Dabei kommt es Kaniber zufolge entscheidend darauf an, dem Käfer Brutraum für die weitere Vermehrung zu entziehen. Befallene Stämme sollten rasch entrindet oder aus dem Wald transportiert werden. „Wir werden unsere Waldbesitzer bei dieser Herausforderung nach

Kräften unterstützen“, kündigte die Ministerin an. Nach Angaben ihres Ressorts können Waldbesitzer ab sofort Zuschüsse von bis zu 4 Euro für das Entrinden oder Häckseln von befallenem Holz erhalten, ebenso für eine Zwischenlagerung der Stämme außerhalb des Waldes. Wenn dafür Lagerplätze eingerichtet werden müssten, leisteten die Forstverwaltungen finanzielle und organisatorische Unterstützung. In den besonders betroffenen Regionen sei der Einsatz zusätzlicher Förster geplant; zudem seien für forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse finanzielle Anreize vorgesehen, um die Waldbesitzer durch Pflegeverträge zu entlasten. Darüber hinaus sollen dem Ministerium zufolge regionale Runde Tische die Zusammenarbeit zwischen Waldbesitzern, forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen und Forstbehörden intensivieren. Das Borkenkäfer-Monitoring werde außerdem laufend aktualisiert und informiere unter www.borkenkaefer.org tagesaktuell über die regionale Bedrohungslage. AgE

DEUTSCHLAND

JAGD

Artenschutz in der Bundeswildschutzverordnung konkretisiert

BERLIN. Der strafrechtliche Umgang mit Verstößen gegen den Schutz bestimmter Wildarten umfasst nun auch Teile und Erzeugnisse geschützter Arten. Die Länderkammer stimmte am vergangenen Freitag (6.6.) der vom Bundeslandwirtschaftsministerium vorgelegten Verordnung zur Änderung der Bundeswildschutzverordnung zu, die sicherstellen soll, dass die bereits im Jagdrecht bestehende Strafbewehrung schwerer Verstöße gegen das gemeinschaftliche Umweltrecht laut der Umweltstrafrecht-Richtlinie 2008/99/EG auch Teile und Erzeugnisse von zu schützenden Ar-

ten einbezieht. Gleichzeitig wurden mit der nun beschlossenen Änderung die Beschränkungen der Bundeswildschutzverordnung auf Fischotter, Luchs und Wildkatze ausgedehnt, um dadurch in der Praxis auftretenden Rechtsunsicherheiten bei Jägern vorzubeugen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung in einer von den Ländern verabschiedet Entschließung gebeten, die Vermarktung der in Deutschland zur Jagd freigegebenen Kanadagans zuzulassen, da deren Jagdstrecke in einigen Revieren für die Eigenverwertung zu groß ausfalle. AgE

DEUTSCHLAND

TIERSCHUTZ

Verbände fordern effektiveres Wolfsmanagement

Aktionsbündnis Forum Natur verlangt bessere Entschädigung der Halter bei Wolfsrissen sowie die Regulierung des Wolfsbestandes - Deutsche Wölfe sind Teil des nordosteuropäischen Vorkommens und daher nicht besonders schutzwürdig - Ressortchefs sprechen sich auf Umweltministerkonferenz für Einführung einer Weideprämie aus - Wolfsmanagement soll bundesweit vereinheitlicht werden

BREMEN/BERLIN. Einen besseren Schutz von Mensch und Weidetieren vor dem Wolf fordert ein breites Bündnis von 18 Verbänden, das im Vorfeld der vergangene Woche in Bremen stattgefundenen Umweltministerkonferenz (UMK) einen Aktionsplan zum Umgang mit dem wachsenden Wolfsbestand in Deutschland vorgelegt hat. Die im Aktionsbündnis Forum Natur vertretenen Organisationen, darunter der Deutsche Bauernverband (DBV) und der Deutsche Jagdverband (DJV), pochen ins-

besondere auf eine bessere Entschädigung der Halter bei Wolfsrissen sowie auf die Regulierung des Wolfsbestandes. Unterdessen sind die Umweltminister der Länder den Schäfern offenbar bei einer zentralen Forderung einen Schritt entgegengekommen. Nach Angaben von Sachsens Landwirtschaftsminister **Thomas Schmidt** sprachen sich die Ressortchefs auf der 90. UMK am vergangenen Freitag (8.6.) in Bremen für die Einführung einer Weideprämie zur Unterstützung der Schaf- und

Ziegenhalter aus. Darüber hinaus plädierten die Minister für bundesweit einheitliche Lösungen zur Vereinfachung und für mehr Rechtssicherheit bei der Entnahme von auffälligen Wölfen. Dazu soll es in den nächsten Monaten ein gemeinsames Bund-Länder-Papier geben. Die Forderung nach einer Weideprämie dürfte bei der agrarpolitischen Sprecherin der Linksfraktion, **Dr. Kirsten Tackmann**, auf offene Ohren gestoßen sein. Ihre Fraktion war in der vergangenen Woche mit Anträgen zum Bundeshaushalt 2018 gescheitert, die unter anderem in Richtung einer finanziellen Unterstützung der Weidetierhalter zielten. Tackmann warf daraufhin den Koalitionsfraktionen im Bundestag vor, die Schäfer weiter im Regen stehen zu lassen.

Weidetierhaltung unverzichtbar

Sachsens Landwirtschaftsminister Schmidt begrüßte nach der Fachministerkonferenz in Bremen die gemeinsame Forderung der Bundesländer, eine Weideprämie zur Unterstützung der Schaf- und Ziegenhalter im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union einzuführen. Für ihn gehört die Weidetierhaltung unverzichtbar zur Kulturlandschaft und muss daher zwingend mit dem europäischen Artenschutz für Großraubtiere wie den Wolf in Einklang gebracht werden. Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** bezeichnete eine Weideprämie als „sinnvollen Ansatz“, um die Schaf- und Ziegenhaltung zu bewahren. Die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen zum Umgang mit dem Wolf sind nach seiner Auffassung jedoch noch nicht geeignet, die Weidetierhaltung konfliktarm zu gestalten. Er plädierte daher für eine „vorbehaltlose Prüfung“, ob es dazu einer Anpassung des Bundesnaturschutzgesetzes an die europarechtlichen Rahmenbedingungen bedarf.

Wolf gefährdet wirtschaftliche Existenzen

Brandenburgs Landwirtschaftsminister **Jörg Vogelsänger** forderte im Anschluss an die UMK weitere Initiativen auf Bundes- und Länderebene, um rechtssicher und wirksam auf die Ausbreitung der geschützten Tierart Wolf reagieren zu können. Der dynamische Anstieg der Übergriffe von Wölfen auf Nutztiere, aber auch die Verunsicherung in der ländlichen Bevölkerung hätten zu einer Zuspitzung der Situation geführt, stellte Vogelsänger fest. Insbesondere Weidetierhalter fühlten sich in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Aus Sicht des Ministers besteht daher nach wie vor großer Beratungs- und Handlungsbedarf. Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Berufsschäfer (BVBS), **Günter Czerkus**, lobte den Vorstoß der Umweltministerkonferenz für eine Weideprämie. Er setzt nun darauf, dass die Idee bald von der Bundespolitik aufgegriffen wird.

Herdenschutzkompetenzzentrum gefordert

In ihrem Antrag hatte die Linksfraktion im Bundestag den Aufbau eines Herdenschutzkompetenzzentrums beim Bundeslandwirtschaftsministerium gefordert. Diese Einrichtung solle dafür Sorge tragen, dass rechtliche Regelungen, Beratung und finanzielle Unterstützung für Weidetierhalter bundesweit einheitlich gestaltet werden. Darüber hinaus hatte die Linke zusätzlich 50 Mio Euro für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“ beantragt. Diese Mittel sollten der Fraktion zufolge für die Unterstützung weidetierhaltender Betriebe mit Schafen und Ziegen bereitgestellt werden, falls keine Weidetierprämie aus der Ersten Säule gezahlt werde. Bereits im April hatte die Linke gemeinsam mit den Grünen einen Antrag für die Wiedereinführung gekoppelter Weidetierprämien für Schaf- und Ziegenhalter in den Bundestag eingebracht und verlangt, dies bis zum 1. August 2018 der Europäischen Kommission mitzuteilen (AgE 17/18, Länderberichte 19).

Herdenschutz hat Grenzen

Die im Aktionsbündnis Forum Natur vertretenen Verbände halten die derzeitige Praxis bei der Meldung von Wolfsrissen, dem Verfahren der Rissbegutachtung bis hin zur Kompensation von Schäden für unzulänglich. Sie verlangen daher in ihrem Aktionsplan unter anderem zusätzliche Analysen durch unabhängige Labore sowie eine Umkehr der Beweislast bei der Entschädigung von Wolfsrissen. Die Unterzeichner des Plans erkennen den Nutzen von Herdenschutzmaßnahmen zur Vermeidung von Wolfsrissen an, weisen aber gleichwohl auf deren Grenzen hin. So sei eine kleinparzellierte Einzäunung aller Weideflächen in Deutschland weder naturschutzfachlich verantwortbar noch wirtschaftlich darstellbar oder gesellschaftlich akzeptiert. Bund und Länder seien daher gefordert, bei der Prävention mehr auf die tatsächlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen und beim Herdenschutzmanagement abgestimmt und bundesweit nach einheitlichen Maßstäben vorzugehen.

Problemwölfe entnehmen

Ferner fordern die Verbände der Weidetierhalter und Landnutzer, dass wissenschaftlich belegte Fakten anerkannt werden, wonach es sich bei den in Deutschland lebenden Wölfen nicht um eine eigenständige Population handelt, sondern um den Westrand des nordosteuropäischen Vorkommens. Da dessen günstiger Erhaltungszustand nie in Frage stand, sehen sie auch keine Notwendigkeit dafür, dem Wolf durch die Eintragung in Anhang IV der Fauna-Flora-Habitat-(FFH)-Richtlinie einen besonderen Schutzstatus zu verleihen. Stattdessen halten die Verbände die Entnahme auffälliger Wölfe und die Regulierung des Bestandes für unumgänglich, will man eine flächendeckende Weidewirtschaft in Deutschland erhalten.

Invasive Arten regulieren

Ebenfalls zur Umweltministerkonferenz hatte der Deutsche Jagdverband (DJV) in der vergangenen Woche ein Fünf-Punkte-Papier vorgestellt, in dem eine verstärkte Bejagung invasiver Arten gefordert wird. Der Verband pocht auf ein wissenschaftsbasiertes und praxisorientiertes Vorgehen bei der Umsetzung der EU-Verordnung zum Management invasiver Arten. Nach seiner Überzeugung ist dabei die Jagd mit Falle und Waffe das wirkungsvollste tierschutzgerechte Instrument, um die Ausbreitung von Waschbär, Marderhund, Mink und anderen zugewanderten Arten einzudämmen. Die Jagd auf diese Tiere sollte laut DJV vereinfacht werden; das heißt, es sollte keine Verbote in Siedlungs- und Schutzgebieten und keine Schonzeiten mehr geben. Der Elterntierschutz müsse allerdings erhalten bleiben, betont der Jagdverband. Er spricht sich in dem Papier außerdem für zusätzliche Managementmaßnahmen aus, wie etwa Schutzvorrichtungen an Horstbäumen oder Zäunen um Laich- und Brutplätze. Die Kastration und Freilassung von Waschbären wird hingegen als nicht zielführend abgelehnt.

Wolf und Weidehaltung geht zusammen

Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) hatte vor der UMK an die Ressortchefs appelliert, das Thema Herdenschutz endlich in den Fokus zu rücken, um eine möglichst konfliktarme Koexistenz von Mensch, Weidetier und Wolf zu ermöglichen. Laut NABU-Bundesgeschäftsführer **Leif Miller** schließen sich Wolf und Weidehaltung nicht aus. Herdenschutz sei dafür jedoch unverzichtbar. Deshalb müssten Weidetierhalter, die in Herdenschutz investierten, grundlegend finanziell unterstützt und beraten werden. Miller wies zudem darauf hin, dass sich das Wildtier Wolf über Landesgrenzen hinwegbewege. Er erwarte daher, dass die Länder über ihre Grenzen hinaus zusammenarbeiteten, um gemeinsame Standards im Herdenschutz zu entwickeln. Daneben sei die aktive Mitarbeit der landwirtschaftlichen Verbände notwendig, um den Herdenschutz auch praxisnah umsetzen zu können, so der NABU-Bundesgeschäftsführer.

Vorsicht im Wald

Derweil geht die Bundesregierung derzeit nicht davon aus, dass Wölfe für Kinder, Jogger und Hundebesitzer im Wald eine echte Gefahr darstellen. In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion zu den vom Wolf ausgehenden Risiken weist sie darauf hin, dass es in den vergangenen 20 Jahren, in denen sich Wölfe wieder im deutschen Freiland aufhielten, zu keinen bekanntgewordenen Angriffen auf Menschen gekommen sei. Dessen ungeachtet rät die Bundesregierung aber dazu, sich über die Verbreitungsgebiete und die richtigen Verhaltensweisen beim Umgang mit Wölfen im Wald zu informieren. Informationen dazu erhalte man beispielsweise bei den zuständigen Län-

derbehörden, aber auch auf der Webseite des Bundesumweltministeriums. Hier halte das Ressort konkrete Tipps zum Verhalten beim Zusammentreffen von Wolf und Mensch bereit. Sind Kinder entsprechend informiert, spricht aus Sicht der Bundesregierung auch nichts dagegen, dass diese sich ohne Begleitung im Wald aufhalten. Im Prinzip bewähre sich im Falle eines Kontakts mit Wölfen und einer potentiellen Gefahrensituation das gleiche Verhalten, das man auch bei einem freilaufenden Hund anwenden würde, heißt es in der Antwort. Die Bundesregierung weist aber darauf hin, dass die Entscheidung über den unbeaufsichtigten Aufenthalt von Kindern im Wald den Erziehungsberechtigten obliege. AgE

DEUTSCHLAND

NATURSCHUTZ

„Stunde der Gartenvögel“ bringt unterdurchschnittliche Zahl an Sichtungen

BERLIN/STUTT GART. Bei der „14. Stunde der Gartenvögel“ vom 10. bis 13. Mai war die Beteiligung gut, die ermittelte Vogelzahl blieb aber unter dem langjährigen Mittel zurück. Dieses Fazit haben der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und der bayerische Landesbund für Vogelschutz (LBV) als Ausrichter dieser Erhebung am Dienstag vergangener Woche (5.6.) gezogen. Ihren Angaben zufolge wurden von insgesamt mehr als 56 000 Teilnehmern aus deutschlandweit fast 37 000 Gärten Beobachtungen gemeldet. Die durchschnittliche Zahl der Vogelsichtungen bezifferte der NABU auf 33,8 Tiere pro Garten; das seien 3,1 % weniger als das langjährige Mittel. Sieben der 15 häufigsten Gartenvogelarten hätten in diesem Jahr den niedrigsten jemals pro Garten gemessenen Wert aufgewiesen. Nur vier Arten seien in den üblichen Mengen gesichtet worden, berichtete der NABU. „Leicht positive“ Nachrichten gebe es vom Vogel des Jahres 2018, dem Star. Er sei mit im Schnitt 2,1 Vögeln pro Garten gemeldet worden; das sei nur etwas weniger als das langjährige Mittel von 2,35 Staren. Bei Amsel und Grünfink haben sich laut Einschätzung der Natur-

schutzorganisation vermutlich die krankheitsbedingten Bestandsrückgänge fortgesetzt, ausgelöst bei den Amseln durch den Usutu-Virus und bei den Grünfinken durch Trichomonaden-Infektionen. Deutlich seltener gezählt worden seien bei der jetzigen Aktion insektenfressende Vogelarten wie Meisen. Das passe zum generellen Trend der besonders starken Bestandsabnahme dieser Vogelarten. Auch der NABU-Landesverband Baden-Württemberg ging speziell auf eine rückläufige Zahl von Sichtungen insektenfressender Arten ein. Im Südwesten Deutschlands seien bei der Aktion herbe Verluste bei den Mehl- und Rauschschwalben verzeichnet worden, deren Sichtungen um 25 % beziehungsweise 21 % abgenommen hätten. Die Sichtungen von Mauerseglern seien um 14 % zurückgegangen. Ein Grund für die Verringerung sei neben dem mangelnden Nahrungsangebot auch der in diesem Jahr gefährliche Rückflug vieler Segler und Schwalben aus den Überwinterungsgebieten. Infolge des schlechten Wetters seien viele Vögel über Marokko und Spanien hängen geblieben und wohl unterwegs verhungert. AgE

DEUTSCHLAND

PFLANZENBAU

Gute Ergebnisse im Misanbau von Energiepflanzen und Leguminosen

ROSTOCK. Die Kombination von Mais oder Sorghum mit Leguminosen ist eine Option, um auf ertragsschwächeren Standorten stabile Erträge bei gleichzeitiger Einsparung von Dünger zu erzielen. Wie die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) am Montag vergangener Woche (4.6.) mitteilte, hat ein Forscherteam der Universität Rostock den Misanbau von Mais beziehungsweise Sorghum mit verschiedenen Leguminosen wie Soja-, Acker- und Feuerbohnen, Blaue und Andenlupine im Vergleich zum Reinanbau sowohl im Gewächshaus als auch unter Feldbedingungen erprobt. Projektleiterin **Prof. Bettina Eichler-Löbermann** berichtete, dass der Misanbau in den Untersuchungen beim Ertrag tatsächlich gleichauf mit dem Reinanbau gelegen habe und teilweise sogar überlegen gewesen sei. Dabei hätten die Mischungen lediglich die Hälfte der Stickstoffdüngung erhalten. Besonders augenfällig seien die Vorteile in den Gefäßversuchen auch unter Phosphormangel ausgefallen. In den Feldversuchen hat

sich der Wissenschaftlerin zufolge außerdem heraus gestellt, dass die Erträge im Misanbau stabiler waren und weit weniger von der Bewirtschaftung beeinflusst wurden als Mais oder Sorghum im Reinanbau. Zudem zeigten die Gemenge im Herbst geringere Werte an mineralisiertem Stickstoff und damit ein geringeres Risiko einer Nitratverlagerung ins Grundwasser. Damit dieses Anbausystem in der Praxis nun Verbreitung finden kann, benötigt ist nach Ansicht von Eichler-Löbermann allerdings mehr Anbauverfahren auf verschiedenen Standorten notwendig. Das betreffe insbesondere besonders die Auswahl geeigneter Sorten sowie die Aussaatdichte und -zeit. Auch Unkräuter könnten im Misanbau sehr problematisch sein, hier müssten geeignete Empfehlungen entwickelt werden. Trotz dieser Herausforderungen berge der Misanbau mit Leguminosen eine große Chance zur Erhöhung der Artenvielfalt im Pflanzenbau und trage zur Eiweißpflanzenstrategie bei, so die Professorin. AgE

DEUTSCHLAND

FORSCHUNG

Forschungsprojekte zur Produktion von Algen und Cyanobakterien gesucht

GÜLZOW. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat einen neuen Förderaufruf im Rahmen des Förderprogramms Nachwachsende Rohstoffe veröffentlicht. Wie die Fachagentur Nachwachsende

Rohstoffe (FNR) als Projektträger dazu mitteilte, geht es um die dezentrale Erzeugung von Wertstoffen in aquatischen Systemen, konkret um innovative Ideen für die aquatische Produktion von

Spezialchemikalien, Kosmetikrohstoffen, Nahrungs- und Futterergänzungsmitteln mittels Algen und Cyanobakterien. Förderfähig sei die einfache Kopplung innovativer Algenreaktoren mit bestehenden Anlagen bis hin zu Bioraffinerie-Ansätzen, heißt es weiter. Vorkommerzielle Pilotanlagen seien ebenfalls förderbar, Grundlagenforschung und kommerzielle Anlagen dagegen nicht. Die Beteiligung von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft an den Projekten sei ausdrücklich erwünscht, so die FNR. Generell sollten

die angestrebten Produkte einen hohen Nutzen beziehungsweise Marktwert aufweisen. Bei bereits markteingeführten Produkten müsse eine deutliche Verbesserung des Standes der Technik nachgewiesen werden, betonte die Fachagentur. Die Produktionsanlagen sollten möglichst mit bestehenden Biomasse- oder sonstigen Erneuerbare-Energien-Anlagen im ländlichen Raum gekoppelt werden. Der Aufruf ist bis zum 30. September 2018 befristet. (<https://www.fnr.de/projektfoerderung/fuer-antragsteller>) AgE

DEUTSCHLAND

NATURSCHUTZ

Beirat NAP fordert weitere Studien zum Insektenrückgang

Das Beratergremium legt nach Analyse der „Krefeld-Studie“ Empfehlungen vor - Repräsentatives und umfassendes Langzeitmonitoring notwendig - Mit direkten und unmittelbaren Studien den Einfluss von Pflanzenschutzmitteln auf Nicht-Zielorganismen und -Gemeinschaften untersuchen - Veränderungen der Insektenbiomasse mit Trends bei Pflanzenschutzmitteln und anderen agrarischen Landnutzungskomponenten verknüpfen

BONN. Für ein repräsentatives und umfassendes Langzeitmonitoring im Hinblick auf eine unabhängige und wissenschaftlich solide Bewertung der Auswirkungen von chemischen Pflanzenschutzmitteln auf die Biodiversität und das Vorkommen von Insekten hat sich der Wissenschaftliche Beirat zum Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz (NAP) beim Bundeslandwirtschaftsministerium ausgesprochen. In einer Empfehlung zur „International veröffentlichten Studie zum Rückgang der Insektenbiomasse im Raum Krefeld“ stellt der Beirat fest, dass mit einem solchen Monitoring die Bundesregierung in die Lage versetzt würde, auf anstehende und gesellschaftlich diskutierte Fragestellungen neutrale und wissenschaftlich akzeptierte Antworten liefern zu können. In ihrem Papier empfehlen die Beiratsmitglieder, weitere Studien oder Vorhaben zu initiieren, die Veränderungen in der Insektenbiomasse mit Trends in Pflanzenschutzmittelanwendungen und anderen agrarischen Landnutzungskomponenten verknüpfen und den Einfluss von klimatischen Veränderungen beispielsweise auch anhand von Simulationsmodellen mit validierbaren Ergebnissen dokumentieren. Mit diesen direkten und unmittelbaren Studien könne der Einfluss von Pflanzenschutzmitteln auf Nicht-Zielorganismen und -Gemeinschaften untersucht werden. Die im vergangenen Jahr veröffentlichte Studie zum Rückgang der Insektenbiomasse in deutschen Schutzgebieten war von einem internationalen Forschungsteam erstellt worden (AgE 43/17, Länderberichte 23). Sie beruht auf Daten des Entomologischen Vereins Krefeld. Die Beiratsmitglieder machten hierzu einen methodischen Entwicklungsbedarf geltend, da am Datensatz der Krefelder Studie Kri-

tik wegen der Begrenzung auf Standorte im Raum der Großstadt und der Beschränkung des Monitorings auf Fluginsekten geäußert worden sei.

Bedeutsamer Datensatz

In seiner Empfehlung weist der Wissenschaftliche Beirat NAP außerdem darauf hin, dass die Autoren des Fachartikels, der auf den in Krefeld erhobenen Daten beruht, den Zusammenhang zwischen dem Rückgang an Insektenbiomasse und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nicht untersucht und auch nicht beschrieben hätten. Lediglich in der Diskussion finde sich ein Hinweis auf die Intensivierung der Landwirtschaft als ein möglicher Grund für den Rückgang der Insektenbiomasse. Das Gremium erkennt allerdings das Engagement der ehrenamtlich tätigen Entomologen an. Der von dem Verein erhobene, einmalige Datensatz sei bedeutsam und grundsätzlich interessant für die Konzeption weiterer Studien. Für Insekten in der Agrarlandschaft sei bisher kein Monitoring in ähnlicher Weise durchgeführt worden, und andere belastbare Daten seien in diesem Umfang nicht verfügbar. Die Autoren der Studie hätten angenommen, dass der Klimawandel - beispielsweise damit verbundene, ansteigende Temperaturen sowie Veränderungen der Vegetationszusammensetzung an den Untersuchungsstandorten - mit einem Anstieg der Insektenpopulationen einhergehen müssten, stellt der Beirat fest. Die Schlussfolgerung der Autoren, dass die Faktoren Klimawandel und Vegetationszusammensetzung an den Untersuchungsstandorten nicht die ausschlaggebenden Faktoren für den Rückgang der Insektenbiomasse seien, rücke die Frage nach den Ursachen für die Befunde in den Vordergrund. AgE

DEUTSCHLAND/EU

NATURSCHUTZ

Umweltminister wollen Zulassungsverfahren für Insektizide verbessern

BREMEN. Um dem Insektensterben entgegenzutreten, sollten die Zulassungsverfahren für Insektizide überprüft und verbessert werden, so dass ökologische Auswirkungen der Präparate bereits im Vorfeld angemessen wiedergegeben werden. Dafür haben sich die Umweltminister der Länder am vergangenen Freitag (8.6.) auf ihrer Konferenz in Bremen ausgesprochen. Einigkeit bestand unter den Ressortchefs auch darin, die Forschung zu ökologisch unbedenklicheren Alternativen im Pflanzenschutz zu stärken. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, noch in diesem Jahr ein konkretes Umsetzungskonzept für ein „Aktionsprogramm Insektenschutz“ und für den Aufbau eines wissenschaftlichen Monitoringzentrums zur Biodiversität zu erstellen. „Wir nehmen das Problem des Insektenschwundes sehr ernst, denn Insekten sind unter anderem durch ihre Blütenbestäubungsleis-

tung ernährungswirtschaftlich unverzichtbar. Sie sind Vermehrungsgrundlage für Blütenpflanzen und Nahrungsgrundlage für wildlebende Tiere“, erklärte Nordrhein-Westfalens Umweltministerin **Ursula Heinen-Esser**. Ihre rheinland-pfälzische Ressortkollegin **Ulrike Höfken** will das „Aktionsprogramm Insektenschutz“ zur Unterstützung der „Aktion Grün“ in dem Bundesland nutzen und damit gegen das Artensterben vorgehen. Nach Ansicht von Mecklenburg-Vorpommerns Umweltminister **Dr. Till Backhaus** ist es höchste Zeit, die Aktivitäten in einen kontinuierlichen Prozess zu bündeln und gemeinsam aufeinander abgestimmte Programme zu entwickeln, die dem Rückgang der Insektenvielfalt entgegenzutreten. Schnelle und wirksame Maßnahmen zur Rettung der Insekten forderte auch der Naturschutzbund Deutschland (NABU). Bundesgeschäftsführer **Leif**

Miller warnte, dass man ohne ein umfassendes Rettungspaket auf eine Nahrungsmittelkrise zusteure, denn Insekten seien wegen ihrer Bestäubungsleistung systemrelevant. Miller sieht in der künftigen Verteilung der EU-Agrargelder den entscheidenden „Lackmus-Test“, wie ernst es die Bundesregierung tatsäch-

lich mit dem Insektenschutz meint. Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klöckner** müsse sich in Brüssel dafür einsetzen, dass die Zahlungen an die Landwirte an konkrete Leistungen für den Erhalt von sauberem Wasser, Insekten und Lebensräumen geknüpft werden. AgE

DEUTSCHLAND

BIOENERGIE

BBE fordert bessere Rahmenbedingungen für Energie aus Biomasse

Auerhammer betont den Beitrag der Bioenergie zur Senkung von Treibhausgasemissionen - Für weiteren Ausbau ist aber die Unterstützung der Politik notwendig - Forderung nach Besserstellung von Biogasanlagen im Ausschreibungsverfahren und weiteren Maßnahmen zur Flexibilisierung bestehender Anlagen - Konsequente Dekarbonisierung im Wärmemarkt und im Verkehrssektor nur mit Biomasse erreichbar

BERLIN. Klare und verlässliche Marktperspektiven für die Biomassenutzung hat der Bundesverband Bioenergie (BBE) von der Politik eingefordert. Beim Parlamentarischen Abend des BBE wies der Vorstandsvorsitzende des Verbandes, **Artur Auernhammer**, am vergangenen Mittwoch (6.6.) in Berlin darauf hin, dass Bioenergie heute bereits 8 % des bundesdeutschen Endenergieverbrauchs bereitstelle und die Treibhausgasemissionen um jährlich 64,3 Mio t CO₂ reduziere. Damit sei die nachhaltige Bioenergie ein zentraler Eckpfeiler für die Energiewende und den Klimaschutz und könne diesen durch ihre vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten und die damit verbundenen Treibhausgaseinsparungen in allen Energiesektoren sogar noch mehr Dynamik verleihen. Laut Auernhammer braucht der Sektor aber die Unterstützung der Politik, um sein Potential entfalten zu können. So müssten die politischen Rahmenbedingungen in der laufenden Legislaturperiode wieder Marktperspektiven für eine nachhaltige Nutzung der Bioenergie im Strom-, Wärme- und Kraftstoffmarkt aufzeigen, betonte der BBE-Vorstand. Die Bioenergiebranche habe dabei die klare Erwartungshaltung, dass die klimapolitischen Potentiale von nachhaltiger Bioenergie auch tatsächlich genutzt und in die Maßnahmenpläne des Klimaschutzplans 2020 und des Klimaschutzplans 2050 sowie dessen Zwischenziele für 2030 aufgenommen werden.

Anschlussregelung nötig

Der BBE wies darauf hin, dass im Strommarkt mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2017 die Möglichkeit geschaffen worden sei, bestehende Bioenergieanlagen durch die Teilnahme an einer Ausschreibung auch nach Ablauf ihres EEG-Vergütungszeitraums weiter zu betreiben. Der Verband pocht nun aber auf aus seiner Sicht notwendige Veränderungen beim Ausschreibungsverfahren, damit die bestehenden Anlagenparks tatsächlich eine Perspektive bekommen. Dazu gehören für ihn eine umfassende Umrüstung der Parks auf eine flexible Fahrweise, der Ausbau der Wärmenutzung sowie eine Maximierung der Treibhausgaseinsparung. Für die angestrebte weitere Flexibilisierung der Biogasanlagenparks sei zudem die Aufhebung des bestehenden Deckels bei der Flexibilitätsprämie erforderlich. Darüber hinaus müsse es einen moderaten Zubau neuer, beson-

ders innovativer Anlagen geben, um die Bioenergie-Technologie weiter zu entwickeln und stillgelegte Anlagen zu ersetzen, erklärte der BBE.

Vorgeschlagene Emissionsgrenzwerte nicht umsetzbar

Nach Überzeugung des Verbandes muss der Wärmemarkt konsequent dekarbonisiert werden, um die Ziele der Energiewende und des Klimaschutzes zu erreichen. Er beklagt jedoch einen nur schleppenden Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmemarkt und macht dafür eine ungerechtfertigte Besserstellung fossiler Energieträger verantwortlich. Der BBE spricht sich daher nachdrücklich für die Einführung einer verursachergerechten CO₂-Bepreisung als Anreizelement für den Ausbau der Bioenergie im Wärmemarkt aus. Die Nutzung von Biomasse zur Wärmeerzeugung sollte dabei sowohl in effizienten dezentralen Heizungen als auch in Wärmenetzen weiter ausgebaut werden. Dringender politischer Handlungsbedarf im Bereich der Holzenergie besteht laut BBE auch bei der vom Bundesumweltministerium geplanten Verschärfung der Emissionsgrenzwerte für kleine und mittlere Feuerungsanlagen. Die nun vom Umweltressort vorgeschlagenen Grenzwertvorgaben seien aus technischen, ökonomischen und teils räumlichen Gegebenheiten nicht umsetzbar und stünden damit der angestrebten Dekarbonisierung von Prozess- und Raumwärme im Weg. Erforderlich sei, wie im Koalitionsvertrag vorgegeben, eine Eins-zu-eins-Umsetzung der europäischen Vorgaben bei den Grenzwerten.

Nutzung von Biokraftstoffen ausbauen

Anpassungsbedarf besteht nach Auffassung des BBE auch bei der Regulierung des Bioenergieeinsatzes im Verkehrssektor. Er hob hervor, dass die in Deutschland aus heimischen Rohstoffen hergestellten und zertifiziert nachhaltigen Biokraftstoffe laut Berechnungen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) hinsichtlich der Treibhausgasemissionen eine Einsparung von 77 % im Vergleich zu fossilen Kraftstoffen aufwiesen. Die in Deutschland seit 2015 eingeführte Pflicht zur Senkung dieser Emissionen im Verkehr habe sich dabei als wirksames Instrument für mehr Klimateffizienz erwiesen. Der Verband setzt sich daher dafür ein, dass die Treibhausgaserminderungsquote im Verkehr bis 2030 sukzessive auf 16 % angehoben wird. AgE

ITALIEN/EU

LEBENSMITTELWIRTSCHAFT

Südtirols Vorschlag zur Lebensmittelpolitik könnte EU-Pilotprojekt werden.

BOZEN. EU-Gesundheitskommissar **Vytis Andriukaitis** hat Südtirols Landeshauptmann **Arno Kompatscher** in Aussicht gestellt, dessen Konzept für eine nachhaltige Lebensmittelpolitik als EU-Pilotprojekt zu lancieren. Wie die Regierung der autonomen Provinz in Norditalien am Montag vergangener Woche (4.6.) mitteilte, wird sich Südtirol um die Teilnahme an

der Pilotstudie bewerben und damit unter anderem damit beginnen, in Schulen und Krankenhäusern mehr regionale Lebensmittel zu verwenden. Kompatscher will mit seinem Ansatz eine nachhaltige Herstellung, kurze Produktionsketten und Regionalität, die Förderung von kleinbäuerlichen Strukturen, eine höhere Biodiversität und Tierschutzstandards voranbrin-

gen, aber auch die Erziehung zu gesunder Ernährung und die gesetzliche Möglichkeit für öffentliche Verwaltungen, beim Einkauf regionalen Produkten den Vorzug zu geben. Zudem sollten die bürokratischen Hürden in Zusammenhang mit lokalen Lebensmitteln reduziert werden, die „viele Bauern von ei-

ner Eigenvermarktung“ abhielten. Auch müssten die Fachterminologie und die Etikettierung europaweit auf eine vergleichbare Ebene gebracht werden, so Kompatscher. Überdies sollten die Umweltauswirkungen des Nahrungsmittelsystems vor Ort überwacht werden. AgE

DEUTSCHLAND

UMWELTSCHUTZ

Umweltminister fordern Ende des Schredderns verpackter Lebensmittelabfälle

BREMEN. Ein Ende des Schredderns von verpackten Lebensmittelabfällen haben die Umweltminister der Länder gefordert. Auf ihrer Konferenz am vergangenen Freitag (8.6.) in Bremen kamen die Ressortchefs überein, künftig sicherzustellen, dass nur noch ausnahmslos fremdstofffreie Lebensmittelabfälle in der Kompostierung und in der Vergärung Verwendung finden. Außerdem wurde die Bundesregierung aufgefordert, die geltenden Grenzwerte für Kunststoffanteile in Düngemitteln, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln soweit wie praktisch möglich abzusenken. „Wir haben eine Regelungslücke. Und die erfordert ein Verbot davon, erst absichtlich Plastik in organischen Abfall unterzumengen und dann darauf zu vertrauen, dass es wieder entfernt wird“, begründete Schleswig-Holsteins Umweltminister **Dr. Robert Habeck** die Initiative. Das sei unverantwortlich und fehleranfällig; grundsätzlich sollte Plastik nicht als Bestandteil für Bioabfall zugelassen sein. Habeck wies darauf hin, dass

man mittlerweile überall in den Gewässern mehr oder minder abgebaute Reste von Verpackungen finde, und auch in der Landschaft fielen Kunststoffabfälle zunehmend ins Auge. Diese Plastikreste lösten sich nicht auf, sondern blieben dauerhaft in der Umwelt. Die Ressortchefs begrüßten die Bestrebungen der Europäischen Kommission, über finanzielle Instrumente den Anteil nicht recycelter Plastikabfälle mit zusätzlichen Kosten zu belasten und Einträge von Plastikabfällen in die Umwelt zu reduzieren. Die Brüsseler Kommission hatte jüngst Vorschläge zur Besteuerung von Einwegprodukten von Plastik vorgelegt. Bayerns Umweltminister **Dr. Marcel Huber** hob hervor, dass in der Natur und in den Gewässern zunehmend Plastikmüll zu finden sei. Hier müsse man gemeinsam gegensteuern. Die nordrhein-westfälische Umweltministerin **Ursula Heinen-Esser** sieht sowohl die Verbraucher als auch die Wirtschaft und den Handel in der Pflicht, gegen den Plastikmüll anzukämpfen. AgE

FRANKREICH

VERBRAUCHERSCHUTZ

Lactalis sieht kein eigenes Verschulden bei Salmonellenkontamination

Generaldirektor Besnier streitet Verantwortung seiner Mitarbeiter ab - Auch keine Täuschung - Verweis auf die durchgeführten Kontrollen - Betroffener Produktionsstandort nimmt Produktion unter strengen Auflagen wieder auf - Wirksamkeit von Auflagen und neuen Kontrollmechanismen soll überprüft werden - foodwatch kritisiert fehlende Aufklärung

PARIS/CRAON. Der französische Molkereikonzern Lactalis sieht bei der Salmonellenkontamination von Milchpulverprodukten, an denen Ende 2017 mehr als 40 Säuglinge erkrankt waren, kein eigenes Verschulden. Medienberichten zufolge erklärte Lactalis-Generaldirektor **Emmanuel Besnier** am vergangenen Donnerstag (7.6.) vor der Enquete-Kommission der Nationalversammlung, es habe sich um einen Unfall gehandelt, für den keiner der Angestellten des betroffenen Werkes die Verantwortung trage. Auch von Täuschung könne nicht die Rede sein, da das Unternehmen nicht versucht habe, die Kontamination der Produkte zu verbergen. Trotz der 16 000 Kontrollen, die vor dem ersten Nachweis durchgeführt wurden, habe man nichts von Salmonellen in den Produkten gewusst. Es stelle sich allerdings die Frage, wieso bei erneuten Untersuchungen dann Erreger nachweisbar gewesen sein, so Besnier, der zugleich betonte, nicht den Laborunternehmen die Schuld in die Schuhe schieben zu wollen. Für abschließende Antworten müsse man die Ergebnisse der Untersuchungskommission abwarten. Unterdessen hat das im Mittelpunkt des Skandals stehende Lactalis-Werk in Craon die Produktion unter strengen Auflagen wieder aufgenommen. Wie das Pariser Landwirtschaftsministerium in der vorvergangenen Woche mitteilte, wird in der ersten Phase nach dem Neustart nur Milchpulver hergestellt, das zum Verzehr durch Erwachsene bestimmt ist. Ziel sei es, die Wirksamkeit der Auflagen und neuen Kontrollmechanismen zu überprüfen; dazu werde die Produktion schrittweise wieder aufgenommen und streng überwacht. Laut Ministerium werden die Erzeugnisse zunächst

eingelagert und dürfen nur nach gesonderten Untersuchungen und amtlicher Freigabe in den Verkehr gebracht werden. Die Herstellung von Produkten für Säuglinge sei nach wie vor ausgesetzt und werde nur genehmigt, wenn ausreichende Kontroll- und Vorsorgemechanismen garantiert seien.

Keine Aufklärung

Die Verbraucherschutzorganisation foodwatch kritisierte die Wiederaufnahme der Produktion. Noch bevor die Aufklärung abgeschlossen sei, zeichne sich bereits ab, dass der Konzern billig davonkommen werde. Weder seien die Ermittlungen der Behörden abgeschlossen, noch habe der Untersuchungsausschuss des Parlaments seine Arbeit beendet. Der Staat stelle die wirtschaftlichen Interessen von Lactalis über die Gesundheit der Bevölkerung, so foodwatch. Bislang habe kein einziger Akteur zur Aufklärung des Skandals beigetragen. Ende 2017 waren durch Salmonellen in Milchpulverprodukten des Molkereikonzerns mehr als 40 Säuglinge erkrankt; der Staat hatte in der Folge die Kontrollvorgaben für die Milchindustrie verschärft (AgE 4/18, Länderberichte 24). Der betroffene Produktionsstandort in Craon war bereits zuvor durch Salmonellennachweise und anschließende Infektionen aufgefallen, zudem hatten sich im Laufe der Aufarbeitung des Skandals verschiedene Ungereimtheiten ergeben. Unter anderem hatte die Generaldirektion Ernährung (DGAL) Lactalis Intransparenz vorgeworfen, nachdem Diskrepanzen zwischen Inspektionsberichten und den Ergebnissen der unternehmensinternen Kontrollen festgestellt worden waren. AgE

POLEN

VETERINÄRFRAGEN

Afrikanische Schweinepest in großem Bestand in Polen bestätigt

WARSAU. In Polen ist ein neuer Fall von Afrikanischer Schweinepest (ASP) in einer Schweinehaltung aufgetreten, und zwar in einem vergleichsweise großen Bestand. Die Nationale Veterinärbehörde bestätigte vergangene Woche den Nachweis des Virus bei einem Hausschwein aus einem Betrieb nahe der Stadt Szczyty Nowodwory in der Wojewodschaft Podlachien im Nordosten Polens. Seit dem erstmaligen Auftreten der ASP in Polen im Jahr 2014 ist die Seuche damit 113 Mal in einer Stallung ausgebrochen. Zudem wurden seither rund 2 200 infizierte Wildschweine gezählt. Besondere Brisanz erhält der aktuelle Fall durch seine Dimension. Der betroffene Betrieb gehört mit fast 6 000 Tieren zu

den größten Schweinemästern in der Region und unterhält weitere Stallungen in der Nähe. Bisher waren meist nur private Hauswirtschaften mit wenigen Tieren betroffen. Der Bestand sei professionell geführt und habe alle vorgeschriebenen Hygienemaßnahmen eingehalten, heißt es zudem in polnischen Fachmedien. Unterdessen hat die Keulung des betroffenen Tierbestandes begonnen. Die Seuchenmaßnahme sollte nach Auskunft der regionalen Veterinärbehörde bis zum vergangenen Samstag (9.6.) beendet sein. Gleichzeitig seien in den übrigen zum Unternehmen gehörenden Stallungen Proben für eine Untersuchung genommen worden, um weitere Infektionen auszuschließen. AgE

DEUTSCHLAND

ERNÄHRUNGSFRAGEN

Immer mehr Deutsche sind „Flexitarier“

ESSEN. In Deutschland wächst die noch kleine Gruppe der Teilzeitvegetarier - der so genannten Flexitarier. Darauf hat die Gesellschaft für integrierte Kommunikationsforschung (GIK) der Funke Mediengruppe am vergangenen Donnerstag (7.6.) in Essen unter Berufung auf eigene Umfrageergebnisse hingewiesen. Den Anteil der Flexitarier unter den Bundesbürgern bezifferte die GIK auf 2 %. Allerdings liege diese Gruppe „voll im Trend“ und spreche sich für „gesunde Ernährung ohne kompletten Verzicht“ aus; Flexitarier äßen selten Fleisch und legten dabei Wert auf gute Qualität. Die GIK-Forscherin **Tanja Seiter** hob hervor, dass auch Konsumenten, die keinen besonderen Ernährungsstil pflegten, bei vegetarischen Lebensmitteln zugriffen. „Die Verwenderreichweiten sind viel höher als die spitzen Zielgruppen. Dieses Potential ist auch für die Werbeindustrie sehr interes-

sant“, erläuterte Seiter. So sei der bundesdeutsche Umsatz von vegetarischen Produkten nach Daten des Marktforschungsunternehmens Nielsen 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 26 % auf 819 Mio Euro gestiegen. Unterdessen sei die Zahl der strikten Veganer und Vegetarier viel kleiner, als man beim Blick auf die breiten Produktpaletten annehmen könnte. So seien nur 2 % der Deutschen „echte“ Vegetarier, und vegan ernährten sich sogar nur 0,3 %. Allerdings bescheinigten die Marktforscher Veganern, Vegetariern und Flexitariern eine hohe Kaufkraft. Vor allem Frauen gehörten zu diesen Ernährungstypen, denn 78 % der Vegetarier sowie 64 % der Flexitarier und 63 % der Veganer seien weiblich. Veganer und Vegetarier fänden sich vor allem in der Altersgruppe von 14 bis 29 Jahren, während Flexitarier im Durchschnitt 40 bis 49 Jahre alt seien. AgE

DEUTSCHLAND

ERNÄHRUNGSFRAGEN

Startschuss für „Zentrum Ernährung und Hauswirtschaft Niedersachsen“

HANNOVER/NIENBURG. Ab 2019 soll ein neues „Zentrum für Ernährung und Hauswirtschaft Niedersachsen“ (ZEHN) entstehen. Landwirtschaftsministerin **Barbara Otte-Kinast** gab am vergangenen Freitag (8.6.) in Nienburg den Startschuss für das Vorhaben. Anlass war ein Auftakttreffen, zu dem etwa 100 Akteure zusammenkamen, die sich bereits jetzt landesweit für die Wissensvermittlung in den Bereichen Ernährung, Hauswirtschaft, Alltagskompetenzen und Wertschätzung von Lebensmitteln engagieren. Das künftige Aufgabenspektrum des neuen ZEHN ist breit; es reicht nach Angaben der Ministerin vom Aufbau eines Wissenspools über die gezielte Verbraucherkommunikation bis hin zur Stärkung des hauswirtschaftlichen Arbeitsmarktes mit Hilfe von Qualifizierungsmaßnahmen. Otte-Kinast zeigte sich beeindruckt davon, welch großes Know-how Niedersachsen auf diesem Feld bereits habe. Dieses sollte gebündelt

werden, um gemeinsam die Schwerpunkte des Zentrums zu erarbeiten. „Hauswirtschaft ist viel mehr als Nährwerttabellen lesen und Suppe kochen“, sagte die Ministerin, die selbst ausgebildete Hauswirtschaftsleiterin ist. Einerseits fehlten häufig Grundkenntnisse über eine ökonomische und nachhaltig ausgeglichene Haushaltsführung; andererseits nähmen ernährungsbedingte Krankheiten und Privatinsolvenzen zu. Otte-Kinast wies darauf hin, dass der klassische Beruf der Hauswirtschafterin gesellschaftlich wenig Ansehen genieße, aber viele der Erfordernisse bei den genannten Problemen erfülle. Das Image und die Attraktivität der hauswirtschaftlichen Berufe müssten dringend verbessert werden, um wieder ausreichend neue Fachkräfte auszubilden. Dabei werde auch die Landwirtschaftskammer Niedersachsen als zuständiger Partner für die hauswirtschaftliche Berufsbildung beim ZEHN mitwirken. AgE

DEUTSCHLAND

GARTENBAU

Bayern sichert Gartenbau Unterstützung zu

FÜRSTENFELDBRUCK. Ob Forschung, Finanzhilfen oder Fachberatung - die bayerischen Gartenbaubetriebe können auch künftig auf tatkräftige Unterstützung des Freistaates bauen. Das hat Landwirtschaftsministerin **Michaela Kaniber** jetzt bei einem Fachkongress in Fürstfeldbruck bekräftigt. Laut Kaniber stellen

der Klimawandel, die Digitalisierung und wachsende Anforderungen in Sachen Umwelt- und Ressourcenschutz die Betriebe vor große Herausforderungen. „Wir werden nach Kräften dabei helfen, diese Herausforderungen zu bewältigen“, betonte die Ministerin. Schließlich erbringe der Gartenbau für die Menschen in

Bayern eine ganze Reihe herausragender Leistungen. Der Ministerin zufolge sorgen Gärten und Parks als grüne Oasen nicht nur für Wohlbefinden, Erholung und Lebensqualität; sie seien zudem unverzichtbare Rückzugsräume für Tier- und Pflanzenarten. Aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht habe Bayerns Gartenbau eine „gewaltige“ Bedeutung. Die insgesamt 33 000 Produktions- und Dienstleistungsunternehmen des heimischen Gartenbaus erwirtschafteten mit insgesamt 84 000 Beschäftigten einen Umsatz von rund 10 Mrd Euro pro Jahr. Mit Blick auf die Förderung der Betriebe durch den Freistaat konzentrierte sich die Ministerin auf die Forschungseinrichtungen, allen voran die Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG) in Veitshöchheim. Sie leiste einen un-

verzichtbaren Beitrag, die Betriebe mit aktuellem Wissen zu praxisrelevanten Fragestellungen zu versorgen. Die Bandbreite reiche von wassersparenden Anbautechniken über die Begrünung von urbanen Flächen wie Fassaden und Dächern oder klimatoleranten Stadtbäumen bis hin zum gezielten Einsatz von LED-Beleuchtung bei der Produktion von Zierpflanzen. Insgesamt würden gärtnerische Forschungsvorhaben derzeit mit rund 2 Mio Euro gefördert, berichtete die Ressortchefin. Dem Thema Digitalisierung werde sich auch die geplante Außenstelle der Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) in Ruhstorf widmen. Unterstützung bei digitalen Investitionen biete das bayerische Sonderprogramm Landwirtschaft. AgE

DEUTSCHLAND/EU

AGRARPOLITIK

Keine einheitliche GAP-Position von Landwirtschafts- und Umweltministerium

Klößner begrüßt Festhalten an der bisherigen Förderarchitektur und betont Einkommensfunktion der Direktzahlungen - Umweltstaatssekretärin Schwarzelühr-Sutter fordert Orientierung der GAP auf Umwelt- und Klimaziele und kritisiert Kürzung der Zweiten Säule - Opposition bewertet Kommissionsvorschläge überwiegend kritisch - Aktuelle Stunde im Bundestag

BERLIN. Das Bundeslandwirtschaftsministerium und das Bundesumweltministerium sind von einer gemeinsamen Position zur künftigen EU-Agrarpolitik noch weit entfernt. Das ist am vergangenen Freitag (8.6.) in einer Aktuellen Stunde des Bundestages zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) deutlich geworden. Während Landwirtschaftsministerin **Julia Klößner** die Brüsseler Vorschläge für die GAP nach 2020 zumindest im Grundsatz und insbesondere das Festhalten an der bisherigen Förderarchitektur begrüßte, zeigte sich die Parlamentarische Staatssekretärin im Umweltressort, **Rita Schwarzelühr-Sutter**, enttäuscht. Die SPD-Politikerin sprach von einem erheblichen Verbesserungsbedarf und warnte davor, die Chance für eine stärkere Orientierung der GAP auf Umwelt- und Klimaziele und die Erschließung neuer Einkommensmöglichkeiten für die Landwirte in diesem Bereich zu verpassen. Schwarzelühr-Sutter kritisierte, dass die Erste Säule bei den vorgeschlagenen Finanzkürzungen nahezu ungeschoren davonkomme, während die Zweite Säule in erheblichem Maß Federn lassen müsse. Dies sei aus Sicht ihres Hauses ebenso wenig akzeptabel wie das Vorhaben, den Mitgliedstaaten zwar weitgehend freie Hand bei der Gestaltung der GAP einzuräumen, für Umweltmaßnahmen jedoch keine ambitionierten Standards vorzugeben. Dadurch drohe ein umweltpolitischer Unterbietungswettbewerb. Klößner unterstrich hingegen die einkommenspolitische Bedeutung der Direktzahlungen, die man auch künftig nicht aus den Augen verlieren dürfe. Die Erste Säule müsse daher ihre Funktion einer Basisabsicherung für die Betriebe behalten. Wesentliche Verhandlungsziele seien weniger Bürokratie und mehr Effizienz. Die CDU-Politikerin kündigte an, sie werde

mit Bundesumweltministerin **Svenja Schulze** „konstruktiv ringen“. Sie sei jedoch zuversichtlich, dass man auf einen gemeinsamen Nenner kommen werde.

„Rückschritt auf der ganzen Linie“

Kritische Stimmen zu den Reformvorschlägen der EU-Kommission kamen aus der Opposition. Die frühere Bundeslandwirtschaftsministerin **Renate Künast** sprach von einem „Rückschritt auf der ganzen Linie“. Während das Produktionsziel im Vordergrund bleibe, kämen umweltpolitische Zielsetzungen viel zu kurz, so die Grünen-Politikerin. Auch sie warnte vor einer „Renationalisierung von Umweltleistungen“ und einem Dumpingwettbewerb in diesem Bereich. Die FDP-Obfrau im Ernährungsausschuss, **Carina Konrad**, äußerte sich ebenfalls kritisch zu den Vorschlägen, die zusätzliche Bürokratie für die Betriebe bedeuteten und eine klare Richtung vermissen ließen. Die Liberale rief gleichzeitig dazu auf, die Chancen in den Vorschlägen zu nutzen. Aus ihrer Sicht zählt dazu die Möglichkeit, den Mitgliedstaaten und letztlich auch den Landwirten mehr Freiheit bei der Umsetzung von Agrarumweltmaßnahmen einzuräumen. Insgesamt gehe es darum, die wirtschaftlichen Belange der Betriebe und die steigenden Anforderungen an den Ressourcenschutz in Übereinstimmung zu bringen. Für die AfD-Abgeordnete **Franziska Gminder** ist die EU-Agrarpolitik durch eine Subventionierung von Monokulturen für Umweltprobleme wie den Insektenrückgang mitverantwortlich. Als Ziele ihrer Partei nannte die AfD-Politikerin einen Ausbau des Ökolandbaus, eine Ausweitung von ökologischen Vorrangflächen, vielgliedrige Fruchtfolgen, eine intensive Beratung der Landwirte in den Bereichen Biodiversität und Insektenschutz sowie eine flächengebundene Tierhaltung in kleinen und mittleren Betrieben. AgE

DEUTSCHLAND/EU

MILCH

Grethe beklagt fehlenden Mut in der Agrarpolitik

Kommissionsvorschläge „kein großer Wurf“ - Wissenschaftler bekräftigt Forderung nach Ausstieg aus den pauschalen Flächensubventionen - Stärkere Verantwortung der EU-Länder bietet Chancen - Umverteilung innerhalb der Ersten Säule den Mitgliedstaaten überlassen - Zweite Säule von Mittelkürzungen verschonen - Beiratsgutachten zur GAP fordert grundlegende Reform

BERLIN. Enttäuscht über die Vorschläge der Europäischen Kommission für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 äußert sich der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) beim Bundeslandwirtschaftsministerium, **Prof. Harald Grethe**. Im Interview mit AGRA-EUROPE wirft

der Agrarökonom der Brüsseler Administration fehlenden Mut vor, aus den pauschalen Flächensubventionen auszusteigen. Positiv wertet Grethe hingegen eine stärkere Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Gestaltung und Kontrolle von Maßnahmen sowie die gemeinsame Programmierung von Erster und Zweiter Säule. Der Wissenschaftler empfiehlt, die Kürzungssät-

ze in der Ersten und der Zweiten Säule anzupassen. Seiner Ansicht nach sollte nicht in der Zweiten Säule wie bislang geplant, sondern vor allem bei den Direktzahlungen gekürzt werden. Kappung, Degression oder eine stärkere Förderung der ersten Hektare sollte laut Grethe als freiwillige Option den Mitgliedstaaten überlassen werden. Schließlich sei im Hinblick auf ökologische Leistungen für die Direktzahlungen ein Mindestbudget festzulegen. An die Produktion gekoppelte Direktzahlungen hält der Beiratsvorsitzende in einem begrenzten Umfang für gerechtfertigt, wenn sie strikt auf die Erbringung eng definierter Gemeinwohleleistungen beschränkt werden und die Förderhöhe an den Kosten der Erbringung dieser Gemeinwohleleistungen orientiert wird.

Keine Rechtfertigung für Direktzahlungen

Ausdrücklich bekräftigt Grethe die grundsätzliche Kritik an den Direktzahlungen. Zwar räumt er deren gegenwärtige Bedeutung für landwirtschaftliche Einkommen ein. Gleichzeitig weist er jedoch darauf hin, dass der Anteil der Direktzahlungen am Betriebseinkommen stark variere und die Betriebsgröße ein ungeeigneter Indikator für landwirtschaftliche Einkommen bilde. Zudem werde ein erheblicher Anteil der Zahlungen über die Pachtpreise an Bodenbesitzer überwältigt. Für nicht tragfähig hält der Wissenschaftler ferner das Argument, Direktzahlungen seien als Ausgleich für höhere europäische Standards gerechtfertigt. Eine vom Beirat geforderte Abschaffung der Direktzahlungen könne gleichwohl nicht „von heute auf morgen erfolgen“. Für eine aus seiner Sicht erforderliche zielorientierte Förderung von Gemeinwohleleistungen der Landwirtschaft sei ein schrittweiser Umbau des bestehenden Fördersystems unerlässlich.

Fundamental falsche Politik braucht fundamentale Kritik

Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, **Prof. Harald Grethe**, zu der fehlenden Rechtfertigung für die Direktzahlungen, den Aufgaben der wissenschaftlichen Politikberatung und Schritten hin zu einer gemeinwohlorientierten Agrarpolitik

AGRA-EUROPE: Herr Prof. Grethe, der Beirat plädiert in seiner Stellungnahme für eine grundlegende Neukonzeption der GAP. Wie enttäuscht sind Sie vor diesem Hintergrund von den Legislativvorschlägen der EU-Kommission?

Grethe: Die Enttäuschung hat schon früher eingesetzt: Bereits aus der Kommunikation der Kommission im November 2017 ließ sich entnehmen, dass sich die agrarpolitischen Traditionalisten mit ihrer Forderung nach hohen und de facto kaum an Kriterien gebundenen Direktzahlungen wohl durchsetzen würden. Die in dem Vorschlag für die mittelfristige Finanzplanung von Haushaltskommissar **Günther Oettinger** vorgesehene Kürzung des Budgets der Zweiten Säule um etwa 26 % gegenüber der mit 11 % viel geringeren Kürzung der Direktzahlungen spricht da für sich. Insgesamt sind die Legislativvorschläge der Kommission sicher kein großer Wurf, der eine langfristige Perspektive eröffnet. Dafür bleibt er zu sehr dem Ziel der pauschalen Einkommensstützung verbunden. Dennoch bieten sich, sollten die Legislativvorschläge so umgesetzt werden, viele Möglichkeiten, auf Ebene der Mitgliedstaaten eine deutlich zielorientiertere Agrarpolitik zu gestalten, als das heute der Fall ist.

AGRA-EUROPE: Wenn Sie gemessen an dem, was der Beirat für richtig hält, die Brüsseler Vorschläge benoten sollten - alltägliche Übung eines Professors - welche Note würden Sie geben?

GAP an Gemeinwohlzielen orientieren

In seiner Stellungnahme spricht sich der WBAE für eine grundlegende Neukonzeption der GAP aus (Dokumentation). Der Beirat plädiert für eine konsequente Orientierung der EU-Agrarpolitik an den Gemeinwohlzielen in den Bereichen Umwelt-, Klima- und Tierschutz sowie der ländlichen Entwicklung. Für die Wissenschaftler stellt die einseitige Fokussierung auf die Stützung landwirtschaftlicher Einkommen das Kernproblem der gegenwärtigen europäischen Agrarpolitik dar. Die Direktzahlungen seien verteilungspolitisch nicht zu rechtfertigen. Versuche, dem durch Kappung und Degression oder eine stärkere Förderung der ersten Hektare zu begegnen, lehnen die Wissenschaftler ab. Sie fordern stattdessen einen Abbau der Zahlungen innerhalb eines Zeitraums von etwa zehn Jahren. Ausnahmen seien lediglich in solchen Gebieten vertretbar, in denen ansonsten die Flächenbewirtschaftung und damit verbundene Gemeinwohleleistungen gefährdet wären. Um die Akzeptanz für einen Ausstieg zu erhöhen, schlägt der Beirat für den Übergangszeitraum eine nationale Kofinanzierung der Direktzahlungen vor. Notwendige Einsparungen im EU-Agrarbudget müssten ausschließlich in der Ersten Säule erfolgen. Die Umschichtungsmöglichkeit von der Ersten in die Zweite Säule sei über die bislang möglichen 15 % hinaus auszudehnen. Das 19-köpfige Gremium befürwortet eine stärkere Zentralisierung der GAP. Langfristig seien nur noch die Marktordnungen sowie ausgewählte Teile des Klima- und Biodiversitätsschutzes wie der Moorschutz und Natura 2000 vollständig durch die EU zu finanzieren. Gleichzeitig sei die Ausgestaltung von Fördermaßnahmen stärker als bisher in die Verantwortung der Mitgliedstaaten zu verlagern.

Grethe: Auch an der Universität benoten wir in der Regel erst am Ende. Dann ist es allerdings zu spät für Verbesserungen. Insofern: Wenn wir an der Universität Potential sehen, aber das Ergebnis noch nicht überzeugt, probieren wir, erst einmal auf die Benotung zu verzichten und stattdessen auf Nachbesserungen hinzuwirken.

AGRA-EUROPE: Wie erklären Sie sich den geringen Mut der Kommission bei ihren Vorschlägen?

Grethe: Letztendlich antizipiert die Kommission, was im Ministerrat und im Europäischen Parlament mehrheitsfähig wäre. Die vorliegenden Kommissionsvorschläge sind damit auch eine Art „Spiegel“ für die seitens der Kommission eingeschätzten Kräfteverhältnisse in der europäischen Agrarpolitik. Leider wird, ähnlich wie das in Deutschland der Fall ist, dieser Politikbereich in vielen Mitgliedstaaten nicht aus der Mitte der Gesellschaft heraus gestaltet, sondern zum Großteil von Interessenvertretern der Landwirtschaft. Diese sehen sich oft vor allem dem Erhalt der Direktzahlungen verpflichtet. Daraus folgt dann wenig Handlungsspielraum, das Geld sinnvoller einzusetzen.

AGRA-EUROPE: Was ist aus Ihrer Sicht das Hauptmanko der aktuellen Vorschläge?

Grethe: Der fehlende Mut, den Ausstieg aus den pauschalen Flächensubventionen einzuläuten.

AGRA-EUROPE: So weit zum Schatten. Sehen Sie auch Licht?

Grethe: Ich halte die stärkere Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Gestaltung und Kontrolle von Maßnahmen sowie die gemeinsame Programmierung von Erster und Zweiter Säule grundsätzlich für richtig. Bei einer entsprechend zielorientierten Umsetzung wären die Direktzahlungen auch stärker als bisher an

die Erbringung von gesellschaftlichen Leistungen gebunden. Dies wäre nicht nur zu begrüßen, sondern meines Erachtens auch eine notwendige Voraussetzung für eine zukunftsfähige EU-Agrarpolitik.

AGRA-EUROPE: *Wie sollten nach Ihrer Auffassung die Vorschläge der Kommission weiterentwickelt werden?*

Grethe: Die Kürzungssätze in der Ersten und der Zweiten Säule sollten dringend angepasst werden. Statt - wie bislang vorgesehen - überwiegend in der Zweiten Säule, sollte vor allem in der Ersten Säule und damit bei den Direktzahlungen gekürzt werden. Wenn man darüber hinaus davon ausgeht, dass es bei der vorgeschlagenen Strukturierung der Direktzahlungen bleibt, sollte zum einen die Umverteilungskomponente - also Kappung, Degression, erste Hektare und Junglandwirteförderung - als freiwillige Option den Mitgliedstaaten überlassen werden. Zum andern sollte für die Direktzahlungen ein Mindestbudget für die „Eco-Schemes“, beispielsweise in Höhe des bisherigen Anteils des Greenings von 30 %, festgelegt werden. Und drittens sollten die Option, einen Teil der Direktzahlungen gekoppelt an die Produktion zu gewähren, sehr strikt auf die Erbringung eng definierter Gemeinwohlleistungen beschränkt und die Förderhöhe an den Kosten der Erbringung dieser Gemeinwohlleistungen orientiert werden.

AGRA-EUROPE: *Sie sprechen die Kopplung an. Laut der Stellungnahme hält der Beirat gekoppelte Zahlungen in begrenztem Umfang und unter bestimmten Voraussetzungen für gerechtfertigt. Wieso diese Abkehr von der bisherigen Position und der Forderung nach vollständiger Entkopplung?*

Grethe: Wir haben diese Empfehlung im Beirat kontrovers diskutiert. Sie bezieht sich allerdings nur auf den Transformationszeitraum, also den Zeitraum, in dem es noch Direktzahlungen gibt. Dahinter steht der Gedanke, wenn wir denn noch Direktzahlungen haben, dann sollten wir zumindest etwas Sinnvolles damit tun. Inhaltlich halte ich das nicht für eine Abkehr. Der Beirat spricht sich schon seit langem für die zielorientierte Honorierung von Gemeinwohlleistungen aus, und dafür kann man, so meinen wir, auch die Direktzahlungen verwenden. Wir grenzen das ja sehr stark ein: Gekoppelte Zahlungen sollten sehr strikt an die Erbringung eng definierter Gemeinwohlleistungen gebunden werden und die Förderhöhe an den Kosten der Erbringung dieser Gemeinwohlleistungen orientiert werden. Naheliegender wäre beispielsweise eine Beweidungsprämie, die ja entweder an das beweidete Grünland oder an die Weidetiere „gekoppelt“ wäre und sich an den Mehrkosten der Weidehaltung gegenüber der Stallhaltung orientieren sollte.

AGRA-EUROPE: *Welches politische Signal ist mit einer solchen Position verbunden, in Anbetracht einer Vielzahl von gekoppelten Zahlungen in anderen Mitgliedstaaten?*

Grethe: Wir haben heute in der Tat in den Mitgliedstaaten viele gekoppelte Zahlungen, die sich nicht oder nur wenig an der Erbringung von Gemeinwohlleistungen orientieren. Insofern ist es folgerichtig, einerseits die Möglichkeiten für gekoppelte Zahlungen einzuschränken, sie aber andererseits zielorientiert zu nutzen. Schon aus Wettbewerbsgründen ist es notwendig, gekoppelte Zahlungen nur in sehr begrenztem Umfang einzusetzen.

AGRA-EUROPE: *Der Beirat beklagt in seiner Stellungnahme einen Reformstillstand in der Gemeinsamen Agrarpolitik, der seit 2003 zu beobachten sei. Warum ist das so, obwohl die Agrarpolitik seither doch immer stärker in die öffentliche Debatte geraten ist?*

Grethe: Auf der einen Seite gibt es einen starken Einfluss der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen nicht nur in den Mitgliedstaaten, sondern auch im Europäischen Parlament. Auch hier ist das Einkommensparadigma, wonach die Landwirtschaft per se eine direkte Einkommensstützung braucht und hierauf ein Anspruch besteht, tief verwurzelt. Dem gegenüber steht eine grundsätzliche gesellschaftliche Zahlungsbereitschaft für die Landwirtschaft. Die ist zu begrüßen, denn die Landwirtschaft erbringt viele Gemeinwohlleistungen. Bedauerlich ist allerdings, dass die Bereitschaft, grundsätzlich Steuermittel für die Landwirtschaft zu mobilisieren, überwiegend in Form pauschaler Flächensubventionierung umgesetzt wird, statt mittels der zielorientierten Förderung von Gemeinwohlleistungen. Langfristig kann das durchaus schiefgehen: Wenn das Agrarbudget weiterhin nicht sinnvoll verwendet wird, kann die gesellschaftliche Zahlungsbereitschaft auch sinken. Deswegen brauchen wir dringend eine breite gesellschaftliche Diskussion um die Agrarpolitik. Dabei muss die Frage beantwortet werden, was wir von der Landwirtschaft wollen und wie wir diese Leistungen honorieren. Entsprechend ist der Umbau des Fördersystems einzuleiten!

AGRA-EUROPE: *Seit Jahrzehnten üben Agrarökonominnen zum Teil harsche Kritik an der EU-Agrarpolitik. Nachdem die Politik den ökonomischen Argumenten durch die Reformen in den neunziger und 2000er Jahren gefolgt ist, werden sie seither offenbar weniger oder gar nicht mehr gehört. Wie kommt's?*

Grethe: Das verläuft in Phasen. Die Absenkung der Interventionspreise wurde bereits in dem sogenannten Professorengutachten von 1962 empfohlen, zur Umsetzung kam sie dann ab Mitte der 1980er Jahre. Die Einführung entkoppelter, an Personen gebundener Direktzahlungen wurde unter anderem von Köster und Tangermann 1976 vorgeschlagen. Eingeführt wurden die Direktzahlungen dann 1992. Weitgehend von der Produktion entkoppelt wurden sie 2005, an Personen gebunden und zeitlich befristet, wie 1976 vorgeschlagen, sind sie bis heute nicht. Es ist zwar verlockend zu meinen, dass die Politik in den 1990er und 2000er Jahren dem Rat der Wissenschaft gefolgt ist. Direkte Ursachen für diese Politikänderungen waren aber eher der zunehmende internationale Druck in den GATT-Verhandlungen sowie die Osterweiterung der Europäischen Union.

AGRA-EUROPE: *Dennoch, die Kritik des Beirats an der GAP ist nicht neu und auch diesmal wieder fundamental. Sie nimmt traditionell kaum Rücksicht auf die politische Umsetzbarkeit. Agieren Sie zu sehr aus dem Elfenbeinturm und machen Sie es sich damit nicht zu leicht?*

Grethe: Zu einer fundamental falschen Politik gehört eine fundamentale Kritik. Im Übrigen enthält das Gutachten sehr viele sofort umsetzbare Vorschläge. Zum Beispiel könnte Deutschland die Förderung von Tierwohl-, Umwelt- und Klimaschutzleistungen der Landwirtschaft ab 2019 um eine halbe Milliarde Euro jährlich erhöhen, wenn die schon heute vorhandene Möglichkeit der Verlagerung von Mitteln aus der Ersten in die Zweite Säule vorgenommen würde. Wenn die Politik aber die stärkere Orientierung an Umwelt-, Klima- und Tierschutzzielen nur in kleinen Schritten und angesichts der Problemlagen vollkommen unzureichend umsetzt, muss wissenschaftliche Politikberatung das benennen. Eine Neuausrichtung scheitert auch diesmal nicht an der Umsetzbarkeit, sondern an dem fehlenden politischen Willen.

AGRA-EUROPE: *Also doch Empfehlungen aus dem Elfenbeinturm, anstatt die Mühen der Ebene auf sich zu nehmen und kleine Schritte zu empfehlen?*

Grethe: Es ist Aufgabe der wissenschaftlichen Politikberatung, Orientierung zu geben. Das mag im tagespolitischen Geschäft wie aus dem Elfenbeinturm wirken. Aber Paradigmenwechsel brauchen Zeit, und mancher Vorschlag aus dem Elfenbeinturm, wie etwa die 1976 vorgeschlagene Einführung von Direktzahlungen zur Kompensation von Preisabsenkungen, halten wir inzwischen für selbstverständlich. Ich gehe davon aus, dass wir in nicht allzu ferner Zukunft etwas verwundert darauf zurückblicken werden, dass wir über mehrere Jahrzehnte hinweg eine pauschale Flächensubventionierung ohne Orientierung an Bedürftigkeit oder Leistungen der Empfänger aus Steuermitteln vorgenommen haben.

AGRA-EUROPE: *Für ein Auslaufen der Direktzahlungen ist weder in Deutschland, geschweige denn in Europa eine politische Mehrheit in Sicht. Wäre es daher nicht die Aufgabe des Beirats, „Second-best-Lösungen“ vorzuschlagen, etwa in Form einer stärkeren Qualifizierung der Direktzahlungen anstatt deren Abschaffung?*

Grethe: Die Stellungnahme ist mit „Grundsatzfragen und Empfehlungen“ betitelt. Es erschien uns wichtig, eine langfristige Perspektive für die EU-Agrarpolitik zu entwickeln. Optionen für eine stärkere Qualifizierung der Direktzahlungen wurden ja zeitgleich vom Wissenschaftlichen Beirat für Biodiversität und Genetische Ressourcen mit der Stellungnahme „Für eine Gemeinsame Agrarpolitik, die konsequent zum Erhalt der biologischen Vielfalt beiträgt“ vorgelegt. Ich sehe diese Stellungnahmen als komplementär und will nicht ausschließen, dass der WBAE sich im Verlauf der weiteren Verhandlungen um die GAP nach 2020 noch zu einzelnen Aspekten der Gestaltung von Direktzahlungen äußern wird. Ein bedeutender Nachteil der Strategie, die Direktzahlungen schrittweise weiter zu qualifizieren, ist die Ausgangssituation: In Deutschland betragen die Zahlungen knapp 300 Euro pro Hektar. Die Herausforderungen sind allerdings regional und lokal sehr unterschiedlich. Eine wirkliche Orientierung an Gemeinwohlleistungen würde insofern auch bei einer Qualifizierung der Direktzahlungen zu Umverteilungswirkungen führen. Aus Sicht des Beirats ist die Entwicklung eines neuen Politikmodells „Gemeinwohlprämien“ versus der alten „Einkommensstützung“ langfristig zielführender, auch für die Positionierung der Landwirtschaft in der Gesellschaft und im politischen Prozess.

AGRA-EUROPE: *Der Beirat bezweifelt in seiner Stellungnahme die einkommenspolitische Berechtigung der Direktzahlungen. Dennoch ist unbestritten, dass derzeit bis zur Hälfte der Betriebseinkommen aus den Direktzahlungen resultieren.*

Grethe: Ja, aber das bestreitet auch niemand. Direktzahlungen sind natürlich einkommenswirksam und niemand schlägt vor, diese von heute auf morgen abzuschaffen. Wichtig erscheint mir, dass in der Diskussion um Direktzahlungen vor allem zwei Aspekte außen vorgelassen werden. Erstens variiert der Anteil der Direktzahlungen am Betriebseinkommen stark, und das landwirtschaftliche Betriebseinkommen ist angesichts vielfältiger anderer Einkommensquellen ein unzureichender Indikator für die tatsächliche Einkommenslage landwirtschaftlicher Haushalte. Zweitens ist unbestritten, dass ein erheblicher Anteil der Direktzahlungen über die Pachtpreise an Bodenbesitzer durchgereicht wird und somit nicht immer Landwirten zugutekommt. Für Deutschland ergeben wissenschaftliche Analysen zu diesen Überwälzungseffekten eine Größenordnung von 50 %, teilweise sogar deutlich mehr. Bei einer Abschaffung der Direktzahlungen käme es also mittelfristig zu einer deutlichen Absenkung der Pachtpreise. Ein Teil der Direktzahlungen wird auch auf andere Inputpreise der Landwirtschaft überwälzt. Für einige Produkte

wäre es bei einer Absenkung der Direktzahlungen auch einen leichten Preisanstieg. Darüber hinaus schlagen wir ja einen starken Ausbau der Honorierung von Gemeinwohlleistungen vor, die auch einkommenswirksam würden. Genau um diese Schaffung von Einkommen für Leistungen geht es ja. Insbesondere auf marginalen Standorten, wo der Pachtpreis schon heute deutlich unter der Höhe der Direktzahlungen liegt, ist aus Umweltschutzgründen häufig eine Offenhaltung der Kulturlandschaft wünschenswert und es sollten Bewirtschaftungsprämien gezahlt werden. Der Effekt einer Abschaffung der Direktzahlungen auf die Betriebseinkommen wäre insofern sehr viel geringer, als ihr heutiger Gewinnbeitrag vermuten lassen würde. Darüber hinaus wird die Bedeutung der Direktzahlungen für das Einkommen landwirtschaftlicher Haushalte sowieso überschätzt, da die außerlandwirtschaftlichen Einkommen eben nicht erfasst werden.

AGRA-EUROPE: *Dennoch stellt sich die Frage: Was wären die agrarstrukturellen Folgen, sollten die Zahlungen allmählich eingestellt werden?*

Grethe: Die Auswirkungen der Direktzahlungen auf die Agrarstruktur sind wissenschaftlich sehr schwer abzuschätzen. Ich gehe davon aus, dass Direktzahlungen den Strukturwandel eher etwas verlangsamen, weil Betriebe aktiv bleiben, die ohne die Direktzahlungen früher ausscheiden würden. Hierzu gehören zum Beispiel extensiv geführte Nebenerwerbsbetriebe auf marginalen Standorten mit einem Bodenpreinsniveau unterhalb der Direktzahlungen. Aber auch hier gilt: Dies ist keine Begründung für pauschale Flächensubventionen. Wenn wir als Gesellschaft eine weitgehend flächendeckende Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen wollen, zum Beispiel aufgrund der Biodiversität auf Extensivstandorten, dann gilt es, die Bewirtschaftung der Flächen an diesen Standorten gezielt zu honorieren.

AGRA-EUROPE: *Die Direktzahlungen stehen politisch unter Druck, insbesondere aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit, „20 % der Betriebe erhalten 80 % der Direktzahlungen“, so das bekannte Argument. Kappung und Degression sowie eine stärkere Förderung der ersten Hektare scheinen eine politisch logische Reaktion zu sein. Warum halten Sie diesen Weg dennoch für falsch?*

Grethe: In der Tat sind diese Vorschläge politisch bedingt. Es wird als ungerecht empfunden, dass einige Betriebe sehr viel Geld bekommen. Dort fällt uns als Gesellschaft auf, dass wir die Zahlungen grundsätzlich nicht rechtfertigen können, weil sie sich weder am Prinzip der Bedürftigkeit - „Geld für die Armen“ - noch an den Leistungen für Umwelt-, Klima- und Tierschutz orientieren. Die Kürzung der Direktzahlungen für große Betriebe ist aber ebenfalls nicht zielgenau. Nicht alle großen Betriebe sind einkommensstark und nicht alle kleinen einkommensschwach. Und kleine Betriebe erbringen nicht per se mehr Umwelt- oder Tierschutzleistungen als große. Es wäre besser, wir würden die Politik insgesamt zielorientierter gestalten, statt an den pauschalen Flächensubventionen „herumzudoktern“. Hinzu kommt, dass das System der Direktzahlungen enorme Besitzstände geschaffen hat. Instrumente wie Kappung oder Degression machen die Direktzahlungen vielleicht geringfügig verteilungsgerechter; sie schaffen aber auch Anreize für betriebliche Anpassungen, zum Beispiel „virtuelle“ Betriebsteilungen. Wir schaffen uns also neue Probleme, anstatt das System der pauschalen Direktzahlungen endlich abzuschaffen.

AGRA-EUROPE: *Eine Berechtigung wird den Direktzahlungen auch deshalb attestiert, weil sie als Ausgleich höherer Kosten infolge der hiesigen Produktionsstandards dienen. Eine im vergangenen Jahr veröffentlichte wissenschaftliche Studie legt*

genau dies nahe. Wie hilfreich ist es, wenn Agrarökonomen bei der Beurteilung eines Sachverhalts zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen kommen?

Grethe: Das unterschiedliche Studien zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, ist normal. Es werden unterschiedliche Theorien, Methoden und Daten verwendet und gelegentlich mag auch die institutionelle Einbindung der Analyse eine Rolle spielen. In der von Ihnen angesprochenen, vom Deutschen Bauernverband in Auftrag gegebenen Studie kommen zwei Wissenschaftler in der Tat gegenüber anderen vorliegenden Studien zu „völlig anderen“ Ergebnissen. Sie schätzen, dass die Kosten der Einhaltung nahezu genau in der Höhe der Direktzahlungen liegen, nämlich etwa bei 315 Euro/ha, und damit einem Vielfachen früherer Analysen entsprechen. Aufgrund der Tatsache, dass der DBV diese Studie trotz erheblicher methodischer Mängel zurzeit im öffentlichen Raum sehr intensiv kommuniziert, hat sich der WBAE in seiner Stellungnahme exemplarisch mit den Ansprüchen an so eine Analyse auseinandergesetzt. Schwächen der Studie, die zu einer ausgeprägten Überschätzung der Kosten führen, sind die Auswahl der Vergleichssituation, die Hochrechnung von nicht repräsentativen Fallstudien und die nicht sachgerechte Mittelwertbildung. Schließlich ist es natürlich überhaupt nicht Aufgabe der Politik, alle in Deutschland durch Standards verursachten Kosten zu erstatten, sonst würden wir alle beispielsweise ja täglich erhebliche Zahlungen für die Einhaltung von Verkehrsregeln erhalten müssen. Interessanterweise wird vom Deutschen Bauernverband ja auch nicht gefordert, dass die Landwirtschaft für alle staatlichen Maßnahmen, die die Produktionskosten senken, wie etwa eine hochwertige staatlich finanzierte Berufsausbildung, Infrastruktur und Rechtssicherheit, besteuert wird, weil das sonst eine Bevorteilung gegenüber beispielsweise den Brasilianern wäre. Es ist schade, dass mit diesen systematisch überschätzten Zahlen und offensichtlich unseriösen Schlussfolgerungen versucht wird, pauschale Flächensubventionen in Deutschland zu rechtfertigen. Denn in einigen Bereichen gibt es ja durchaus gute Argumente für einen zumindest teilweisen Kostenausgleich. Im Umweltschutz haben wir hierfür entwickelte Förderpolitiken, etwa für den Nachteilsausgleich in Natura-2000 Gebieten, und in anderen Bereichen wie dem Tierschutz wäre ein solcher teilweiser Kostenausgleich ebenfalls sehr zu begrüßen.

AGRA-EUROPE: *Volatile Märkte verursachen schwankende Betriebseinkommen. Muss ein Staat, der einen Sektor in offene Märkte entlässt, nicht zumindest für eine Grundabsicherung sorgen, um strukturelle Verwerfungen zu verhindern?*

Grethe: Der Übergang in offene Märkte muss hinreichend langsam erfolgen, um den Betrieben zu erlauben, Erfahrungen mit Risikomanagementinstrumenten zu sammeln. Der Staat kann auch eine Rolle in der Information und Beratung spielen. Eine dauerhafte Absicherung von selbständigen Einkommen in einem Sektor, hier der Landwirtschaft, kann man aber kaum begründen. Die in Deutschland und in den meisten anderen Ländern erfolgende staatliche Grundabsicherung erfolgt im Rahmen der Steuer- und Sozialpolitik und orientiert sich an der persönlichen Bedürftigkeit, also den Haushaltseinkommen, und nicht etwa an dem Bodenbesitz. Und erst recht kann nicht von einer Grundabsicherung die Rede sein, wenn der Transfer, wie im Rahmen der Direktzahlungen, umso größer ausfällt je größer der Flächenbesitz ist.

AGRA-EUROPE: *Der Wissenschaftliche Beirat hat allein die Kosten für den Umbau der Tierhaltung in Deutschland auf 3 Mrd Euro bis 5 Mrd Euro im Jahr veranschlagt. Die im aktuellen Gutachten geforderte Gemeinwohlorientierung nennt neben dem Tierwohl die Bereiche Umwelt- und Klimaschutz sowie die ländliche Entwicklung. Was kann eine Neuausrichtung der GAP angesichts der Vielzahl und Größe der Aufgaben überhaupt leisten?*

Grethe: Nicht alle Aufgaben muss der Staat erfüllen. Viele Gemeinwohleinstellungen können über entsprechende Kennzeichnungssysteme auch am Markt honoriert werden. Auch Selbstverpflichtungen der Wirtschaft können in bestimmten Bereichen ein Beitrag sein. Wenn wir in Deutschland von den 5 Mrd Euro, die wir heute für Direktzahlungen aufwenden, etwa 1 Mrd Euro für die Honorierung von Tierwohleinstellungen verwenden würden, wären wir dort gegenüber den heutigen 40 Mio Euro ein gutes Stück weiter und hätten noch immer 4 Mrd Euro für andere Gemeinwohleinstellungen, vor allem im Umweltbereich.

AGRA-EUROPE: *Wo liegt die Grenze zwischen Gemeinwohlpflichten und Gemeinwohleinstellungen?*

Grethe: Das muss im konkreten Kontext gesellschaftlich und politisch ausgehandelt werden. Welche Pflichten können wir Landwirtinnen und Landwirten zumuten? Für welche Leistungen sollten wir zahlen? Zum einen müssen hier Fairnessabwägungen getroffen werden. Zum anderen muss berücksichtigt werden, dass wir aufgrund der weitgehend offenen Märkte, in denen wir produzieren, unsere Ziele teilweise verfehlen, wenn wir der Landwirtschaft zu viel Pflichten auferlegen, ohne die daraus resultierenden Kosten zu berücksichtigen. Dies gilt nicht zuletzt im Tierschutz, wo wir mittelfristig vor der Herausforderung stehen, Haltungssysteme umzusetzen, in denen die Produktionskosten bis zu 40 % höher sind als in heute gängigen Verfahren. Das kann nicht ausschließlich durch die Auferlegung von Pflichten gelöst werden. Wir müssen einen politischen Rahmen gestalten, in dem Landwirte für diese Leistungen auch honoriert werden, und zwar gezielt, langfristig und verlässlich.

AGRA-EUROPE: *Sie empfehlen den Aufbau „adäquater Steuerungs- und Finanzierungssysteme“ für die Erbringung von Gemeinwohleinstellungen und regen an, „die Förderarchitektur neu zu denken“. Geht's auch konkreter, um den politischen Entscheidern eine Vorstellung von der Umsetzbarkeit einer neu konzipierten GAP zu geben?*

Grethe: Das steht durchaus auch konkreter in der Stellungnahme. Dort schlagen wir einen Umbau des Agrarbudgets vor. Für den Agrarumweltbereich schlagen wir vor, ein zu 100 % EU-finanziertes Moorschutzprogramm aufzulegen und auch den Nachteilsausgleich in den Natura-2000-Gebieten vollständig aus EU-Mitteln zu zahlen. Außerdem sollten die heute schon existierenden Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen weiterentwickelt werden. Wichtige Stichpunkte sind hier verstärkte Anreize für die landschaftsbezogene räumliche Steuerung, ergebnisorientierte Honorierungsmodelle und Ansätze eines überbetrieblichen, kooperativen Umwelt- und Klimaschutzes, in dem die Maßnahmen von Landwirten besser koordiniert werden.

AGRA-EUROPE: *Vielen Dank.*

Europäische Union: Hogan drängt bei GAP-Reform auf zügige Entscheidungen1
EU/Österreich: Moosbrugger kritisiert Brüsseler Kürzungspläne zur GAP scharf1
EU/Deutschland: Biodiversitätsbeirat fordert Bindung der Direktzahlungen an ökologische Leistungen.2
Frankreich: Frankreich gegen GAP-Kürzung2
Europäische Union: Agrarminister begrüßen geplante Unterstützung der Junglandwirte.3
Europäische Union: Breitbandversorgung bleibt hinter Vorgabe zurück3
EU/Deutschland/Welt: Klöckner: EU soll sich für Harmonisierung der Tiertransportstandards einsetzen4
Europäische Union: Strengere Regeln für Antibiotikaabgabe an Tieren beschlossen.4
Europäische Union: EFSA-Chef will Änderung der Datenschutzregeln für mehr Transparenz.4
Europäische Union: EuGH verweist Whisky-Streit zurück nach Deutschland.5
EU/Indonesien/Argentinien: Indonesien droht EU vor Entscheidung über zukünftige Palmöllieferungen5
EU/Südamerika: Einigung in den Freihandelsgesprächen mit Mercosur lässt auf sich warten6
EU/Nordamerika: EU-Vergeltungszölle auf US-Agrarprodukte voraussichtlich ab Juli6
EU/Grossbritannien: Brüssel weist Notfallplan Londons zum Brexit zurück.7
EU/Deutschland: Bundesländer wollen transparentere Zulassungsverfahren.7
Europäische Union: Maßnahmen zum Schutz wildlebender Bestäuberinsekten vorgeschlagen7
EU/Deutschland: Gemeinsame Agrarpolitik muss mit der Zeit gehen8
EU/Deutschland: Bundesrat begrüßt EU-Maßnahmenpaket gegen unlautere Handelspraktiken9

EUROPÄISCHE UNION

AGRARPOLITIK

Hogan drängt bei GAP-Reform auf zügige Entscheidungen

Schneller Abschluss wichtig für die Verlässlichkeit der EU-Agrarpolitik - Aeikens fordert bei Kappung mehr Entscheidungsspielraum der Mitgliedsländer - Frankreich buhlt um weitere Verbündete gegen Kürzung des EU-Agrarhaushalts - Slowakei übt Kritik an Brüsseler Kappungsplänen - COPA-Vizepräsident Healy warnt vor Renationalisierung

SOFIA. Eine Einigung zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 sollte nach Ansicht von EU-Agrarkommissar **Phil Hogan** idealerweise bis zum März 2019 gefunden werden. Der Ire möchte deshalb, dass die Mitgliedstaaten und das Europaparlament bei den Verhandlungen zügig voranschreiten. Beim informellen Agrarrat, der am Dienstag vergangener Woche (5.6.) in Sofia zu Ende ging, betonte Hogan, dies sei gerade im Hinblick auf die Verlässlichkeit und Sicherheit der EU-Agrarpolitik für die Landwirte von besonderer Bedeutung. Rat und Europaparlament trügen hier eine große Verantwortung. Nach Ansicht des Agrarkommissars dürfte bei den Verhandlungen das größte Problem die Uneinigkeit der Mitgliedstaaten darüber sein, wie die fehlenden Finanzmittel aufgebracht werden sollen. Dabei wies Hogan die Kritik vieler Mitgliedsländer an den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Agrarbudgetkürzungen zurück. Diese Frage liege allein im Ermessensspielraum der Mitgliedstaaten, die Brüssel gegebenenfalls mehr Geld zur Verfügung stellen könnten. Der deutsche Delegationsleiter, Staatssekretär **Dr. Hermann Onko Aeikens** vom Bundeslandwirtschaftsministerium, sieht vor allem bezüglich der von der Kommission vorgeschlagenen Kappung der Direktzahlungen noch einen deutlichen Diskussionsbedarf. Hier müsse es mehr Entscheidungsspielraum in den Mitgliedstaaten geben, forderte Aeikens. Wichtige Themen seien zudem die Mittelausstattung der GAP sowie der Bürokratieabbau.

Zur „Anpassungsvariable“ des EU-Haushalts verkommen

Frankreichs Agrarressortchef **Stéphane Travert** warb unter anderem bei seinen Ministerkollegen aus Belgien, Rumänien und Tschechien dafür, sich ebenfalls gegen Kürzungen im EU-Agrarbudget zu wenden. Im Vorfeld des Ratstreffens hatte Travert gemeinsam mit seinen spanischen, irischen und portugiesischen Ressortkollegen sowie mit Vertretern der finnischen

und griechischen Regierung in einer Erklärung eine Aufstockung der GAP-Mittel gefordert (AgE 23/18, EU-Nachrichten 8). In Sofia betonte der französische Landwirtschaftsminister zudem die Notwendigkeit, die Agrarpolitik zu vereinfachen und zu einem echten Sicherheitsnetz für die Bauern umzubauen. Überdies stellte er klar, dass jede Form der Kofinanzierung der Ersten Säule für Paris eine rote Linie sei. Belgiens Landwirtschaftsminister **Denis Ducarme** beklagte, dass die Agrarpolitik offenbar zu einer „Anpassungsvariable“ im europäischen Haushalt verkommen sei. Auch er befürchtet eine Renationalisierung der GAP. Er wolle mit Frankreich und anderen Partnern diese Bedenken beim nächsten Gipfel in Luxemburg vorbringen, kündigte Ducarme an.

GAP einfach gestalten

Die slowakische Delegation bekräftigte indes die Forderung nach einer weiteren Angleichung der Flächenprämien. Die Landwirte in der Slowakei erhielten nur 78 % des EU-Beihilfendurchschnitts. Kritisch äußerte sich die slowakische Delegation auch zu den Kappungsplänen. Diese wäre für die großen Betriebe in ihrem Land von Nachteil. Man könne sich allerdings eine freiwillige Deckelung der Zahlungen vorstellen. Dagegen zeigte sich Sloweniens Delegation offener für die Einführung einer verpflichtenden Kappung. Derweil kritisierte der Erste Vizepräsident des EU-Ausschusses der Bauernverbände (COPA), **Joe Healy**, dass die Kommissionsvorschläge keine wirklichen Vereinfachungen enthielten. Man habe hier große Bedenken, erklärte der Ire. Er rief die Minister dazu auf, sicherzustellen, dass die nächste GAP einfachere, klarere und anwendungsfreundlichere Regeln und Politikinstrumente für die Landwirte bereitstellen werde. Zudem müsse eine „wahrhafte“ Gemeinsame Agrarpolitik erhalten bleiben. Einer Renationalisierung der GAP erteilte der COPA-Vizepräsident eine klare Absage. AgE

EU/ÖSTERREICH

AGRARPOLITIK

Moosbrugger kritisiert Brüsseler Kürzungspläne zur GAP scharf

WIEN. Kritik an den von der EU-Kommission geplanten Kürzungen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) hat der Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich, **Josef Moosbrugger**, geübt. Über die Zweite Säule würden all jene Leistungen abgegolten, die Europa nachhaltig und zukunftsfähig machen und auch von der Bevölkerung gewollt seien, die der Markt aber nicht extra honoriere, erklärte Moosbrugger am vergangenen Mittwoch (6.6.) auf der Klartext kompakt-Veranstaltung „EU-Agrarpolitik: MEHRWERT der Landwirtschaft“ in Wien. Das seien beispielsweise eine gepflegte Umwelt, besonders umweltschonende Produktionsmethoden, mit denen die Boden- und Wasserqualität gesichert würden, die Erhaltung von Landschaftselementen und damit einer vielfältigen Erholungslandschaft, außerdem die Biodiversität, das Tierwohl, der Schutz vor Naturgefahren und die Bekämpfung des Klimawandels. Die Ausgleichszahlungen dafür in der kommenden GAP-Periode um mehr als 15 % kürzen zu wollen, sei völlig unverständlich, monierte der Kammerpräsident. Der landwirtschaftliche Berufsstand lehne es vehement ab, wenn die Brüsseler Kommission gerade jene Mittel am meisten zu-

sammenstreichen wolle, die den Mehrwert der Land- und Forstwirtschaft für die Gesellschaft garantierten. „Wir Bäuerinnen und Bauern sind für die Gesellschaft mehr wert. Das muss auch die EU-Agrarpolitik erkennen und honorieren“, betonte Moosbrugger. Gerade Österreich mit einer Radikalkürzung nun zu den großen Verlierern der Reform zu machen, verstehe niemand. Der Kammerpräsident wies darauf hin, dass die Landwirtschaftskammer jetzt einen ersten Bericht zur gesellschaftlichen Verantwortung der Land- und Forstwirtschaft vorgelegt habe. Dieser liefere auf Basis einer Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung Wien (WIFO) aktuelle Zahlen, Daten und Fakten zur Markt- und Wirtschaftsleistung, zum gesellschaftlichen Wert und zur Zukunftsorientierung sowie zur Innovation der Branche. Die Daten belegten, dass der Mehrwert des Agrarsektors für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft weit über den Erlösen für Produkte und Leistungen, aber auch über den Abgeltungen für Erschwernisse und Umweltleistungen liege. Das müsse in der EU-Agrarpolitik auch in den nächsten Jahren seinen Niederschlag finden. AgE

EU/DEUTSCHLAND

AGRARPOLITIK

Biodiversitätsbeirat fordert Bindung der Direktzahlungen an ökologische Leistungen

Wissenschaftler für Beibehaltung der Direktzahlungen, fordern aber deren Verknüpfung mit Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt - Vorschlag für Punktesystem zur Bewertung der ökologischen Leistungen - Differenzierung der Höhe der Direktzahlungen zwischen den Betrieben - Überlegungen der EU-Kommission als Grundlage

BERLIN. Eine konsequente Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf den Schutz der biologischen Vielfalt empfiehlt der Wissenschaftliche Beirat für Biodiversität und Genetische Ressourcen beim Bundeslandwirtschaftsministerium. In seiner vergangene Woche vorgestellten Stellungnahme spricht sich der Beirat für eine Beibehaltung der Direktzahlungen aus, fordert aber deren Verknüpfung mit wirksamen Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt in den Agrarlandschaften. Nach Auffassung des Gremiums sollten zunächst mindestens 40 % der Direktzahlungen an die Erbringung ökologischer Leistungen gebunden sein. Dadurch würden Betriebe zu Veränderungen ihrer landwirtschaftlichen Praxis zur Verbesserung der biologischen Vielfalt motiviert. Vorgeschlagen wird ein Punktesystem zur Bewertung der ökologischen Leistungen der Empfängerbetriebe. Die Höhe der Direktzahlungen sollte laut der Stellungnahme von den erworbenen Punkten abhängen. Das Bewertungssystem müsste den Wissenschaftlern zufolge zu einer signifikanten Differenzierung der Höhe der Direktzahlungen zwischen den Betrieben führen, je nach deren Leistung für die biologische Vielfalt. Ein einzuführendes Punktesystem könne dabei entweder als Prämie für Basismaßnahmen im Agrar- und

Umweltschutz oder als Zuteilung flächenbezogener Direktzahlungen entsprechend der relativen Umweltleistung ausgestaltet werden.

Federführende Autoren

Dem Wissenschaftlichen Beirat für Biodiversität gehören 17 Experten unterschiedlicher Fachrichtungen an. Den Vorsitz führt der Leiter des Fachgebiets Agrar- und Ernährungspolitik an der Berliner Humboldt-Universität, **Prof. Peter Feindt**. Federführende Autoren für die GAP-Stellungnahme sind neben Feindt **Prof. Enno Bahrs** von der Universität Hohenheim, **Prof. Ulrich Hamm** von der Universität Kassel-Witzenhausen, **Prof. Eve-Marie Engels** von der Universität Tübingen, **Dr. Johannes Engels** von Bioversity International, **Prof. Johannes Isselstein** von der Universität Göttingen, **Dr. Stefan Schröder** von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), **Prof. Matthias Herdegen** von der Universität Bonn, **Prof. Frank Wätzold** von der Technischen Universität Cottbus-Senftenberg sowie **Prof. Volkmar Wolters** von der Universität Gießen. Die Autoren sind für ihre Stellungnahme von den Überlegungen zur Zukunft der GAP ausgegangen, die die Europäische Kommission im November vergangenen Jahres vorgestellt hatte. AgE

EU/FRANKREICH

AGRARPOLITIK

Frankreich gegen GAP-Kürzung

Landwirtschaftsminister Travert sieht Überleben der Betriebe in Gefahr - Kommissionsvorschläge inakzeptabel - LREM-Vorsitzender Castaner kündigt Widerstand gegen Kürzungen an - Französische Botschafterin Descôtes sieht eine gute Diskussionsgrundlage - Senat unterstützt Position der Regierung - Erzeugerverbände warnen vor Wettbewerbsverzerrungen bei größerer nationaler Flexibilität

PARIS/BERLIN. Frankreichs Landwirtschaftsminister **Stéphane Travert** hat die ablehnende Haltung der Pariser Regierung gegenüber den geplanten Kürzungen im kommenden europäischen Agrarhaushalt bekräftigt. Die Vorschläge der EU-Kommission bedeuteten einen Rückschlag für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und ein „enormes Risiko für die Lebensfähigkeit unserer Betriebe“, erklärte Travert am vergangenen Mittwoch (6.6.) im französischen Parlamentsfernsehen „Public Sénat“. Die Beihilfen der EU seien für die französischen Landwirte „lebenswichtig“ und machten mitunter den Hauptteil ihres Einkommens aus, betonte der Chef des Pariser Agrarressorts. Die französische Regierung habe von Anfang an ihren Widerstand deutlich gemacht. Die Kommissionsvorschläge seien „inakzeptabel“; Frankreich werde daher nicht zustimmen. Travert erklärte, die GAP habe „eine hohe Rendite“ und dürfe nicht als Verhandlungsmasse für andere Politiken dienen. Die Position der Regierung sei klar und beinhalte eine „ehrgeizige“ Ausgestaltung der GAP sowie einen anspruchsvollen Haushalt, der den Herausforderungen der Landwirtschaft gerecht werden müsse. Auch der La-République-en-marche-(LREM)-Vorsitzende und mit den Beziehungen zum Parlament betraute Staatssekretär **Christophe Castaner** kündigte Medienberichten zufolge Widerstand gegen die Pläne der EU-Kommission an. Frankreich werde „nicht aufgeben“ und stehe beim Kampf gegen die Kürzun-

gen nicht allein. Die GAP werde gebraucht, nicht zuletzt weil die Landwirtschaft vor tiefgreifenden Veränderungen stehe. Der Klimawandel werde „massive Investitionen“ notwendig machen, gab Castaner zu bedenken.

Vorweis auf Memorandum

Auch die französische Botschafterin in Deutschland, **Anne-Marie Descôtes**, ließ bei einer Veranstaltung der Edmund-Rehwinkel-Stiftung am Dienstag vergangener Woche (5.6.) in Berlin keinen Zweifel an Frankreichs Interesse an einem starken EU-Agrarhaushalt aufkommen. Bei den anstehenden Finanzverhandlungen müsse der Erhalt des GAP-Haushalts auf seinem jetzigen Niveau „ein wichtiger Schwerpunkt“ sein. Descôtes verwies auf das entsprechende Memorandum, auf das sich die sechs Mitgliedstaaten Frankreich, Spanien, Irland, Griechenland, Finnland und Portugal vorvergangene Woche in Madrid verständigt hatten (AgE 23/18, EU-Nachrichten 8). Ein stabiler Agrarhaushalt sei wichtig für den Erhalt der Qualitätsproduktion der europäischen Landwirtschaft und die Förderung einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise. „Qualität und Umwelt sind zwei Ansprüche, die wir für die Zukunft der GAP wahren wollen“, betonte die Botschafterin. Frankreich wolle dabei nicht den Status quo erhalten, sondern unterstütze die Bemühungen, die Agrarpolitik in diese Richtung zu reformieren.

Direktzahlungen nicht gefährden

In den Reformvorschlägen der Europäischen Kommission sieht Descôtes indes eine „gute aber ausbaufähige Arbeitsbasis“. Die Brüsseler Legislativvorschläge eröffneten „neue Möglichkeiten zur Strukturierung der Agrarsektoren und einer besseren Förderung der Umweltleistungen“, sagte die Diplomatin. Ausdrücklich unterstrich sie die Rolle der Direktzahlungen. Diese dürften „nicht gefährdet werden“. Descôtes verwies auf die Bedeutung der Beihilfen als „erstes Sicherheitsnetz für die Einkommen der Landwirte“. Darüber hinaus könnten damit die Umweltleistungen der Landwirte besser entlohnt werden. Die französische Regierung plädiert für einen „effizienten, zielgerichteten Einsatz dieser Fördermittel“. Ziel sei „eine nachhaltige Umstrukturierung der Produktionssysteme“. Dabei müsse auch weiter über gekoppelte Beihilfen diskutiert werden.

Unterstützung aus dem Senat

Derweil gab das Oberhaus des französischen Parlaments der Regierung Rückendeckung. Der Senat verabschiedete eine Resolution, in der der Erhalt einer starken GAP und ihres bestehenden Haushalts gefordert werden. Der Zustand der europäischen und der französischen Landwirtschaft sei fragil und dürfe deshalb nicht durch tiefe Einschnitte in das Budget weiter geschwächt werden. Das Oberhaus plädiert außerdem dafür ein, die Instrumente der Landwirte für den Umgang mit wirtschaftlichen und klimatischen Risiken zu stärken. Maßnahmen zur Bewältigung von Preiskrisen müssten auf freiwilligen Beihilfen zur Verringerung der Produktion basiert werden. Generell sollten Fragen des Wettbewerbs der Resolution zufolge mit „pragmatischen und wirksamen“ Instrumenten angegangen werden, die nicht nur auf den Erhalt der Funktion des Marktes ausgerichtet sein dürften. Zudem müsse die EU-Kommission dafür sorgen, dass es bei der Einfuhr von Agrarerzeugnissen aus Drittländern nicht zu Wettbewerbsverzerrungen komme.

Kritik an größerer nationaler Flexibilität

Die französischen Erzeugerverbände der großen Kulturen wandten sich ebenfalls gegen die Kommissionsvorschläge und kritisierten insbesondere die Ausweitung des Spielraums bei der nationalen Umsetzung der GAP. Die „vollständige Renationalisierung“ der europäischen Agrarpolitik sei abzulehnen, erklärten die Verbände der Erzeuger von Weizen (AGPB), Mais (AGPM), Rüben (CGB) und Ölsaaten (FOP). Sollte die Verantwortung für Umweltstandards und die Verteilung von Beihilfen an die Mitgliedstaaten abgegeben werden, so sei mit „enormen Wettbewerbsverzerrungen“ unter den europäischen Landwirten zu rechnen. Zudem sei zu erwarten, dass das bestehende System der Direktzahlungen durch ein komplizierteres ersetzt werde. Die Erzeugerverbände verwiesen außerdem auf die schwierige wirtschaftliche Situation der Landwirte, die sich durch die Pläne aus Brüssel nicht verbessern werde. Auch der Dachverband der Agrargenossenschaften (Coop de France) warnte vor einer „schleichenden Renationalisierung der GAP“, mit der zunehmende Wettbewerbsverzerrungen einhergehen würden. Die EU müsse einheitliche und faire Standards sowohl auf dem Binnenmarkt als auch bei Importen sicherstellen.

5,6 Prozent weniger GAP-Mittel

Laut dem Leiter der Abteilung Nachhaltigkeit und Einkommensunterstützung in der der Generaldirektion Landwirtschaft der EU-Kommission, **Pierre Bascou**, würden bei Realisierung des Kommissionsvorschlags im Förderzeitraum 2021 bis 2027 insgesamt 8,9 Mrd Euro an GAP-Mitteln nach Frankreich fließen, was im Vergleich zum derzeitigen Zeitraum ein Rückgang um 5,6 % bedeuten würde. Die Gelder der Ersten Säule würden um 3,9 % auf 7,147 Mrd Euro zurückgehen, die Mittel für die ländliche Entwicklung von 1,427 Mrd Euro auf 1,209 Mrd Euro sinken. Den Anteil der von den Plänen zu Kappung und Degression der Direktzahlungen betroffenen Betriebe in Frankreich bezifferte Bascou auf lediglich 0,3 %. AgE

EUROPÄISCHE UNION

AGRARPOLITIK

Agrarminister begrüßen geplante Unterstützung der Junglandwirte

SOFIA. Die Agrarminister der EU-Mitgliedstaaten befürworten im Hinblick auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 eine stärkere Unterstützung der Junglandwirte. Der Gastgeber beim informellen Agrarrat in Sofia, Bulgariens Landwirtschaftsminister **Rumen Porodzanov**, verwies am Dienstag vergangener Woche (5.6.) auf die große Bedeutung, welche die Junglandwirte für die Zukunft des europäischen Agrarsektors und für die Gesellschaft als Ganzes hätten. Ziel müsse es deshalb sein, wirksame Lösungen zu finden, um junge Menschen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum zu halten, erklärte Porodzanov. Der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, **Dr. Hermann Onko Aeikens**, betonte ebenfalls die Wichtigkeit von „jungen dynamischen, für den technischen Wandel offenen Fachkräften“ für die Zukunftsfähigkeit des Agrarsektors. Junglandwirte und Betriebsgründer bräuchten auch in Zukunft gute Perspektiven zum Einstieg in den landwirtschaftlichen Sektor. Laut Aeikens sind dabei zusätzliche Maßnahmen auf EU-Ebene aber auch von den gegebenen Bedingungen in den steuerli-

chen, erbschaftsrechtlichen und sozialpolitischen Regelungen der Mitgliedstaaten abhängig. Derweil mahnte EU-Agrarkommissar **Phil Hogan** schon jetzt größere Anstrengungen zur Förderung von Junglandwirten an. Der Ire forderte die Mitgliedstaaten dazu auf, die bereits jetzt aus Brüssel für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Finanzmittel auch wirklich abzurufen. Die EU-Länder müssten ihre Verantwortung in dieser Frage ernster nehmen. Der Präsident des Europäischen Rats der Junglandwirte (CEJA), **Jannes Maes**, äußerte indes vor den Agrarministern die Befürchtung, dass sich die bestehenden Probleme noch verschärfen könnten. Die Erneuerung der Generationen in der Landwirtschaft müsse daher energischer vorangetrieben werden. Maes sieht die Gefahr, dass die EU-Landwirtschaft ansonsten ihre derzeitige Vielfalt verliert und es ihr auch an unternehmerischen Ansätzen, an Umweltbewusstsein und einer innovativen Einstellung fehlen wird. Er forderte die Politiker auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, damit die ländlichen Regionen sozial und wirtschaftlich nicht weiter in Mitleidenschaft gezogen würden. AgE

EUROPÄISCHE UNION

LÄNDLICHER RAUM

Breitbandversorgung bleibt hinter Vorgaben zurück

LUXEMBURG. Obwohl sich die Breitbandversorgung in der Europäischen Union verbessert hat, werden die für 2020 gesteckten Ziele nicht alle erreicht werden. Zu diesem Schluss kommt ein aktueller Bericht des Europäischen Rechnungshofes (EuRH), der

am Dienstag vergangener Woche (5.6.) vorgelegt wurde. Demnach dürfte die Vorgabe, bis 2020 die Hälfte aller EU-Haushalte mit Breitbandanschlüssen mit einer Geschwindigkeit von mehr als 100 Mbit/s zu versorgen, bei Weitem nicht erfüllt werden. Die

meisten Mitgliedstaaten hätten eine grundlegende Breitbandverfügbarkeit; die Versorgung mit schnellen Anschlüssen mit mehr als 30 Mbit/s sowie mit ultraschnellen Anschlüssen mit mehr als 100 Mbit/s werde aber bis 2020 aller Voraussicht nach nicht hergestellt. Problematisch sei in den meisten Mitgliedstaaten nach wie vor die Anbindung der ländlichen Gebiete, so der EuRH. In 14 von 28 EU-Ländern liege der Anteil der Versorgung mit schnellen Breitbanddiensten unter 50 %; außerdem hätten bis Mitte 2017 erst 15 % aller Haushalte Verträge über ultraschnelle Verbindun-

gen abgeschlossen. Die Prüfer empfehlen den Mitgliedstaaten, neue Pläne für die Zeit nach 2020 auszuarbeiten. Brüssel sollte die Anwendung der Leitlinien für staatliche Beihilfen klarstellen und die Mitgliedstaaten in ihren Bemühungen um mehr Wettbewerb bei der Bereitstellung von Breitbanddiensten unterstützen. Außerdem regt der EuRH an, die Investitionshilfen der Europäischen Investitionsbank (EIB) auf kleine und mittlere Projekte in den Gebieten zu konzentrieren, in denen öffentliche Mittel am dringendsten benötigt werden. AgE

EU/DEUTSCHLAND/WELT

TIERSCHUTZ

Klößner: EU soll sich für Harmonisierung der Tiertransportstandards einsetzen

BERLIN. Die Europäische Union sollte sich nach Ansicht von Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klößner** für eine Harmonisierung der Transportstandards für Tiere innerhalb der Welttiergesundheitsorganisation (OIE) stark machen. Außerdem sprach sich die Ministerin bei ihrem Treffen mit EU-Gesundheitskommissar **Vytenis Andriukaitis** am vergangenen Freitag (8.6.) in Berlin dafür aus, EU-weit Versorgungsstationen entlang der Transportstrecken einzurichten. Mit Andriukaitis war sie sich darin einig, dass Lebendtiertransporte, dessen Ziel die anschließende Mast oder Schlachtung ist, abzulehnen sind. Zudem zeigte sich Klößner davon überzeugt, dass die EU-Kommission viel tun könne, um die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, Hürden für den Tierschutz bei Transporten von Tieren in Drittstaaten abzubauen. Mit

Blick auf die Afrikanische Schweinepest (ASP) sei sie sich mit Andriukaitis einig, dass alle Mitgliedstaaten zur Bekämpfung und Vorbeugung der ASP einen Beitrag leisten müssten, erklärte die Bundeslandwirtschaftsministerin. „Die ASP kann unseren Bauern existentiellen Schaden zuführen. Das müssen wir gemeinsam unbedingt vermeiden“, so Klößner. Deutschland setze dabei bereits seit längerem auf Präventionsmaßnahmen. So habe die Bundesregierung ein neues Tierseuchengesetz verabschiedet, das im Fall eines Ausbruchs des Virus das schnelle Ergreifen ganz gezielter Maßnahmen erlauben solle (Länderberichte 9). Aber jeder Mitgliedstaat müsse seiner Verantwortung nachkommen, unterstrich die Ministerin. Bei der Kommission sehe sie „hier eine starke und koordinierende Rolle“. AgE

EUROPÄISCHE UNION

VETERINÄRFRAGEN

Strengere Regeln für Antibiotikaabgabe an Tieren beschlossen

BRÜSSEL. Tierärzte und Tierhalter in der Europäischen Union müssen sich auf strengere Regeln für die Abgabe beziehungsweise den Einsatz von Antibiotika einstellen. Im Trilog verständigten sich EU-Kommission, Rat und Europaparlament am Dienstag vergangener Woche (5.6.) darauf, dass bei Erkrankung eines Tieres im Bestand die noch gesunden Tiere nicht mehr prophylaktisch mit Antibiotika behandelt werden dürfen. Dies soll in Zukunft nur noch in absoluten Ausnahmefällen und lediglich für Einzeltiere erlaubt sein. Des Weiteren sollen Reserveantibiotika ausschließlich dem Menschen vorbehalten bleiben. Vorgesehen ist außerdem, dass Tierärzte dazu verpflichtet werden, eine dokumentierte Rechtfertigung im Falle einer prophylaktischen oder metaphylaktischen Verschreibung von antimikrobiellen Mitteln auszustellen. Voraussetzung dafür ist eine klinische Untersuchung des betreffenden Tieres. Der Europaabgeordnete **Fredrick Federley** von der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) bezeichnete das Ergebnis der Trilog-Verhandlungen als „historische Entscheidung“. Tiere und Menschen würden gleichermaßen geschützt. Es sei besonders wichtig,

dass „unnötiger Einsatz von Antibiotika, die den Viehzuchtsektor überschwemmen“, gestoppt werde. Federley gab in den Zusammenhang zu bedenken, dass ein großer Prozentsatz der in den USA verwendeten Antibiotika dort in der Nutztierhaltung eingesetzt werde. „Daher ist es wichtig, dass Fleisch, das in die EU importiert wird, denselben strengen Anforderungen unterliegt wie die in der EU produzierte Produkte“, betonte der schwedische Zentrumspolitiker. Zufrieden mit den vereinbarten Regelungen zeigte sich auch der grüne Agrarsprecher im Europaparlament, **Martin Häusling**. Er kritisierte allerdings, dass sich die Mehrheit der Verhandlungspartner nicht auf Vorschläge aus seiner Fraktion eingelassen habe, die Umweltauswirkungen der Arzneimittel und ihrer Herstellung stärker zu begrenzen. Die Abstimmung im federführenden EU-Umweltausschuss ist für den 20. Juni angesetzt. Das Parlamentsplenum wird sein Votum zu den neuen Regelungen voraussichtlich im September oder Oktober abgeben. Eine Zustimmung des Rats wird bereits in dieser Woche vom Ausschuss der Ständigen Vertreter der EU-Mitgliedstaaten (COREPER) erwartet. AgE

EUROPÄISCHE UNION

AGRAPOLITIK

EFSA-Chef will Änderung der Datenschutzregeln für mehr Transparenz

Laut Url würde das die Veröffentlichung von Rohdaten aus der Industrie ermöglichen - Auch externe Wissenschaftler sollten Möglichkeit zu Datenüberprüfung erhalten - Grüne warfen der Behörde mangelhafte Transparenz vor - Unterstützung dagegen aus der EVP - Portier will einheitliche Vorgaben zur verwendeten Statistik und ein besseres Review

BRÜSSEL. Der geschäftsführende Direktor der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), **Dr. Bernhard Url**, hat eine Änderung der EU-Datenschutzrichtlinien gefordert. Dadurch könnte die Veröffentlichung von Rohdaten aus der Industrie, die die EFSA bei der Risikobewertung des Pflanzenschutzmittelwirkstoffes Glyphosat verwendet habe,

möglich sein, erklärte der Österreicher am vergangenen Donnerstag (7.6.) in Brüssel gegenüber den Mitgliedern des Pflanzenschutzmittel-Sonderausschusses im Europaparlament. Dies würde die Transparenz der Risikobewertung erhöhen. Url erläuterte, dass dann auch externen und nicht der EFSA angehörigen Wissenschaftlern die Möglichkeit gegeben

werden könnte, Rohdatensätze zu überprüfen und so gegebenenfalls potentielle Fälschungen offenzulegen. Zugleich unterstrich der EFSA-Direktor allerdings auch, dass seine Behörde alles unternehme, um unabhängig von der Industrie ihre Bewertungen vorzunehmen. Er wies entsprechende Vorwürfe einiger Ausschussmitglieder mit Nachdruck zurück. So hatte etwa die Koordinatorin der Fraktion der Grünen/EFA, die Französin **Michèle Rivasi**, der EFSA vorgeworfen, die erfolgte Glyphosatbewertung nicht mit der hinreichenden Transparenz durchgeführt zu haben. Ihr Fraktionskollege aus Österreich, **Thomas Waitz**, hielt der Behörde in Parma vor, nicht ausreichend gegen mögliche Fälschungen vorgegangen sei.

Reviewprozess unzureichend?

Der Vorsitzende des Sonderausschusses und Agrarsprecher der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D), **Eric Andrieu**, betonte die nach seiner Ansicht bestehende Notwendigkeit, die EU-Zulassungsregeln zu ändern. Erreicht werden

müsse wieder ein Gleichgewicht zwischen den Interessen der Verbraucher und Konsumenten sowie der Industrie, sagte der Franzose. **Pilar Ayuso**, Abgeordnete der Europäischen Volkspartei (EVP), erklärte indes, dass sie der EFSA und ihrer Arbeit „vollstens“ vertraue. Die Spanierin pflichtete dem EFSA-Direktor **Uhl** in seiner Forderung nach einer Anpassung der EU-Datenschutzrichtlinie für mehr Transparenz bei. Zustimmung erhielt der EFSA-Chef in Teilen auch vom Forscher für Umweltrisiken von der Universität Maastricht, **Prof. Christopher Portier**. Er verlangte bei der Anhörung, dass alle durchgeführten Analysen und die Ergebnisse veröffentlicht werden. Zudem muss es nach Ansicht des Wissenschaftlers eine unabhängige Bewertung der Rohdaten geben, so etwa bezüglich der Tierversuche zur Bewertung des mit Glyphosat verbundenen Gesundheitsrisikos. Auch würden einheitliche Leitlinien zur statistischen Auswertung gebraucht. Schließlich bekräftigte Portier seine Auffassung, dass der derzeit geltende Reviewprozess zur Risikobewertung von Pflanzenschutzmitteln den wissenschaftlichen Standards nicht genüge. AgE

EUROPÄISCHE UNION

AGRARRECHT

EuGH verweist Whisky-Streit zurück nach Deutschland

LUXEMBURG. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat das Verfahren um die Namensrechte an einem schwäbischen Whisky mit der Bezeichnung „Glen-Whiskey“ zurück nach Deutschland verwiesen. In ihrer Entscheidung vom vergangenen Donnerstag (7.6.) erklären die Luxemburger Richter, dass zunächst geklärt werden müsse, ob das Wort „Glen“ mit Schottland assoziiert werde. Dies zu prüfen, sei jedoch Sache des zuständigen Landgerichts in Hamburg. Die entscheidende Frage in dem Streit sei, ob der Konsument „unmittelbar an Scotch Whisky denke, wenn er Glen lese“, so der EuGH. Gegen eine Brennerei aus Baden-Württemberg hatte die Scotch Whisky Association (SWA) geklagt, die das gälische Wort Glen seit einigen

Jahren für ihren schwäbischen Whisky nutzt. Die SdWA sieht darin eine unzulässige indirekte Verwendung der geschützten geografischen Angabe (g.g.A.) Scotch Whisky oder zumindest eine unzulässige Anspielung darauf. Der schwäbische Hersteller hingegen verweist mit dem Wort Glen auf das Buchenbachtal, welches sich durch die Gemeinde Berglen zieht, wo der Hersteller seinen Sitz hat. Den Whisky vertreibt die Brennerei seit 2013. Ähnlich lange zieht sich bereits der juristische Streit mit der schottischen Whisky-Industrie. Die Klage der Schotten wurde vor dem Landgericht Hamburg erhoben. Dieses bat den EuGH um Klärung der Frage, wie weit der Schutz von g.g.A. wie Scotch Whisky greifen dürfe. AgE

EU/INDONESIEN/ARGENTINIEN

BIOKRAFTSTOFFE

Indonesien droht EU vor Entscheidung über zukünftige Palmöllieferungen

Auf den Kauf von 2 500 Flugzeugen bei Airbus könnte im Gegenzug verzichtet werden - UFOP fordert indes Maßnahmen gegen steigende Palmöleinfuhren - Marktentlastender Effekt der höheren argentinischen Exportabgaben auf Biodiesel und der Registrierung der betreffenden Importmengen durch Brüssel schwer einschätzbar - Biodieseleinfuhren der Gemeinschaft beliefen sich im Zeitraum September 2017 bis März 2018 auf rund 916 000 Tonnen

SINGAPUR/BERLIN. Sollte Brüssel die Einfuhr von Palmöl zur Biospritgewinnung aus Indonesien in die Europäische Union verbieten, könnte das negative Folgen für den Flugzeugbauer Airbus und damit für die Wirtschaft der Union haben. Das hat der indonesische Minister für die Koordination maritimer Angelegenheiten, **Luhut Binsar Pandjaitan**, mit Blick auf die anstehende Entscheidung der EU-Kommission in dieser Sache am vergangenen Donnerstag (6.6.) gegenüber dem „Handelsblatt“ angedeutet. Sein Land benötige in den kommenden 20 Jahren 2 500 neue Flugzeuge; die Maschinen könnte man beim europäischen Flugzeugbauer Airbus bestellen, sagte der Politiker. Das Europaparlament hatte Mitte Januar 2018 dafür gestimmt, die Verwendung von Palmöl zur Herstellung von Biokraftstoffen ab 2021 zu verbieten (AgE 4/18, EU-Nachrichten 4). Die Abgeordneten begründeten ihr Votum unter anderem mit dem Argument, dass für die Ausweitung von Ölpalmenflächen weitere Regenwälder zerstört werden müssten. Dem hielt Pandjaitan entgegen, dass ein bereits seit Jahren geltendes Moratorium den Ausbau der Palmölplantagen in Indonesien verbiete. Unterdessen äußerte die Union zur Förde-

rung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP) die Befürchtung, dass die EU-Palmölimporte auf bis zu 5 Mio t wachsen könnten. Um dies zu verhindern, müsse die EU-Kommission sich engagieren - ähnlich wie mit der Registrierung der argentinischen Biodieseleinfuhren (AgE 22/18, EU-Nachrichten 5). Es sei geradezu paradox, dass die EU-Kommission im Rahmen der Neufassung der Erneuerbare Energien-Richtlinie (REDII) an der Politik der indirekten Landnutzungsänderungen (iLUC) festhalte und auch das in der EU produzierte Rapsöl ausschließen wolle, sich aber gleichzeitig dem vom Europaparlament geforderten Palmölverbot verschließe, erklärte die Förderorganisation.

Zwei Drittel für technische Zwecke

Ob die seit dem 1. Juni 2018 geltende Anhebung der argentinischen Exportabgabe auf Biodiesel von 8 % auf 15 % und die Registrierung der betreffenden Importmengen durch die EU seit Ende Mai einen marktentlastenden Effekt haben werden, hält die UFOP für schwer einschätzbar (AgE 23/18, Länderberichte 15). Wie die Förderorganisation mit Blick auf

die EU-Einfuhren von Pflanzenölen aus Drittländern ausführte, wurden von September 2017 bis Ende März 2018 mehr als 3,2 Mio t Palmöl eingeführt, und zwar vor allem aus Indonesien mit 1,93 Mio t und Malaysia mit 0,98 Mio t. Hauptempfängerländer waren die Niederlande, Spanien und Italien. Mit rund 67 % sei der größte Teil der Palmöleinfuhren aus Indonesien für technische Zwecke und damit zur Kraftstoffnutzung eingesetzt worden. Die gleichzeitig eingeführte Sojaölmenge belief sich auf insgesamt 134 000 t. Davon entfielen laut UFOP „vernachlässigbare“ 155 t auf Argentinien. Dies unterstreiche den Erfolg der Exportförderungs politik der Regierung in Buenos Aires zugunsten der inländischen Bio kraftstoffindustrie.

Gut 60 Prozent aus Argentinien

Unterdessen stiegen die EU-Biodieselimporte aus Argentinien in den vergangenen Monaten kräftig. So summierten sich die Lieferungen von argentinischem Sojamethylester (SME) nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) im Zeitraum von September 2017 bis Ende März 2018 auf 915 983 t, was einem Anteil von 62 % aller EU-Biodieselimporte entsprach. Die UFOP begründete diese Entwicklung mit den seit September 2017 gesenkten EU-Importzöllen. Zuvor war wegen der Anti-Dumping-Maßnahme vier Jahre lang kein Biodiesel aus dem südamerikanischen Land eingeführt worden. Der argentinische Biodiesel sei zuletzt hauptsächlich in niederländischen und spanischen Häfen angekommen. AgE

EU/SÜDAMERIKA

HANDELSABKOMMEN

Einigung in den Freihandelsgesprächen mit Mercosur lässt auf sich warten

MONTEVIDEO. Die Verhandlungsgruppen der Europäischen Union und der Mercosur-Staaten haben auch bei der jüngsten Gesprächsrunde über ein Freihandelsabkommen in Montevideo keinen Durchbruch erzielt. Aus Teilnehmerkreisen verlautete am vergangenen Freitag (8.6.) allerdings, dass relevante Fortschritte erzielt worden seien. Um welche Fortschritte es sich dabei handelt, wurde aber nicht publik gemacht. Unbestätigten Informationen zufolge soll das nächste Treffen bereits Mitte Juli stattfinden. Die europäische Landwirtschaft befürchtet, dass Brüssel den Mercosur-Ländern einen zu umfassenden Zugang zu den EU-Agrarmärkten einräumen könnte. Die zuletzt bekanntgewordenen Zahlen sehen für die Südamerikaner unter anderem eine zollfreie Importquote für Zucker von 120 000 t und für Rindfleisch von knapp 100 000 t pro Jahr vor. Belgiens Landwirtschaftsminister **Denis Ducarme** hatte im Vorfeld der jüngsten Gesprächsrunde nochmals be-

tont, dass er für Rindfleisch nur eine Freihandelsquote von maximal 70 000 t im Jahr akzeptieren werde. Nachteilige Effekte für die EU-Landwirte bei einer Freihandelsübereinkunft von EU und Mercosur befürchtet auch der Präsident des EU-Ausschusses der Bauernverbände (COPA), **Joachim Rukwied**. Bei der Mitgliederversammlung des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV) vergangene Woche in Berlin zeigte sich Rukwied auch angesichts des Handelskonfliktes zwischen der EU und den USA und dem daraus möglicherweise resultierenden Schub für ein Mercosur-Abkommen besorgt. Der COPA-Präsident äußerte die Befürchtung, dass die aus Washington in Aussicht gestellten Strafzölle auf europäische Autos die Bereitschaft Brüssels, den Mercosur-Ländern im Agrarbereich stärker entgegenzukommen, erhöhen könnte. Dies würde auf Kosten der deutschen und europäischen Landwirtschaft gehen, warnte Rukwied. AgE

EU/NORDAMERIKA

AGRARHANDEL

EU-Vergeltungszölle auf US-Agrarprodukte voraussichtlich ab Juli

Kommission will sich mit den Mitgliedstaaten über Fahrplan abstimmen - Maßnahmen stehen im Einklang mit WTO-Recht - EU-Zölle von 25 Prozent auf US-Einfuhren von Agrarprodukten und Lebensmittel im Wert von fast 1 Milliarde Euro vorgesehen - Auch Mexikanische und kanadische Vergeltungszölle auf US-amerikanische Agrarprodukte

BRÜSSEL. Die Europäische Union wird voraussichtlich ab Juli Strafzölle auf Agrarprodukte aus den Vereinigten Staaten erheben. Laut dem Vizepräsidenten der Behörde, **Maroš Šefčovič**, wollen sich Kommission und Mitgliedstaaten bis Ende dieses Monats auf einen konkreten Fahrplan dazu einigen. Die Ankündigung am vergangenen Mittwoch (6.6.) in Brüssel erfolgte als Reaktion der EU auf die US-amerikanischen Strafzölle auf Stahl und Aluminium. Die Vergeltungszölle, die im Einklang mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) stehen, sind so konzipiert, dass sie in etwa den Exporterlösen entsprechen, die der EU durch die US-Zölle verlorengehen dürften. Die US-Produkte, die die EU mit Handelsbeschränkungen belegen will, brachten es im Jahr 2017 auf einen Lieferwert von zusammen 2,8 Mrd Euro. Dabei handelt es sich vor allem um Produkte, die in republikanisch dominierten US-Bundesstaaten erzeugt werden. So will Brüssel erreichen, dass führende Politiker bei den Republikanern Druck auf US-Präsident **Donald Trump** ausüben. EU-Handelskommissarin **Cecilia Malmström** erklärte, dass es sich bei den EU-Gegenmaßnahmen um „eine ausgewogene und wohl austarierte“ Antwort auf die „illegalen“ Strafzölle der USA handle. Zudem stimmten die Reaktionen vollkommen mit dem WTO-Handelsrecht überein, betonte die Schwedin.

Gemäß der Liste mit Gegenzöllen, welche Brüssel der WTO bereits am 18. Mai vorgelegt hat, sind von den Vergeltungsmaßnahmen Agrarimporte aus den USA im Gesamtwert von jährlich etwa 350 Mio Euro sowie Einfuhren verarbeiteter Lebensmittel für gut 600 Mio Euro betroffen.

Gegenzölle auf Saatmais und Whiskey

Hierbei nimmt Saatmais im Wert von 130 Mio Euro den absoluten Spitzenplatz ein, gefolgt von Cranberries mit annähernd 90 Mio Euro sowie Reisprodukten und Orangensaft. Unter den betroffenen verarbeiteten Lebensmitteln aus den Vereinigten Staaten kam Whiskey im vergangenen Jahr allein auf einen Lieferwert von rund 570 Mio Euro, gefolgt von Tabakprodukten und Erdnussbutter. Auf all diese Produkte dürfte die EU einen zusätzlichen Strafzoll in Höhe von 25 % anwenden. Daher kann es in diesen Segmenten innerhalb Europas zu einer spürbaren Teuerung kommen. Derweil brachte US-Präsident Trump zusätzliche Zölle für Autos aus der EU ins Spiel.

„Weder adäquat noch gerecht“

Derweil hat Mexiko, das ebenfalls von US-amerikanischen Stahl- und Aluminiumzöllen betroffen ist, seinerseits eine Reihe von Vergeltungszöllen gegen US-Agrarprodukte verhängt. Die

Regierung in Mexiko-Stadt bezeichnete die US-Einfuhrzölle als „weder adäquat noch gerecht“ und kündigte ab sofort unter anderem einen Zoll von 20 % auf US-Schweinefleischimporte an. Dieser soll speziell für Schweinebeine und -schultern in gefrorenem wie im frischen Zustand sowie für Schinken gelten. Es wird damit gerechnet, dass diese Beschränkungen etwa 90 % aller Schweinefleischimporte Mexikos aus den USA betreffen; im Jahr 2017 belief sich der betreffende Einfuhrwert auf insgesamt 1,07 Mrd \$ (911 Mio Euro). Des Weiteren erhebt das lateinamerikanische Land Zölle in Höhe von jeweils 20 % auf Äpfel,

Kartoffeln und verschiedene Käsesorten aus den Vereinigten Staaten. Importe von US-Whiskey werden wie in der EU sogar mit einer zusätzlichen Abgabe von 25 % belegt. Derweil haben Mexiko und auch die ebenfalls betroffenen Kanadier eine Beschwerde bei der WTO eingereicht. Ottawa will Medienberichten zufolge unter anderem Vergeltungszölle auf Kaffee und Ahornsirup aus den USA erheben. Zudem wird damit gerechnet, dass der Handelskonflikt die Gespräche über die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) stark belasten wird. AgE
Umrechnungskurs: 1 \$ = 0,852 Euro

EU/GROSSBRITANNIEN

BREXIT

Brüssel weist Notfallplan Londons zum Brexit zurück

BRÜSSEL. Der Chefverhandler der EU-Kommission für den anstehenden Brexit, **Michel Barnier**, hat den von der britischen Regierung ausgearbeiteten Notfallplan zurückgewiesen. Das Vorhaben, das nach dem Brexit erstmal alles so bleiben solle wie es sei, werfe mehr Fragen auf, „als es Antworten gibt“, erklärte der Franzose am vergangenen Freitag (8.6.) in Brüssel. Der Notfallplan sieht vor, dass sich Großbritannien notfalls auch über das Ende der Übergangsphase nach dem Austritt aus der EU hinaus an die Regeln der europäischen Zollunion hält. Möglichst bis Ende 2021 soll damit aber Schluss sein. Darauf hatte sich die Regierung unter Premierministerin **Theresa May** nach langen

Diskussionen geeinigt. Der Notfallplan soll vor allem eine harte Grenze zwischen der Republik Irland und dem britischen Nordirland vermeiden. Beide Seiten hatten sich im Prinzip bereits darauf verständigt, eine solche Grenze unbedingt zu verhindern. Über die Details einer entsprechenden Regelung gibt es allerdings weiterhin keine Einigung. Eine harte Grenze auf der irischen Insel wäre besonders für den Agrarsektor ein Problem. So wird unter anderem ein Großteil der Schafe aus Nordirland in Irland geschlachtet und weiterverarbeitet, und etwa ein Drittel der Schweine aus Irland werden in Nordirland zerlegt. Zudem bestehen rege Handelsbeziehungen im Milchsektor. AgE

EU/DEUTSCHLAND

VERBRAUCHERSCHUTZ

Bundesländer wollen transparentere Zulassungsverfahren

BERLIN. Die Vorschläge der Europäischen Kommission zu mehr Transparenz in den Zulassungsverfahren für Produkte im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelkette gehen dem Bundesrat nicht weit genug. In ihrer am vergangenen Freitag (8.6.) verabschiedeten Stellungnahme fordert die Länderkammer die Brüsseler Behörde auf, hinsichtlich der Anfertigung betreffender Studien zu prüfen, ob und wie eine stärkere Trennung von Auftraggebern und Forschungseinrichtungen erreicht werden könne. Eine Möglichkeit sieht der Bundesrat in einer Stärkung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) bei der Auswahl und Beauftragung von Laboratorien. Auf Kritik stieß die vorgesehene Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte, mit denen ein Plan für die Risikokommunikation in der Lebensmittelkette erstellt werden soll. Dieser sei von hoher gesellschaftlicher Relevanz, betreffe wesentliche Aspekte der Verordnung und müsse daher im Rahmen eines ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens umgesetzt werden, fordert die Länderkammer. Die Änderungen bei der Ernennung der Mitglieder wissenschaftlicher Gremien, die eine aktive Nominierung der Sachverständigen durch die Mitgliedstaaten

vorsehen, lehnt sie ab. Es bestünden erhebliche Zweifel, dass dies zur Stärkung des Systems, zur Unabhängigkeit der Risikobewertung und zu höheren Bewerberzahlen führen würde. Wenig Anklang bei den Bundesländern fand auch der Vorschlag, bei der Auswahl der Gremienmitglieder vor der Ernennung eine Vorauswahl zu treffen. Begrüßt wurde dagegen, dass ein Register über alle von den Unternehmen im Zusammenhang mit Zulassungen unter dem Lebensmittelrecht angefertigten Studien erstellt werden soll. Damit könnten sämtliche Untersuchungen unabhängig von ihrem Ergebnis berücksichtigt werden, was ein wichtiger und notwendiger Beitrag zur Erhöhung der Transparenz sei. Verbesserungspotential sieht der Bundesrat bei den für Verstöße gegen die Meldepflicht der Studien vorgesehenen Regelungen. Die verhängten Strafen müssten verhältnismäßig, zugleich aber auch ausreichend wirksam und abschreckend sein. Aufgrund der Bedeutung für das Zulassungsverfahren sollte nach Ansicht der Länderkammer nicht die EFSA über die Maßnahmen entscheiden. Auch sollten die Sanktionsmaßnahmen Teil der Verordnung werden. AgE

EUROPÄISCHE UNION

NATURSCHUTZ

Maßnahmen zum Schutz wildlebender Bestäuberinsekten vorgeschlagen

BRÜSSEL. Einen Maßnahmenkatalog zum Schutz wildlebender Bestäuberinsekten hat die Europäische Kommission vorgelegt. Die Brüsseler Behörde begründete die Initiative am vorvergangenen Freitag (1.6.) in Brüssel mit dem massiven Rückgang dieser Insektenarten. Jede zehnte Bestäuberinsektenart sei vom Aussterben bedroht. Zudem gingen bei einem Drittel aller Bienen- und Schmetterlingsarten die Populationen zurück. EU-Agrarkommissar **Phil Hogan** betonte die Wichtigkeit der Bestäuber für die Zukunft der Landwirtschaft und das Wohlergehen in den ländlichen Gebieten.

Diese seien abhängig von gesunden Ökosystemen mit einer „reichen“ Biodiversität. „Deshalb müssen wir unbedingt handeln, um den Rückgang dieser Populationen zu stoppen“, sagte der Agrarkommissar. EU-Gesundheitskommissar **Vytenis Andriukaitis** verwies auf das für die drei neonikotinoiden Wirkstoffe Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam beschlossene Anwendungsverbot außerhalb von Gewächshäusern (AgE 18/18, EU-Nachrichten 7). Diese Mittel hätten sich als schädlich für Honigbienen und Wildbienen erwiesen. So ist dem Maßnahmenkatalog zufolge ge-

plant, bei der Neu- oder Wiederzulassung von Pflanzenschutzmittelwirkstoffen ein besonderes Augenmerk speziell auf deren Gefährlichkeit gegenüber Bienen und anderen Bestäubern zu legen. Angestrebt werden bessere Kenntnisse über den Rückgang der Bestäuberpopulationen, über den Ursachen dafür und die Folgen. EU-weit sollen dazu Daten über den Zustand und die Entwicklungstendenzen bei den Bestäuberarten gesammelt werden. Ferner schlägt die Kommission vor, die EU-Maßnahmen in den Politikbereichen Gesundheit, Landwirtschaft, Forschung, Kohäsion sowie Klima- und Umweltschutz besser zu koordinieren. Ende 2020 will Brüssel die bis dann erzielten Fortschritte bewerten und gegebenenfalls weitere Maßnahmen vorschlagen.

AgE

EU/DEUTSCHLAND

AGRAPOLITIK

Gemeinsame Agrarpolitik muss mit der Zeit gehen

Edmund-Rehwinkel-Stiftung der Landwirtschaftlichen Rentenbank stellt von ihr geförderte Forschungsarbeiten zur Zukunft der GAP vor - Rechtfertigungsdruck für Agrarhaushalt und Mittelverwendung nimmt zu - Breites Meinungsspektrum bei Landwirten und Bürgern zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik - Politik kann bessere Rahmenbedingungen für Risikomanagement und Hofnachfolge setzen

BERLIN. Obwohl ein Paradigmenwechsel bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nicht zu erwarten ist, dürfte der Rechtfertigungsdruck für die im Agrarhaushalt gebundenen Gelder im kommenden Jahrzehnt eher zunehmen. Das ist beim Symposium der Edmund-Rehwinkel-Stiftung der Landwirtschaftlichen Rentenbank deutlich geworden, auf dem am vergangenen Mittwoch (6.6.) in Berlin fünf von der Stiftung geförderte Forschungsarbeiten zum Thema „Innovative Agrarpolitik nach 2020“ vorgestellt wurden. Der Sprecher des Vorstandes der Rentenbank und Vorstandsvorsitzende der Stiftung, **Dr. Horst Reinhardt**, würdigte die Arbeiten als „wichtige Beiträge zur aktuellen agrarpolitischen Diskussion“. Nach seinen Worten analysieren die Studien zentrale Herausforderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik und liefern zugleich konkrete Politikempfehlungen für die Grundausrichtung in der kommenden Förderperiode. So zeigt die Untersuchung eines Forschungsteams um **Prof. Uwe Latacz-Lohmann** vom Institut für Agrarökonomie der Universität Kiel klare Übereinstimmungen, aber auch deutliche Unterschiede bei den Vorstellungen von Landwirten und Bürgern hinsichtlich der Weiterentwicklung der GAP Agrarpolitik auf. Erheblichen Gestaltungsspielraum bei der Unterstützung des landwirtschaftlichen Risikomanagements attestieren **Prof. Martin Odening** von der Humboldt-Universität zu Berlin und **Prof. Oliver Mußhoff** von der Georg-August-Universität Göttingen der Politik auf deutscher und europäischer Ebene. Berechnungen von **Dr. Frederick Volckens** und **Carl-Christian Meyer** vom Betriebswirtschaftlichen Büro Göttingen belegen, dass die gesellschaftlich geforderte Extensivierung der heimischen Produktion eine Anhebung der öffentlichen Zuwendungen voraussetzt, da die Betriebe sonst nicht mehr wettbewerbsfähig wären. Agrarökonominnen um **Prof. Martina Brockmeier** und **Dr. Kirsten Boysen-Urban** von der Universität Hohenheim können sich unter Umständen für die EU ähnliche Instrumente zur landwirtschaftlichen Einkommensstabilisierung vorstellen wie in den USA. **Prof. Vera Bitsch** und **Andreas Gabriel** von der Technischen Universität München weisen in ihrer Arbeit auf den zusätzlichen Förderungsbedarf bei der Unterstützung von Hofnachfolgern hin.

Bürger pochen auf Ökologisierung

Wie aus der Studie von Latacz-Lohmann hervorgeht, sind sich die Landwirte hinsichtlich der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik in einem Punkt besonders einig, nämlich in der Forderung nach einer Entbürokratisierung beziehungsweise Vereinfachung. Große Übereinkunft bestand bei den Teilnehmern mehrerer Umfragen auch bezüglich der Ansicht, dass die Agrarpolitik künftig einen finanziellen Ausgleich für höhere Sozial-, Umwelt-, Tierwohl- und Verbraucherschutzstandards schaffen sollte. Die Befragten sprachen sich zudem oft dafür aus, dass die freiwilligen Agrarumwelt- und Klimaschutzprogramme attraktiver gestaltet und die Verhandlungs-

position von Landwirten und Erzeugerverbänden gegenüber dem Handel gestärkt werden. Für einen Großteil der teilnehmenden Landwirte war es außerdem wichtig, dass der Generationswechsel sowie der Quereinstieg in die Landwirtschaft künftig finanziell unterstützt werden. Eine weitere Umfrage unter Bürgern ergab eine relativ große Übereinstimmung zwischen Verbrauchern und Landwirten bei der Forderung nach einer ökologischen Ausrichtung der Agrarpolitik und einer Vereinfachung der GAP. Geringes Verständnis wurde von den Bürgern jedoch der Forderung nach „finanzieller Unterstützung und Sicherheit“ entgegengebracht. Latacz-Lohmann hält es daher für „gefährlich“, bei der Agrarpolitik am Status quo festzuhalten, insbesondere was die Höhe des Agrarbudgets und der Mittelverwendung angeht. Nach seiner Einschätzung wird der Sektor spätestens bei der übernächsten GAP-Reform nicht mehr um eine konsequente Ökologisierung der Agrarpolitik herumkommen.

Staatliche Marktintervention vermeiden

Odening und Mußhoff sprechen sich in ihrer Forschungsarbeit über „agrarpolitische Optionen zur Reduzierung von Preis- und Ertragsrisiken“ zwar konsequent gegen staatliche Marktinterventionen aus, sehen aber beispielsweise Potential bei der Ausgestaltung der Katastrophenhilfe sowie bei der Unterstützung privater Versicherungssysteme. Im Falle katastrophaler Ereignisse könnte die Politik beispielsweise als „Rück-Rückversicherer“ fungieren, um die durch systemische Risiken bedingten Prämienaufschläge abzufedern, heißt es in der Analyse. Denkbar sei aber auch die staatliche Förderung der Entwicklung innovativer Versicherungsleistungen. Zur Reduzierung von Marktpreisrisiken empfehlen die Autoren der Studie außerdem staatliche Unterstützung bei der Bereitstellung von Preisinformationen zur Herstellung von Markttransparenz sowie die Förderung von Weiterbildungsangeboten für Landwirte.

Kriseninstrumente ausbauen

Brockmeier und Boysen-Urban weisen darauf hin, dass Direktzahlungen in den USA im Gegensatz zur europäischen GAP keine Rolle spielen. Stattdessen setze die amerikanische Politik auf die Unterhaltung von Sicherheitsnetzen und die Unterstützung von Versicherungsmodellen zur Preis- und Ertragsabsicherung. Einem Einsatz solcher Instrumente zur Preisabsicherung steht laut den Autoren der Studie jedoch insbesondere der feste GAP-Agrarhaushalt im Weg, da hiermit kaum auf volatile Märkte reagiert werden könne. Eine Umsetzung dieses Modells in der EU würde daher ein flexibles Budget erfordern. Die bestehende Krisenreserve der EU-Agrarpolitik in Höhe von 400 Mio Euro ist jedenfalls nach Einschätzung von Brockmeier und Boysen-Urban längst nicht ausreichend dimensioniert, um ein funktionierendes Sicherheitsnetz zu finanzieren.

Direktbeihilfen unverzichtbar

Laut Volckens und Meyer nehmen seitens der Gesellschaft die Wünsche nach einer Extensivierung und Ökologisierung der Landwirtschaft stetig zu. Gleichzeitig sinke die Akzeptanz für den EU-Agrarhaushalt in seiner jetzigen Höhe. Die Berechnung der Göttinger Agrarökonomen zeigen jedoch, dass eine Extensivierung des Ackerbaus bei gleichzeitigem Wegfall der Direktzahlungen dazu führen würde, dass der deutsche Ackerbau nicht mehr wettbewerbsfähig wäre. Selbst bei Erhalt der Direktzahlungen würde dann nur noch in den besten Betrieben eine Unternehmerentlohnung von 150 Euro/ha erzielt. Dennoch warnen Volckens und Meyer davor, die gesellschaftlichen Forderungen zu ignorieren. Sie empfehlen vielmehr, höhere ökologische Leistungen mit einem monetären Ausgleich zu verknüpfen. Beispielsweise müsse Verpächtern klar sein, dass mit einem im Pachtvertrag vereinbarten Glyphosatverbot nicht die gleichen Pachtzinsen verlangt werden könnten wie ohne, so die Autoren der Studie.

Hofübergabe attraktiver machen

Bitsch und Gabriel sehen in der Junglandwirteprämie keinen effektiven Anreiz zur Hofübergabe. Auch seien rein finanzielle Förderungen wie Direktzahlungen kein alleiniger Anreiz, den Betrieb vom Vorgänger zu übernehmen. Bitsch und Gabriel plädieren eher für bessere Rahmenbedingungen, um die Betriebsnachfolge attraktiver zu machen. Dazu zählen sie beispielsweise einfache und verständliche Förderstrukturen, die Absicherung landwirtschaftlicher Einkommen, aber auch eine frühzeitige und umfassende Beratung. Notwendig sind aus Sicht der Münchner Agrarökonomen aber auch Förderprogramme mit gezielten Unterstützungen durch die EU in der Zweiten Säule. Bitsch pocht in diesem Zusammenhang auf angepasste nationale und regionale Programme, da pauschale Fördersysteme nach ihrer Auffassung angesichts der vielfältigen regionalen Unterschiede innerhalb der EU keine Wirksamkeit entfalten können. AgE

EU/DEUTSCHLAND

WETTBEWERBSRECHT

Bundesrat begrüßt EU-Maßnahmenpaket gegen unlautere Handelspraktiken

Die Länderkammer erinnert aber an die Vertragsfreiheit - Eingriffe deshalb auf das Nötigste beschränken - Verbot von Zahlungsfristen ein wesentlicher Beitrag zum Schutz der Lieferanten - KMU-Kriterium unzulänglich - Unterlegene Position unabhängig von der Unternehmensgröße - Marktmacht als Kriterium heranziehen

BERLIN. Das von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Maßnahmenpaket gegen unlautere Handelspraktiken ist vom Bundesrat begrüßt worden. Zugleich erinnerte die Länderkammer in ihrer am vergangenen Freitag (8.6.) verabschiedeten Stellungnahme jedoch an die Vertragsfreiheit. Die Vorschläge stellten einen Eingriff dar, der nur erfolgen dürfe, wenn es unbedingt erforderlich sei, betonte der Bundesrat. Es werde aber die Möglichkeit eröffnet, im Lebensmittelbereich einen EU-weit einheitlichen Mindestschutzstandard aufzubauen und so die Handelsbeziehungen zu verbessern. Vor allem das Verbot von Zahlungsfristen sei ein wesentlicher Beitrag, Lieferanten von verderblichen Lebensmitteln besser vor unlauteren Praktiken zu schützen, erklärten die Länder. Ähnlich positiv bewerteten sie die Möglichkeit der vertraulichen Beschwerde bei den Durchsetzungsbehörden. Auf Skepsis stieß dagegen die Einschätzung der Kommission, dass größere Marktteilnehmer weniger von unlauteren Handelspraktiken betroffen seien. Auch landwirtschaftliche Erzeuger, ihre Organisationen sowie deren Vereinigungen oberhalb der Schwelle von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) könnten sich vielfach in einer vergleichbar unterlegenen Verhandlungsposition finden. Daher sei dieses Kriterium nicht zur Unterscheidung zwischen den beteiligten Akteuren geeignet, erklärte der Bundesrat. Er schlägt deshalb vor, den Anwendungsbereich der geplanten Richtlinie auf die Lieferanten zu erweitern, bei denen es sich nicht um KMU handelt. Gesehen wird zudem die Gefahr einer Überregulierung, wenn diese Unternehmen gegenüber nur unwesentlich größeren Akteuren geschützt werden, auch wenn sich die Verhandlungspositionen nur unwesentlich unterscheiden. Daher sollten als Kriterien die Marktverhältnisse beziehungsweise insbesondere die Marktmacht herangezogen werden.

Für mehr Einzelfallprüfungen

Für unzureichend hält die Länderkammer, dass die Rechtfertigung von womöglich unlauteren Handelspraktiken dem Kommissionsvorschlag zufolge bereits gegeben sein soll, wenn eine entsprechende vertragliche Vereinbarung erfolgt ist. Diese Bedingungen könnten dem Lieferanten bei Abhängigkeiten durch den Käufer aufgezwungen werden, weshalb eine Einzelfallprüfung sachgerechter sei. Zweifel äußerte der Bundesrat auch an der Einschätzung der Kommission, dass Zahlungen für die Lagerung, Platzierung oder die Leistung von Lebensmittelerzeugnissen durch den Lieferanten uneingeschränkte Effizienzvorteile für beide Vertragspartner mit sich bringen und daher vollständig der Vertragsfreiheit unterliegen sollten. Gerade bei einem Marktgleichgewicht bestehe die Gefahr, dass der überlegene Käufer diese Zahlungen einseitig durchsetzen könne. Daher sei es nicht zielführend, den Schutz der schwächeren Partei in das Ermessen der Vertragspartner zu stellen; stattdessen sollte eine entsprechende Klausel im Einzelfall geprüft werden. Nicht nachvollziehbar ist nach Auffassung des Bundesrates außerdem, die Beschwerdemöglichkeit ausschließlich für Erzeugerorganisationen und deren Vereinigungen einzuräumen. Diese Option sollte allen Organisationen von Verkäufern oder Lieferanten offenstehen. AgE

EU/Welt: USDA prognostiziert knappe EU-Zuckerversorgung1
Deutschland: Raiffeisenverband rechnet mit weniger als 44 Millionen Tonnen Getreide.2
Ukraine/Welt: Bis Ende April 2 Millionen Tonnen Sonnenblumenöl exportiert4
Deutschland/Frankreich/Welt: Matif-Raps im Abwärtssog von US-Sojabohnen.4
Europäische Union: Schlachtkuhpreise gut behauptet5
Argentinien/Welt: Argentinien Rindfleischexport weiter kräftig gewachsen5
Deutschland: Schlachtschweinepreis legt leicht zu6
Russland/Weissrussland/Kasachstan: Minsk rechnet mit stabilen Milchexporten nach Russland7
Deutschland: Milchmarkt in Stichworten7
Deutschland/EU: Großes Erdbeerangebot drückt auf die Preise9
Deutschland: Obst- und Gemüseverarbeiter in Nordrhein-Westfalen steigern Umsatz deutlich9
Bulgarien/Welt: Honigproduktion 2017 kräftig gestiegen9
Frankreich: Bioboom ungebrochen10
Russland/Welt: Moskau prognostiziert deutlich höhere Agrarexporterlöse10
Welt: Weltmarktpreise für Agrarprodukte im Mai moderat gestiegen10
EU/Welt: EU im Agrar und Lebensmittelaußenhandel weltweit Spitze11

EU/WELT

ZUCKER

USDA prognostiziert knappe EU-Zuckerversorgung

Washingtoner Experten rechnen für 2018/19 mit spürbarem Produktionsrückgang - Globales Aufkommen wird voraussichtlich auf rund 188 Millionen Tonnen zurückgehen - Nachfrage dürfte moderat steigen - Brasilien mit wahrscheinlich deutlich geringerer Erzeugung - Dagegen Rekordproduktion für Thailand erwartet - Internationaler Zuckerhandel rückläufig - Terminpreise im Aufwärtsgang

WASHINGTON. In der Europäischen Union zeichnet sich für die im Oktober beginnende Vermarktungssaison 2018/19 eine knappere Zuckerversorgung ab. So erwartet das amerikanische Landwirtschaftsministerium (USDA) aktuell, dass die Zuckerbestände in der EU-28 im Verlauf der kommenden Saison um 100 000 t oder 5,0 % auf rund 1,89 Mio t abgebaut werden. Dem liegt eine Erzeugungsprognose von 20,30 Mio t Zucker zugrunde; das wären 850 000 t oder 4,0 % weniger als im noch laufenden Vermarktungsjahr. Die Experten begründen ihre Einschätzung mit der Rückkehr zu durchschnittlichen Erträgen, nachdem die Flächenproduktivität 2017 einen Rekord erreicht hatte. Als Folge des kleineren Angebots sollen die EU-Zuckerausfuhren um 700 000 t oder 18,9 % auf 3,00 Mio t sinken, so dass die Union in der Weltrangliste der Exporteure vom dritten auf den fünften Platz rutschen würde. Gleichzeitig dürften sich aber die Zuckereinfuhren der Gemeinschaft auf dem Vorjahresniveau von 1,40 Mio t stabilisieren. Wenn die US-Fachleute recht behalten, würden die EU-Zuckerendbestände 2018/19 bezogen auf den voraussichtlichen Bedarf, der einschließlich der Exporte und bei einem Verbrauch von erneut 18,80 Mio t auf insgesamt 21,8 Mio t beziffert wird - wie im laufenden Jahr - für etwa 32 Tage reichen. Der Durchschnitt für die vergangenen fünf Jahre liegt deutlich höher, nämlich bei 44 Tagen.

Überschuss am Weltzuckermarkt wahrscheinlich kleiner

Auch für den globalen Zuckermarkt zeichnet sich für die kommende Saison eine insgesamt niedrigere Produktion ab; die Versorgung dürfte aber immer noch recht komfortabel ausfallen. So erwartet das USDA für die Vermarktungskampagne 2018/19 einen Rückgang der weltweiten Zentrifugalzuckererzeugung im Vergleich zum Vorjahresrekord um 3,56 Mio t oder 1,9 % auf 188,25 Mio t in Rohwert. Damit würde der voraussichtliche Verbrauch von Zucker für Nahrungszwecke um 10,66 Mio t übertroffen; für die laufende Saison wird mit einem Überschuss von 17,67 Mio t gerechnet. Ungeachtet der erneuten Überschussmenge geht das USDA von einer Abnahme der Zuckerbestände in der kommenden Saison aus. Vorausgesetzt wird, dass die Lagermengen weltweit insgesamt unter dem Strich um 369 000 t oder 0,7 % auf 49,16 Mio t sinken. Der Anfangsbestand wird dabei auf das Rekordniveau von 49,53 Mio t veranschlagt. Mit der Endbestandsmenge könnte die für 2018/19 prognostizierte globale Zuckernachfrage dem US-Agrarressort zufolge rund 101 Tage gedeckt werden; der Fünfjahresdurchschnitt liegt bei 99 Tagen.

Ethanolherzeugung lohnender

Das Washingtoner Agrarressort sagt auch für Brasiliens Zuckeraufkommen 2018/19 einen Rückgang voraus, der mit 4,67 Mio t oder 12,0 % auf 34,20 Mio t allerdings absolut und relativ erheblich kräftiger als in der EU ausfallen soll. Begründet wird diese pessimistische Erwartung für den weltgrößten Produzenten mit der steigenden Rentabilität der Ethanolproduktion gegenüber der Zuckerherzeugung in dem südamerikanischen Land. Auch für Pakistan, die Nummer sieben auf der Weltrangliste der größten Zuckerherzeuger, wird ein deutlicher Rückgang der Zuckerproduktion erwartet. Weil verzögerte Zahlungen der Zuckerhersteller an die Landwirte und Spekula-

tionen über die pakistanischen Stützpreise die Bauern zum Anbau anderer Ackerkulturen als Zuckerrohr motivieren könnten, soll die dortige Zuckerherzeugung 2018/19 im Vorjahresvergleich um 900 000 t oder 12,1 % auf 6,53 Mio t zurückgehen. Dagegen prognostiziert das USDA für Indien, den weltweit zweitgrößten Produzenten, eine Steigerung des Zuckeraufkommens um 1,39 Mio t oder 4,3 % auf den Rekord von 33,83 Mio t. Die indischen Landwirte dürften nach Einschätzung der US-Beamten die betreffende Anbaufläche spürbar ausdehnen; außerdem wird mit höheren Erträgen gerechnet. Auch in Thailand und China wird die Produktion voraussichtlich zulegen. Prognostiziert werden eine Zunahme um 370 000 t oder 2,7 % auf die Spitzenmenge von 14,10 Mio t beziehungsweise ein Anstieg um 550 000 t oder 5,4 % auf 10,80 Mio t.

Kleinere Importnachfrage wahrscheinlich

Mit Blick auf die weltweiten Zuckerimporte erwartet das USDA für 2018/19 eine Einschränkung gegenüber der laufenden Saison, und zwar um insgesamt 1,19 Mio t oder 2,2 % auf 52,52 Mio t. Im Einzelnen sagen die Marktexperten dabei für Indonesien, den wichtigsten Zuckereinkäufer am Weltmarkt, eine Abnahme der Einfuhr um 200 000 t oder 4,5 % auf 4,25 Mio t voraus. Um dieselbe Menge soll auch der chinesische Zuckerimport sinken, der sich damit auf 4,00 Mio t belaufen würde. Als Grund dafür nennen die Washingtoner Beamten den Außenschutz Chinas bei Zucker, unter dem vor allem brasilianische Lieferanten zu leiden hätten. Inzwischen mache allerdings Schmuggelware einen großen Teil der Zuckereinfuhren in das „Reich der Mitte“ aus, weil die dortigen Zuckerpriese deutlich über dem Weltmarktniveau lägen. Auf der anderen Seite erwartet das USDA für Brasilien, den weltgrößten Zuckerexporteur, als Folge des deutlich kleineren Angebotes einen Rückgang der Ausfuhren im Vergleich zu 2017/18 um 4,60 Mio t oder 16,3 % auf 23,60 Mio t. Damit würde der Anteil des südamerikanischen Landes am Weltzuckermarkt um 4 Prozentpunkte auf nur noch 38 % sinken; das wäre der niedrigste Wert in 14 Jahren.

Gut 10 Prozent über Dreijahrestief

Trotz der sich abzeichnenden guten Versorgungssituation legten die Weltmarktpreise für Zucker in den vergangenen Wochen zu. So wurde der vordere Rohzuckerkontrakt Nummer 11 mit Fälligkeit im Juli 2018 am vergangenen Donnerstag (7.6.) gegen 9.50 Uhr hiesiger Zeit in New York für 12,27 cts/lb (230 Euro/t) gehandelt; das bedeutete gemessen an dem in der zweiten Aprilhälfte markierten Dreijahrestief von 11,12 cts/lb (209 Euro/t) eine Verteuerung um gut 10 %. Gleichzeitig legte der Märztermin 2019 um fast 6 % auf 13,27 cts/lb (249 Euro/t) zu. Die Entwicklung bei den Futures auf Weißzucker ging in dieselbe Richtung: Der für dieses Produkt an der Londoner Börse gehandelte Termin August 2018 kostete am vergangenen Donnerstag gegen 9.50 Uhr 348,70 \$/t (297 Euro/t); das bedeutete im Vergleich zum Aprilende ein Plus von fast 12 %. Für den Märzkontrakt 2019 verzeichnete die Börse gleichzeitig eine Verteuerung um gut 7 % auf 350,30 \$/t (299 Euro/t).
AgE
Umrechnungskurs: 1 \$ = 0,8520 Euro

Welt-Versorgungsbilanz für Zucker¹⁾
(2013/14 bis 2018/19; in 1 000 t Rohwert Zentrifugalzucker)

	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18 ²⁾	2018/19 ³⁾	2018/19:17/18 in v.H.
Produktion							
Welt insgesamt	175 971	177 582	164 703	173 980	191 813	188 251	- 1,9
davon Brasilien	37 800	35 950	34 650	39 150	38 870	34 200	- 12,0
Indien	26 605	30 460	27 385	22 200	32 445	33 830	+ 4,3
EU	16 020	18 449	14 283	18 313	21 150	20 300	- 4,0
Thailand	11 333	10 793	9 743	10 033	13 730	14 100	+ 2,7
China	14 263	11 000	9 050	9 300	10 250	10 800	+ 5,4
USA	7 676	7 853	8 155	8 136	8 393	8 148	- 2,9
Pakistan	5 630	5 164	5 265	6 825	7 425	6 525	- 12,1
Russland	4 400	4 350	5 200	622	6 500	6 400	- 1,5
Exporte⁴⁾							
Welt insgesamt	57 931	55 013	53 955	58 719	63 083	62 802	- 0,4
davon Brasilien	26 200	23 950	24 350	28 500	28 200	23 600	- 16,3
Thailand	7 200	8 252	7 055	7 016	9 500	11 000	+ 15,8
Indien	2 806	2 580	3 800	2 125	2 000	6 000	+ 200,0
Australien	3 242	3 561	3 700	4 000	3 700	3 700	± 0,0
EU	1 552	1 582	1 548	1 513	3 700	3 000	- 18,9
Guatemala	2 100	2 340	2 029	1 978	1 894	1 888	- 0,3
Mexiko	2 661	1 545	1 280	1 287	1 264	1 503	+ 18,9
Importe⁴⁾							
Welt insgesamt	51 450	50 248	54 720	54 170	53 702	52 517	- 2,2
davon Indonesien	3 570	2 950	3 724	4 918	4 450	4 250	- 4,5
China	4 275	5 058	6 116	4 600	4 200	4 000	- 4,8
USA	3 395	3 223	3 031	2 942	3 105	3 052	- 1,7
VAE	2 108	2 366	1 830	1 893	2 940	2 990	+ 1,7
Bangladesch	2 085	1 982	2 283	2 097	2 670	2 920	+ 9,4
Algerien	1 854	1 844	1 834	2 061	2 270	2 365	+ 4,2
Malaysia	1 897	2 063	2 009	1 893	2 015	2 070	+ 2,7
EU	3 262	2 918	3 055	2 599	1 400	1 400	± 0,0
Verbrauch⁵⁾							
Welt insgesamt	165 749	168 062	169 558	170 773	174 125	177 593	+ 2,0
davon Indien	26 023	26 500	26 800	25 500	26 500	27 500	+ 3,8
EU	18 500	18 700	18 700	18 700	18 800	18 800	± 0,0
China	15 300	15 600	15 800	15 600	15 700	15 700	± 0,0
USA	10 722	10 785	10 779	10 979	11 181	11 340	+ 1,4
Brasilien	11 260	11 400	10 500	10 550	10 600	10 670	+ 0,7
Indonesien	5 450	5 400	5 600	6 323	6 500	6 700	+ 3,1
Russland	5 400	5 700	5 880	6 000	6 165	6 050	- 1,9
Pakistan	4 500	4 600	4 800	5 100	5 400	5 700	+ 5,6
Endbestände							
Welt insgesamt	44 818	48 771	44 094	41 978	49 524	49 155	- 0,7
davon Indien	8 227	10 607	9 294	6 570	11 515	11 845	+ 2,9
Thailand	5 254	5 263	5 281	5 618	7 218	7 738	+ 7,2
China	9 977	10 390	9 591	7 811	6 461	5 461	- 15,5
Pakistan	1 270	1 270	1 470	2 805	3 840	4 675	+ 21,7
EU	3 066	4 151	1 241	1 940	1 990	1 890	- 5,0
Indonesien	1 299	949	1 098	1 743	1 793	1 543	- 13,9
USA	1 642	1 647	1 863	1 702	1 724	1 398	- 18,9

1) Zahlen des US-Landwirtschaftsministeriums von Mai 2018; 2) Schätzung; 3) Prognose; 4) Die Differenz zwischen globaler Ex- und Importmenge erklärt sich aus „nicht erfasstem“ Handelsvolumen; 5) Nahrungsverbrauch

DEUTSCHLAND

GETREIDE/ÖLSAATEN

Raiffeisenverband rechnet mit weniger als 44 Millionen Tonnen Getreide

Ernteprognose gegenüber Mai spürbar gesenkt - Niederschlagsmangel im Norden und Nordosten dämpft die Aussichten - Ehlers: Bestände zeigen teilweise deutliche Trockenschäden - Aktuell ein Vegetationsvorsprung von bis zu zwei Wochen zum langjährigen Mittel - Rapsproduktion von nur gut 4 Millionen Tonnen erwartet

BERLIN. Die Aussichten für die deutsche Getreide- und Raps-ernte haben sich in den vergangenen Wochen deutlich verschlechtert. Der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) erwartet

jetzt nur noch ein Getreideaufkommen von 43,76 Mio t; im Mai hatte er noch mit einer leichten Steigerung der Produktion gegenüber 2017 gerechnet. Der aktuellen Prognose zufolge

Getreide- und Ölsaatenernte in Deutschland
(2017 und 2018)

	Anbaufläche in 1 000 ha			Ertrag in dt/ha			Produktion in 1 000 t		
	2017 ¹⁾	2018 ²⁾	2018:17 in v.H.	2017 ¹⁾	2018 ³⁾	2018:17 in v.H.	2017 ¹⁾	2018 ²⁾	2018:17 in v.H.
Hartweizen	29,6	18,5	- 37,7	57,5	55,2	- 4,0	170,4	101,9	- 40,2
Winterweizen	3 130,9	2 954,9	- 5,6	76,9	75,1	- 2,4	24 079,0	22 176,8	- 7,9
Sommerweizen	42,1	108,2	+ 157,0	55,0	57,3	+ 4,2	231,2	620,1	+ 168,2
Weizen insgesamt	3 202,6	3 081,6	- 3,8	76,4	74,3	- 2,7	24 481,6	22 898,7	- 6,5
Roggen ⁴⁾	537,3	532,1	- 1,0	50,9	51,8	+ 1,8	2 737,4	2 758,2	+ 0,8
Wintergerste	1 226,6	1 216,9	- 0,8	73,5	69,2	- 5,8	9 019,3	8 421,4	- 6,6
Sommergerste	339,5	436,6	+ 28,6	54,0	52,0	- 3,7	1 834,1	2 269,7	+ 23,8
Gerste insgesamt	1 566,1	1 653,5	+ 5,6	69,3	64,7	- 6,7	10 853,4	10 691,2	- 1,5
Mais	432,0	453,3	+ 4,9	105,3	96,1	- 8,7	4 547,6	4 356,9	- 4,2
Hafer	128,1	145,7	+ 13,7	45,0	45,6	+ 1,3	576,5	664,2	+ 15,2
Triticale	389,0	390,4	+ 0,4	59,6	61,2	+ 2,8	2 317,0	2 391,1	+ 3,2
Getreide insgesamt ⁴⁾	6 266,6	6 256,6	- 0,2	72,7	69,9	- 3,8	45 556,8	43 760,2	- 3,9
Winterraps ⁵⁾	1 304,9	1 259,3	- 3,5	32,7	32,2	- 1,5	4 268,4	4 056,8	- 5,0

1) Endgültiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes vom 5. Februar 2018; 2) Herbstaussaatflächen gemäß Angaben des Statistischen Bundesamtes vom 15. Mai 2018, DRV-Schätzung für Hartweizen, Körnermaisflächen korrigiert wegen fehlender Angaben von Schleswig-Holstein und Saarland; 3) Ertragsschätzungen des DRV; 4) einschließlich Wintermengetreide; 5) ohne Berücksichtigung der Stadtstaaten

würde jedoch das bereits unterdurchschnittliche Vorjahresergebnis um 1,80 Mio t oder fast 4 % unterschritten. „Gründe dafür sind die hohen Temperaturen und fehlenden Niederschläge der vergangenen Wochen in weiten Teilen Deutschlands. Es könnte sogar passieren, dass sich eine Mähdescherernte auf einzelnen Flächen nicht lohnen wird“, sagte DRV-Hauptgeschäftsführer **Dr. Henning Ehlers** am vergangenen Mittwoch (6.6.) vor Journalisten in Berlin. Während die Bestände im Westen und Süden des Landes in der Summe gut mit Niederschlägen versorgt seien, zeige sich im Norden und Nordosten ein anderes Bild, berichtete Ehlers. Dort hätten die Kulturen unter dem fehlenden Regen und der Hitze gelitten. In manchen Regionen seien seit sechs Wochen keine nennenswerten Niederschlagsmengen mehr gefallen. Die Bestände zeigten daher teilweise deutliche Trockenschäden. Dies betreffe insbesondere die Gerste, die auf leichten Standorten bereits notreif werde. Sollte sich das Wetter der vergangenen Wochen fortsetzen, könnte die Ernte in den nördlicheren Bundesländern bereits zum Monatsende beginnen, stellte der DRV-Hauptgeschäftsführer fest. Insgesamt litten die Ackerfrüchte gegenwärtig nicht nur in weiten Teilen Deutschlands unter Trockenheit, sondern auch in anderen Regionen des Ostseeraums wie Dänemark, Südschweden und Polen. Die hochsommerlichen Temperaturen hätten darüber hinaus dazu geführt, dass der Mitte April noch festzustellende Vegetationsrückstand zum langjährigen Mittel von zwei Wochen mehr als aufgeholt worden sei. Vielmehr sei derzeit ein Vegetationsvorsprung von ein bis zwei Wochen festzustellen.

Zweitniedrigste Rapsmenge in zehn Jahren

Die anstehende Wintergerstenernte veranschlagt der Raiffeisenverband auf 8,42 Mio t, was im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von fast 600 000 t oder etwa 7 % bedeutet. Für die Sommergerste wird dagegen, bedingt durch die kräftige Anbauausweitung, eine Steigerung der Produktionsmenge um knapp 6 % auf 1,65 Mio t prognostiziert. Die Weizenerzeugung wird vom DRV derzeit bei 22,90 Mio t gesehen; das wären 6,5 % weniger als im Vorjahr. Den Weizenanbau ha-

ben die Landwirte gegenüber 2016 um fast 4 % eingeschränkt. Für Roggen sagt der Raiffeisenverband noch eine leichte Steigerung der Produktion voraus, und zwar um knapp 1 % auf 2,76 Mio t. Ähnlich wie vor einem Monat werden die Aussichten für die diesjährige Körnermaisenernte eingestuft; diese soll trotz einer größeren Anbaufläche mit 4,36 Mio t aber um gut 4 % kleiner ausfallen als 2016. Weiter nach unten gesetzt hat der DRV mit Hinweis auf die Witterung seine Ernteproggnose für Winterraps, nämlich von 4,13 Mio t auf 4,06 Mio t. Damit würde 2018 die zweitniedrigste Rapsmenge der vergangenen zehn Jahre eingefahren werden. Im Vorjahr waren 4,27 Mio t Winterraps gedroschen worden.

Stimmung bei den niedersächsischen Landwirten mies

Derweil berichtete auch die Landwirtschaftskammer Niedersachsen von Witterungsschäden. Die lang andauernde Trockenheit mache den Ackerbauern in dem Bundesland große Sorgen, denn die Situation auf den Feldern und auf dem Grünland spitze sich mehr und mehr zu. „Die Stimmung ist mies. Unsere Pflanzenbauberatung besteht zurzeit mehr aus Trösten und Mut machen“, zitierte die Kammer einen ihrer Berater. Seit Anfang April fehlten - regional unterschiedlich - bis zu 200 l Regen auf einem Quadratmeter. Die zahlreichen, oft auch sehr ergiebigen Gewitterniederschläge Anfang Juni hätten sich im Wesentlichen auf die südlichen Regionen Niedersachsens beschränkt. Dort hätten die Wolkenbrüche zum Teil verheerende Ausmaße angenommen. Der Regen habe kaum das herbeigesehnte Nass geliefert, sondern vielmehr zu Verschlammungen und Bodenerosionen geführt. Im Norden sei extremer Regen seltener und nur kleinräumig aufgetreten. Einheitliche Aussagen zu den Niederschlägen seien kaum zu treffen, so die Kammer. Der räumliche Abstand von Orten mit 70 l Regen in kurzer Zeit und 5 l im gleichen Zeitraum habe manchmal nur wenige Kilometer betragen. Insbesondere bei Getreide und Raps sei aber bereits heute für große Teile Niedersachsens eine schlechte Ernte vorauszusagen. AgE

UKRAINE/WELT

ÖLSAATEN

Bis Ende April 2 Millionen Tonnen Sonnenblumenöl exportiert

KIEW. Aus der Ukraine sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres 1,99 Mio t Sonnenblumenöl im Gesamtwert von rund 1,5 Mio \$ (1,3 Mrd Euro) exportiert worden. Wie das Statistikamt in Kiew außerdem mitteilte, befanden sich zum 1. Mai 2018 noch rund 2,65 Mio t Sonnenblumensaat aus der vorjährigen Ernte auf Lager, verglichen mit 2,96 Mio t zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Davon wurden schätzungsweise 1,18 Mio t noch auf den landwirt-

schaftlichen Betrieben aufbewahrt; 1,47 Mio t lagerten bei Verarbeitungsunternehmen oder Lagerhaltern. Laut einer Schätzung des Beratungsunternehmens UkrAgroConsult wurden zur Ernte 2018 auf rund 5,6 Mio ha Sonnenblumen ausgesät, nach 5,4 Mio ha im vergangenen Jahr. Erwartet wird eine Produktionsmenge von 14,2 Mio t bis 14,5 Mio t, verglichen mit zuletzt 12,2 Mio t. AgE
Umrechnungskurs: 1 \$ = 0,852 Euro

DEUTSCHLAND/FRANKREICH/WELT

ÖLSAATEN

Matif-Raps im Abwärtssog von US-Sojabohnenfutures

BONN. Die Rapsnotierungen an den deutschen Warenbörsen haben in der vergangenen Woche im Einklang mit den betreffenden Kursen an der Pariser Terminbörse nachgegeben. Am Montag (4.6.) berichtete die Mannheimer Produktenbörse von belebten Umsätzen für neuerntige Ware und notierte die schwarze Ölfrucht zur Lieferung im August für 350 Euro/t bis 353 Euro/t. Am Dienstag wies die Hamburger Getreidebörse für die Tonne Raps zur Lieferung von Juli bis August einen Preis von 353 Euro aus; gegenüber der Vorwoche waren das 8 Euro weniger. Einen Tag später notierte die Bayerische Warenbörse in München Raps zur Lieferung innerhalb von vier Wochen für 353 Euro/t bis 354 Euro/t, nach 357 Euro/t in der Vorwoche. An der Matif wurde der Augustkontrakt für die schwarze Ölfrucht am vergangenen Freitag gegen 11.10 Uhr für 353,50 Euro/t gehandelt; das entsprach im Vergleich zum Abrechnungskurs der Vorwoche einem Abschlag von 5 Euro/t oder 1,4 %. Für Preisdruck sorgten vor allem die schwachen Vorgaben der Sojabohnenfutures in Chicago. Dort wurde der Kontrakt mit Fälligkeit im Juli 2018 am Freitagmorgen gegen 4.20 Uhr Ortszeit für 9,68 \$/bu (303 Euro/t) gehandelt, womit sich dieser gegenüber dem Settle-

mentkurs der Vorwoche um 5,2 % verbilligte. Börsenmakler in den Vereinigten Staaten begründeten die deutlichen Abschlüsse vor allem mit guten Witterungsbedingungen in wichtigen US-Bohnenanbaugebieten und enttäuschenden Exporten. Hinzu kam die Unsicherheit durch den Handelsstreit zwischen den USA und China. Allerdings hatten chinesische Regierungsvertreter dem US-Handelsminister **Wilbur Ross** am vorvergangenen Wochenende angeboten, dass das „Reich der Mitte“ im kommenden Jahr US-Waren wie Sojabohnen und Mais im Wert von zusätzlich bis zu 70 Mrd \$ (59,6 Mrd Euro) importieren würde, wenn die USA ihre Strafzölle auf chinesische Produkte abschafften. Indes konnten sich die Preise für Biodiesel in Deutschland im Einklang mit der festeren Tendenz der Rohölkurse für die Sorte Brent gut behaupten. In der Woche zum 9. Juni verteuerten sich 100 l des Biokraftstoffs im Großhandel nach Angaben der Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen (UFOP) im Bundesdurchschnitt um 0,67 Euro auf 119,75 Euro, wobei die Preisspanne von 114,63 Euro bis 127,39 Euro reichte. AgE
Umrechnungskurs: 1 \$ = 0,8520 Euro

Großhandelspreise¹⁾ für Ölsaaten und -nachprodukte

	Vorwoche		Marktpreis	
	in Euro/t	Liefertermin	in Euro/t	Liefertermin
Hamburg				
Raps, cif franko	361	Juli - Aug.	353,00	Juli - Aug.
Rapsschrot, fob	235	Juni - Juli	229,50	Juni - Juli
Sojaschrot, fob	366	Juni - Juli	353,50	Juni - Juli
Braunschweig-Hannover-Magdeburg				
Raps, franko Salzgitter	-	-	360	Juni
Rapsschrot, frei Fuhre Salzgitter	-	-	206	Aug. - Okt.
Mannheim				
Raps (zertifiziert)	-	-	344 - 346	Juni
Rapsschrot	239 - 242	Juni	236 - 239	Juni
Sojaschrot, 44 % Protein, Mainz	368 - 372	Juni - Juli	359 - 361	Juni
München				
Raps, Straubing	357	innerh. 4 Wochen	353 - 354	innerh. 4 Wochen
Rapsschrot, Straubing	237 - 242	innerh. 4 Wochen	230	innerh. 4 Wochen
Sojaschrot, Mainz	367	innerh. 4 Wochen	351	innerh. 4 Wochen
Dresden				
Raps, franko Riesa	356	ex Ernte	350	ex Ernte
Sonnenblumensaat, franko Riesa	-	-	313	ex Ernte
Rapsschrot, ab Riesa	222	Juli	219	Juli
Sonnenblumenschrot, ab Riesa	179	Juli	179	Juli

1) Großhandelspreise der Mannheimer Produktenbörse vom 4. Juni, der Hamburger Getreidebörse, der Mitteldeutschen Produktenbörse in Dresden sowie der Vereinigten Getreide- und Produktenbörse Braunschweig-Hannover-Magdeburg vom 5. Juni und der Bayerischen Warenbörse in München vom 6. Juni

EUROPÄISCHE UNION

PREISE

Schlachtkuhpreise gut behauptet

BRÜSSEL. Die Notierungen für Schlachtrinder an den repräsentativen Märkten der Europäischen Union haben sich zum Monatswechsel uneinheitlich entwickelt. Die Schlachtkuhpreise konnten sich gut behaupten, wohingegen die Preise für männliche Jungtiere seitwärts tendierten. Färsen erlösten etwas weniger Geld. Nach Angaben der EU-Kommission ging der EU-Durchschnittspreis für Jungbullen der Handelsklasse R3 im gewogenen Mittel der Mitgliedstaaten in der Woche zum 3. Juni saisonal um 0,07 Euro oder 0,02 % auf 378,15 Euro je 100 kg Schlachtgewicht (SG) zurück. Überdurchschnittlich hoch fielen dabei die Abschläge in Portugal mit 4,8 % und in den Niederlanden mit 2,3 % aus. Für Österreich und Frankreich wurde ein Minus von jeweils 0,3 % ausgewiesen. Dagegen bewegten sich die Preise in Italien, Dänemark und Irland nicht vom Fleck, während es in Deutschland, Belgien und Spanien um bis zu 0,2 % aufwärts ging. Die Landwirte in Polen und Großbritannien erhielten für R3-Bullen jeweils 0,4 % mehr. Der EU-Durchschnittspreis für Schlachtkühe der Handelsklasse O3 lag mit 307,14 Euro/100 kg SG um 2,08 Euro beziehungsweise 0,7 % über dem Niveau der Vorwoche. Für Spa-

nien, Luxemburg und Österreich wurden Aufschläge von 2,0 % beziehungsweise 1,7 % und 1,3 % gemeldet. Um 0,1 % bis 0,7 % teurer verkauften sich Schlachtkühe in Deutschland, Polen, Frankreich, Irland, Großbritannien, Finnland und Belgien. Derweil bewegten sich die betreffenden Preise in den Niederlanden und Italien seitwärts. In Dänemark gingen diese um 0,2 % und in Tschechien um 1 % zurück. Die Preise für Schlachtfärsen der Handelsklasse R3 konnten sich in der Berichtswoche im EU-Mittel mit einem Abschlag von 1,47 Euro oder 0,4 % auf 392,03 Euro/100 kg SG knapp behaupten. Dabei erhielten die Landwirte in Spanien und Österreich 2,5 % beziehungsweise 1,9 % weniger für ihre Tiere. Für Frankreich wurde ein Minus von 0,5 % festgestellt. In Deutschland und Dänemark verbilligten sich Schlachtfärsen um jeweils 0,1 %, während sich der Preis für diese Tiere in Italien nicht veränderte. Um 0,3 % bis 0,5 % aufwärts ging es dagegen mit den Notierungen in Polen, Schweden, Irland, Großbritannien und Luxemburg. Die belgischen und niederländischen Schlachtunternehmen zahlten in diesem Segment Aufschläge von 1,2 % und 2,6 %.

AgE

EU-Marktpreise für Schlachtrinder
(Woche vom 28. Mai bis 3. Juni 2018; in Euro/100 kg SG)

	Jungbullen R3			Kühe O3			Färsen R3		
	Vorjahres- woche	Vorwoche	Markt- preis	Vorjahres- woche	Vorwoche	Markt- preis	Vorjahres- woche	Vorwoche	Markt- preis
Belgien	299,31	300,34	300,80	276,24	289,75	290,14	314,50	315,00	318,75
Bulgarien	-	-	-	193,52	214,42	245,19	-	-	-
Tschechien	337,25	346,03	346,46	243,76	255,36	252,74	271,06	281,48	285,13
Dänemark	357,26	369,47	369,52	299,06	314,29	313,77	362,64	370,95	370,59
Deutschland	364,95	381,64	382,03	315,08	318,45	320,81	364,41	377,19	376,78
Estland	-	-	-	234,29	258,19	270,68	219,30	-	-
Irland	401,82	405,80	405,93	335,49	347,50	349,39	417,78	420,70	422,62
Griechenland	445,46	398,83	409,30	185,10	202,14	189,69	451,86	-	-
Spanien	376,61	391,04	391,68	220,00	233,89	238,58	382,60	395,05	385,37
Frankreich	372,00	372,00	371,00	329,00	323,00	325,00	397,00	391,00	389,00
Kroatien	352,52	357,31	358,24	-	254,59	-	377,74	387,36	390,05
Italien	398,54	372,01	372,01	281,84	308,78	308,78	434,74	438,31	438,31
Zypern	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lettland	-	273,27	296,67	203,39	234,48	257,41	249,01	266,01	-
Litauen	302,88	315,77	317,78	247,95	268,60	272,90	289,74	281,87	322,27
Luxemburg	353,00	-	375,05	303,02	303,21	308,41	399,35	398,66	400,72
Ungarn	-	-	-	217,31	225,00	224,48	-	-	-
Malta	332,20	333,27	333,27	226,55	115,13	115,13	345,00	-	-
Niederlande	342,60	347,00	339,00	279,34	299,00	299,00	257,14	342,00	351,00
Österreich	369,32	373,73	372,72	284,34	289,15	293,05	349,26	365,60	358,53
Polen	325,64	333,45	334,73	277,58	293,25	295,06	317,51	326,01	326,84
Portugal	355,80	387,60	369,00	188,40	224,50	233,00	346,80	383,80	383,20
Rumänien	251,97	266,35	313,92	214,64	263,15	265,00	229,38	237,36	293,78
Slowenien	339,02	350,89	336,20	229,56	242,10	264,03	330,54	333,59	325,38
Slowakei	339,42	343,97	345,11	178,28	183,88	197,12	275,14	-	-
Finnland	384,99	401,86	399,48	240,69	258,21	258,77	356,32	400,13	393,59
Schweden	460,69	434,71	437,05	408,78	403,67	398,68	446,53	428,27	429,75
Großbritannien	404,68	410,69	412,28	316,82	331,17	333,04	420,85	424,72	426,84
EU	372,00	378,22	378,15	297,72	305,06	307,14	389,50	393,51	392,03

ARGENTINIEN/WELT

FLEISCH

Argentiniens Rindfleischexport weiter kräftig gewachsen

BUENOS AIRES. Argentinien hat seinen Rindfleischexport im ersten Drittel dieses Jahres weiter kräftig ausgebaut. Wie aus aktuellen Zahlen des Landwirtschaftsministeriums in Buenos

Aires hervorgeht, erhöhten sich die Ausfuhren an Rindfleisch in den Monaten Januar bis April auf insgesamt 145 276 t Schlachtgewicht (SG); das waren 60 % mehr als im vergleichbaren Vor-

jahreszeitraum. Hauptabnehmer war China, das fast die Hälfte der gesamten Liefermenge importierte. In die Europäische Union gingen 15 % der argentinischen Rindfleischexporte. Auch für die heimische Rindfleischproduktion verzeichnete das Ministerium ein deutliches Wachstum. So wurden in Argentinien im ersten Jahresdrittel 2018 mit fast 4,4 Millionen Tieren etwa ein Zehntel mehr Rinder geschlachtet als in der Vorjahresperiode. Die Rindfleischproduktion betrug 992 504 t SG und lag damit rund 11 % über der Vergleichsmenge der ersten vier Monate 2017. Zurückzuführen sein dürfte das derzeitige Wachstum unter anderem auf den gegenwärtigen Boom auf dem globalen Fleischmarkt, allen voran auf die rasant wachsende Nachfrage in

China. Das Ministerium nannte als Grund für die gute Entwicklung außerdem seine Politik zur Förderung der Produktion und zur Liberalisierung des Exportes. Diese hatte sich auch bereits 2017 bemerkbar gemacht, als sich die Ausfuhr von argentinischem Rindfleisch laut der nationalen Statistik um 35 % auf 312 052 t SG erhöhte. Im Jahr 2015 hatte sich die Exportmenge dagegen nur auf 198 687 t SG belaufen. Trotz der zuletzt sehr dynamischen Entwicklung können Argentiniens Fleischexporteure bislang noch nicht an ihre Geschäftszahlen in der Zeit vor der globalen Wirtschaftskrise 2010 anknüpfen. Im Jahr 2009 hatte das südamerikanische Land noch 661 378 t Rindfleisch auf dem Weltmarkt abgesetzt. AgE

DEUTSCHLAND

SCHWEINE

Schlachtschweinepreis legt leicht zu

VEZG und VLV heben Notierung um jeweils 3 Cent an - Hohe Temperaturen prägen Marktgeschehen in Deutschland und Österreich - In Frankreich und Spanien moderate Zuschläge gestiegen - Stabile Nachfrage in Dänemark - Danisgruppe hebt Preis um 2 Cent an - Westvlees unverändert zur Vorwoche

BONN. In der ersten vollen Juniwoche haben die Schlachtschweinepreise in der Europäischen Union leicht angezogen. In Deutschland berichtete die Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Vieh und Fleisch (VEZG) am vergangenen Mittwoch (6.6.) von vielfach deutlich reduzierten Angebotsstückzahlen, die nicht immer ausreichten, um die Nachfrage zu bedienen. Die Leitnotierung kletterte von 1,44 Euro/kg Schlachtgewicht (SG) auf 1,47 Euro/kg SG; einzelne Schlachtunternehmen nannten allerdings laut VEZG dennoch Hauspreise auf Vorwochenniveau. Marktanalysten bezeichneten die Situation als „kompliziert“ und führten das geringere Angebot auch darauf zurück, dass die Erzeuger anteilig in Erwartung besserer Erlöse ihre Schweine noch zurückhalten; vor allem wirkten sich aber die hohen Temperaturen nachteilig auf die Gewichtszunahmen aus. Auch in Österreich prägte zuletzt dem Verband landwirtschaftlicher Veredelungsproduzenten (VLV) zufolge die hitzebedingte Fressunlust der Mast Schweine das Geschehen am Markt. Das Angebot liege aktuell etwa 15 % unter der Nachfrage. Vereinzelt seien bereits gemeldete Partien storniert oder im Umfang reduziert worden; zudem zeige die zu Jahresbeginn außerordentlich knappe Versorgungslage am Ferkelmarkt mittlerweile Wirkung. Vor diesem Hintergrund wurde der Leitpreis in Österreich ebenfalls um 3 Cent angehoben,

und zwar auf 1,48 Euro/kg SG. Eine ähnliche Tendenz zeigte sich am französischen Markt, auch dort war das Angebot rückläufig. Die Notierung am Marché du Porc Breton legte mit 1,2 Cent aber nur etwa halb so stark zu und stieg auf 1,199 Euro/kg SG an.

Frustration durch unterdurchschnittliche Preise

In Dänemark bewegten sich die Ankaufspreise des Fleischkonzerns Danish Crown erneut seitwärts. Laut dem stellvertretenden Exportdirektor des Unternehmens, **Søren Tinggaard**, ist die Nachfrage nach dänischem Schweinefleisch stabil, auch wenn der europäische Markt sich zurzeit „in Aufruhr“ befinde. Die unterdurchschnittlichen Preise sorgten verbreitet für Frustration. Mit Blick auf die Situation in Deutschland erklärte Tinggaard, viele Erzeuger hätten im März in Erwartung von steigenden Preisen teure Ferkel gekauft; nun aber hätten die deutschen Schlachtunternehmen mit sehr schwachen Exporten nach China zu kämpfen. In Belgien blieb der Erzeugerpreis von Westvlees mit 1,01 Euro/kg Lebendgewicht (LG) stabil, während die Danisgruppe 2 Cent mehr als in der Vorwoche zahlte. In Spanien überstieg die Nachfrage nach wie vor das Angebot, was den dortigen Mästern erneut einen Anstieg der Notierung bescherte, nämlich um 1,8 Cent auf 1,212 Euro/kg LG.

EU-Marktpreise für Schlachtschweine
(Woche vom 28. Mai bis 3. Juni 2018; in Euro/100 kg SG in der Handelsklasse E)

	Vorjahres- woche	Vorwoche	Berichts- woche		Vorjahres- woche	Vorwoche	Berichts- woche
Belgien	162,50	118,60	118,60	Luxemburg	183,20	144,20	144,20 ¹⁾
Bulgarien	207,86	147,50	146,80	Ungarn	187,62	143,59	147,17
Tschechien	175,84	134,07	137,14	Malta	218,00	218,00 ¹⁾	218,00 ¹⁾
Dänemark	163,44	127,14	127,20	Niederlande	164,84	129,05	130,69
Deutschland	185,53	147,85	149,06	Österreich	183,22	149,96	151,42
Estland	161,48	143,91	145,50	Polen	178,66	140,31	142,24
Irland	165,50	140,22	140,22 ¹⁾	Portugal	188,00	165,00	168,00
Griechenland	179,21	164,36	164,36 ¹⁾	Rumänien	186,77	149,20	151,88
Spanien	167,86	141,56	142,70	Slowenien	184,14	155,83	157,26
Frankreich	159,00	130,00	130,00	Slowakei	185,48	140,34	140,34 ¹⁾
Kroatien	182,73	146,99	146,84	Finnland	155,64	157,96	157,39
Italien ²⁾	203,00	172,20	174,84	Schweden	174,90	164,79	164,38
Zypern	201,96	203,46	203,46	Großbritannien	183,87	167,23	167,69
Lettland	185,67	142,67	138,83				
Litauen	181,06	145,09	145,98	Europäische Union	176,03	143,13	144,29

1) keine Preismeldung in der Berichtswoche; 2) italienische Preise für Handelsklasse R

Anstieg im EU-Mittel verlangsamt

Der Aufwärtstrend am gesamten EU-Schlachtschweinemarkt hatte sich in der Woche zum 3. Juni deutlich abgeschwächt. Für Tiere der Handelsklasse E wurden den Angaben der EU-Kommission zufolge im Mittel 144,29 Euro/kg SG erlöst; das waren 1,16 Euro oder 0,8 % mehr als in der Vorwoche. Allerdings lag der Preis damit immer noch um 18,0 % unter dem des Vorjahres. In Deutschland und Spanien entsprachen die Preissteigerungen in der Berichtswoche genau dem europäischen Durchschnittsniveau, während sich die Mäster in Österreich, Polen

und den Niederlanden gegenüber der Vorwoche um 1,0 % bis 1,4 % höhere Erlöse freuen konnten. Eine Steigerung gab es auch in Italien, wo die Erlösverbesserung nach geringfügigen Abschlägen in der Vorwoche mit 1,5 % etwas stärker ausfiel, allerdings noch 0,3 Prozentpunkte unter denen in Portugal und Rumänien blieb. Derweil meldeten Belgien, Dänemark und Frankreich unveränderte Schlachtschweinepreise, während die Erzeuger in Rumänien, Kroatien, Lettland, Finnland und Schweden Abschläge zwischen 0,1 % und 2,7 % hinnehmen mussten. AgE

RUSSLAND/WEISSRUSSLAND/KASACHSTAN

MILCH

Minsk rechnet mit stabilen Milchexporten nach Russland

MOSKAU/MINSK. Obwohl Moskau sein Embargo für die Einfuhr von bestimmten Milchprodukten aus Weißrussland zuletzt ausgeweitet hat, dürften sich die betreffenden Lieferungen 2018 in Milchäquivalenten gemessen nach dem bisherigen Verhandlungsstand auf dem Niveau des Vorjahres bewegen. So bezifferte der Leiter der Abteilung für außenwirtschaftliche Beziehungen beim weißrussischen Agrarministerium, **Alexej Bogdanow**, Anfang Juni in Minsk die für den russischen Markt vorgesehene Ausfuhrmenge auf insgesamt etwa 3,5 Mio t Milch. Dies sei zumindest mit russischen Ministerialbeamten ausgehandelt worden. Diese bilaterale Übereinkunft müsse allerdings noch von den Ressortchefs unterzeichnet werden. Im Gegenzug dürfe Russland seine Milch- und Fleischlieferungen in das Nachbarland im Vergleich zu 2017 um 24 % beziehungsweise 5,5 % steigern. Allerdings hat Moskau sein Importembargo auf bestimmte Milchprodukte aus Weißrussland zuletzt ausgeweitet, um die angeblich illegale Einfuhr von weißrussischen Milchprodukten nach Russland über Kasachstan zu verhindern. So

gilt nach einer Entscheidung des Föderalen Aufsichtsdienstes für Tier- und Pflanzengesundheit (Rosselkhozadzor) seit vergangenen Donnerstag (7.6.) auch ein Importstopp für Milch, Rahm, Molke und Milchpulver aus Weißrussland; davon betroffen ist aber allein Ware in Verpackungen mit einem Inhalt von mehr als 2,5 l. Zur Begründung berief sich Rosselkhozadzor auf Handelsstatistiken, denen zufolge Weißrussland 2017 etwa 34 800 t Milchprodukte nach Kasachstan exportierte, während Kasachstan laut eigenen Angaben aber nur 22 800 t dieser Produkte aus Weißrussland importierte. Die Differenz von rund 12 000 t Milchprodukten sei mit hoher Wahrscheinlichkeit illegal nach Russland eingeführt worden, so die Behörde. Außerdem will Rosselkhozadzor ab dem 1. Juli den Import von Milchprodukten aus drei kasachischen Unternehmen verbieten. Indes bezeichnete Weißrusslands Landwirtschaftsminister **Leonid Zajats** die russischen Strafmaßnahmen als reinen Protektionismus. Russland versuche auf diese Weise, weißrussische Unternehmen vom heimischen Markt zu vertreiben. AgE

DEUTSCHLAND

MILCH

Deutscher Milchmarkt in Stichworten

Saisonaler Höhepunkt der bundesweiten Milchlieferungen wahrscheinlich überschritten - Erfasste Rohstoffmengen in Rheinland-Pfalz sowie in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gesunken - Abgepackte Butter verteuert sich auf mehr als 6 Euro - Notierungen für Allgäuer Emmentaler aus Rohmilch sowie für Gouda und Edamer stabil - Milchpulver erneut teurer - Vordere Butter- und Pulverfutures an der EEX geben nach

BONN. Die Milchlieferungen an die Molkereien in Deutschland könnten ihren saisonalen Höhepunkt Anfang überschritten haben. So wurde in Rheinland-Pfalz erneut ein spürbarer Rückgang der Rohstoffmenge verzeichnet. Dort ging es nämlich nach Angaben der Milchwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft mit den Anlieferungen in der Woche zum 3. Juni saisonal um 3,1 % nach unten. Gleichzeitig lieferten die Landwirte in Nordrhein-Westfalen laut der dortigen Landesvereinigung der Milchwirtschaft ihren Molkereien im Vorwochenvergleich 2,3 % weniger Rohstoff; das Vorjahresniveau wurde damit um 1,5 % verfehlt. Auch die Milchproduktion in Niedersachsen wurde gedrosselt. Die dortige Landesvereinigung meldete für den Berichtszeitraum einen Rückgang der erfassten Milchmenge von 1,8 %; im Vorjahresvergleich wurden aber 1,6 % mehr Rohstoff verarbeitet. In der Woche zum 27. Mai hatte sich das bundesweite Milchaufkommen saisonal nicht verändert, die Vorjahreslinie war um 2,7 % übertroffen worden.

Preise für Blockbutter stabil

Die Preise für Blockbutter haben sich in der vergangenen Woche trotz der recht knappen Versorgung am Milchfettmarkt seitwärts bewegt. So beließ die Süddeutsche Butter- und Käsebörse in Kempten ihre amtliche Notierung für lose Ware am vergangenen

Mittwoch (6.6.) in der Spanne von 6,10 Euro/kg bis 6,20 Euro/kg. Dabei war die Marktstimmung der Börse zufolge von Zurückhaltung geprägt. Allerdings wurde die amtliche Notierung für geformte deutsche Markenbutter spürbar angehoben. Demnach lagen die Großhandelspreise für abgepackte Ware in den Grenzen von 6,00 Euro/kg bis 6,08 Euro/kg; das waren am unteren und oberen Ende jeweils 0,28 Euro/kg mehr als sieben Tage zuvor. Bezogen auf das bisherige Jahrestief, das im Februar mit 4,04 Euro/kg bis 4,12 Euro/kg verzeichnet worden war, verteuerte sich abgepackte Butter um annähernd die Hälfte. Die Börse berichtete von einem ruhigen Geschäft und begründete die positive Entwicklung mit den neuen Monatskontrakten, die Handel und Molkereien Ende Mai ausgehandelt hatten. Zum Monatswechsel war die Nachfrage nach abgepackter Butter im Zuge der Ferienzeit und des Feiertages noch rückläufig gewesen. Das aktuelle Preisniveau wurde zuletzt Ende Oktober 2017 erreicht.

Allgäuer Emmentaler gut nachgefragt

Sehr gut gefragt war in der vergangenen Woche Hartkäse. Trotzdem beließ die Börse in Kempten die Spanne für Emmentaler und Viereckhartkäse bei 3,70 Euro/kg bis 4,80 Euro/kg. Auch die Notierung für die Käsespezialität Allgäuer Emmentaler aus Rohmilch bei weiterhin guter Nachfrage verharrte auf

Terminkurse für Milcherzeugnisse an der EEX in Leipzig

	Einheit	Kontraktumfang	Vorwoche ¹⁾	Aktueller Kurs ²⁾	Kursänderung	
					in Euro	in v.H.
Butter	Euro/t	5 t				
Juni 2018			6 100	6 041	- 59	-1,0
Juli 2018			6 063	5 898	-165	-2,7
August 2018			6 000	5 817	-183	-3,1
Magermilchpulver	Euro/t	5 t				
Juni 2018			1 600	1 538	- 62	-3,9
Juli 2018			1 618	1 545	- 73	-4,5
August 2018			1 610	1 553	- 57	-3,5
Molkenpulver	Euro/t	5 t				
Juni 2018			713	695	- 18	-2,5
Juli 2018			720	703	- 17	-2,4
August 2018			725	708	- 17	-2,3

1) Abrechnungskurse vom 1. Juni 2018; 2) Abrechnungskurse vom 7. Juni 2018

dem Vorwochenniveau von 5,00 Euro/kg bis 5,70 Euro/kg. In- des entwickelte sich die Nachfrage nach Schnittkäse weiterhin sehr gut. Dennoch beließ die amtliche Notierungskommission in Hannover die Notierung für Gouda und Edamer als Brotware am vergangenen Mittwoch ebenfalls auf dem Vorwochenniveau, und zwar bei 2,90 Euro/kg bis 3,10 Euro/kg. Dagegen wurden die Blockwarenpreise am oberen und unteren Ende der Spanne um jeweils 5 Cent/kg auf 2,85 Euro/kg bis 3,05 Euro/kg angehoben.

Kleinerer Aufschlag für Futter-Milchpulver

Der Markt für Magermilchpulver tendierte in der vergangenen Woche freundlich. So ließ sich ein Kilogramm Magermilchpulver in Lebensmittelqualität in einer Spanne von 1,55 Euro bis 1,65 Euro vermarkten, womit die Erlöse um 2 Cent/kg über dem Vorwochenniveau lagen. Für Ware in Futtermittelqualität konnten die Hersteller Preise in einer Bandbreite von

1,37 Euro/kg und 1,40 Euro/kg durchsetzen, nach 1,35 Euro/kg bis 1,37 Euro/kg in der Vorwoche. Damit fiel der Aufschlag allerdings kleiner aus als sieben Tage zuvor. Ein solches Preisniveau war zuletzt Anfang Dezember 2017 erreicht worden. Auch bei Vollmilchpulver war die Preistendenz leicht fester. Nach Angaben der Kemptener Börse erlöste die Sprühware mit 26 % Fett zwischen 2,85 Euro/kg und 2,95 Euro/kg und damit am oberen und unteren Ende jeweils 2 Cent/kg mehr als in der Vorwoche. Derweil entwickelte sich der Markt für Molkenpulver stabil. Ware in Futtermittelqualität brachte den Verkäufern wie sieben Tage zuvor zwischen 0,67 Euro/kg und 0,70 Euro/kg ein; zur gleichen Zeit des Vorjahres hatte die Bandbreite allerdings von 0,95 Euro/kg bis 0,97 Euro/kg gereicht. Lebensmitteltaugliches Molkenpulver erzielte zuletzt sogar einen Aufschlag. Bezogen auf ein Kilogramm notierte die Börse Erlöse von 0,79 Euro bis 0,84 Euro/kg, nach 0,78 Euro bis 0,82 Euro in der Vorwoche.

Großhandelspreise für Milchprodukte in Deutschland¹⁾
(in Euro je kg)

	Vorjahreswoche	Vorberichtswoche	Berichtswoche ²⁾
Kempen			
Deutsche Markenbutter, lose	5,50 - 5,60	6,10 - 6,20	6,10 - 6,20
Deutsche Markenbutter, geformt	5,06 - 5,14	5,72 - 5,80	6,00 - 6,08
Allgäuer Emmentaler, aus Rohmilch	5,00 - 5,80	5,00 - 5,70	5,00 - 5,70
Emmentaler und Viereckhartkäse	3,70 - 4,65	3,70 - 4,80	3,70 - 4,80
Hannover			
Gouda, 48 % / Edamer 40 %, Block	3,00 - 3,30	2,80 - 3,00	2,85 - 3,05
Gouda, 48 % / Edamer 40 %, Brot	2,95 - 3,20	2,90 - 3,10	2,90 - 3,10
ab Werk			
Magermilchpulver ³⁾	1,88 - 1,91	1,35 - 1,37	1,37 - 1,40
Magermilchpulver ⁴⁾	1,95 - 2,10	1,53 - 1,63	1,55 - 1,65
Vollmilchpulver, Sprühware 26 %	3,10 - 3,20	2,83 - 2,93	2,85 - 2,95
Süßmolkenpulver ³⁾	0,95 - 0,97	0,67 - 0,70	0,67 - 0,70
Süßmolkenpulver ⁴⁾	1,08 - 1,12	0,78 - 0,82	0,79 - 0,84

1) ohne Mehrwertsteuer, Magermilch-, Vollmilch- und Süßmolkenpulver-Notierung mittels Konferenzschaltung ermittelt, ansonsten amtliche Notierungen; 2) Notierungen vom 6. Juni 2018; 3) Sprühware in Futtermittelqualität; 4) Sprühware in Lebensmittelqualität

Gut 3 100 Tonnen EEX-Magermilchpulver gehandelt

An der European Energy Exchange (EEX) in Leipzig zeigten die Marktakteure in der vergangenen Woche ein besonders hohes Interesse an Magermilchpulver. Bis zum Freitag (8.6.) gegen 14.05 Uhr wurden 623 Kontrakte über zusammen 3 115 t gehandelt. Im Fokus des Interesses standen die Termine bis Juni 2019. Dabei gaben die vorderen sieben Fälligkeiten bis einschließlich Dezember 2018 nach. Der Junikontrakt wurde zuletzt für 1 575 Euro/t gehandelt, was im Vergleich zum Settlementkurs der Vorwoche ein Minus von 1,6 % bedeutete. Am größten fiel der Abschlag für den Julifuture aus, der sich um 4,5 % auf 1 545 Euro/t verbilligte. Indes bewegten sich die Kurse der Kontrakte mit Fälligkeit von Januar bis Mai 2019 seitwärts, während für den Junitermin 2019 ein Plus von 1,7 % auf 1 750 Euro/t

verzeichnet wurde. Unterdessen ging es am Terminmarkt für Butter abwärts. Es wurden 149 Kontrakte über insgesamt 745 t gehandelt. Dabei gab der vordere Junifuture im Vergleich zum Abrechnungskurs der Vorwoche um 1,0 % auf 6 041 Euro/t nach. Die drei folgenden Termine rutschten im Wochenverlauf unter die Marke von 6 000 Euro/t; diese Kontrakte wurden am Freitagnachmittag in einer Bandbreite von 5 817 Euro/t bis 5 900 Euro/t notiert, was Abschlägen von 2,1 % bis 3,1 % entsprach. Beim Süßmolkenpulver wechselten an der EEX im Berichtszeitraum 20 Kontrakte über zusammen 100 t den Besitzer. Dabei handelte es sich um die Termine Oktober und November 2018, die sich mit Stand von Freitagnachmittag gegenüber ihren Abrechnungskursen der Vorwoche um 9,7 % auf 664 Euro/t beziehungsweise 8,2 % auf 650 Euro/t verbilligten. AgE

DEUTSCHLAND/EU

OBST

Großes Erdbeerangebot drückt auf die Preise

BONN. Der deutsche Erdbeermarkt befindet sich aktuell fest in der Hand der heimischen Erzeuger. Wie aus dem Marktbericht der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) vom vergangenen Mittwoch (6.6.) hervorgeht, trafen die Früchte „fast monopolartig“ aus deutschem Anbau auf den hiesigen Großmärkten ein. Der Vermarktungsanteil lag in der Woche zum 3. Juni bei 97,5 %. Niederländische Ware habe lediglich einen Marktanteil von 1,5 % erreicht, berichtete die BLE. Daneben habe es noch kleine Lieferungen aus Spanien, Polen und Belgien gegeben. Die sommerliche Witterung habe indes die Absatzzahlen in die Höhe schnellen lassen. Allerdings nahm den Marktexperten zufolge auch das Angebot kräftig zu, so dass es zu einer Überversorgung gekommen ist, teilweise mit erheblichen Überhängen. Die Händler seien gezwungen gewesen, ihre Forderungen „sukzessive und offen-

sichtlich“ nach unten anzupassen, heißt es in dem Marktbericht. Allein bei Top-Ware hätten sich die Kurse auf dem bisherigen Niveau halten können oder hätten sogar vereinzelt fester tendiert. So waren laut Angaben der BLE Preisspannen von 0,70 Euro bis 1,40 Euro je 500-g-Schälchen nichts Ungewöhnliches. Die Ausreißer für Chargen mit einer hervorragenden Güte seien dabei durchaus bis auf 2,20 Euro je 500 g emporgeschwungen. Im Durchschnitt wurden zum Monatswechsel allerdings nur noch 212 Euro/100 kg auf den deutschen Großmärkten verlangt; in der Vorwoche waren es noch 284 Euro gewesen. Zum Vorjahreszeitpunkt waren für 100 kg Erdbeeren im Mittel 420 Euro erlöst worden, was allerdings den damaligen Spätfrösten und dem wesentlich geringeren Angebot geschuldet gewesen war. Niederländische Früchte kosteten Ende Mai 2018 durchschnittlich 252 Euro/100 kg. AgE

DEUTSCHLAND

OBST/GEMÜSE

Obst- und Gemüseverarbeiter in Nordrhein-Westfalen steigern Umsatz deutlich

DÜSSELDORF. Die Obst- und Gemüsewarenvermarktung der 60 nordrhein-westfälischen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten erreichte im vergangenen Jahr einen Gesamtwert von 2,1 Mrd Euro. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) als amtliche Statistikstelle des Landes am vergangenen Mittwoch (6.6.) weiter mitteilte, stieg damit der Absatzwert der betreffenden Unternehmen gegenüber dem Vorjahr um 5,0 %. Fast 72 % der in Nordrhein-Westfalen produzierten Obst- und Gemüseerzeugnisse kamen 2017 aus den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln. Mit einem Produktionswert von 682 Mio Euro, was eine Steigerung um 8,8 % gegenüber 2016 bedeutete, entfiel der größte Anteil

der im vorigen Jahr in Nordrhein-Westfalen produzierten Obst- und Gemüseerzeugnisse den Statistikern zufolge auf Frucht- und Gemüsesäfte, gefolgt von der Verarbeitung von Früchten und Nüssen mit 677 Mio Euro; das waren 4,6 % mehr. Der Absatzwert von Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen belief sich auf 205 Mio Euro, womit das Vorjahresniveau um 4,3 % übertroffen wurde. Der Wert der bundesweit insgesamt hergestellten Obst- und Gemüseerzeugnisse erhöhte sich 2017 um 2,1 % auf 7,4 Mrd Euro; damit kamen 28,2 % davon aus Nordrhein-Westfalen. Beim verarbeiteten Obst und Gemüse betrug der Anteil 31,4 %, bei Frucht- und Gemüsesäften 31,1 % und bei den produzierten Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen 14,8 %. AgE

BULGARIEN/WELT

IMKEREI

Honigproduktion 2017 deutlich gestiegen

SOFIA. Die bulgarischen Imker konnten sich im vergangenen Jahr über eine höhere Honigproduktion ihrer Bienen freuen. Wie Bulgariens Landwirtschaftsminister **Rumen Porodzanov** in einer parlamentarischen Fragestunde in Sofia über die Entwicklung der Imkerei erklärte, stieg die betreffende Erzeugung im Vergleich zu 2016 um 15,7 % auf 11 807 t. Am 1. Oktober 2017 gab es dem Minister zufolge in Bulgarien 756 800 Bienenvölker; das waren 1,5 % mehr als zum Vorjahreszeitpunkt.

Außerdem hat sich laut Porodzanov die durchschnittliche Zahl der Bienenvölker je Imker seit 2007 unter anderem dank der EU-Förderung um 36 auf 57 erhöht. Der Ressortchef bezeichnete die heimische Bienenzucht als „einen bedeutenden und traditionellen Zweig der Landwirtschaft“. Die Entwicklung eines professionell ausgerichteten Imkereiwesens könne zusätzliches Einkommen für die Dorfbevölkerung schaffen und die Landflucht vielleicht bremsen. Deshalb ziele das nationale

Imkereiprogramm darauf ab, die allgemeinen Produktionsbedingungen und den Handel mit Honig zu verbessern, die Gesundheit der Bienenvölker zu schützen sowie die Qualität und die Sicherheit der Honigprodukte zu gewährleisten. Etwa 7 000 t bis 8 000 t Honig würden jährlich exportiert, und zwar überwiegend in EU-Länder. Unterdessen steht der bulgarische Honigmarkt der Imkerei-Union Bulgariens zufolge unter ei-

nem hohen Konkurrenzdruck durch Ware aus der Ukraine und aus China. Diese werde nämlich über die bulgarischen Schwarzmeerhäfen Burgas und Varna in die EU verschifft und während des Transits teilweise und dabei „überwiegend illegal“ in Bulgarien abgesetzt. Dabei seien diese Produkte wegen ihres relativ hohen Zuckergehaltes von schlechterer Qualität als bulgarischer Honig. AgE

FRANKREICH

ÖKOLANDBAU

Bioboomb in Frankreich ungebrochen

MONTREUIL. In Frankreich ist der Markt für Bioprodukte im vergangenen Jahr erneut kräftig gewachsen. Wie die französische Agentur für die Entwicklung und Förderung des ökologischen Landbaus (l'Agence Bio) am vorvergangenen Freitag (1.6.) berichtete, wurden 2017 Bioprodukte im Wert von etwa 8,37 Mrd Euro verkauft, womit der Absatz im Vergleich zum Vorjahr um etwa 1,23 Mrd Euro oder 17 % angestiegen ist. Die größte Zuwachsrate verzeichneten dabei laut der Agentur die Verkäufe in den Supermärkten, die um gut ein Fünftel zulegten, während im spezialisierten Einzelhandel Absatzsteigerungen von 14,3 % erreicht wurden. Die Umsätze der handwerklichen Kleinunternehmen zogen um 18,5 % an, und in der Direktvermarktung wurde die Vermarktung von Bioprodukten um 15,1 % gesteigert. Das ungebrochene Wachstum der Branche schlägt sich auch in den Beschäftigungszahlen nieder. Den Angaben der

Agence Bio zufolge arbeiteten 2017 insgesamt rund 134 500 Personen im Biosektor und damit 16 500 mehr als im Jahr zuvor. Im Schnitt der vergangenen fünf Jahre hat die Zahl der Beschäftigten jährlich um 9,5 % zugenommen; von 2013 bis 2017 wurden insgesamt 49 200 zusätzliche Stellen besetzt. Im Ökolandbau waren zuletzt 88 400 Personen tätig, in der Verarbeitung waren es etwa 15 000; damit waren von den in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräften 12,5 % im Biosektor beschäftigt. Von den französischen Landwirten wirtschafteten 2017 der Agentur zufolge 36 691 und damit 8,3 % aller Betriebe nach ökologischen Kriterien, was gegenüber dem Vorjahr einem Plus von 14,7 % entsprach. Erzeugt wurden die Bioprodukte in Frankreich im vergangenen Jahr auf 1,78 Mio ha, womit der ökologisch bewirtschaftete Anteil an der landwirtschaftlichen Gesamtfläche bei 6,6 % lag. AgE

RUSSLAND/WELT

AGRARHANDEL

Moskau prognostiziert deutlich höhere Agrarexporterlöse

MOSKAU. Russlands Ausfuhren an landwirtschaftlichen Produkten dürften 2018 wertmäßig deutlich steigen. So erwartet das Moskauer Landwirtschaftsministerium für das laufende Jahr einen Agrarexporterlös von 24,2 Mrd \$ (20,618 Mrd Euro), das wären 17 % mehr als 2017. Bereits im ersten Quartal 2018 legte der Export kräftig zu, nämlich um rund 1 Mrd \$ (852 Mio Euro) auf 7 Mrd \$ (5,964 Mrd Euro). Dabei wurden die deutlichsten Zuwächse für die Ausfuhren von Getreide, Fisch und anderen Meeresfrüchten sowie von Fetten und Pflanzenölen verzeichnet. Mit Blick auf das Getreideexportvolumen in den ersten elf Monaten der laufenden Vermarktungssaison bis zum 30. Mai registrierte die Föderale Zollbehörde (FTS) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen Anstieg um 47 % auf insgesamt mehr als 49 Mio t, wobei die Lieferungen in die Staaten der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG) nicht berücksichtigt wurden. Dabei dominierte der Weizenexport mit einem Plus von 49 % auf 38,1 Mio t. Gleichzeitig wurden die Gerstenausfuhren mehr als verdoppelt, und zwar auf 5,44 Mio t. Zudem wur-

den 5,17 Mio t Mais im Ausland abgesetzt, was einer Steigerung um 19 % entsprach. Dennoch legten die Mengen in den russischen Getreidesilos im Saisonverlauf kräftig zu. Nach Angaben des Moskauer Statistikamtes Rosstat lagerten am 1. Mai in den landwirtschaftlichen Gemeinschaftsbetrieben, im Handel sowie im Verarbeitungsgewerbe insgesamt 26,8 Mio t Getreide; das waren 3,1 Mio t oder 13 % mehr als ein Jahr zuvor. Unterdessen schlug Staatspräsident **Wladimir Putin** der Regierung in Moskau vor, nicht mehr vermarktungsfähige Restbestände von alterntigem Weizen im Rahmen von Hilfslieferungen der Vereinten Nationen (UN) an „bedürftige Staaten“ zu verschenken. Über die dafür zur Verfügung stehenden Mengen machte er allerdings keine Angaben. Als Empfänger dieser Getreidelieferungen, die nach Einschätzung von Experten „einige hunderttausend Tonnen“ umfassen könnten, kämen laut Putin unter anderem die Staaten Ostafrikas, des Nahen Ostens, Südamerikas sowie Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in Frage. AgE

WELT

PREISE

Weltmarktpreise für Agrarprodukte im Mai moderat gestiegen

ROM. Angetrieben durch die festere Entwicklung der Milch- und Getreidepreise haben Agrarprodukte auf dem Weltmarkt im Mai 2018 unter dem Strich den vierten Monat in Folge an Wert gewonnen. Wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) am vergangenen Donnerstag (7.6.) berichtete, legte der von ihr berechnete Preisindex im Vergleich zum April um 1,2 % auf 176,2 Punkte zu. Das war der höchste Stand seit Oktober 2017; der Vorjahresstand wurde um 1,9 % übertroffen. Im Einzelnen kletterte der Subindex für Milchprodukte gegenüber dem Vormonat um

5,5 % auf 215,2 Punkte; das waren 11,5 % mehr als im Vorjahr. Ausschlaggebend war hier vor allem das knappe Weltmarktangebot an neuseeländischer Ware. Der Subindex für Getreide profitierte laut FAO von Spekulationen über schlechte Ernteperspektiven für Weizen in mehreren wichtigen Exportländern. Außerdem deckten sich südostasiatische Länder mit umfangreichen Mengen am Weltmarkt ein. So wurde hier gegenüber April ein Plus von 2,4 % auf 172,9 Punkte verzeichnet; das war das höchste Niveau seit Januar 2015 und bedeutete einen Vorsprung von 16,8 % gegenüber dem Vorjahreswert. Unterdessen

ging aber der Subindex für Zucker im Vormonatsvergleich um 0,5 % auf 175,3 Punkte zurück und verfehlte damit den Wert von Mai 2017 um 20,8 %. Dafür waren nach Einschätzung der Marktbeobachter im Wesentlichen die günstigen Erntebedingungen für das Zuckerrohr im mittleren Süden Brasiliens verantwortlich. Derweil gab der FAO-Fleischpreisindex im Berichtsmonat im Vergleich zum April um 1,8 % auf 169,6 Punkte nach. Dabei verloren Rind- und Schaffleisch wegen rückläufiger Importe Chinas beziehungsweise wegen

des festeren Dollars an Wert. Dagegen verteuerte sich Geflügelfleisch geringfügig; für Verunsicherung sorgten Keulungen in Brasilien im Zuge des Lastwagenfahrerstreiks. Die Rindfleischpreise entwickelten sich weiterhin stabil. Die Verbilligung von Soja-, Palm- und Sonnenblumenöl drückte den Index für Pflanzenöle um 2,6 % auf das 27-Monatstief von 150,6 Punkten. Gestützt wurde dieser dagegen von höheren Rapsölpreisen als Folge von ungünstigem Wetter für die anstehende Rapsernte in Teilen Europas. AgE

EU/WELT

AGRARHANDEL

EU im Agrar- und Lebensmittelaußenhandel weltweit Spitze

Mitgliedstaaten verzeichneten 2017 dabei einen Gesamtumsatz von 255 Milliarden Euro - EU-Agraraußenhandelsüberschuss von 21 Milliarden Euro - Hogan sieht die erfolgreiche Bilanz auch durch die vergangenen GAP-Reformen begründet - Wichtigste EU-Exportwaren sind Wein und Schokolade sowie Schweinefleisch

BRÜSSEL. Die Europäische Union hat ihre Spitzenposition im globalen Handel von Agrarprodukten und Lebensmitteln im vergangenen Jahr gut behauptet. Die 28 Mitgliedstaaten verzeichneten hier mit Drittländern einen Gesamtumsatz von 255 Mrd Euro. Wie aus einem am vergangenen Donnerstag (7.6.) von der EU-Kommission veröffentlichten Bericht weiter hervorgeht, beliefen sich die Exporte von Agrarrohstoffen und Nahrungsgütern 2017 auf 138 Mrd Euro, was im Vergleich zum Vorjahr einer Steigerung von gut 5 % entsprach. Bei Einfuhren im Gesamtwert von 117 Mrd Euro erzielte die EU den Kommissionsangaben zufolge einen Außenhandelsüberschuss von 21 Mrd Euro im Agrar- und Lebensmittelsektor. EU-Agrarkommissar **Phil Hogan** bekräftigte seine Ansicht, dass die Erfolge im Agrarhandel mit Drittstaaten eindeutig mit den Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zusammenhängen würden. Diese ermöglichen es den Lebensmittelherstellern in der EU, auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig zu sein. Ein weiterer wichtiger Aspekt sei der weltweite Ruf der in der EU erzeugten Produkte; sie würden als „sicher, nachhaltig produziert, nahrhaft und hochwertig gelten“, so der Ire, der in dem Zusammenhang auf die jüngst vereinbarten Freihandelsabkommen mit Kanada, Japan und Mexiko hinwies. Diese böten neue Absatzchancen. Gleichzeitig, so Hogan, würden sensiblere Branchen ausreichend geschützt.

Motor für Wachstum und Beschäftigung

Laut dem Kommissionsbericht belief sich die Gesamtleistung des EU-Agrarsektors im vergangenen Kalenderjahr auf schätzungsweise 427 Mrd Euro. Auf die Lebensmittelverarbeitung entfielen dabei 7,5 % aller Arbeitsplätze und 3,7 % der gesamten Wertschöpfung in der Europäischen Union. Die Kommission sieht die Exporte als wichtigen Motor für Wachstum und Beschäftigung in der Agrar- und Lebensmittelbranche der EU. Sie hob hervor, dass die betreffenden EU-Ausfuhren in die USA, China, Schweiz, Russland und Japan, den derzeit fünf wichtigsten Partnerländern, zuletzt zugenommen hätten. Die Lieferungen umfassten dabei eine „breite Produktpalette“ aus der gesamten Wertschöpfungskette. Wichtigste Exportartikel der europäischen Agrar- und Lebensmittelbranche sind den Kommissionsangaben zufolge Wein und Spirituosen, Säuglingsnahrung, Lebensmittelzubereitungen, Schokolade und Schweinefleisch. Bei der Herkunft der Einfuhren sei es gelungen, in den vergangenen Jahren stärker zu diversifizieren, wobei der Anteil der beiden wichtigsten Herkunftsländer - Brasilien und die USA - zugunsten anderer Lieferanten zurückgegangen sei, berichtete die EU-Behörde. Aus Drittstaaten importiert würden vor allem Waren, die aufgrund natürlicher Gegebenheiten nicht oder nur in relativ geringen Mengen in der EU hergestellt werden könnten, so etwa Tropenfrüchte und Kaffee. Des Weiteren würden vor allem Futtermittel und Agrarrohstoffe für die Weiterverarbeitung eingeführt. AgE

Deutschland: WLV-Präsident Röring im Amt bestätigt1
Deutschland: Schuler als BVA-Präsident wiedergewählt1
Schweiz: Bärtschi verlässt Bio Suisse.1
Deutschland: Göttinger Agrarökonom Qaim zum Mitglied der Leopoldina gewählt.1
Europa: Niederländer ist neuer Präsident der European Pig Producers.1
Deutschland: Leo Siebers erhält Johann-Heinrich-von Thünen-Medaille.2
Deutschland: Brunkhorst folgt Otte-Kinast als NLV-Vorsitzende2
Deutschland: Startschuss für DLG-Feldtage in Bernburg2
Deutschland: HLBS-Seminar zur Unternehmensnachfolge2
Deutschland: BDL-Jugendveranstaltung in Fritzlar3
Deutschland: Aktionsbündnis „Leben auf dem Land“ gestartet3
Deutschland: „Naturschutzpartner Landwirt“ erstmals ausgezeichnet3
Deutschland: Tagung rund um landwirtschaftliches Bauen mit Holz in Dresden3
Deutschland: Feldtag zu Einkorn, Emmer, Dinkel4
Irland/Deutschland: Europäische Biomethankonferenz in Dublin4
Deutschland: Deutschlands beste Biobetriebe gesucht.4
Deutschland: Praktikertage zu Kartoffelanbau und Fütterungscontrolling.4
Deutschland: Jetzt für den Preis der Umweltallianz Sachsen-Anhalt bewerben5
Deutschland: Obergartzem neuer Molkereistandort von Hochwald5
Dänemark/USA: Starbucks baut strategische Partnerschaft mit Arla Food aus5
Deutschland: BayWa erhöht Dividende.5
Deutschland/Niederlande: ZG Raiffeisen Technik übernimmt Exklusivvertrieb für Kaweco6
Deutschland: Bildungsarbeit der Landfrauen in Niedersachsen boomt6
Deutschland: Schwerpunktausgabe von „Natur und Landschaft“ zur GAP6
Deutschland: KTBL-Heft zum Bauplanungsrecht6
Deutschland: i.m.a bietet umfassendes Wissenspaket zur Biodiversität7

DEUTSCHLAND

PERSONALIEN

WLV-Präsident Röring im Amt bestätigt

MÜNSTER. Das Präsidium des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes (WLV) ist im Amt bestätigt worden. Laut WLV wurden Präsident **Johannes Röring** und seine beiden Stellvertreter, **Wilhelm Brüggemeier** und **Henner Braach**, von den Delegierten der Kreisverbände am Montag vergangener Woche (4.6.) mit großer Mehrheit für weitere drei Jahre gewählt. Die Führungsriege des Verbandes besteht bereits seit 2012 in dieser Konstellation. Röring, der in Vreden im Kreis Borken einen Ackerbaubetrieb mit Schweinemast und Biogaserzeugung führt, ist seit 2005 Abgeordneter der CDU im Bundestag und dort Mitglied im Ernährungsausschuss. Er ist außerdem Vorstandsmitglied der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) und Vorsitzender der Direktion Stiftung Westfälische Landschaft. Auf der Mitgliederversammlung des WLV forderten die Delegierten in gesonderten Entschliefungen wirtschaftlich tragfähige Lösungen für die Vorgaben zur baulichen Ausgestaltung von Sauenställen und zur Durchführung von Ferkelkastrationen. Zugleich wurde die Kritik an den Stalleinbrüchen erneuert. Dieser „in weiten Teilen Deutschlands um sich greifenden Praxis“ müsse durch rechtliche Schritte Einhalt geboten werden. Röring erklärte, man gehe davon aus, dass die neue nordrhein-westfälische Agrarministerin **Ursula Heinen-Esser** und Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klöckner** alles in ihren Kräften stehende tun würden, um die anstehenden Gesetzesvorhaben zügig umzusetzen. Die Liste wichtiger Themen sei lang und die Zeit dränge. AgE

Getreide-Landhandel, **Andreas Meyer** vom HANSA Landhandel, **Karl-Friedrich Wirtz** von der Firma Norbert Wirtz und **Wolfgang Wildt** von der Lobensteiner Landhandels- und Dienste GmbH gewählt. AgE

SCHWEIZ

PERSONALIEN

Bärtschi verlässt Bio Suisse

BASEL. Der Geschäftsführer von Bio Suisse, **Daniel Bärtschi**, will sein Amt Ende 2018 abgeben. Der 50-jährige Agrarökonom kündigte am Dienstag vergangener Woche (5.6.) an, dass er sich nach acht Jahren an der Spitze des Dachverbandes der Schweizer Biobauern selbständig machen werde. Nach Angaben von Bio Suisse wird Bärtschi mit seiner neuen Tätigkeit an seine langjährige Führungserfahrung in verschiedensten Funktionen anknüpfen. Seine künftigen Kerngebiete seien die Beratung und das Coaching von Führungskräften sowie das Interimsmanagement und die Organisationsentwicklung, vor allem für Kunden mit Engagement in der Nachhaltigkeit. Der Dachverband hob hervor, dass er in den acht Jahren unter der operativen Leitung von Bärtschi Bestmarken gesetzt habe. Die Zahl der Mitglieder, der sogenannten Knospe-Betriebe, sei kontinuierlich gewachsen und liege heute bei 6 423. Gleichzeitig sei der Umsatz mit Biolebensmitteln auf den Rekordwert von 2,7 Mrd sfr (2,3 Mrd Euro) gestiegen, während der Marktanteil des Ökosegments bei 9 % liege. AgE

Umrechnungskurs: 1 sfr = 0,8661 Euro

DEUTSCHLAND

PERSONALIEN

Schuler als BVA-Präsident wiedergewählt

BERLIN. **Rainer Schuler** führt auch weiterhin den Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA) an. Er wurde auf der Mitgliederversammlung des BVA am vergangenen Mittwoch (6.6.) in Berlin als dessen Präsident für weitere vier Jahre wiedergewählt. Der geschäftsführende Gesellschafter der Beiseler GmbH hatte dieses Amt vor zwei Jahren nach dem plötzlichen Tod seines Vorgängers **Konrad Weiterers** übernommen. Schuler war bereits zuvor lange Jahre als Vorstandsmitglied und BVA-Vizepräsident aktiv. Der Verbandspräsident unterstrich vor der Mitgliederversammlung die Bedeutung des vorwiegend mittelständischen, größtenteils familiengeführten privaten Agrarhandels als wichtiger Arbeitgeber im ländlichen Raum und Mittler in der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette. Den privaten Agrarhandel zeichne Flexibilität und Kompetenz aus und das sei in der Landwirtschaft hoch angesehen, erklärte Schuler. Den Agrarhandel sieht er aktuell gefordert: Befinde sich die Landwirtschaft in einer wirtschaftlich angespannten Diskussion, schlage dies auch auf den vor- und nachgelagerten Bereich durch, gab Schuler zu bedenken. Aktuelle Diskussionen, so etwa zur „Ackerbaustrategie“, die Situation bei der Wirkstoffzulassung im Pflanzenschutz und die Auswirkungen der Düngeverordnung würden das Agribusiness verändern, stellte der BVA-Präsident weiter fest. Der Agrarhandel werde sich für die Zukunft rüsten und seine Strukturen wie Geschäftsmodelle auf den Prüfstand stellen. „Gerade jetzt ist es umso wichtiger, eine starke Interessenvertretung durch den BVA zu garantieren; sie trägt maßgeblich zur Sicherung der Zukunft unserer Unternehmen bei“, resümierte Schuler. Als ordentliche Vorstandsmitglieder in den BVA-Vorstand wurden neben dem Präsidenten außerdem **Henry Curtius** von der Eurograin GmbH, **Markus Grimm** von der HaGeNord AG, **Jörg Hartmann** vom S.G.L. Saaten-

DEUTSCHLAND

PERSONALIEN

Göttinger Agrarökonom Qaim zum Mitglied der Leopoldina gewählt

GÖTTINGEN. **Prof. Matin Qaim** vom Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung der Universität Göttingen ist neues Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften „Leopoldina“. Er wurde kürzlich in diesen Kreis von Personen gewählt, die sich durch herausragende wissenschaftliche Leistungen auszeichnen. Die „Leopoldina“ ist nach Angaben der Göttinger Hochschule eine der ältesten Wissenschaftsakademien der Welt. Sie bearbeite unabhängig von wirtschaftlichen oder politischen Interessen wichtige gesellschaftliche Zukunftsthemen aus wissenschaftlicher Sicht, vermittele diese Ergebnisse der Politik und der Öffentlichkeit und vertrete ihre Themen national wie international. Qaim sei einer der ersten Agrarökonomien überhaupt, der zum Mitglied der Leopoldina gewählt worden sei, hob die Universität hervor. Er sei damit für seine Forschung in den Bereichen Welternährung und nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft ausgezeichnet worden. AgE

EUROPA

PERSONALIEN

Niederländer ist neuer Präsident der European Pig Producers

FRANKFURT/SURSEE. Der Niederländer **Gert van Beek** ist von den Mitgliedern der European Pig Producers (EPP) Anfang Juni in Sursee in der Schweiz zum neuen Präsidenten gewählt worden. Er folgt auf **Erik Thijssen**, der dem Verband in den vergangenen neun Jahren vorstand. Van Beek bewirtschaftet nach Angaben der Organisation seit 2006 einen Zuchtbetrieb mit

500 Sauen in Lelystad. Der Hof ging aus dem ehemaligen Versuchsgut der Universität Wageningen hervor, das van Beek von 2001 bis 2006 leitete. Heute exportiert die Farm Zuchttiere in die ganze Welt. In den Niederlanden engagiert sich der neue EPP-Präsident seit 2013 als stellvertretender Vorsitzender des Schweinehalterverbandes (NVV). Außerdem ist van Beek in Ostdeutschland mit einem Partner an einer Sauenanlage beteiligt. Der 51-Jährige ist verheiratet und leidenschaftlicher Radfahrer. AgE

DEUTSCHLAND

PERSONALIEN

Leo Siebers erhält Johann-Heinrich-von-Thünen-Medaille

KIEL. Der Landwirt und Rinderzüchter **Leo Siebers** ist von der Agrar- und Ernährungswissenschaftlichen Fakultät (AEF) der Universität Kiel mit der Johann-Heinrich-von-Thünen-Medaille in Gold ausgezeichnet worden. Überreicht wurde die Medaille von AEF-Dekan **Prof. Joachim Krieter** am vorvergangenen Freitag (1.6.) im Rahmen einer akademischen Feierstunde im Wissenschaftszentrum Kiel. **Prof. Georg Thaller** vom Institut für Tierzucht und Tierhaltung würdigte in seiner Laudatio die umfangreichen Verdienste des Landwirts: „Leo Siebers ist ein leidenschaftlicher Tierzüchter, der mit seinem zukunftsorientierten Engagement die Rinderzucht in Deutschland fördert. Als hervorragender Mittler zwischen Wissenschaft und Praxis vertritt er stets unter großem persönlichem Einsatz die Belange der Rinderproduktion“. Siebers dankte für die Auszeichnung und hob hervor, dass für ihn als praktischer Landwirt die Verleihung der Thünen-Medaille eine große Ehre sei. Der Preisträger ist nach Angaben der Universität Kiel ein erfolgreicher Landwirt und Rinderzüchter auf Gut Endhuisen im nordrhein-westfälischen Kleve. Neben seinem Engagement in vielen Organisationen zeichne ihn der stetige Wissenstransfer aus dem Forschungsbereich der Genomanalyse bei Rindern in die Praxis aus. Laut Universität war Siebers von 2002 bis 2011 Vorsitzender und anschließend Ehrenvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Rinderzüchter (ADR). Außerdem sei er für die Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde, im Deutschen Bauernverband (DBV) und im Vorstand der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) aktiv. AgE

DEUTSCHLAND

PERSONALIEN

Brunkhorst folgt Otte-Kinast als NLV-Vorsitzende

HANNOVER. **Elisabeth Brunkhorst** ist neue Vorsitzende des Niedersächsischen LandFrauenverbandes Hannover (NLV). Damit ist das Amt wieder besetzt, das seit dem Wechsel von **Barbara Otte-Kinast** an die Spitze von Niedersachsens Landwirtschaftsministerium im Oktober 2017 vakant geblieben war. Brunkhorst wurde am vergangenen Donnerstag (7.6.) auf der Delegiertenversammlung des NLV in Hannover mit großer Stimmenmehrheit gewählt; sie war bisher Beisitzerin für Sozial- und Gesellschaftspolitik. Die neue Verbandsvorsitzende kündigte an, sich insbesondere um die Themen „Alltagsökonomie als verbindliches Schulfach“, „Integration von Randgruppen“ und „Nachhaltige Daseinsvorsorge im ländlichen Raum“ kümmern zu wollen. Als stellvertretende Vorsitzende Süd wurde **Heike Schnepel** bestätigt; **Dörte Stellmacher** ist stellvertretende Vorsitzende Nord. Die Bezirke Hannover, Lüneburg und Stade haben

neue Vertreterinnen, und zwar **Marita Eschenhorst**, **Bettina Brenning** und **Anne-Dörthe Neumann**. Die Delegierten bestätigten außerdem **Catarina Köchy** und **Sabine Erle** als Bezirksvertreterinnen Braunschweig beziehungsweise Hildesheim. Beisitzerin für Frauen- und Gesellschaftspolitik wird **Ilka Holsten-Poppe**, für die Entwicklung ländlicher Räume **Sandra Lemmermann**. Als Beisitzerin für Bildung und Bildungspolitik wurde erneut **Karin Plate** gewählt. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Startschuss für DLG-Feldtage in Bernburg

FRANKFURT. Ab Dienstag dieser Woche (12.6.) wird das Internationale Pflanzenbauzentrum der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) in Bernburg wieder für drei Tage im Blickpunkt der Agrarbranche stehen. Dann starten die DLG-Feldtage, die in diesem Jahr unter dem Leitthema „Pflanzenbau 2030 - Produktivität. Innovationen. Strategien.“ stehen. Nach Angaben der Landwirtschaftsgesellschaft werden mehr als 400 Unternehmen aus der Pflanzenzüchtung, der Dünger- und Pflanzenschutzmittelindustrie sowie Verbände und Institutionen aus 20 Ländern ein attraktives und in dieser Form in Deutschland einzigartiges Informationsangebot rund um den modernen Pflanzenbau präsentieren. „Damit können wir einen neuen Ausstellerhöchststand für die seit 30 Jahren im zweijährigen Rhythmus stattfindenden Feldtage verzeichnen“, erklärte Projektleiter **Andreas Steul**. Zu dem pflanzenbaulichen Spitzenereignis werden rund 25 000 Landwirte und Agrarfachleute aus ganz Deutschland und aus dem benachbarten Ausland erwartet. Eröffnet werden die Feldtage von DLG-Präsident **Hubertus Paetow** und Sachsen-Anhalts Landwirtschaftsministerin **Prof. Claudia Dalbert**. Im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung wird die DLG auch den Wilhelm-Rimpau-Preis für drei innovative und praxisrelevante Bachelor- und Masterarbeiten aus der Pflanzenproduktion verleihen. Die Preisträger sind **Setareh Jamali Jaghdani** von der Universität Göttingen, **Johanna Mertes** von der Hochschule Geisenheim und **Linda Hahn** von der Fachhochschule Südwestfalen in Soest. Das Ausstellungsgelände ist an den drei Veranstaltungstagen jeweils von 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr für Besucher geöffnet. Die Tageseintrittskarte kostet 24 Euro beziehungsweise 19 Euro im Online-Vorabbezug. Es stehen kostenlose Parkplätze direkt am Veranstaltungsgelände zur Verfügung. (www.dlg-feldtage.de) AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

HLBS-Seminar zur Unternehmensnachfolge

BERLIN. Ein Seminar zur Gestaltung von Nachfolgeregelungen für landwirtschaftliche Betriebe und Unternehmensanteile bietet der Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen (HLBS) am 21. September in Göttingen an. Im ersten Teil des Kurses geht es laut HLBS um generelle Aspekte der Betriebsnachfolge und um den Übergabevertrag. Anschließend werden gesellschaftsrechtliche Aspekte der Unternehmensnachfolge erörtert. Dem schließt sich eine Betrachtung der Thematik aus steuerrechtlicher Sicht an. Der HLBS wies mit Blick auf das Seminar darauf hin, dass beim Generationswechsel rechtliche und steuerliche Gestaltungsoptionen unbedingt erkannt und durch entsprechende Vertragsgestaltungen im Interes-

se aller Beteiligten rechtzeitig geregelt werden sollten. Bei den zunehmend komplexen Unternehmensstrukturen in der Landwirtschaft sei zudem noch eine Vielzahl gesellschaftsrechtlicher Aspekte der Unternehmensnachfolge zu beachten, beispielsweise bei Betriebsgemeinschaften und anderen überbetrieblichen Kooperationen. Pauschale Beratungsempfehlungen seien für die meisten Übernahmefälle wenig hilfreich, betonte der Hauptverband. Stets sollten die jeweiligen Fallkonstellationen genau betrachtet und die steuerlichen Auswirkungen unbedingt im „Beratungspaket“ mit bedacht werden. Referenten mit langjähriger Beratungspraxis gäben dazu beim Seminar viele wertvolle Hinweise, auch zu aktuellen Urteilen in Streitfällen. Der Kurs richtet sich dem HLBS zufolge in erster Linie an mit der Materie befasste Anwälte, Unternehmens- und Steuerberater, bietet aber auch anderen Fachinteressierten einen guten Überblick. (www.hlbs.de) AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

BDL-Jugendveranstaltung in Fritzlar

BERLIN. Unter dem Motto „Land. Leben. Lieben.“ steht der 38. Deutsche Landjugendtag, zu dem der Bund der Deutschen Landjugend (BDL) am kommenden Wochenende in das nordhessische Fritzlar einlädt. Eine gute Gelegenheit, die Landjugend zu erleben, bietet laut BDL die Jugendveranstaltung des Bundestreffens am Samstag (16.6.), zu dem rund 1 000 junge Besucher aus der ganzen Republik erwartet werden. Noch vor dem offiziellen Teil wird es einen Empfang der hessischen Landjugend mit Ehrengästen und den Spitzen der Landjugendverbände von Bundes- und Landesebene geben. Danach folgt die Aufführung eines Theaterstücks. Im Anschluss werden die beiden BDL-Bundesvorsitzenden **Nina Sehnke** und **Sebastian Schaller** zu den Gästen sprechen. Danach steht eine Talkrunde auf dem Programm, zu der Bundesjugendministerin **Dr. Franziska Giffey**, die Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv), **Brigitte Scherb**, der Präsident des Hessischen Bauernverbandes (HBV), **Karsten Schmal**, und Unterabteilungsleiter **Ralf Wolkenhauer** vom Bundeslandwirtschaftsministerium erwartet werden. (<https://landjugendtag2018.de>) AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Aktionsbündnis „Leben auf dem Land“ gestartet

BERLIN. Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klöckner** hat gemeinsam mit Vertretern des Deutschen Landkreistages (DLT), des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) sowie des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) das Aktionsbündnis „Leben auf dem Land“ gestartet. Die ländlichen Räume seien die Kraftzentren unseres Landes, erklärte Klöckner am vergangenen Mittwoch (6.6.) zum Auftakt der Aktion. Die Lebensqualität der Menschen und eine starke Wirtschaft seien ihr daher besondere Anliegen. Nach Ansicht der Ministerin gehören ländlicher Raum und Landwirtschaft zusammen. „Deshalb freue ich mich, die kommunalen Spitzenverbände als wichtige Partner für die Entwicklung der ländlichen Räume begrüßen zu dürfen“, so die CDU-Politikerin. Jeder der Partner habe langjährige Erfahrungen und Strukturen, um die Menschen vor Ort zu erreichen. Ziel sei es, „mit gebündelten Kräften“ Lösungen zu den einzelnen Herausforderungen zu erarbeiten und das Aktionsbündnis mit Leben zu füllen. DLT-Präsident **Reinhard Sager** betonte, für eine

dynamische Entwicklung vor Ort sei das gemeinsame Agieren der Akteure „das A und O“. Es gehe den Partner darum, die ländlichen Räume als Wirtschafts- und Lebensstandorte voranzubringen. Es müsse deutlich werden, dass Deutschland überwiegend aus ländlichen Räumen bestehe und zwei Drittel der Bevölkerung auf dem Land lebten. Diese Realitäten müssten sich auch in politischen Prioritäten niederschlagen. Sagers Amtskollege vom DStGB, **Dr. Uwe Brandl**, forderte, die Kommunen im ländlichen Raum und ihr Innovationspotential mehr als bisher zu stärken; dazu gehöre heutzutage vor allem eine leistungsstarke Breitbandversorgung. Gemeinsames Ziel der Aktion sei es, das Leben auf dem Land attraktiv zu halten und die Regionen zu stärken. ZDH-Chef **Hans-Peter Wollseifer** erklärte, die ländlichen Regionen seien wichtige Zukunftsräume, deren Potential gesichert und weiterentwickelt werden müsse. Dafür brauche es die richtigen Rahmenbedingungen für Investitionen. Der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des DIHK, **Dr. Achim Dercks**, sieht in dem Aktionsbündnis ein „gutes Signal zur richtigen Zeit“. Die Initiative müsse mit Fachkräftemangel und Digitalisierung die drängendsten Themen der Regionen in den Fokus nehmen. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

„Naturschutzpartner Landwirt“ erstmals ausgezeichnet

MÜNCHEN. Das bayerische Umweltministerium und der Bayerische Bauernverband (BBV) haben erstmals die Auszeichnung „Naturschutzpartner Landwirt“ verliehen. Umweltminister **Dr. Marcel Huber** unterstrich bei der Verleihung am Montag vergangener Woche (4.6.) die Bedeutung der Landwirtschaft für den Naturschutz. Der Beitrag der Bauern zu einer naturschonenden Bewirtschaftung sei unersetzlich. Der Wettbewerb würdige Landwirte, die sich in besonderem Maß für Naturschutz und Landschaftspflege engagierten. BBV-Umweltpräsident **Stefan Köhler** hob das Engagement des Berufsstandes hervor. Die Wettbewerbsbeiträge hätten gezeigt, dass sich zahlreiche bayerische Bauern „mit Herzblut“ für den Erhalt und die Förderung der biologischen Vielfalt einsetzten. Die Sieger demonstrierten eindrucksvoll, wie Maßnahmen zum Erhalt der Kulturlandschaft, zur Förderung der Biodiversität sowie zum Erhalt alter Sorten und Rassen in den Betrieb integriert werden könnten. Laut Münchener Umweltressort nahmen an dem Wettbewerb landwirtschaftliche Betriebe aus dem Freistaat teil, die sich freiwillig am Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) beteiligen oder anderweitig für naturschutzfachlich wertvolle Tier- und Pflanzenarten sowie alte Rassen und Sorten einsetzen. Ziel sei es, vorbildliche Möglichkeiten für eine naturschonende Bewirtschaftung artenreicher Äcker Wiesen und Weiden aufzuzeigen und innovative Kooperationen zwischen Naturschutz, Landwirtschaft und Tourismus zu fördern. Die Auszeichnung „Naturschutzpartner Landwirt 2018“ erhielten nach Ministeriumsangaben mehr als 20 Landwirte. Zehn Beiträge seien mit Geldpreisen bedacht worden, der Rest habe Sachpreise erhalten. (www.natur.bayern.de) AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Tagung rund um landwirtschaftliches Bauen mit Holz in Dresden

GÜLZOW/DRESDEN. Auf Fragestellungen zum landwirtschaftlichen Bauen mit Holz gehen das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) und die Fachagentur Nach-

wachsende Rohstoffe (FNR) am 20. Juni 2018 auf der Tagung „Landwirtschaftliches Bauen mit Holz“ im neuen Konferenzzentrum des Instituts für Holztechnologie Dresden (IHD) ein. Hintergrund ist die „Charta für Holz“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums, die die Erschließung der Potentiale des Holzbaus in der Landwirtschaft vorsieht. In diesem Zuge solle ins Bewusstsein gerückt werden, dass landwirtschaftliche Gebäude aus Holz auch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Stärkung ländlicher Räume leisten und das Landschaftsbild auf attraktive Art bereichern könnten, so die FNR am vergangenen Mittwoch (6.6.) in einem Hinweis auf die Fachtagung. Dem Programm zufolge wird **Dirk Alfter** vom Bundeslandwirtschaftsministerium genauer auf die politische Agenda zum landwirtschaftlichen Bauen eingehen. Wie es derzeit um das landwirtschaftliche Bauen mit Holz in Deutschland bestellt ist, erklärt anschließend **Prof. Katja Frühwald-König** von der Hochschule Ostwestfalen-Lippe. **Emanuel Harms** vom KTBL stellt das Online-Informationportal „Landwirtschaftliches Bauen“ vor und **Ronny Winkelmann** von der FNR Förderungen des Ministeriums für das Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen. Die Frage nach den Umweltauswirkungen von Holz oder Stahl beim Bau versucht **Prof. Gabriele Weber-Blaschke** aus der Holzforschung der Technischen Universität (TU) München zu beantworten. Dazu wird sie die Erfassung dieses Faktors für unterschiedliche Baustoffe bei der Planung landwirtschaftlicher Gebäude erläutern. Den baulich-technischen Maßnahmen für landwirtschaftliche Nutzgebäude in Holzbauweise widmet sich im Anschluss ihr Kollege **Dr. Phillip Dietsch**, der am Lehrstuhl für Holzbau und Baukonstruktion tätig ist. Am Nachmittag wird **Axel Conrads**, der ein Ingenieurbüro betreibt, landwirtschaftliche Gebäude aus Holz vorstellen, bevor **Jochen Simon** von der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) konkret den Stallbau und Modulbausysteme präsentiert. (veranstaltungen.fnr.de) AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Feldtag zu Einkorn, Emmer, Dinkel

STUTTGART. Im Rahmen eines „Feldtages Urgetreide“ wollen die Universität Hohenheim und der Landesinnungsverband für das Württembergische Bäckerhandwerk über die alten Weizenarten Einkorn, Emmer und Dinkel informieren, die sich von vergessenen Exoten zu beliebten Alternativen zum modernen Brotweizen entwickelt haben. Dazu werden am 3. Juli in Stuttgart Experten aus den Bereichen Landwirtschaft, Agrarproduktion, Züchtung, Müllerei, Bäckerei und Frühstückscerealien die Chancen und Möglichkeiten von Urgetreide diskutieren. Erörtert werden soll unter anderem, wie das Geschmackspotential von Urgetreidearten kommuniziert werden kann, wie Backwaren aus Einkorn, Emmer und Dinkel am besten gelingen und wie gesund sie im Vergleich zum modernen Brotweizen sind. Neben einer Feldbesichtigung werden auch Produkte aus Einkorn, Emmer und Dinkel gezeigt; diese können vor Ort vom Fachpublikum verkostet werden. Der Feldtag Urgetreide ist eine von rund 150 Veranstaltungen, mit denen die Hohenheimer Hochschule in diesem Jahr ihr 200-jähriges Bestehen feiert. (www.uni-hohenheim.de/jubilaeum2018) AgE

IRLAND/DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Europäische Biomethankonferenz in Dublin

BERLIN/DUBLIN. Die Europäische Biomethankonferenz (European Biomethane Conference - EBC) findet erstmals außerhalb Deutschlands statt. Laut einem Veranstaltungshinweis

aus der vergangenen Woche trifft sich die europäische Biomethanbranche am 20. September in der irischen Hauptstadt Dublin. Dementsprechend wird die Förderung von Biomethan in Irland eines der Schwerpunktthemen der Konferenz sein. Weitere Themen der EBC sind der Ankündigung zufolge die Neuauflage der EU-Richtlinie für Erneuerbare Energien (RED II) sowie die Herausforderungen für beziehungsweise die Fortschritte auf den Biomethanmärkten der anderen europäischen Länder. Mehr als 20 Referenten werden erwartet, unter anderem die Geschäftsführerin des Nachhaltigkeitsnetzwerks „Global Bioenergy Partnership“, **Michela Morese**; der Geschäftsführer der Behörde „Sustainable Energy Authority of Ireland“, **Jim Gannon**; der Bereichsleiter bei der Generaldirektion für Energie der Europäischen Kommission, **Malcolm McDowell**, sowie der kaufmännische Leiter beim Gasnetzbetreiber „Gas Networks Ireland“, **Ian O’Flinn**. Die Konferenz wird von der Deutschen Energie-Agentur (dena) in Kooperation mit dem „Renewable Gas Forum Ireland“ ausgerichtet. In den vergangenen drei Jahren nahmen jeweils mehr als 400 Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Industrieverbänden und Unternehmen aus gut 15 Ländern an den Konferenzen teil. Für die nächsten Jahre ist laut dena geplant, die EBC auch in anderen europäischen Städten auszurichten. (www.dena.de) AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Deutschlands beste Biobetriebe gesucht

BERLIN. Ökobetriebe können sich noch bis zum 29. Juni für den Titel „Deutschlands bester Biobetrieb“ bewerben. Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klöckner** lädt ökologisch wirtschaftende Betriebe ein, Konzepte für den Bundeswettbewerb Ökologischer Landbau 2019 einzureichen. „Gemüse, Fleisch und verarbeitete Produkte aus ökologischem Anbau stehen bei Verbrauchern hoch im Kurs. Im vergangenen Jahr betrug der Umsatz der Branche erstmals über 10 Mrd Euro“, so Klöckner am Montag vergangener Woche (4.6.) mit Blick auf den Wettbewerb. Die heimische ökologische Landwirtschaft wirke positiv auf Umwelt und Insektenvielfalt. „Wir werden den Ökolandbau daher noch stärker fördern: Ab diesem Jahr stocken wir die Mittel von 20 Mio Euro auf 30 Mio Euro auf. Unser Ziel ist es, Ökolandbau bis 2030 auf 20 % auszubauen“, betonte die Ministerin. Die Sieger des Bundeswettbewerbs Ökologischer Landbau seien Ideengeber mit Vorbildcharakter, denn sie lieferten wichtige Impulse für andere Landwirte, auf Ökolandbau umzusteigen. Laut Bundeslandwirtschaftsministerium werden im Rahmen des Wettbewerbes „ungewöhnliche“ Konzepte gesucht, die sich in der Praxis bewährt haben. Teilnahmeberechtigt sind alle Betriebe, die seit mindestens zwei Jahren nach den EU-Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau zertifiziert sind. Voraussetzung ist, dass der gesamte Betrieb ökologisch bewirtschaftet wird. Eine unabhängige Jury wählt maximal drei Siegerbetriebe aus, die ein Preisgeld von bis zu 7 500 Euro erhalten. (www.oekolandbau.de/bewerbung-bundespreis/) AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Praktikertage zu Kartoffelanbau und Fütterungscontrolling

MAINZ. Die Bioland Beratung GmbH beleuchtet mit zwei Praktikertagen die Steigerung der Qualitäten im Biokartoffelanbau und das Fütterungscontrolling bei kleinen Wiederkäuern.

Laut Bioland Beratung informiert die Veranstaltung zum Fütterungscontrolling am 21. Juni im badischen Bollschweil über die „Obsalim-Methode“, die durch das Beobachten äußerlich sichtbarer Merkmale sehr differenzierte Rückschlüsse auf die Fütterung, die Futtermittelverwertung und den aktuellen Stoffwechsellage der Tiere erlaube. Die Methode könne ergänzend zu bekannten Controllingwerkzeugen angewandt werden und habe den Vorteil, ohne weitere Laboranalysen auszukommen. Nach Angaben des Veranstalters wird der Referent zunächst die Vorgehensweise erläutern; anschließend haben die Teilnehmer die Möglichkeit, praktische Erfahrungen zu sammeln. Der Praktikertag mit dem Titel „Steigerung der Qualitäten im Bio-Kartoffelanbau“ findet laut der Bioland Beratung GmbH am 10. Juni im niedersächsischen Natendorf statt und wird gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen und dem Kartoffelhandelsunternehmen Ökokontor veranstaltet. Informiert werde über Maßnahmen zur Verbesserung der Qualitäten und Steigerung der Erträge im Kartoffelanbau; außerdem werde ein Bio-kartoffelversuch der Kammer besichtigt. Beide Veranstaltungen sind Bioland Beratung zufolge als Teil des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) kostenlos. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Jetzt für den Preis der Umweltallianz Sachsen-Anhalt bewerben

MAGDEBURG. Zur Bewerbung für den 7. Preis der Umweltallianz Sachsen-Anhalt hat Landwirtschaftsministerin **Prof. Claudia Dalbert** aufgerufen. Gesucht würden Unternehmen, die besonders schonend und effizient mit den endlichen Ressourcen umgehen, erklärte die Ministerin am Dienstag vergangener Woche (5.6.) in Magdeburg und nannte als Beispiele die Nutzung ressourceneffizienter Techniken und die Verbesserung von Stoffkreisläufen. Vergeben werde der Preis in den beiden Kategorien Rohstoffeffizienz und Energieeffizienz. Auf den Sieger jeder Kategorie warteten jeweils 10 000 Euro. Für Mitglieder der Umweltallianz, einem 1999 gegründeten Bündnis zwischen Landesregierung und Wirtschaft, werde außerdem der mit 4 000 Euro dotierte Sonderpreis Umweltallianz ausgeschrieben. Einsendeschluss sei jeweils der 30. Juni. (<http://lsaur.l.de/HQFW>) AgE

DEUTSCHLAND

FIRMENNACHRICHTEN

Obergartzem neuer Molkereistandort von Hochwald

THALFANG. Das Molkereiunternehmen Hochwald mit Hauptsitz im rheinland-pfälzischen Thalfang hat das Gewerbegebiet III der Stadt Mechernich in Obergartzem als neuen Produktionsstandort für haltbare Milchprodukte ausgewählt. Eine umfassende Analyse des Produktionsnetzwerks, des Milcherfassungsgebiets und der Absatzkanäle habe ergeben, dass dies der optimale Standort des neuen Werks sei, teilte Hochwald am Montag vergangener Woche (4.6.) mit. In dem neuen Werk, das in Nordrhein-Westfalen liegt, würden künftig pro Jahr rund 800 Mio l Milch von mehr als 250 Mitarbeitern zu hochwertigen Produkten verarbeitet. Laut Hochwald soll das Projekt diese Woche ausweislich der Sitzungsunterlagen im Strukturförderungsausschuss des Rates der Stadt Mechernich vorgestellt werden. Sollte der Rat erwartungsgemäß sein Plazet geben, könnten bereits Ende dieser Woche die Grundstückskaufverträ-

ge unterzeichnet werden. Die Rohmilch, die im neuen Werk verarbeitet wird, stammt Hochwald zufolge von den genossenschaftlichen Eigentümern. Etwa 1 250 Landwirte der insgesamt 3 000 Mitgliedslieferanten seien im Einzugsgebiet des neuen Werks ansässig. Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Hochwald Foods GmbH, **Detlef Latka**, sieht am neuen Standort gute Bedingungen für die Errichtung eines modernen und hoch-effizienten Standorts „auf der grünen Wiese“. Mit der Strategie Hochwald 2020 werde das Unternehmen seine Entwicklung zu einem internationalen, vermarktungsorientierten Milchspezialisten fortsetzen. Dass Hochwald solche Projekte stemmen könne, habe der Bau des Werkes im hessischen Hünfeld bewiesen, betonte Latka. Der Leiter des operativen Geschäfts bei Hochwald, **Thorsten Oberschmidt**, geht davon aus, dass das Werk in Obergartzem etwa zweieinhalb Jahre nach Baubeginn in Betrieb genommen werden kann. AgE

DÄNEMARK/USA

FIRMENNACHRICHTEN

Starbucks baut strategische Partnerschaft mit Arla Foods aus

AARHUS. Nach sieben Jahren Zusammenarbeit hat der auf Kaffeeerzeugnisse spezialisierte US-Konzern Starbucks ein neues Lizenzabkommen mit der europäischen Molkereigenossenschaft Arla Foods geschlossen. Beide Unternehmen haben am vergangenen Donnerstag (7.6.) eine langfristige, strategische Vereinbarung mit einer Laufzeit von 21 Jahren unterzeichnet. Sie umfasst die Lizenz für Arla Foods zur weiteren Herstellung, zum Vertrieb und zur Vermarktung von fertigen Starbucks Premium-Kaffee-Milchmischgetränken in der Region Europa, Mittlerer Osten und Afrika (EMEA). Weitere Einzelheiten der Vereinbarung wurden nicht bekanntgegeben. Bereits im Jahr 2010 hatte Starbucks Arla Foods als Lizenzpartner für die Herstellung, den Vertrieb und die Vermarktung seiner Kaffee-Fertiggetränke auf Milchbasis für Supermärkte und Convenience Stores in der gesamten EMEA-Region gewählt. Seitdem hat Arla Foods nach eigenen Angaben in 38 Ländern Starbucks-Getränke erfolgreich auf den Markt gebracht. Zukünftig erwartet das Molkereiunternehmen einen Absatz von mehr als 110 Millionen Stück pro Jahr. Das Geschäft in Deutschland habe im Jahr 2010 bei gut 10 Millionen verkauften Einheiten gelegen. In der Bundesrepublik hätten die Starbucks-Produkte in den vergangenen drei Jahren mit einem Wachstum von rund 33 % zu einem starken Treiber im Arla-Markengeschäft gehört. Die leitende Vizepräsidentin und Marketingchefin bei der Molkereigenossenschaft, **Hanne Søndergaard**, verwies auf die Strategie „Good Growth 2020“ ihres Unternehmens, die unter anderem vorsehe, das große Potential bei Getränken auf Milchbasis auszuschöpfen. „Unser Ziel ist es, im Jahr 2020 ein führender Anbieter von Milchgetränken in Nordeuropa, dem Nahen Osten, Asien und Nordafrika zu sein“, betonte Søndergaard. Das neue strategische Lizenzabkommen mit Starbucks sei ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg, dieses Ziel zu erreichen. AgE

DEUTSCHLAND

FIRMENNACHRICHTEN

BayWa erhöht Dividende

MÜNCHEN. Die Anteilseigner der BayWa AG können sich über eine Anhebung der Dividende freuen. Auf der Hauptversammlung am Dienstag vergangener Woche (5.6.) in München wurde eine Dividende von 90 Cent je Aktie beschlossen; das sind 5 Cent je Aktie mehr als zuvor. Die Entscheidung fiel vor dem

Hintergrund von Umsatz- und Ergebnissteigerungen im Geschäftsjahr 2017. Laut Angaben vom Vorstandsvorsitzenden der BayWa AG, **Klaus Josef Lutz**, konnte der Konzern im vergangenen Jahr das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) in allen Kernsegmenten steigern und im Segment Energie eine weitere Höchstmarke erzielen. Insgesamt erhöhte sich das EBIT der BayWa AG gegenüber 2016 um 18,4 % auf 171,3 Mio Euro. Den Umsatz bezifferte Lutz auf insgesamt 16,1 Mrd Euro. Mit Blick auf das laufende Geschäftsjahr äußerte sich der Vorstandsvorsitzende zuversichtlich. Im Segment Agrar seien unter anderem wegen des Ausbaus des internationalen Spezialitätengeschäfts, besserer Ergebnisse bei Global Produce sowie gut gefüllter Auftragsbücher im Bereich Technik bessere Ergebnisse als im Vorjahr zu erwarten. Bei den erneuerbaren Energien werde die BayWa die Zahl der verkauften Projekte insbesondere im zweiten Halbjahr deutlich steigern. Im Segment Bau rechnet der Vorstandsvorsitzende mit einer leichten Ergebnissteigerung. Beim digitalen Geschäft mit den Landwirten sieht Lutz die BayWa auf dem besten Weg, ihr Ziel zu erreichen, in Europa Marktführer im „Digital Farming“ zu werden. Insgesamt seien die Voraussetzungen für den Konzern gut, 2018 ein Ergebnis auf dem Niveau von 2017 einzufahren, so Lutz. Auf der Veranstaltung wurde turnusmäßig ein neuer Aufsichtsrat gewählt. Alle bisherigen Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre wurden bestätigt, darunter der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), **Joachim Rukwied**, und der frühere Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), **Manfred Nüssel**, der zugleich zum Aufsichtsratsvorsitzenden wiedergewählt wurde. AgE

Arbeitsgruppen, Lehr- und Besichtigungsfahrten sowie sonstigen Veranstaltungen hätten zusammen fast 260 000 Frauen und Männer. Das seien im Durchschnitt 25 Landfrauen und Gäste pro Maßnahme gewesen. Die Themen der Veranstaltungen waren laut den Angaben des Verbandes vielfältig. Abgedeckt worden seien unter anderem die Bereiche Kunst und Kultur, Gesundheit und Sport, Verbraucherpolitik und Hauswirtschaft, Landwirtschaft, ländlicher Raum und Umwelt, Kommunikation und Verbandsmanagement, Familie und Soziales sowie Politik. Der NLV sieht sich aber nicht nur in seiner Bildungsarbeit, „sondern insgesamt sehr gefragt“. Dafür sprächen zum Beispiel die fast 2 500 Neueintritte im Jahr 2017. Zur Attraktivität trage bei, dass der Verband seine Arbeit in allen Bereichen - von der Bildungsarbeit über die Interessenvertretung bis hin zur Projektarbeit - an den realen Bedürfnissen der Frauen und Familien im ländlichen Raum ausrichte. Die Vorstandsmitglieder des NLV stünden in direktem Austausch mit der Basis. Dadurch entstünden Ideen für die Arbeit auf Landesebene. AgE

DEUTSCHLAND

PUBLIKATIONEN

Schwerpunktausgabe von „Natur und Landschaft“ zur GAP

BONN. „Naturschutz in der Agrarlandschaft - die Rolle der Agrarpolitik“ ist Thema der aktuellen Schwerpunktausgabe der Fachzeitschrift „Natur und Landschaft“, die das Bundesamt für Naturschutz (BfN) jetzt herausgegeben hat. Wie dieses in einem Hinweis auf die Publikation mitteilte, bietet die Ausgabe einen fundierten fachlichen Beitrag zur Debatte um die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2021. Konkret gehe es zum Beispiel um die Ökologisierung der GAP. Diese habe bislang nicht die erhoffte Wirkung auf die biologische Vielfalt gehabt. Die Autoren unterstreichen laut BfN außerdem die Notwendigkeit einer deutlich verbesserten Finanzmittelausstattung für den Naturschutz. Daneben werde mit einem konkreten Vorschlag zu einer zukunftsfähigen Agrarpolitik aufgezeigt, wie Agrarförderung und Landwirtschaftspolitik künftig gestaltet werden könnten, um Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft im Naturschutz zu sichern. Vor dem Hintergrund des Insektensterbens beleuchte ein Beitrag die Notwendigkeit, im Rahmen einer nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln Biodiversitätsaspekten stärkere Berücksichtigung zu schenken, erläuterte das BfN. Schließlich werde dafür plädiert, dass Naturschutz, Landwirtschaft und Wissenschaft gemeinsame Ansätze für die künftige Förderung im Rahmen der Agrarpolitik erarbeiteten. „Wir wollen mit dieser Schwerpunktausgabe deutlich machen, dass sich eine zukunftsfähige Agrarpolitik langfristig auch für die Landwirtschaft auszahlen muss und nur gemeinsam mit ihr zu erreichen ist“, betonte BfN-Präsidentin **Prof. Beate Jessel**. AgE

DEUTSCHLAND/NIEDERLANDE FIRMENNACHRICHTEN

ZG Raiffeisen Technik übernimmt Exklusivvertrieb für Kaweco

KARLSRUHE. Die ZG Raiffeisen Technik GmbH übernimmt rückwirkend zum 1. Januar 2018 die Vertriebsverantwortung sowie das Ersatzteil- und Servicegeschäft für den niederländischen Gülletechnik-Hersteller Kaweco in Baden. Wie die Gesellschaft am Dienstag vergangener Woche (5.6.) mitteilte, gehört Kaweco zum niederländischen Unternehmen Kamps de Wild, das seit 1919 Agrartechnik herstellt. Sämtliche Produkte würden in den Niederlanden produziert. Der Geschäftsführer der ZG Raiffeisen Technik, **Martin Bauknecht**, sieht Kaweco als strategischen Partner im Bereich der Wirtschaftsdüngerausbringung und Einarbeitungstechnik. „Darüber hinaus rundet Technik für den Silagetransport das Portfolio von Kaweco ab“, so Bauknecht. Kaweco-Vertriebsleiter **Patrik Roelofs** hob mit Blick auf die eigenen „ehrgeizigen“ Wachstumspläne das dichte Servicenetz der ZG Raiffeisen Technik hervor. „Wir können noch näher beim Kunden sein“, erklärte Roelofs. AgE

DEUTSCHLAND

ORGANISATIONEN

Bildungsarbeit der LandFrauen in Niedersachsen boomt

HANNOVER. Der Niedersächsische LandFrauenverband Hannover (NLV) hat ein positives Fazit zu seiner Bildungsarbeit im vergangenen Kalenderjahr gezogen. Von der Orts- über die Kreis- bis zur Landesebene habe er 2017 insgesamt mehr als 10 000 Bildungsmaßnahmen durchgeführt, erklärte der NLV am vergangenen Freitag (8.6.) unter Verweis auf seinen statistischen Arbeitsbericht. Teilgenommen an den Vorträgen, Seminaren,

DEUTSCHLAND

PUBLIKATIONEN

KTBL-Heft zum Bauplanungsrecht

DARMSTADT. Auf die Konsequenzen der Beschränkung der planungsrechtlichen Zulassung größerer landwirtschaftlicher Betriebe geht das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) in einer handlichen Broschüre ein. Wie in einem Hinweis auf die betreffende Publikation erläutert, geht es in dem Heft „Anwendung des Bauplanungsrechts - Konsequenzen für Stallbauvorhaben“ insbesondere um die Auswirkungen der Gesetzesnovelle 2013 auf die betroffenen Betriebe und die künftige Entwicklung der Nutztierhaltung. Die mit dem Ge-

nehmigungsverfahren für Stallbauten befassten Verwaltungen und Entscheidungsträgern sollen dadurch Argumente für ihre Entscheidungen erhalten. Die Hilfestellungen sollen laut Kuratorium aber auch Anregungen für den Gesetzgeber sein, die rechtlichen Rahmenbedingungen „den Bedürfnissen der Praxis anzupassen“. Das Heft soll dem KTBL zufolge vor allem aus agrarstrukturpolitischer Sicht helfen, den Blick für die hohe Bedeutung planungsrechtlicher Regelungen auf die Entwicklung der Nutztierhaltung in Deutschland zu schärfen. Mit dem Baugesetzbuch-(BauGB)-Änderungsgesetz sei die Möglichkeit für gewerbliche Tierhalter, im Hinblick auf die Bauten von Stallanlagen im Außenbereich, die unterhalb der eine Umweltverträglichkeits-Vorprüfungspflicht auslösenden Grenze liegen, beschränkt worden. Hiervon betroffen seien im Wesentlichen Schweine- und Geflügelhaltungsbetriebe, eingeschränkt auch Rinderhaltungsbetriebe. Das Heft ist für 9 Euro beim KTBL erhältlich (www.ktbl.de). AgE

DEUTSCHLAND

PUBLIKATIONEN

i.m.a bietet umfassendes Wissenspaket zur Biodiversität

BERLIN. Wer verstehen will, wie sich Deutschlands Landwirte für den Schutz der biologischen Artenvielfalt engagieren, kann sich jetzt mit einem umfassenden Wissenspaket zur Biodiversität informieren, das der Verein information.medien.agrar (i.m.a) pünktlich zum „Tag des offenen Hofes“ vorgelegt hat. Ganz neu

ist laut i.m.a neben der „3-Minuten-Info“, die kompaktes Wissen verständlich zusammenfasst, das als Unterrichtsmaterial konzipierte Poster „Artenvielfalt“. Es sei auf der Grundlage einer mehrteiligen Serie im i.m.a-Lehrermagazin „lebens.mittel.punkt“ entstanden. Auch die gerade neu erschienene Ausgabe der Zeitschrift nehme in mehreren Unterrichtsbausteinen Bezug auf die Biodiversität, beispielsweise mit dem Thema „Der Wald - wie wir ihn nutzen und schützen“ und dem Titelthema „Sp(r)itzentechnik - Präzise Geräte für den Acker“. Der i.m.a bietet nach eigenen Angaben mehr als ein halbes Dutzend Materialien, die sich dem Thema Artenvielfalt widmen. „Wir begleiten das schon lange“, betonte Geschäftsführer **Patrik Simon**. Zum Jahreswechsel sei beispielsweise im „1x1 der Landwirtschaft“ auf die Umweltprogramme hingewiesen worden, die Bauern auf jedem dritten Hektar realisierten. Zudem sei bereits 2017 zur Bildungsmesse „didacta“ das Unterrichtsposter „Honigbiene“ um das Poster „Wildbienen“ ergänzt worden. Darüber hinaus informierten Landwirte seit diesem Frühjahr mit dem Feldrandschild „Blühstreifen“, was sie auf ihren Äckern für die Artenvielfalt leisteten, erklärte Simon. Nicht zuletzt biete der i.m.a sogar Urgetreide-Saatgut zum Selbstanbau an. Der Geschäftsführer hob hervor, dass er den Kommunikationskreis zur Biodiversität, den der i.m.a mit dem „1x1 der Landwirtschaft“ begonnen habe, mit den vorliegenden Materialien noch nicht schließen wolle. Aus der Fülle und Vielfalt des weitgehend kostenlosen Informationsangebots könnten Laien und Experten auch künftig immer wieder sowohl Erkenntnisse gewinnen als auch Anregungen für das eigene Engagement entnehmen. Außerdem verdeutlichten die Materialien, wie engagiert sich Landwirte durch ihre Arbeit für den Erhalt der Artenvielfalt einsetzen. AgE